Donnerstag, 23. Mai 1985 - D ★★★

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 118 - 21.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 105 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 220,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts

TAGESSCHAU

POLITIK

Ökumene: Der EKD-Ratsvorsitzende Bischof Lohse und Papst Johannes Paul II. treffen Mitte Juni in Rom zusammen. Lohse will dem Papst über die Arbeit der 1980 eingesetzten „Gemeinsamen Ökumenischen Kommission" berichten. (S. 4)

Schmude: Im Abbau der Spannungen in der evangelischen Kirche sieht der neue Präses der EKD-Synode eine vordringliche Aufgabe. Durch Polarisierungen dürfe keine „undeutliche Kirche entstehen, deren Wort nichts und alles sagt", erklärte Schmude in einem WELT-Interview. (S. 4)

Offiziere: Dem Bonner Kompromiß zur Lösung des Verwendungsstaus will Bayern erst nach „weiterer Nachbesserung" zustimmen. Nun sollen 1200 Offiziere in Frühpension gehen können, 300 werden auf neuen und zivilen Posten in der Bundeswehr weiterbeschäftigt. (S. 12)

Flucht: Zwei CSSR-Soldaten sind über die Grenze nach Bayern geflüchtet. Nachdem sie sich zwei Tage in Wäldern versteckt gehalten hatten, meldeten sie sich bei den deutschen Behörden.

Unterhalt: Ein in der Bundesrepublik lebender ehemaliger „DDR"-Bewohner macht sich strafbar, wenn er seinen in der „DDR" geborenen und dort lebenden Kindern keinen Unterhalt leistet, entschied der Erste Strafsenat des Oberlandesgerichts Frankfurt. (Az: 1 Ss 616/84)

Terror in Beirut: Etwa 30 Tote und 90 Verletzte hat nach einer vorläufigen Bilanz die Explosion einer Autobombe im christlichen Ost-Beirut gefordert. Mehrere Gebäude wurden schwer beschädigt, etwa 50 Autos gingen in Flammen auf. Die Sprengkraft der Bombe wurde von Experten auf etwa 200 Kilogramm TNT geschätzt. (S. 6)

NATO-Frühjahrstagung: Die Stabschefs und militärischen Oberbefehlshaber der Allianz warnten die Verteidigungsminister, daß die UdSSR in den nächsten 15 Jahren die Fähigkeit erlangen könnte, den Westen ohne umfangreiche Vorbereitungen „aus dem Stand" anzugreifen. (S. 12)

Tschechoslowakei: Parteichef Husak ist von der Bundesversammlung einstimmig für weitere fünf Jahre im Amt des Staatsoberhaupts bestätigt worden. (S. 6)

Rüstungsskandal: Wegen unlauterer Praktiken und überhöhter Rechnungen hat das US-Verteidigungsministerium die Rüstungsfirma General Dynamics von neuen Aufträgen teilweise ausgeschlossen und zwei Verträge rückgängig gemacht.

Bausparer: Rückkehrwillige ausländische Arbeitnehmer aus Nicht-EG-Staaten sollen künftig ihre in der Bundesrepublik abgeschlossenen Bausparverträge auch zum Hausbau in den Heimatländern verwenden können, sieht ein vom Kabinett beschlossener Gesetzentwurf vor.

ZITAT DES TAGES



„Die Arbeitslosigkeit kann nicht am grünen Tisch irgendwelcher Parteizirkel bekämpft werden"

Hermann Rappe, Vorsitzender der IG Chemie, in einem Gespräch der „Bild"-Zeitung, in dem er ein dringendes Treffen zwischen Kanzler Kohl, DGB-Chef Breit und Arbeitgeberpräsident Esser forderte
FOTO: HANS HÖFT

WIRTSCHAFT

Kernenergie: In Grohnde bei Hameln ist gestern das 1300-Megawatt-Atomkraftwerk in Betrieb gegangen. Mit der Inbetriebnahme von Grohnde und eines weiteren Kernkraftwerks in Lingen in zwei Jahren kann die gesamte Energie-Grundlast Niedersachsens aus Kernenergie abgedeckt werden, erklärte Ministerpräsident Albrecht.

Lebensmittelhandel: Nach einer zweijährigen Phase realen Umsatzrückgangs konnte der Lebensmittel-Einzelhandel 1984 mit einem Gesamtumsatz von 139,7 Milliarden DM wieder ein Plus von real 0,6 Prozent erzielen. (S. 13)

Maklertag: Seit etwa zwei Monaten verzeichnen die deutschen Makler ein allmähliches Anziehen der Umsätze. Impulse gehen vor allem vom Markt der Einfamilienhäuser aus. (S. 13)

Börse: Trotz umfangreicher Kaufaufträge stiegen die deutschen Aktienkurse gestern nur noch langsam, weil Gewinne realisiert wurden. Der Rentenmarkt war behauptet. WELT-Aktienindex 186,7 (186,7). BHF-Rentenindex 102,546 (102,565). Performance Index 102,569 (102,558). Dollarmittelkurs 3,0720 (3,0530) Mark. Goldpreis pro Feinunze 316,25 (314,90) Dollar.

KULTUR

„DDR"-Film: Eine privat organisierte „DDR"-Filmwoche in der Bundesrepublik zu veranstalten schien dem Tübinger Michael Lautenbach ein faszinierendes Projekt. Doch hätte er gewußt, was da alles auf ihn zukommt – er hätte es schnell wieder fallengelassen. (S. 21)

Furtwängler: Eine neue Biographie des Dirigenten war längst überfällig. Das jetzt erschienene Furtwängler-Buch von Berndt W. Wessling wird den Ansprüchen des kritischen Lesers jedoch kaum gerecht. Wessling hat wenig Neues zu vermelden, das Ungeklärte bleibt ungeklärt. (S. 21)

SPORT

Tennis: Beim Welt-Team-Cup in Düsseldorf unterlag Jimmy Connors dem Spanier José Higueras. Die USA gewannen aber das Spiel gegen Spanien 2:1. (S. 11)

Fußball: Das Europapokalfinale der Landesmeister zwischen dem FC Liverpool und Juventus Turin wird am nächsten Mittwoch original im ZDF übertragen.

AUS ALLER WELT

Postraub: Mit einem falschen Rot-Signal haben sechs Maskierte einen Postzug zwischen Antwerpen und Mecheln gestoppt und anschließend ausgeraubt. Sie erbeuteten Diamanten im Wert von 1,5 Millionen Mark. (S. 22)

Siebenlinge: Nach Behandlung mit einem Hormonpräparat gebar eine Amerikanerin Siebenlinge. Eines der Kinder starb. (S. 22)

Wetter: Stark bewölkt mit Schauern. 15 bis 17 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Strauß warnt Koalition vor Hang zur Selbstzerstörung

Klausurtagung des CDU-Präsidiums / Steuerreform bleibt Streitthema

MANFRED SCHELL, Bonn

Im Zeichen eines gereizten Koalitionsklimas hat Bundeskanzler Helmut Kohl gestern die Mitglieder des CDU-Präsidiums (einschließlich der Ministerpräsidenten der CDU) zu einer Klausurbesprechung im Kanzleramt um sich versammelt, um die politische Strategie bis zur Bundestagswahl 1987 zu diskutieren. Im Mittelpunkt standen dabei neue Initiativen auf dem Feld der Arbeitsmarktpolitik, aber auch die Frage, ob das Steuerentlastungsprogramm wie vorgesehen in zwei Stufen oder aber in einem Zuge 1986 realisiert werden soll.

Bundeskanzler Helmut Kohl hat gestern erneut auf das „Problem der Finanzierbarkeit" der Reform in einem Stück hingewiesen und zugleich die Fortschritte auf dem „Weg der Konsolidierung" hervorgehoben. Kohl sagte in einem Interview mit dem Informationsbrief des Bundesarbeitgeberverbandes Chemie: „Von den notwendigen Sparmaßnahmen sind über 30 Millionen Bürger betroffen worden. Viele murren darüber. Ich verstehe das sehr wohl. Aber das war der einzig mögliche Weg".

Kohl hat angesichts der heftigen Diskussionen im Koalitionslager über „Konsequenzen" nach der Wahlniederlage in Nordrhein-Westfalen schon am Dienstag ein längeres Telefongespräch mit dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß geführt. Gestern hat sich nun Strauß im „Bayernkurier" geäußert und die Steuerreform in einem Zug zum 1. Januar 1986 verlangt. Wenn die Koalition „ohne Not" die Steuersenkung auf die Zeit nach der Bundestagswahl verschiebe, verrate sie einen Hang zur Selbstzerstörung. Der Bekämpfung der Arbeitsmarktpolitik komme „absoluter Vorrang" zu. Strauß bot für die „Erneuerung" der Bonner Politik die Hilfe der CSU an, warnte jedoch davor, über das „alarmierende Wahlergebnis" zur Tagesordnung überzugehen. Strauß: „Zu tief ist die Erschütterung und zu groß ist die Unruhe in der Anhängerschaft der Unionsparteien." Mit Blick auf die FDP warnte er, es könne der Koalition nicht dienlich sein, wenn zwei Partner ein „Spezialverhältnis" pflegten, das gegen den dritten – die CSU – gerichtet sei.

Unterdessen hat die CSU-Landesgruppe dem Kanzler und Bundesfinanzminister Stoltenberg „Vorschläge" vor allem für eine Belebung der Bauwirtschaft übermittelt. Sie sehen unter anderem eine Aufstockung der Mittel für zinsgünstige Finanzierungen kommunaler Umweltschutz-Investitionen, eine auf drei Jahre befristete Verbesserung der Abschreibungen für Betriebsgebäude und die volle Einbeziehung der Bausparförderung in das 936-Mark-Gesetz vor.

Stoltenberg geht davon aus, daß in diesem Jahr die Arbeitslosenzahlen sinken werden. In einem Rundfunk-Interview sprach er sich noch einmal gegen auf Pump finanzierte Konjunkturprogramme aus. Allerdings sollten „bestimmte vernünftige Programme" verstärkt werden, die der Beschäftigung dienen. Speziell nannte er die Mittel, die über die ERP-Sondervermögen den Kommunen für Umweltinvestitionen zufließen. Er versicherte noch einmal, daß es bei der zweistufigen Steuerreform bleibe.

Der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) hat die an ihn gerichtete Aufforderung des FDP-Generalsekretärs Haussmann zurückgewiesen, er solle sich für eine Steuerreform in einem Stück einsetzen. Im Stuttgarter Landtag sagte Späth gestern, es sei „eigenartig", daß die FDP erst kürzlich im Finanzausschuß des Bundestages die zweistufige Lösung mit verabschiedet habe. Bundeswirtschaftsminister Bangemann sprach sich gegen „unfinanzierbare neue Ausgabenprogramme" aus. Besser als jedes Beschäftigungsprogramm seien steuerliche Entlastungen geeignet, wirtschaftliche Aktivitäten freizusetzen. Wenn in künftigen Bundeshaushalten investitionswirksame Ausgaben zu Lasten von Konsumausgaben verstärkt würden, könnte damit der Bauwirtschaft am besten geholfen werden.

CDU wirft Steger „Nebelaktion" vor

„Arbeitsplätze in Hessen aufs Spiel gesetzt" / Kontroverse um RBU-Teilstillegung spitzt sich zu

PETER JENTSCH, Bonn

Der Streit zwischen der Bundesregierung und der hessischen Landesregierung über die umstrittene Teilstillegung der Atomfabrik Reaktor-Brennelemente Union GmbH (RBU) in Hanau spitzt sich weiter zu. Nach vierstündigen Beratungen des Innenausschusses des Bundestages erklärte der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Paul Laufs (CDU), das hessische Wirtschaftsministerium habe „für seine jeder rechtsstaatlichen Übung Hohn sprechenden Nacht- und Nebelaktion" keine hinreichende Begründung liefern können. Hessens Wirtschaftsminister Ulrich Steger (SPD) verteidigte sein Vorgehen als „rechtlich korrekt".

Steger machte indes zugleich seine Bereitschaft deutlich, die Verfügung auf Teilstillegung wieder aufzuheben, wenn die RBU formalrechtliche Fehler im Genehmigungsverfahren einräume. In diesem Zusammenhang nannte Staatssekretär Horst Waffenschmidt vom Bundesinnenministerium die Eile des hessischen Vorgehens „umso erstaunlicher, als die Untersagungsverfügung nicht aus Sicherheitsüberlegungen, sondern lediglich aus rechtsformalen Gründen erfolgte". Der Sachverhalt sei Steger zudem seit „fast neun Monaten bekannt" gewesen. Damit hätte das Ministerium auch Zeit gehabt, die Rechtslage mit RBU zu erörtern.

Das Bundesinnenministerium habe den hessischen Wirtschaftsminister schließlich angewiesen, keine weiteren Verfügungen zu treffen, ohne zuvor eine bundesaufsichtliche Äußerung eingeholt zu haben.

Laufs warf Steger vor, seine Argumente hätten nicht nur nicht überzeugt, sondern vielmehr deutlich gemacht, daß die hessische Regierung den Fall RBU und das Atomgesetz für ihre „parteipolitischen Ziele vom Ausstieg aus der wirtschaftlichen Nutzung der Atomenergie und einer Mehrheit weit links von der Mitte mißbraucht" habe. Die „alarmierte Reaktion ausländischer Abnehmer der Hanauer Werke zeigt, in welch gefährlicher Weise hier das Vertrauen in die deutsche Industrie untergraben wird und daß damit Tausende von Arbeitsplätzen aufs Spiel gesetzt werden". Mit seiner Verfügung habe Steger das nukleare Entsorgungskonzept der Bundesregierung unterlaufen und die Beladung des schnellen Brüters in Kalkar mit Brennelementen unterbunden. Laufs erwartet jetzt von Ministerpräsident Börner (SPD) „ein klares Wort", ob Hessen die Situation benutzen wolle, um aus der Kernenergie auszusteigen.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Harald B. Schäfer warf der Union vor, „mit falschem politischen Eifer ein rot-grünes Chaos herbeireden zu wollen". Er forderte den Bundesinnenminister auf, seine Weisung, Bonn über den weiteren Fortgang zu informieren, zurückzunehmen. In den Hanauer Werke drückten inzwischen die 2000 Beschäftigten ihre Sorge um ihre Arbeitsplätze aus.

Seite 2: Einlenken angedeutet

Auftrieb für Reagans Nicaragua-Politik

Doch noch Hilfe an die „Contras"? / Sicherheitsgarantie für Honduras bekräftigt

DW. Washington

US-Präsident Ronald Reagan hat bei einem Treffen mit dem honduranischen Staatschef Roberto Suazo die Sicherheitsgarantien der USA für Honduras bekräftigt. Er unterstrich nach dem Gespräch im Weißen Haus das gemeinsame Ziel der beiden Regierungschefs, in Mittelamerika kommunistischer Aggression und Subversion Einhalt zu gebieten.

Honduras ist direkter Nachbar Nicaraguas. Reagan sagte, „Honduras ist eine mit uns befreundete Nation, die sich einer ernsten Bedrohung durch kommunistische Aggression und Subversion gegenübersieht".

Suazo und Reagan plädierten für Anstrengungen, auf der Grundlage der Contadora-Vorschläge eine friedliche Lösung für die Probleme in Mittelamerika zu finden. (Der Contadora-Gruppe gehören Venezuela, Panama, Kolumbien und Mexiko an.)

Für eine Wiederaufnahme direkter Gespräche zwischen den Vereinigten Staaten und Nicaragua hat sich der panamaische Präsident Nicolas Ardito Barletta ausgesprochen. Diese Gespräche könnten die Erfolgsaussichten für die Friedensbemühungen der Contadora-Gruppe verbessern, sagte Barletta. Die US-Regierung hat bislang direkte Gespräche mit den Sandinisten abgelehnt.

Washingtons erneuerte Sicherheitsgarantie für Honduras, das außer El Salvador als einziger Staat in der mittelamerikanischen Region die Handelsblockade gegen Managua unterstützt, und das Versprechen, die Wirtschafts- und Militärhilfe fortzusetzen, erfolgten vor dem Hintergrund der jüngsten Grenzübergriffe sandinistischer Truppen.

Vertreter der Regierung in Washington und führende Senatoren haben sich inzwischen über eine Hilfe für die „Contras" in Nicaragua verständigt. In Senatskreisen hieß es, die Regierung stehe hinter einer Vorlage, mit der die Senatoren Richard Lugar und Sam Nunn in den Streitkräfte-Ausschuß gehen wollten.

Es handele sich um einen Nachtrag zum Verteidigungsbudget, der für 1985 14 Millionen, für 1986 18 Millionen Dollar Zuwendungen für humanitäre Zwecke an die „Contras" vorsehe.

Die Regierung bemüht sich in der Frage um einen Kompromiß mit dem Kongreß, seit das Repräsentantenhaus im April mehrere Vorlagen von Präsident Ronald Reagan zu Fall gebracht hatte.

Der Sowjetunion-Besuch des nicaraguanischen Präsidenten Daniel Ortega nur 24 Stunden nach der Abstimmung im Repräsentantenhaus hatte zu einem Stimmungswechsel im Kongreß geführt.

Wie Irma aus Salvador sprengen lernt

W. THOMAS, Miami

Von „Lehrgängen" ist die Rede. Eine Eintragung lautet: „In die UdSSR: Irma, Marlene." Auch Vietnam und die „DDR" werden als Ausbildungsstätten erwähnt. Einmal wird die Unterrichtsmaterie näher als „technische" Kurse und „Studium von Sprengstoff" identifiziert. Es handelte sich offenbar um ein militärisches Training.

Aus Dokumenten, die in mehreren US-Zeitungen veröffentlicht wurden, geht hervor, daß die salvadorianischen Rebellen enge Beziehungen zu Nicaragua und den Ostblock-Ländern unterhalten. Die Papiere befanden sich im Gepäck der Guerilla-Führerin Nidia Diaz, die Ende April schwer verletzt gefangen genommen worden war.

Die junge Frau schien fast das gesamte Archiv der „Revolutionären Arbeiterpartei Mittelamerikas" zu besitzen, einer der fünf Gruppen der „Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti" (FMLN).

Die Unterlagen – sie wirken zerschlissen und vergilbt, ein Flugblatt ist von einer Patrone zerfetzt worden – bestätigen die Behauptungen amerikanischer Regierungskreise, daß die sandinistischen Comandantes in Nicaragua die engsten Verbündeten der FMLN sind. Sie unterstützen den Guerrillakrieg in El Salvador. Die FMLN-Comandantes halten sich oft in Managua auf. Wie aus den Dokumenten hervorgeht, hatte die amerikanische Grenada-Invasion im Oktober 1983 aber zu schweren Spannungen zwischen den Revolutionären geführt.

Ein Papier berichtet, daß die Sandinisten die salvadorianischen Rebellen aus Managua ausweisen „und definitiv die Unterstützung einstellen" wollten, weil sie militärische Schritte der USA befürchteten. Dann heißt es: „Ich glaube, daß wir Fidel um eine Klärung der Situation bitten müssen." Gemeint war vermutlich der kubanische Präsident Fidel Castro. Die weitere Entwicklung des damals belasteten Verhältnisses geht aus den Dokumenten nicht hervor.

Im November 1983 baten jedoch die fünf wichtigsten FMLN-Führer das sandinistische Politbüro „Direction Nacional", eine „neue Hilfe zu gewähren", und dankten für die angebotene Unterstützung, jeden Invasionsversuch in Mittelamerika zu unterbinden.

Über Präsident Jose Napoleon Duarte heißt es, er wolle „uns in ein imperialistisches und bürgerliches System stecken".

Der Christdemokrat, der nach dem Sieg seiner Partei bei den Kongreßwahlen Ende März politisch stärker denn je ist, wird einmal als „größter und gefährlichster Feind" der FMLN bezeichnet. (SAD)

DER KOMMENTAR

Der neue Präses

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Eher kleinlaut nutzt Jürgen Schmude jede Gelegenheit, dem Publikum sein Verständnis von der Ausübung des Amtes zu erklären, in das er mit nicht gerade beeindruckender Mehrheit gewählt worden ist. Die Synode der EKD hat ihn zu ihrem Präses erkoren. Zu Behutsamkeit hat Schmude auch jeden Anlaß.

Man erinnert sich, daß zunächst Otto von Campenhausen aus Itzehoe gute Chancen hatte, berufen zu werden. Doch damit war es aus, nachdem er als erster seinen Namen unter den „Nordelbischen Aufruf an unsere Bischöfe" gesetzt hatte. Der Aufruf begann mit dem Satz: „Sorge erfüllt uns im Blick auf den geistlichen Zustand der Nordelbischen Kirche." Der sorgenvolle Blick fiel genau auf jene Gefahrenstelle, wo aktuelle Politik das kirchliche Bekenntnis zu deformieren droht. Der streitbare EKD-Ratsherr aus dem Norden zeigte das religiöse und geistige Profil eines Mannes, der die Frage stellt, „ob diese Kirche noch unsere evangelisch-lutherische Kirche ist".

Nunmehr heißt der neue Präses Jürgen Schmude, und es bleibt nicht aus, daß Vergleiche angestellt werden. Ein Campenhausen ist er jedenfalls nicht. Man kennt Schmude als prominenten Sozialdemokraten. Sein umstrittener Versuch, die Präambel des Grundgesetzes zur Diskussion zu stellen, verleitet dazu, vom Politiker Schmude auf den Präses der EKD-Synode zu schließen.

Gehört Schmude zu jenen, die in der leidvollen Erfahrung der evangelischen Kirche hüben und drüben ein Modell für die deutsche Frage sehen: Erst unausweichliche Trennung, dann Verständigung? Gehört er zu denen, die aus der Kirche Mitteldeutschlands das Wort von der Sicherheitspartnerschaft aufgreifen und auf diesem Begriff, wie Egon Bahr, die Ost-West-Konstruktion der Äquidistanz aufbauen? Was hält er davon, daß die Kirchen drüben – in ihrem politischen Umfeld begreiflich – sich dem Pazifismus als Ausdruck ihres christlichen Friedenswillens verschreiben? Wie stellt er sich zur „Friedensbewegung"?

Schmude will sich in der neuen Aufgabe politisch zurückhalten. Als erfahrener Politiker weiß er aber, daß er sich zumindest der Kirchenpolitik nicht entziehen kann. Seine Wahl zum Präses hat gewiß ihre kirchlichen Gründe. Aber sie bestätigt auch: In ihrer Not der Teilung im auseinandergerissenen Vaterland stellt die evangelische Kirche, so weit es ihre Ausstrahlungen in die Politik betrifft, weit eher einen „vorparlamentarischen Raum" für die SPD als für die CDU dar.

Blüm fordert höhere Reserve für Renten

pje. Bonn

Eine Erhöhung der Mindestschwankungsreserve bei der Rentenversicherung ist nach den Worten von Arbeitsminister Norbert Blüm mittelfristig unerläßlich. Vor der Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR) in Berlin erklärte Blüm, die heutige Monatsrücklage sei als Minimum zu niedrig, „wir brauchen ein größeres Sicherheitspolster". Er betonte jedoch, daß selbst bei ungünstigerer Entwicklung der Einkommens- und Beschäftigungssituation als im Jahreswirtschaftsbericht angenommen, die Sicherheit der Renten nicht in Frage stehe.

Blüm machte in Berlin auch die Notwendigkeit einer Strukturreform deutlich, die die Rentenversicherung an die veränderten Bedingungen bei Bevölkerungsaufbau, Erwerbsverhalten und Rentenlaufzeiten anpassen müsse. Dabei gehe die Bundesregierung von drei unantastbaren Prinzipien aus: Die Rente müsse beitragsbezogen bleiben und sich wie die verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmer entwickeln. Der Bundeszuschuß müsse schließlich auf eine verläßliche Grundlage gestellt werden. Blüm wies auch darauf hin, daß die „Lasten gerecht auf Alt, Jung und den Staat" zu verteilen seien.

„Wir machen Rentenpolitik nicht für einige Legislaturperioden, sondern wir stellen die Weichen für Generationen", sagte Blüm. Dazu gehörten etwa die Anerkennung von Kindererziehungszeiten, die Reform der Hinterbliebenenversorgung und die Neubewertung der beitragsfreien und -geminderten Zeiten.

Gandhi schließt mit Moskau zwei neue Abkommen

DW. Moskau

Der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow und der indische Ministerpräsident Rajiv Gandhi, der sich zu einem sechstägigen Besuch in der Sowjetunion aufhält, haben gestern in Moskau zwei Abkommen über eine langfristige wirtschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnet. Eines der beiden Dokumente legt nach Angaben der amtlichen Nachrichtenagentur Tass die Richtlinien der Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wirtschaft, des Handels, der Wissenschaft sowie der Technik bis zum Jahre 2000 fest.

Gestern kam Gandhi zu einer zweiten Gesprächsrunde mit Gorbatschow zusammen. Das Gespräch habe im Geiste des gegenseitigen Vertrauens und Verständnisses stattgefunden, meldet Tass. Im Mittelpunkt des Treffens hätten bilaterale und internationale Fragen gestanden.

Nach Angaben aus indischen Kreisen gehört die Erörterung der Idee einer asiatischen Sicherheitskonferenz nach dem Vorbild der europäischen Sicherheitskonferenzen zu den Hauptanliegen Gandhis. Gorbatschow hatte den Gedanken am Montag in seiner Rede begrüßt und betont, daß Indien bei einem solchen Prozeß eine wichtige Rolle spielen könne.

Nach Abschluß seiner politischen Gespräche in Moskau reist Gandhi heute nach Minsk (Weißrußland) und in die Republik Kirgisien. Im Anschluß an seinen Aufenthalt in der Sowjetunion wird der indische Ministerpräsident auch noch Frankreich, die USA, Algerien, Ägypten und die Schweiz besuchen.

Polnische Behörden stellen Walesa Reisepaß in Aussicht

Prozeß gegen drei Gewerkschafter ohne Auslandspresse

DW. Warschau

Der Führer der verbotenen polnischen Gewerkschaft „Solidarität", Lech Walesa, ist davon überzeugt, daß er Ende Mai in Paris an einem Kolloquium zu den Themen „Freiheit und Menschenrechte" teilnehmen kann, zu dem Premierminister Laurent Fabius eingeladen hat. Tatsächlich haben die polnischen Behörden Walesa auch einen Reisepaß in Aussicht gestellt, mit dem der Friedensnobelpreisträger nach Frankreich fahren könnte. Dies bestätigte Regierungssprecher Jerzy Urban jetzt auf seiner wöchentlichen Pressekonferenz. Gleichzeitig erklärte Urban, Walesa möge „so lange wie nur möglich in Frankreich bleiben".

Die Tatsache, daß ihm die Behörden einen Reisepaß in Aussicht gestellt hätten, bezeichnete der Arbeiterführer als einen „Schritt in die richtige Richtung". Normalerweise erhalten Polen, die mit dem Gesetz in Konflikt geraten sind, keine Pässe.

Walesa steht derzeit unter Hausarrest, außerdem ist gegen ihn ein Untersuchungsverfahren eingeleitet worden, weil er sich dem Aufruf der Untergrundorganisation von „Solidarität" zu einem Streik gegen Preiserhöhungen angeschlossen hatte.

Nur unter der Bedingung, daß er wieder in seine Heimat zurückkehren und sein Berater, der Historiker Bronislaw Geremek, ihn begleiten darf, hatte Walesa die Einladung Fabius' akzeptiert. Regierungssprecher Urban schloß jedoch aus, daß Geremek eine Ausreisegenehmigung erhält.

Auf der Pressekonferenz nahm Urban auch zu dem Prozeß gegen die drei Gewerkschafter Adam Michnik, Wladyslaw Frasyniuk und Bogdan Lis, der heute in Danzig beginnt, Stellung. Ausländische Journalisten würden nicht zugelassen. Allerdings werde der Prozeß nicht unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden, die polnische Presse werde darüber berichten. Die drei ehemaligen Führungsmitglieder der Untergrundorganisation von „Solidarität" waren am 13. Februar bei einem Treffen mit Walesa in Danzig verhaftet worden. Ihnen wird „Führung einer illegalen Organisation" vorgeworfen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Der unnütze Streit

Von Rüdiger Moniac

In einem Husarenritt in buchstäblich letzter Minute vor den abschließenden Beratungen des Verteidigungsausschusses hat die Bonner Koalition das Projekt Frühpensionierung von Truppenoffizieren zu einem vorher kaum mehr zu erwartenden Abschluß gebracht, der dem Gesetzentwurf die Mehrheit im Bundestages bescheren dürfte. Jetzt steht sie da und verharrt in einer Mischung aus Erleichterung und banger Erwartung, weil sie nicht abschätzen kann, ob ihr Werk die Gnade der Mehrheit im Bundesrat finden wird. Und die ersten Äußerungen aus München vom Chef der bayerischen Staatskanzlei gegenüber der WELT zeigen, wie begründet die Bonner Zweifel sind.

Stoiber begrüßte zwar die Bonner Bemühungen, den Bedenken aus Bayern wenigstens teilweise Rechnung zu tragen. Trotzdem glaubt er nicht, daß es auf genügendes Verständnis in der Bevölkerung stieße, wenn nun nicht 1500, sondern nur noch 1200 Offiziere in die Frühpension gehen und die restlichen 300 im öffentlichen Dienst weiterbeschäftigt werden müssen.

Stoiber mag für seine Vermutung beachtenswerte Anzeichen haben, vor allem natürlich aus bayerischen Kreisen, denen der Lehrer und Polizeibeamten zumal, die meinen, sie müßten ähnliche „Vorteile" in Anspruch nehmen dürfen, die Offizieren geboten werden. Wer allerdings genau nachrechnet, wird schnell finden, daß es gar keine Vorteile sind. Ein Oberstleutnant, verheiratet, ein Kind, verliert durch die Frühpension den Anspruch gegenüber seinem Dienstherrn Staat von knapp einer Viertelmillion Mark im Vergleich mit einem Kameraden, der normal zur Ruhe gesetzt und siebzig Jahre alt wird.

Es sollte also Schluß sein mit dem bayerischen Nörgeln. In München wird zwar anerkannt, daß es keinen anderen Weg zur Erhaltung der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr gibt als den der Herauslösung von 1500 Offizieren. Der Bonner Kompromiß ist einer, der nach langem Hin und Her zustandegebracht worden ist. Ein anderer, der es allen recht machen würde, kann nie erreicht werden. Politik ist die Kunst des Machbaren. Strauß und seine Mitstreiter müssen umschalten und den Kompromiß gegenüber ihrer Wählerschaft durchsetzen.

Eigentor in Athen?

Von Evangelos Antonaros

Hat Griechenlands bürgerlicher Oppositionschef Konstantin Mitsotakis einen Fehler begangen, der ihn den Wahlsieg bei der Parlamentswahl am 2. Juni kosten könnte? Dieser Eindruck verstärkt sich in Athen, nachdem Mitsotakis, sonst ein bedachtsamer Politiker, völlig unerwartet die Verfassungsfrage aufs neue aufwarf. Während eines Fernsehinterviews sagte er, daß im Falle des Wahlsiegs seiner Partei der Staatschef Sartzetakis zurücktreten müsse.

Die Antwort kam postwendend vom Präsidentenamt: Sartzetakis, dessen Wahl Mitsotakis als „ungültig" betrachtet, denke nicht an einen Rücktritt. Im Gegenteil, er wolle „bis zum letzten Tag seiner fünfjährigen Amtszeit" im Amt bleiben. Im übrigen gehe es bei dieser Parlamentswahl nicht um die Person des Staatsoberhauptes. Mitsotakis' unkluge Erklärung wurde vom sozialistischen Regierungschef Andreas Papandreou genüßlich ausgeschlachtet: „Welches Volk will eine Regierung wählen, die ihm eine Verfassungskrise in Aussicht stellt?"

Diese Frage ist keineswegs rhetorisch. Nach der griechischen Verfassung gibt es nämlich keine Möglichkeit, einem amtierenden Staatschef das Vertrauen zu entziehen oder ihn gar zum Rücktritt zu zwingen. Bleibt Mitsotakis tatsächlich bei seinem Vorhaben, so wird im Fall eines bürgerlichen Wahlsieges eine Verfassungskrise nicht zu verhindern sein.

Daß Sartzetakis' Wahl verfassungsrechtlich bedenklich über die Bühne gelaufen ist, ist bekannt. Er war Ende März als Nachfolger des von Papandreou hintergangenen Staatschefs Karamanlis mit der umstrittenen Stimme des Parlamentspräsidenten zum Staatsoberhaupt gewählt worden. Aber die Griechen scheinen sich mittlerweile mit ihrem farblosen Präsidenten abgefunden zu haben. Die umstrittene Präsidentenwahl war bisher kein Thema im Wahlkampf. Es ist verständlich, daß Mitsotakis sich unter Zugzwang fühlte und das einmal aufgegriffene Thema nicht von heute auf morgen ad acta legen wollte. Aber er hätte sich nicht so definitiv festlegen müssen. Die Griechen machen ungern jemanden zum Ministerpräsidenten, der eine Verfassungskrise vorzuprogrammieren scheint.

Wieder Tote in Lagern

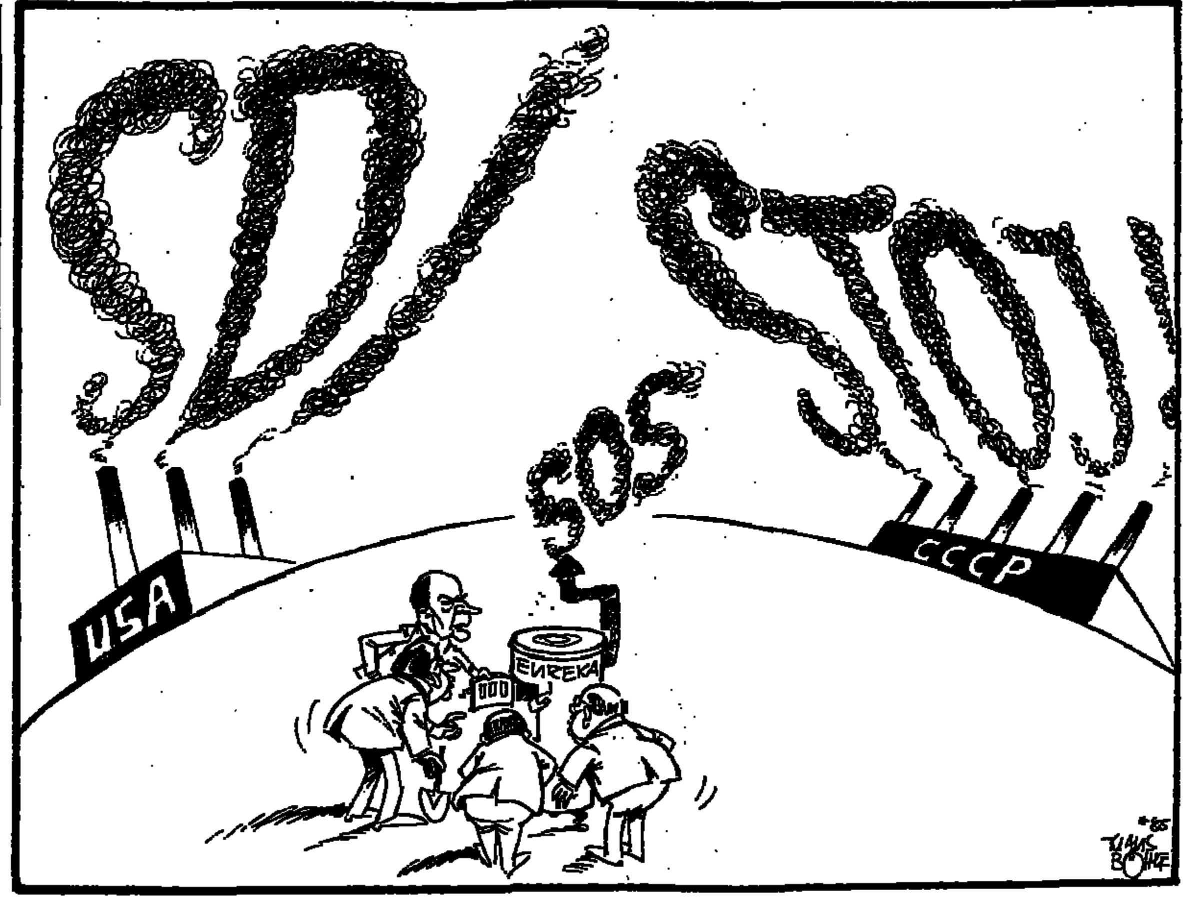
Von Jürgen Liminski

Nur der Großmufti von Beirut erhob klagend seine Stimme: Das sei „kollektiver Selbstmord", was da in den Lagern Sabra, Schatila und Bursch Baraschneh geschehe. Er meinte die mehr als hundert Toten und die unzählbaren Verletzten, die den heftigen Kämpfen zwischen Schiiten und sunnitischen Palästinensern bisher zum Opfer fielen. Wie immer in Beirut: Den höchsten Blutzoll zahlen Zivilisten.

Die Stimme des Großmufti verhallt fast ohne Echo. Sabra und Schatila sind von trauriger Berühmtheit. Als im September 1982 Milizionäre der Phalangen-Partei (Kataeb) ein Gemetzel unter den Zivilisten anrichteten, überschlugen sich die Kritiker im Westen. Ignoriert wurde, daß Sharon seine Panzerarmeen bis nach Beirut fahren ließ, um dem Terror der PLO ein Ende zu bereiten.

Um diesen Terror geht es auch heute. Nur: Diesmal sind die Terroristen unter sich. Schiiten und PLO-Guerrillas kämpfen lediglich um die Vorherrschaft in Beirut, nach wie vor ein Zentrum des internationalen Terrorismus. Wen sollen Israels damalige Kritiker heute anklagen? Die PLO, weil sie versucht, in die alte Haut zu schlüpfen? Die schiitischen Amal-Milizionäre, weil sie ihre Hegemonie in West-Beirut haltem wollen? Oder die Syrer, weil sie die Schiiten unterstützen?

Politisch gilt es festzuhalten: Muslims kämpfen gegen Muslims, und zwar Schiiten gegen Sunniten. Der syrische Diktator Assad hat die Bindekraft unter den Palästinensern, die er gegen Arafat ins Feld nach Beirut schickte, offenbar unterschätzt. Zwar sind sich die einzelnen Gruppen nach wie vor feindlich gesonnen, aber wenn der große Feind, die Schiiten, anrückt, dann steht man Rücken an Rücken in derselben Stellung. Und noch einen Faktor hat Assad nicht bis zum Ende bedacht: Die mit religiösem Eifer geführten Kämpfe in den Palästinenserlagern werden auch Auswirkungen in den arabischen Ländern haben, nicht zuletzt in Syrien selbst.



Rauchsignale KLAUS BÖHLE

Das jugoslawische Modell

Von Carl Gustaf Ströhm

Der Gouverneur der jugoslawischen Nationalbank, Radovan Makic, hat vor dem Belgrader Parlament alarmierende Ziffern über die wirtschaftliche Situation Jugoslawiens bekanntgegeben. Demnach haben sich die jugoslawischen Devisenreserven in den ersten vier Monaten dieses Jahres ebenso drastisch verringert wie die Deviseneinnahmen. Die Inflation, welche inzwischen die Achtzigprozentmarke überschritten hat, verschärfe sich immer mehr. Makic sprach von der Gefahr, daß Jugoslawien demnächst eine dreistellige Inflationsrate erreichen werde – mit anderen Worten: daß „südamerikanische" Zustände einreißen werden.

Ähnlich sagte die Chefin der jugoslawischen Bundesregierung, Milka Planinc, in einem Interview der „New York Times": Die Wirtschaftskrise Jugoslawiens habe das Land an eine „gefährliche Grenze" dessen gebracht, was die Bevölkerung noch tolerieren könne. Frau Planinc räumte ein, daß es nicht gelungen sei, die Arbeitsproduktivität zu steigern oder gar den drastisch gesunkenen Lebensstandard zu erhöhen. Zugleich aber meinte sie, die Führung des Landes könne es sich nicht leisten, müde zu werden oder gar aufzugeben.

Aber wer führt heute Jugoslawien wirklich? Die Erben des legendären Marschalls Tito sind ein gesichtsloses Kollektiv. Partielle Interessen einzelner Teilrepubliken mit ihren eingesessenen kommunistischen Garnituren, ferner ein kompliziertes, vom verstorbenen Ideologen Kardelj konzipiertes „Selbstverwaltungssystem", das Initiativen eher abtötet als ermutigt – dazu nationale Probleme eines Vielvölkerstaats (Unruhe bei der albanischen Minderheit): das sind nur einige Gründe und Begleiterscheinungen der tiefen Krise, in der sich Jugoslawien seit fünf Jahren befindet.

Zwar versichern die jugoslawischen Kommunisten auch heute, fünf Jahre nach Titos Tod, daß sie auf „seinem" Wege weitergehen wollen. Ob aber dieser Weg gangbar ist, ob nicht grundlegende Veränderungen notwendig sind – diese Frage wird neuerdings nicht nur von Regimekritikern, sondern sogar von Funktionären des Systems diskutiert. Im Belgrader Parlament forderte ein Abgeordneter aus Bosnien „die sofortige grundlegende Debatte nicht nur über die Zahlungsbilanz und Import, sondern über die wesentlichen Fragen des Wirtschafts- und des sonstigen Systems". Des Systems, wenn man daran erinnern darf, das viele Jahre lang von deutschen Linken als das „jugoslawische Modell" und Zukunftshoffnung des Sozialismus gefeiert wurde.

In dieser Lage nimmt die jugoslawische Führung mit ihren beiden wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Partnern im Westen Kontakt auf. In wenigen Tagen fährt Ministerpräsidentin Milka Planinc in die USA. Anfang Juni wird Bundeskanzler Helmut Kohl Jugoslawien besuchen. In beiden Fällen wird es in erster Linie darum gehen, wie man von westlicher Seite Jugoslawien helfen kann. Die Auslandsverschuldung des Landes beträgt insgesamt 23,7 Milliarden Dollar, davon 17,8 Milliarden gegenüber Hartwährungsländern. Allein in diesem Jahr werden 4,9 Milliarden Dollar an Zinsen und Rückzahlung fällig. Wie Jugoslawien diese Zahlungen überhaupt leisten will, kann bis zur Stunde niemand sagen.

Es ist klar, daß sowohl der amerikanische Präsident als auch der deutsche Kanzler Jugoslawien nicht „abschreiben" werden. Schon bisher hat der Westen, so paradox das klingen mag, das kommunistische System in Jugoslawien finanziert, und das wird wohl auch weiterhin geschehen. Auch Reagan, dem man vorwirft, nur aus ideologischen Motiven Nicaraguas Kommunisten stürzen zu wollen, trägt zur Stabilisierung der jugoslawischen Kommunisten erheblich bei. Es geht nämlich dem Westen nicht um eine ideologische Bekämpfung des Kommunismus, sondern um Förderung und Ermutigung unabhängiger und dabei friedlicher Politik.



Auf der Suche nach Hilfe: Milka Planinc FOTO: DIE WELT

Dennoch sollten die westlichen Regierungen ihren jugoslawischen Partnern klarmachen, daß eine von außen geförderte Stabilisierung mitsamt allen Krediten, Stundungen, Zahlungsaufschüben und neuen Krediten nichts bringt, wenn inzwischen das zu stabilisierende System zerfällt. Wenn es stimmt, daß noch nie ein Land durch wirtschaftliche Sanktionen allein zu Fall gebracht wurde, dann ist ebenso richtig, daß auch ein Land, wenn es nicht die eigene Kraft und Fähigkeit zur wirtschaftlichen Gesundung mitbringt, durch Auslandsstützung nicht vor dem Ruin gerettet werden kann.

Warum ist etwa die Produktivität der jugoslawischen Arbeiter in Jugoslawien niedrig, während die gleichen Arbeiter in der Bundesrepublik wegen ihres Fleißes und ihrer Fähigkeiten hochgeschätzt werden? Hier stimmt doch einiges am System nicht, das offenbar Faulheit belohnt und Fleiß bestraft. Warum ist den Jugoslawen bis heute nicht gelungen, was die politisch um vieles stärker eingeschränkten Ungarn geschafft haben – nämlich die Entwicklung eines privaten Sektors im Kleinhandels-, Kleinproduzenten- und Dienstleistungsbereich? Warum gehen gewisse jugoslawische Teilrepubliken in Fragen der Menschenrechte mit einer Brutalität vor, die manchmal sogar die Sowjetunion in den Schatten stellt?

Entgegen allen Verdächtigungen, wie sie von manchen orthodoxen jugoslawischen Funktionären gelegentlich ausgestoßen werden, kann und will der Westen das jugoslawische System nicht stürzen oder untergraben. Das jugoslawische Regime kann sich nur selber in eine katastrophale Lage manövrieren, wenn es nicht den Weg zu einer Umkehr findet. Der Westen und die Bundesrepublik könnten erleichtert aufatmen, wenn Belgrad wirtschaftlich und damit politisch wieder festeren Boden unter den Füßen bekommt.

IM GESPRÄCH Gustáv Husák

Immer noch starker Mann?

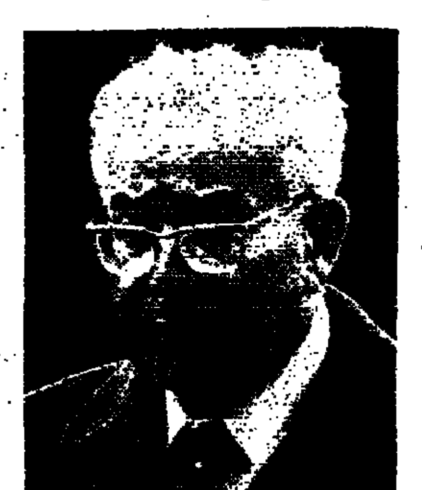
Von Rudolf Ströbinger

Der katholische Pfarrer des kleinen Dorfes Dúbravka unweit der slowakischen Landeshauptstadt Preßburg mochte den lebendigen, intelligenten Sohn seines Küsters Gustik Husák. Der Pfarrer hätte es gern gesehen, wenn der kleine Gustik später Geistlicher würde, und da der Vater nicht das Geld hatte, ihn aufs Gymnasium zu schicken, griff der alte Priester selbst in die Tasche. „Du wirst einmal sicher ein guter Pfarrer", sagte er einmal dem Zehnjährigen. Aber Gustik schüttelte den Kopf. „Pfarrer? Wenn schon, Hochwürden, dann will ich Papst werden!"

Nach dem Abitur freilich ließ sich der junge Gustáv Husák 1933 an der juristischen Fakultät der Preßburger Universität einschreiben. Und zum Entsetzen seines Gönners trat der Zwanzigjährige in die Kommunistische Partei ein.

Der 1937 zum Doktor der Rechte promovierte Husák machte eine steile Parteikarriere. Auch in der seit März 1939 „unabhängigen" Slowakei war er nicht in Gefahr: Sein Studienfreund Saňo Mach, der Innenminister, schützte ihn. Ab und zu wurde Husák zwar zur Staatspolizei gerufen, aber da er immer versicherte, er habe den Kommunismus längst abgeschrieben, ließ man ihn unbehelligt seiner Tätigkeit als Anwalt und Rechtsberater des Verbandes der slowakischen Spediteure nachgehen. Widerwillig ließ er sich 1942 sogar von Mach in eine Delegation berufen, die sich einen Eindnruck vom „bolschewistischen Paradies" im deutsch besetzten sowjetrussischen Gebiet machen sollte.

Daß im August 1944 in der Hohen Tatra der „Slowakische Volksaufstand" begann, erfuhr der heute als ein Organisator dieses Widerstands gefeierte Husák von einer Kellnerin in seinem Preßburger Stammlokal. Er eilte alsbald in das Zentrum des Aufstandes nach Neusohl, wo er für die slowakischen Kommunisten in das politische Führungsorgan der Aufständischen, den Slowakischen Nationalrat, delegiert wurde. Gleichzeitig verfaßte er ein an Stalin gerichtetes Geheimdokument, in dem er vorschlug, die Slowakei zu einer Sowjetrepublik auszurufen und der Sowjetunion anzuschließen. Stalin allerdings paßten Husáks Vorschläge aus weltpolitischen Gründen nicht. Er ließ das Dokument im Archiv verschwinden.



Zeitlebens vom Ehrgeiz getrieben: Husák FOTO: SVEN SIMON

In der von der Roten Armee besetzten Slowakei machte Husák endlich Karriere. Er wurde später Vorsitzender des slowakischen Landesministerrates und für die Innenpolitik verantwortlich. Als solcher ließ er unbarmherzig alle Gegner verfolgen – Saňo Mach verdankt ihm das Leben, er wurde „nur" zu lebenslanger Haft verurteilt.

Aber auch Husák wurde 1951 verhaftet. Neun Jahre verbrachte er nach schweren Foltern im Gefängnis. 1960 wurde er amnestiert. Drei Jahre war er Bauarbeiter, dann wurde ihm „wissenschaftliche Tätigkeit" gestattet.

Im Prager Frühling 1968 stellte er sich an die Seite seines Landsmannes Alexander Dubček und wurde stellvertretender Ministerpräsident und slowakischer Parteichef. Als die Sowjets nach der Okkupation des Landes im August 1968 eine ihnen hörige Figur für die Parteispitze suchten, die nicht durch Teilnahme an den stalinistischen Unterdrückungen belastet war, stellte sich ihnen der ehrgeizige Husák zur Verfügung. Er wurde 1969 Nachfolger Dubčeks und Mitte 1975 Nachfolger General Ludvik Svobodas als Staatsoberhaupt, als erster Slowake. Im April 1981 ließ er sich in diesem Amt – so wie jetzt – bestätigen. In Prag wird erzählt, daß die „Wahl" für Gustáv Husák diesmal nur ein Trostbonbon ist. Auf dem Parteitag im kommenden Jahr solle er das wichtige Amt des Parteichefs in „jüngere Hände" abgeben.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

WZ Westdeutsche Zeitung

Die Düsseldorfer Zeitung kommentiert den Koalitionsstreit:

Mitten in heftigen Auseinandersetzungen über Rechts- und Sicherheitsfragen verlangen CSU und FDP gemeinsam, die geplante Steuersenkung müsse auf einen Schlag durchgeführt werden. Kohl hat sich auf zwei Phasen der steuerlichen Entlastung festgelegt. Die beiden Koalitionspartner scheuen sich nicht, ihm unter völliger Ignorierung seiner Richtlinienkompetenz auch in der Steuerschlacht eine Niederlage beizubringen. Dramatischer könnte der Zustand der Bonner Koalition nicht illustriert werden.

DER BUND

Die in Bern erscheinende Zeitung kommt zu dem Schluß, daß die Position Kohls mangels direkter Konkurrenten ungefährdet bleibt:

An Profil gewonnen hat Finanzminister Stoltenberg. Der „Kühle aus dem Norden" ist aber viel zu loyal, um sich in Rivalitäten einzulassen, einmal davon abgesehen, daß er im Süden, wo der Schwerpunkt der Union liegt, wenig Chancen hat. Ernst Albrecht, der nach Kanzlerwürden strebt, muß vorerst einmal die Landtagswahlen in Niedersachsen gewinnen. Verliert er sie, ist er ohnehin keine Alternative mehr. Gewinnt er aber, so ist dies auch ein Erfolg für Kohl. Der aussichtsreichste Mann im Hintergrund ist Ministerpräsident Späth aus Baden-Württemberg, der aber nicht vor 1991 antreten will. Strauß hat seine Bonner Wünsche längst abgeschrieben, wenn er auch kräftig als Königsmacher mitmischen will. So bleibt Kohl ungefährdet, vor allem, weil es keinen direkten Konkurrenten gibt.

LE PROGRES

Die südfranzösische Provinzzeitung kommentiert den Börsen-Boom in den westlichen Ländern:

Diese Explosion der Finanzmärkte spiegelt sicherlich den weltweiten Aufschwung der vergangenen Jahre und der Gesundung der von der Krise zerrütteten Unternehmen wider. Sie hatte die Schwächsten getötet und die Stärksten noch weiter aufgewertet ... In einigen Jahren wird es einen echten Weltmarkt für Aktien geben, der rund um die Uhr funktionieren wird ... Unser alter, ansonsten so sehr zerrissener Planet vereinigt sich unter unseren Augen im Bereich des Kapitals. Wünschen wir uns, daß die Weisheit nicht zu weit hinter dem Geld zurückbleibt.

Plötzlich deutet Minister Steger ein Einlenken an

Ein „präzisierender" Brief würde für Alkem genügen / Von Peter Jentsch

Die Explosion erfolgte am 3. Mai: Ohne Vorwarnung verbot der hessische Wirtschaftsminister Ulrich Steger der Reaktor-Brennelement Union GmbH (RBU) in Hanau die Verarbeitung und Lagerung von Brennelementen höher und hoch angereicherten Urans und Plutoniums zu Brennstäben.

Steger begründete seinen Schritt formalrechtlich. Hätte sein Ministerium das Verbot nicht ausgesprochen, sagte er, hätte es sich des Straftatbestands der Beihilfe schuldig gemacht. Mittlerweile hat er allerdings seine Bereitschaft erklärt, zu prüfen, ob aufgrund einer präzisierenden Erklärung der RBU die verfügte Teilstillegung, gegen die das Unternehmen Klage eingereicht hat, rückgängig zu machen sei.

Diese „Bereitschaft" läßt den Schluß zu, daß vielleicht andere Motive als rein juristische die Schritte des Ministers der SPD-Minderheitsregierung in Hessen gelenkt haben könnten: Warum erst die Verfügung, wenn einige Präzisierungen des Unternehmens ausreichen können, diese wieder zu suspendieren? Um diese Frage zu beantworten, ist Stegers juristische Begründung zu untersuchen.

Dabei geht es darum, ob die Voraussetzungen für das Assemblieren (Zusammenfügen) von Brennstäben aus hochangereichertem Uran und Plutonium zu Brennelementen (was Steger der RBU verbietet) nach dem Atomgesetz gegeben sind. Bis 1975 hatte die RBU die Plutoniumassemblierung in ihrem Werk Nukem vorgenommen. Nach der Atomrechtsnovelle 1975 brauchen solche Unternehmen ebenso wie Kernkraftwerke eine Genehmigung. Einen entsprechenden Antrag hatte die RBU gestellt. Dabei konnte sie nach den Überleitungsvorschriften des Gesetzes ihre „bisherige Tätigkeit" fortführen.

Indes erfüllte die Produktionsanlage des Unternehmens Nukem nicht die strengen Sicherheitsauflagen. Daraufhin entschloß sich die Unternehmensleitung, die Assemblierung zwar unter eigener Regie, aber in den den Sicherheitsanforderungen entsprechenden Anlagen der benachbarten Schwesterfirma Alkem durchzuführen. Allerdings beabsichtigt die RBU, diesen Unternehmensbereich, der etwa fünf Prozent der Produktion ausmacht, auf Alkem zu übertragen. Über einen entsprechenden Antrag ist bis heute noch nicht entschieden. Somit braucht die RBU weiterhin die Genehmigung für die Verarbeitung höheren und hoch angereicherten Urans und Plutoniums.

In der Zwischenzeit hat das Unternehmen zwei Sicherheitsberichte entsprechend der Forderung des Atomgesetzes vorgelegt. Einen 1984 für den Teil der RBU-Produktion, der sich nicht mit der Verarbeitung von Brennelementen mit hochangereichertem Uran zu Brennstäben befaßt. Und einen zweiten, im März 1982, der diesen Produktionsteil zum Inhalt hat.

Da das Unternehmen inzwischen in im rechtlichen Sinne „angemieteten" Räumen von Alkem produziert, geht Steger davon aus, daß dieser Produktionsteil auch Gegenstand des jüngeren Sicherheitsberichts von RBU sein müsse. Das sei aber nicht der Fall. Daraus leitet er seinen Standpunkt ab, die weitere Produktion aus formalrechtlichen Gründen untersagen zu müssen, wolle er sich nicht einer Dienstaufsichtsverletzung schuldig machen. Zugleich betont er, das Unternehmen habe seine Aufforderung, den Sicherheitsbericht um den Bereich Assemblieren zu vervollständigen, abgelehnt.

In dieser Forderung, so einfach erfüllbar sie auf den ersten Blick erscheint, liegt freilich eine Gefahr. Gäbe das Firmenmanagement zu, nicht zuverlässig, möglicherweise gar fahrlässig in dieser Frage gehandelt zu haben, wäre die Voraussetzung nach dem Atomgesetz gegeben, dieses Management auszuwechseln. Gleichzeitig böte sich den Gegnern der wirtschaftlichen Nutzung der Kernenergie die Chance, an diesem personalisierten Problem die Versorgung durch Kernenergie weiter in Frage zu stellen.

Die RBU hat mittlerweile beim Verwaltungsgericht Frankfurt Klage gegen die Teilstillegung eingereicht. Steger will prüfen, ob er die Teilstillegung, die durch die Klage aufgeschoben wird, durch die Anordnung des Sofortvollzugs seiner Verfügung aufrechterhält. Zugleich läßt er aber die Möglichkeit offen, daß durch Ergänzungen des Sicherheitsberichts das Problem aus der Welt geschafft werden könnte, ohne daß dabei, wie er gestern im Innenausschuß des Bundestages betonte, „Köpfe rollen müssen".

Diese juristischen Spitzfindigkeiten fordern in der Tat die Frage heraus, wie Hessens SPD-Landesregierung angesichts der drohenden Folgen für den Arbeitsmarkt und letztlich auch für den technologischen Fortschritt des Industriestaats Bundesrepublik Deutschland ein so wichtiges Unternehmen wie die Herstellung hochangereicherter Brennstäbe erst aus rein formalen Gründen dramatisch verbieten konnte, um dann zu sagen: ein Brief genügt, und ihr dürft weitermachen. Daß die Grünen rein zufällig Alkem und Nukem zum Brenn(stab)punkt einer Zusammenarbeit mit der SPD gemacht haben, gibt der Sache nicht nur politisch, sondern auch rechtlich ihre besondere Note. Was für eine Beihilfe lag hier vor?

Mit der jungen Garde will Honecker sein Erbe sichern

Erich Honecker denkt immer mehr an einen Generationen-Wechsel in Ost-Berlin. Dabei meint der 73jährige nicht so sehr sich selbst, sondern seine gleichaltrigen oder älteren Genossen. Mit ungewöhnlicher Eile hat er begonnen, den Machtapparat zu verjüngen und mit Männern seines Vertrauens zu besetzen.

Von WERNER KAHL

Bei der Rückkehr von der Arbeitspause auf ihre halbfertige sozialistische Baustelle sehen sich drei Maurer entsetzt an. Vor ihnen, auf einem Betonpfeiler, hockt der Kollege mit dem Wachhund – Hund und Herr vom Warten inzwischen skelettiert. „Die sollten hier doch nur aufpassen, bis wir wiederkommen", läßt „Eulenspiegel", zuständig für Humor und Satire in der „DDR", den Brigadier in diesem Frühjahr die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit im realen Sozialismus karikieren.

Mit unzähligen Appellen versucht indes SED-Generalsekretär Erich Honecker die Arbeitsnormen höherzuschrauben. Fritz Blume, Arbeiter in der Landwirtschaftsgenossenschaft Drahnsdorf, versprach Honecker, bei der Frühjahrsbestellung das Tageslicht voll auszunutzen. „Deshalb sind wir so früh und solange es geht auf den Feldern!"

„Auf jedem Feld, in jedem Stall", verlangt die Einheitspartei Einsatz bis zum „Sieg des Sozialismus". Die nächste Station auf diesem Weg ist der Parteitag im April kommenden Jahres in Ost-Berlin.

Für den SED-Generalsekretär und „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker bedeutet dieses Datum nicht eine Heerschau wie andere Parteitage seit 1946. Selbst wenn in den Parteimedien darüber geschwiegen wird, sprechen führende Genossen bereits davon, daß es wohl der letzte Auftritt Honeckers in seiner dreifachen Funktion sein wird. Denn der Parteiführer, Staatschef und Vorsitzende des „Nationalen Verteidigungsrates" wird 1986 74 Jahre alt sein.

Bei gewöhnlich fünfjährigem Abstand zwischen den Kongressen wäre er beim XII. SED-Parteitag 1991 79 Jahre. Das erklärt Honeckers Eile, seinen Machtapparat nach seinen Vorstellungen zu verjüngen und das Regime völkerrechtlich durch Bonner Zugeständnisse zu verselbständigen.

An einen Rücktritt vor den Delegierten des XI. Parteitages, etwa auf Raten, denkt Honecker jedoch nach allem, was dazu aus Ost-Berlin verlautet, 1986 nicht. Bei seinem Zusammentreffen mit Kreml-Chef Michail Gorbatschow empfahl er sich dem zwei Jahrzehnte jüngeren Sowjetfunktionär vielmehr mit hervorragender geistiger und körperlicher Konstitution. Unter den Führungskräften der Kreml-Vasallen tritt Honecker auch gerontologisch als Musterschüler auf.

So gehen in Ost-Berlin die Parteigremien auch davon aus, daß sich Honecker zunächst in seinen Ämtern bestätigen läßt. Erst etwa Mitte der „Legislaturperiode" könnte er dem fortschreitenden Alter Tribut zollen, die Exekutivfunktionen in jüngere Hände geben und sich darauf beschränken, sein Lebenswerk nach innen und außen zu repräsentieren.

Es erscheint deshalb nicht ausgeschlossen, daß er das Amt des Staatsratsvorsitzenden quasi als Staatspräsident weiter führt und sich als Nachfolger Wilhelm Piecks, des bisher einzigen „DDR"-Präsidenten, bis an sein Lebensende feiern läßt. Für den Sommer 1987 hat er bereits die Schirmherrschaft über die Kinder- und Jugendspartakiade, das größte Sportfest in der „DDR", übernommen.

Wer führt aber die „DDR" in das letzte Jahrzehnt des Jahrhunderts? Honecker holte in letzter Zeit systematisch Funktionäre seines Vertrauens in das Zentralkomitee und das heute 21 Mitglieder zählende Politbüro, das höchste Führungsgremium der SED zwischen den Parteigremien. Die Funktionäre auf dem Parteiolymp wie Egon Krenz, jüngstes Politbüromitglied mit 48 Jahren, ziehen wiederum auf der Ebene der Abteilungsleiter Vertraute nach.

Bis zum XI. Parteitag ist mit weiteren Veränderungen, so auf dem nächsten ZK-Plenum, zu rechnen. Das gilt vor allem bei der angestrebten Verjüngung der SED-Spitzengremien. Der Nachwuchs kommt aus der Führung der Staatsjugendorganisation FDJ. Das ist sowohl die „Kampfreserve" der Partei in den „bewaffneten Organen" als auch die Kaderabteilung für die höchsten Parteigremien.

Auf dem 7. ZK-Plenum vor Weihnachten 1983 hatte Erich Honecker das Revirement eingeleitet. Egon Krenz, langjähriger Vorsitzender der Staatsjugend und häufig als „Kronprinz" genannt, wurde Vollmitglied des Politbüros und ZK-Sekretär. Von dem bulligen Funktionär heißt es, daß er „siebenmal mißt, bevor er einmal schneidet".

Für Bonn gehörte das Aufrücken des Deutschlandexperten Professor Herbert Häber zu den bedeutsamsten Veränderungen. Was sich in den letzten Monaten in diesem Bereich abzeichnete, trägt Häbers Handschrift.

Gleichzeitig rückten – ein geschickter Zug Honeckers, um eine Frontenstellung zu vermeiden – weitere hohe Funktionäre in die Parteiführung auf:

- Günter Schabowski, 55jähriger Chefredakteur des SED-Zentralorgans „Neues Deutschland";
- Günther Kleiber (56), Ökonom und Minister für Allgemeinen Maschinenbau, Landwirtschaftsmaschinen und Fahrzeugbau und
- Dr. rer. oec. Werner Jarowinsky, ein Name, den man sich merken sollte, betonen Ostblock-Diplomaten, die die Vorgänge im SED-Apparat besonders aufmerksam verfolgen.

Der 58jährige Jarowinsky ist in der Bevölkerung kaum mehr als dem Namen nach bekannt, obwohl seine Funktion direkt mit ihrem leiblichen Wohl zu tun hat: Im Sekretariat des SED-Zentralkomitees ist er für die Versorgung der 17 Millionen Einwohner zuständig. Daß bei deren chronischem Versagen Jarowinsky dennoch als Geheimtip für einen der höchsten Posten gehandelt wird, läßt auf Rückendeckung in Moskau schließen.

Gerüchte, die bis nach Bonn drangen, wollten wissen, der aus Leningrad stammende Sohn eines deutschen KP-Emigranten würde auf dem XI. Parteitag als Nachfolger Honeckers in einer von dessen drei Funktionen präsentiert. Soweit es sich nicht um Blähungen Ostberliner Hofklatsches handelt, könnte dies auch lanciert worden sein, um Honecker durch die Gerüchteküche zu bedeuten, daß sein sorgfältig geknüpftes Nachfolgernetz durchaus noch nicht im Kreml abgesegnet worden sei.

Einige Deutschlandbeobachter meinen, das Gerücht könnte auch aus dem Stabe des SED-Chefs stammen, um Bonn zu veranlassen, Honecker pfleglich und zuvorkommend zu behandeln, weil niemand wisse, wie sich ein Nachfolger verhalten werde.

Ernster zu nehmende Spekulationen gehen jedoch davon aus, daß es im Kreml eine Gruppe gibt, die daran denkt, in die Honecker-Riege einen Funktionär als Gegengewicht in Gestalt Jarowinskys einzubauen.

Eine Schlüsselrolle spielt dabei die Besetzung des Postens des Ministerratsvorsitzenden. Amtsinhaber Willi Stoph, der einstige Stabsgefreite der Wehrmacht und von Moskau bereits als Verteidigungs- und Innenminister eingesetzt, war nach dem Tode seines Bruders und durch Krankheiten bereits 1980 amtsmüde. Doch der Kreml drängte ihn erfolgreich, noch einmal fünf Jahre dem „DDR"-Ministerrat vorzustehen und seinen Sitz im Politbüro sowie die Rolle als Stellvertreter im Staatsrat beizubehalten.

Jetzt steht erneut die Frage an, ob der 71jährige nach dem XI. Parteitag seinen Platz freimacht: Kommt dann Günter Mittag, der Wirtschaftsmann, der allerdings an Diabetes leidet und im Herbst 1984 operativ behandelt werden mußte?

Für den Außenpolitiker im SED-Politbüro, Hermann Axen, macht sich ebenfalls ein Nachrücker bereit: Werner Felfe (57), auch im FDJ-Zentralrat unter Honecker bewährt, könnte den 69jährigen Axen, dem ein Herzschrittmacher eingesetzt wurde, ablösen.

Für einen Posten im engsten Führungskreis hat sich auch der 56jährige Joachim Herrmann, Politbüromitglied und Sekretär für Agitation und Propaganda, empfohlen. Herrmann, der in der Sowjetunion studierte, ist seit der gemeinsamen Tätigkeit mit Honecker in der FDJ dessen Ghostwriter.

Zu den Gepflogenheiten kommunistischer Kaderpolitik gehört es, Veränderungen in Führungspositionen in der Regel nicht im Radio, Fernsehen oder in Zeitungen bekanntzugeben. So wurde auch das bedeutsame



Der SED-Chef bestellt sein Feld: Erich Honecker (73)
FOTO: POLY-PRESS

Revirement in der ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen – Abteilung „S" – aus anderweitigem Anlaß bekannt. Bei der Berichterstattung über die Gratulationscour zum 60. Geburtstag des Generalobersten Horst Stechbarth, Befehlshaber der „DDR"-Landstreitkräfte, tauchte plötzlich Dr. phil. Wolfgang Herger auf, bisher Abteilungsleiter für Jugendfragen im SED-Zentralkomitee.

Egon Krenz hat seinen ehemaligen Stellvertreter in der FDJ-Führung nachgezogen. Die Abteilung „S" war seit Gründung der SED stets von einem Offizier geleitet worden. Denn Generaloberst Scheibe, der bisherige Leiter, schied im Alter von 70 Jahren wegen schwerer Krankheit aus. Im Apparat überraschte es natürlich, daß für „S" zum erstenmal ein Zivilist, noch dazu ein Diplom-Philosoph, berufen wurde. Die Abteilung ist direkt zuständig für die politische Kontrolle der inneren und äußeren Sicherheit des „DDR"-Regimes. Aber Wolfgang Herger hat sich als FDJ-Sekretär unter Krenz als Agitator auf dem schwierigen Jenaer Pflaster bewährt.

Die SED-Führung muß in der nächsten Zeit auch über die Nachfolger von drei Ministern entscheiden:

- Staatssicherheitsminister Armeegeneral Erich Mielke wird in diesem Jahr 78. Er ist der dienstälteste Geheimdienstminister aller Staaten. Einen Namen für einen möglichen Nachfolger gibt es noch nicht.
- In der Frage, wer dem 76jährigen Verteidigungsminister Heinz Hoffmann nachfolgt, drängt sich bereits ein Name auf: Heinz Keßler, seit 1957 stellvertretender Verteidigungsminister. Der einstige Maschinenschlosser, Jahrgang 1920, der gleich zu Beginn des Überfalls auf die Sowjetunion zur Roten Armee überlief und dann wieder vor den deutschen Linien auftauchte, um die früheren Kameraden mit Sowjet-Stoßtrupps zu überlisten, bringt die besten Voraussetzungen für dieses Amt mit. Der gebürtige Schlesier ist jetzt Chef der Politischen Hauptverwaltung der Armee.
- Das Innenministerium: Dort hat der Minister im Rang eines Armeegenerals, Friedrich Dickel, alle Hände voll zu tun, die nicht endenwollende Ausreisewelle einzudämmen. Im Auftrag Honeckers stellte er die Bezirksverwaltungen 1984 vor die Aufgabe, innenpolitisch präventiv tätig zu werden. Das heißt, Konfrontationen mit den Bewohnern möglichst zu vermeiden. Doch auch Dickel ist über 70. Er wird in diesem Jahr 72 Jahre alt.

Wie auch immer über Nachfolgefragen entschieden oder spekuliert wird, eins gilt als absolut sicher: die Macht und der Einfluß des Ehepaars Honecker. Wenn bei Ostberliner Funktionären die Rede auf Erich Honecker und seine Frau kommt, sprechen sie vom „funktionstüchtigsten Ehepaar" des Regimes. Honecker hatte nach einer Scheidung 1953 die 15 Jahre jüngere Telefonistin Margot Feist geheiratet. Margot Feist war 1949 die jüngste SED-Abgeordnete der „Volkskammer".

In der Ostberliner Regierung wacht die jetzt 58jährige heute nicht nur als Ministerin auf Lebenszeit über die Volksbildung, sie organisiert auch die Wehrertüchtigung der Jugend und kontrolliert die Staatsbürgerkunde unter den „DDR"-Bewohnern.

Dieses sozialistische Musterpaar dürfte auch bei Kreml-Chef Gorbatschow weiter eine gute Figur machen. Interessanter aber ist die Frage, ob dies auch die in Aussicht genommenen „Hoferben" machen? Denn politischer Testamentsvollstrecker in Ost-Berlin ist der Kreml.









Ostberliner Köpfe von morgen: Werner Jarowinsky (58), Egon Krenz (48), Herbert Häber (54), Heinz Keßler (65), Werner Felfe (57)
FOTOS: JÜRGENS (3)/MEHNER/AP

Auf festem Grund knüpft die Bahn ein attraktiveres Netz

Der chronische Streit um Streckenstillegungen hat der Bundesbahn geschadet. Das soll anders werden. In Schleswig-Holstein startet nun ein Modell: die enge Zusammenarbeit von Bahn und Land zur längerfristigen Sicherung eines attraktiven öffentlichen Verkehrsangebots.

Von HANS-J. MAHNKE und PETER ZERBE

Wenn es um die Deutsche Bundesbahn geht, haben manche Kirchturmpolitiker ihre große Stunde, zum Ärger des Bundesfinanzministers. Seit Jahren beharren sie auf ihrem Bahnhof, auch wenn er kaum noch benutzt wird. Der Grund ist verständlich, denn für das, was die Bundesbahn macht, müssen nicht die Länder, Kreise und Gemeinden aufkommen, sondern letztlich der Eigentümer, der Bund.

Um jede Strecke, selbst wenn darauf nur Geisterzüge verkehren, muß die Bahn kämpfen, wenn sie diese stillegen will. Allein der Unterhalt kostet viel Geld, was an anderer Stelle fehlt. Andererseits zeigt sich, so Bahn-Vorstand Reiner Gohlke, „daß sich dort, wo die Bahn ein modernes, marktgerechtes Angebot auf den Markt bringt, auch Erfolge einstellen". Dies signalisierten unter anderem die Zuwachsraten bei den S-Bahnen in den Ballungsräumen. Das Problem liegt darin, auch in der Fläche ein Verkehrsangebot zu organisieren, das finanzierbar ist und von den Bürgern auch angenommen wird.

Eine Vereinbarung für mindestens zehn Jahre

Einen gemeinsamen Weg haben jetzt die Landesregierung von Schleswig-Holstein und die Deutsche Bundesbahn gefunden. Die Vereinbarung über den öffentlichen Personennahverkehr in Schleswig-Holstein, festgeschrieben auf im Kern zehn Jahre, soll Anfang Juni unter Dach und Fach gebracht werden. Modellhafte Zusammenarbeit heißt es bei der Bahn. Und der schleswig-holsteinische Minister für Wirtschaft und Verkehr, Jürgen Westphal, spricht von einem „Modell Schleswig-Holstein zur Einführung eines regionalen Schnellverkehrs auf der Schiene".

Bisher habe die Bahn, klagt Westphal, ohne erkennbare Gesamtkonzeption Strecken und Halteplätze stillgelegt, Personenverkehr auf die Straße verlagert und ihr Angebot ständig eingeschränkt. Jetzt soll alles anders werden, obwohl in der Präambel der Vereinbarung zwischen der Bahn und dem Land darauf hingewiesen wird, daß wichtige Faktoren gegen den öffentlichen Personennahverkehr wirken: so der Rückgang der Schülerzahlen und die Zunahme des Anteils älterer Bürger an der Gesamtbevölkerung, die weitere Zunahme des Autoverkehrs und eben die steigenden Betriebskosten, die nicht überall durch Einnahme-Steigerungen voll ausgeglichen werden können.

Und so sieht die Lösung aus, die jetzt vereinbart wurde: Auf einem landesweiten Grundnetz soll eine leistungsfähige und schnelle Verbindung zwischen den Mittel- und Oberzentren und dem Ballungsraum Hamburg sichergestellt werden. Dabei kommt einem attraktiven Angebot der Bundesbahn auf der Schiene besondere Bedeutung zu. Daneben gibt es flächenerschließende Netze auf Kreisebene.

„Die Buslinien des Grundnetzes sollen einerseits Verbindungen zum Schienennetz der Deutschen Bundesbahn herstellen und andererseits leistungsfähige und schnelle Verbindungen auch in Gebieten gewährleisten, in denen die Höhe des Fahrgastaufkommens einen wirtschaftlichen Schienenbetrieb nicht mehr gewährleistet", heißt es in der Vereinbarung. Das landesweite Grundnetz soll einerseits mit dem Fernverkehrsnetz der Bahn und andererseits an geeigneten Punkten mit den flächenerschließenden Netzen, die Verteiler- und Zubringerfunktion haben, verknüpft werden.

Konkret bedeutet dies: Die Bundesbahn sichert für zehn Jahre die Schienenbedienung für den Personenverkehr auf den Strecken Hamburg–Kiel; Lüneburg–Lübeck–Kiel; Husum–Jübek, Rendsburg–Kiel; Hamburg–Flensburg; Hamburg–Westerland; Hamburg–Puttgarden; Hamburg–Büchen; Lübeck–Travemünde und Kiel–Flensburg zu. Um auf Tempo zu kommen, sollen diese Strecken auf Regionalschnellverkehr umgestellt werden. Die Züge sollen, wie bereits beim Intercity-Verkehr erprobt, im zeitlichen Takt fahren.

Um die Attraktivität weiter zu verbessern, sollen moderne Züge eingesetzt werden, vor allem der neu entwickelte Dieseltriebzug der Baureihe VT 628-928 mit 128 Sitzplätzen. Sie können immerhin eine Geschwindigkeit von 210 Stundenkilometern erreichen. Um dieses zu nutzen, will die Bahn im Rahmen ihrer Möglichkeiten auch den Gleiskörper modernisieren. Und dort, wo die Züge der Bahn halten, soll auch etwas für die Bahnhöfe getan werden.

Bahn und Land gehen davon aus, daß all dies „zu einer stärkeren Nutzung und damit zu einer wirtschaftlichen Stabilisierung des Schienenpersonen-Nahverkehrs führt". Sollte sich diese Erwartung drei Jahre nach Einführung des verbesserten Angebots – mit der Umstellung wird in diesem Jahr begonnen, und Westphal veranschlagt dafür eine Zeit von zwei Jahren – nicht bestätigen, dann sollen die wenig befahrenen Strecken und wenig benutzten Bahnhöfe zur Disposition gestellt werden, dann soll geprüft werden, ob dort der Einsatz von Bussen sinnvoller ist.

Überhaupt: Die Busbedienung auf allen Strecken des landesweiten Grundnetzes soll einen bedarfsgerechten Standard erreichen. Hier kommt eine Besonderheit in Schleswig-Holstein ins Spiel. Die Bahn hat hier ihren Busbetrieb in einer eigenständigen Gesellschaft, der Autokraft GmbH, zusammengefaßt, die in die neue Ordnung einbezogen ist. Allerdings sollen auch private Busunternehmen beteiligt werden.

Die Hauptlast der Anpassung wird von der Bahn getragen. Finanziell zu Buche schlagen werden zunächst die Investitionen in die modernen Züge. Das Land wird vor allem Zuschüsse für den Bau von Park-and-Ride-Anlagen und von zentralen Omnibusbahnhöfen zur Verfügung stellen.

Andere Bundesländer sollen folgen

Ähnliche Vereinbarungen wie mit Schleswig-Holstein strebt die Bahn auch mit anderen Bundesländern an. Für sie spielt dabei eine entscheidende Rolle, diesen Teil des Bahnangebots aus der ständigen Diskussion, aus dem Streit mit den Landes- und Kommunalpolitikern herauszubekommen. Die ständigen Auseinandersetzungen um Streckenstillegungen haben dem Image der Bahn nämlich nur geschadet.

Die Länder erhalten die notwendige Sicherheit für ihre raumordnerischen und verkehrspolitischen Planungen und sie können die Gemeinden zur Mitgestaltung eines integrierten Nahverkehrsnetzes heranziehen. „Über die Zukunft dieses Modells entscheiden aber letztlich die Bürger selbst", betont Jürgen Westphal. „Und zwar allein dadurch, daß sie das neue Angebot nutzen."

Brandt hat in der SPD mit „Söhnen und Enkeln“ sein Haus fast bestellt

PETER PHILIPPS, Bonn

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt will sein Haus neu ordnen, noch selbst die Weichen für die Zukunft seiner Partei stellen. Außer seinem Hauptthema seit einigen Jahren, dem nur lose mit der SPD verbundenen Engagement für die Probleme der Dritten Welt, und seiner alten Liebe zur Ost- und Deutschlandpolitik gilt sein politisches Engagement im wesentlichen der „personellen und programmatischen Erneuerung“ der SPD. Er will – bewußt selbst an die Spitze der Programm-Kommission gegangen – der Fortschreibung des Godesberger Programms seine Handschrift geben und vor seinem, nicht aktuellen Rücktritt von den „Zinnen der Partei“ für einen reibungslosen Generationenwechsel gesorgt haben.

Ausgestattet mit einer – seit Wehners und Schmidts Rückzug ins Private – von niemandem mehr beeinträchtigten, fast grenzenlosen Autorität hat Brandt inzwischen ein gutes Stück des personellen Erneuerungsweges zurückgelegt. Auf dem Essener Parteitag im vergangenen Jahr wurde ihm ein stark verjüngter Vorstand zur Seite gewählt, der genau seinen eigenen Vorstellungen entsprach – überwölbt von der fest etablierten Zwischengeneration der Hans-Jochen Vogel, Johannes Rau und Hans-Jürgen Wischnewski.

In Schleswig-Holstein und Niedersachsen sind inzwischen zwei seiner politischen „Lieblingsenkel“, Björn Engholm und Gerhard Schröder, fest installiert. In Hannover gelingt es dem ehemaligen Juso-Vorsitzenden darüberhinaus offensichtlich noch, den Landesverband aus der angesteuerten, machtabstinenten Ecke wieder herauszuholen: Im 30-Prozent-Ghetto gedieh nicht einmal mehr der Anspruch, politisch gestalten zu wollen.

Neuer Anstoß

In Hamburg sitzt der von Brandt hochgeschätzte Klaus von Dohnanyi fest im Sattel. Immer wieder versucht sein Parteivorsitzender ihn bundespolitisch ins Gespräch zu bringen, auch wenn ein erster Anlauf, aus Dohnanyi den öffentlichkeitswirksameren Wirtschaftssprecher neben dem eher trockenen Wolfgang Roth zu machen, an dessen aus Juso-Zeiten geübter Machtpolitik scheiterte.

In Bremen ist auch für Brandt Hans Koschnick unverzichtbar. An Ulrich Lang in Baden-Württemberg hält er fest, auch wenn dieser im Schatten Lothar Späths höchstens Stagnation garantieren kann. Hier setzt Brandt stark darauf, daß die Grünen „ihren Höhepunkt überschritten“ haben und ein Teil der enttäuschten Wähler zurückfindet.

Doch insgesamt weiß er, daß ohne einen neuen Anstoß auf der „Südschiene“ der Bundesrepublik Deutschland, in Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, wo sich die SPD schon so viele Jahre in der Diaspora befindet, der Kampf um die Macht in Bonn aussichtslos bleiben wird. In Bayern soll nun, nach dem Vogel-Debakel und der langen, personell drögen Durststrecke mit dem Original-Bayern und in die Jahre gekommenen Bürgerschreck Rudolf Schöfberger ein neuer Versuch gemacht werden. Der „Rote Rudi“, der einstmals Vogel arg gerupft, aber in der Bundestagsfraktion inzwischen mit diesem seinen Frieden gemacht hat, soll vor allem der preußischen Partei mit landsmannschaftlich-folkloristischem Anstrich bei gestandenen Bayern akzeptabel machen.

Doch die größten Hoffnungen setzt Brandt auf einen bundesweit kaum bekannten jungen Mann, über den er in auch persönlicher Zuneigung seine schützende Hand in ähnlicher Weise hält, wie einstmals über den inzwischen arrivierten „Hoffnungsträger“ Lafontaine: Rudolf Scharping. Der 37jährige ehemalige Juso-Vize, wegen seines Bartes auch „Ho-Tschiminh“ genannt, soll schon bald den kranken Hugo Brandt an der Spitze der rheinland-pfälzischen SPD ablösen. Der in der Bonner Baracke als „exzellenter Redner“ hat in einem rasanten Aufstieg im Landesverband bereits seine Cleverness bewiesen.

Einen weiteren Generationenwechsel hat Brandt schon mitvorbereitet, obwohl er eigentlich nicht eingeplant war: Volker Hauff, der bei der letzten hessischen Kommunalwahl als baden-württembergischer Import in Frankfurt gegen Wallmann ein achtbares Ergebnis erzielte, wechselte inzwischen seine politische Heimat und ließ sich endgültig in Frankfurt nieder. Zum einen ist Ministerpräsident Holger Börner durch die Dauerauseinandersetzung mit den ursprünglich Dachlatten-bedrohten Grünen gesundheitlich schwerer angeschlagen, als es nach außen scheint. Zum anderen kann sich im Verlaufe der nächsten Monate in den Planungen der Sozialdemokraten eine Situation ergeben, bei der Börner nicht ohne Gesichtsverlust die Spitze bilden könnte. Hauff ist schon da.

In den Ländern bleibt für Brandt also eigentlich nur noch sein Immer-Noch-Landesverband Berlin ein unbeackertes, seit der letzten Wahl eher unfruchtbares Feld. Eine „Reform an Haupt und Gliedern“ hatte er als Arznei zwar selbst empfohlen, doch bisher ist man in Bonn und Berlin noch damit beschäftigt, überhaupt nur die Glieder zu sichten und zu sammeln.

Junger Vorstand

In der Bundespartei ist die Umbruchstrecke ebenfalls bis auf einen Rest zurückgelegt. Brandt hat sich einen jungen Vorstand zusammenwählen lassen, auf den er seine Zukunftshoffnungen setzt. Intern, in den einzelnen Vorstands-Kommissionen sind die neuen Handschriften bereits zu erkennen, etwa in der allmählich vollzogenen umweltpolitischen Neuorientierung. Das ganze wird außerdem überlagert von der Arbeit in der Programm-Kommission, in der sich vor allem ein Mann allmählich wieder nach vorne schiebt, der in früheren Zeiten schon einmal das Wohlwollen seines Parteichefs besaß: Hans-Ulrich Klose, ehemals Hamburger Bürgermeister, Hamletscher Wanderer zwischen den Flügeln, ausgestattet mit hohen intellektuellen Fähigkeiten. Sein Name wird auch fallen, wenn es um die Nachfolge für Jürgen Schmude in der Fraktionsspitze geht.

Offen bleibt noch die eigentlich vordringliche Frage: Wer wird Kanzlerkandidat und wer der Nachfolger im Parteivorsitz. Mit großer Selbstsicherheit schiebt zwar der Patriarch Brandt alle Fragen nach seinem Rücktritt beiseite, zieht sich öffentlich nicht selbst die zeitlichen Grenzen für sein Tun. Aber macnher Hinweis und die Gedanken über ein „Team“, die Rau nach seinem eindeutigen Wahlsieg in den vergangenen Tagen anstellte, lassen die Richtung ahnen: Statt der legendären, aber eigentlich nie existenten „Troika“ sollen in der Form eines tatsächlichen Duos Rau und Vogel mittelfristig die Spitze der Partei und eines Schattenkabinetts bilden.

„Spannungen durch Gespräche ausgleichen“

WELT-Interview mit dem neuen EKD-Präses Jürgen Schmude

hrk. Berlin

Der SPD-Spitzenpolitiker Jürgen Schmude ist zum neuen Präses der EKD-Synode gewählt worden, die für 25 Millionen Protestanten in der Bundesrepublik Deutschland spricht. Die WELT sprach mit Schmude.

WELT: Für viele sind Sie, ganz aktuell, ein umstrittener Politiker, aber kein umstrittener Mann: Ist es nicht dennoch für manche eine Zumutung und für Sie eine Last, sich jetzt zum zweithöchsten Amtsinhaber der EKD wählen zu lassen?

Schmude: Es ist eine Last, und es ist eine wichtige Aufgabe. Soweit sich einige Kirchenmitglieder und Synodale durch meinen politischen Hintergrund und durch aktuelle Ereignisse belastet fühlen, liegt es an mir, auch deren Vertrauen zu gewinnen.

WELT: Ist Ihre Kandidatur auch als ein Stück Wiedergewinnung politischer Macht durch verstärkte Hinwendung der SPD in die Gesellschaft hinein zu sehen?

Schmude: Es wäre ganz verhängnisvoll, wenn man kirchliche Aufgaben nutzen würde, um damit parteipolitische Wirkungen zu erzielen. Das müßte die Kirche zerstören. Ich sehe meine Aufgabe darin, in meinem neuen Amt gerade auch sehr gut und in bestem Einvernehmen mit Synodalen und kirchlichen Amtsträgern zusammenzuwirken, die in anderen Parteien engagiert sind. Mir ist das im politischen Bereich oft ganz gut gelungen, dieser persönlich vernünftige Umgang. Es muß auch hier gelingen. Ich werde natürlich meine politischen Ansichten nicht verleugnen, nicht ablegen. Aber in der Art, sie geltend zu machen, werde ich Rücksicht nehmen auf das, was hier von mir erwartet wird und was ich selbst von mir erwarte und erwarten muß.

WELT: Was sind Ihrer Meinung nach die Gründe, warum ausgerechnet die Union als christliche Volkspartei offenkundig die Kirche vernachlässigt oder ihre Chancen verschläft?

Schmude: Das sehe ich nicht so. Wenn die Union es nicht für angezeigt gehalten hat, etwa um dieses Amt des Präses zu kämpfen, das mir übertragen worden ist, dann mag das auch daran gelegen haben, daß ich viele Unions-Kollegen dort gut kenne, von denen ich weiß, daß sie etwas von mir halten und sich gesagt haben: Den können wir tragen, ertragen und hinnehmen. Es kann sein, daß bei früherem Bekanntwerden der umstrittenen Vorgänge der vergangenen Woche sich der eine oder andere gesagt hätte: Hier müssen wir etwas dagegen tun. Ich hoffe, daß es diese Kollegen nicht reut, daß sie es nicht getan haben, aber ich sehe darin nicht eine Geringschätzung dieser Aufgabe durch die Union.

WELT: Wie wollen Sie die Spannungen in vielen Bereichen der EKD ausgleichen?

Schmude: Durch Gespräche, die solidarisch und brüderlich geführt werden müssen. Durch Hilfestellungen und Ratschläge, durch die Art einer Amtsführung, die nach Möglichkeit niemand zu kurz kommen läßt, und auch mal durch deutliche Worte, wenn die helfen können. Aber wir müssen Polarisierungen abbauen. Darüber darf keine undeutliche Kirche entstehen, deren Wort nichts und alles sagt.

WELT: Sie waren vor wenigen Tagen mit Hans-Jochen Vogel bei Erich Honecker, die Kirchen drüben sind Ihnen nicht fremd: Bedeutet für Sie die besondere Gemeinschaft der Christen in Deutschland zugleich auch ein Politikum, weil sie die Menschen beieinanderhält?

Schmude: Es ist im Ergebnis ein Politikum. Ich bemühe mich um die kirchliche Gemeinschaft nicht, um damit ein Politikum zu erzielen, sondern weil die Menschen in beiden deutschen Staaten ihrer Herkunft nach, auch ihrer kirchlichen Geschichte nach, den vielfältigen Verbindungen nach, die sie unterhalten, ganz eng zusammengehören. In meiner eigenen Biographie spiegelt sich das wider. Da bestehen nämlich auch sehr viele kirchliche Verbindungen nach drüben, in kirchliche Kreise hinein. Die Tatsache, daß ich meine Frau in Ost-Berlin in der dortigen Partnergemeinde meiner Kirchengemeinde in Moers kennengelernt habe, prägt natürlich auch mein Bedürfnis, diese Nähe zu erhalten. Daß dies im Ergebnis – wenn wir diese Nähe halten können, die Verbindungen ausbauen und pflegen – auch positive politische Wirkungen hat, das freut mich, das nehme ich gern hin, und das sollten wir uns auch zunutze machen. Beispielsweise bei solchen gemeinsamen Aktionen wie dem Friedenswort zum 8. Mai.

Die Christen bleiben in Grundsatzfragen getrennt

Präses-Wahl beweist fehlende Strategie im Rechtslager

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Zwischen evangelischer und katholischer Kirche erwärmt sich das Klima weiter, aber im Kern hält die Spaltung der Christen an: das ist die Quintessenz eines Zwischenberichts der nach dem Mainzer „Gipfeltreffen“ mit dem Papst von 1980 eingesetzten „Gemeinsamen Ökumenischen Kommission“, der gestern von den 120 EKD-Synodalen in Berlin insgesamt positiv aufgenommen wurde. Weder in der Frage des gemeinsamen Abendmahls, glaubensverschiedener Ehen noch gemeinsamer Gottesdienste am Sonntagmorgen gibt es jedoch konkrete Fortschritte.

Der Westberliner Regional-Bischof Martin Kruse und der katholische Bischof von Würzburg, Paul-Werner Scheele, trugen gestern die Zwischenresultate des Gremiums vor. Eine Schlußvorlage soll noch bis Jahresende formuliert werden. In wesentlichen Punkten bleibt es vorerst bei der Trennung:

- Die katholische Kirche erlaubt nicht die Teilnahme von Protestanten am Abendmahl in der katholischen Kirche.
- Katholische Christen müssen ihrer Gottesdienstpflicht am Sonntag weiterhin in der eigenen Kirche nachkommen. Auch der katholische Teil in einer glaubensverschiedenen Ehe kann dieser Auflage nicht mit dem evangelischen Gottesdienstbesuch gemeinsam mit seinem andersgläubigen Partner genügen.
- Erleichterungen bei der Schließung von Mischehen sind aus katholischer Kirche nicht in Sicht. In der Bundesrepublik betreffen bereits 40 Prozent aller kirchlich vorgenommenen Trauungen Mischehen.

In der Debatte über den Zwischenbericht beklagte ein Synodaler mangelnde „konfessionelle Ausgewogenheit“ bei den erreichten kleinen Fortschritten. So sei beispielsweise Einverständnis darüber erzielt worden, im Papst nicht mehr – wie zur Reformationszeit – den „Anti-Christ“ zu sehen. „Aber mit vier gegen 30 Stimmen wurde im Ausschuß die Forderung abgelehnt, die ‚Verteufelung‘ der Reformation ausdrücklich zurückzuweisen.“ Die evangelische Seite werde künftig nicht mehr, berichtete Bischof Kruse, so barsche Formulierungen aus der Lutherzeit wie die von der Heiligen Messe als „vermaledeiter Abgötterei“ verwenden.

Auch am Tage nach der Wahl von Exjustizminister Jürgen Schmude (SPD) zum Präses und somit Sprecher der Synode (diesen Posten hatte einst Exbundespräsident Gustav Heinemann inne), beschäftigte dieser Vorgang die Synodalen. In den Wandelgängen des Festsaals und unter den schattigen Linden vor der Tür war einhellige Meinung aller Flügel: Angesichts der innenpolitischen Atmosphäre bedeutet die Entscheidung für Schmude, für das linke Lager in Kirche und Gesellschaft nach dem Rau-Sieg an Rhein und Ruhr und kritischen Stimmen in der Koalition gegenüber dem Führungsstil des Kanzlers eine Festsetzung des Stimmungshochs.

Erfahrene Kirchenparlamentarier waren sich einig, daß Schmude dennoch keineswegs „wegen“, sondern „trotz“ seiner umstrittenen Äußerungen zum Grundgesetz gewählt worden sei. Den Ausschlag für die Persönlichkeit Schmude, der selbst außerordentlich skeptisch in den Wahlgang gegangen war, gab seine werbende Vorstellungsrede.

Der praktische Verzicht des SPD-Mannes auf eine politische Karriere verfehlte seinen Eindruck nicht. Hinzu gesellte sich der selbst in rechten Kirchenlagern eingeräumte völlige Mangel an Strategie und Taktik in der Vorbereitung einer etwaigen Gegenkandidatur. Der mögliche Bewerber Otto von Campenhausen hatte seine Kandidatur von der Zustimmung der nordelbischen Bischöfe abhängig gemacht, die bisher im Rat der EKD nicht vertreten sind. Eine Wahl von Campenhausens, der diese Bischöfe im „Brief der Elf“ heftig kritisiert hatte, wäre nach Einschätzung vieler mit dem Ende aller Verständigungsbemühungen in dieser krisengeschüttelten Kirchenregion verbunden gewesen.

In den entscheidenden Stunden glänzten alle prominenten Unions-Vertreter durch Abwesenheit: Die Minister Werner Dollinger und Jürgen Warnke nahmen auf Bonner Termine Rücksicht, der neue Mainzer Landesminister Albrecht Martin war ebenfalls verhindert.

Demonstration für Freiheit von Sacharow

WALTER H. RUEB, Bonn

Mit Transparanten und Flugblättern demonstrierten am Dienstagabend Mitglieder polnischer Exilorganisationen in der Bundesrepublik zusammen mit Deutschen vor der sowjetischen Botschaft in Bonn für die Freilassung des sowjetischen Regimekritikers Andrej Sacharow und seiner Lebensgefährtin Elena Bonner aus der Verbannung nach Gorki. „Freiheit für Sacharow“ und „Amnestie für Elena Bonner“, hieß es auf Spruchbändern. Auch in russischer und polnischer Sprache wurde der Kreml aufgefordert, dem Drama um Sacharow ein Ende zu bereiten. In Anspielung auf die totale Isolation der Verbannten hieß es auf einem Transparent „Laßt die Sacharows mit ihren Kindern telefonieren.“

„Jüngsten Meldungen zufolge soll sich Sacharow seit dem 16. April 1985 im Hungerstreik befinden und seit dem 21. April im Hospital zwangsernährt werden“, sagte ein Sprecher der Gesellschaft Kontinent, welche zur Demonstration aufgerufen hatte. „Mit dem Hungerstreik sucht der Wissenschaftler die dringend erforderliche medizinische Behandlung seiner Frau im westlichen Ausland zu erreichen.“

Unter den Demonstranten befanden sich der deutsche Staatsrechtler Martin Kriele von der Universität Köln und der in Schweden im Exil lebende tschechoslowakische Kernphysiker Frantisek Janouch. Der Berufskollege Sacharows prangerte die Haltung der Sowjetunion im Fall Sacharow an. „Die Präsidenten Reagan, Mitterrand und Pertini, Papst Johannes Paul II., Bundeskanzler Kohl, die Premierminister Palme und Thatcher, Außenminister, Parlamente, Akademien und Gewerkschaften mehrerer Länder haben Proteste und Interventionen beim Kreml eingereicht“, sagte Professor Janouch. „Wie hat der Kreml reagiert? Praktisch überhaupt nicht! Die Affäre Sacharow zeigt klar und eindeutig, daß es unmöglich ist, von der sowjetischen Regierung eine glaubwürdige Antwort auf Fragen nach Sacharows Gesundheitszustand und Lebensbedingugen zu erhalten. Wie sollen dann die westlichen Regierungen mit den Sowjets über so wichtige Fragen wie Abrüstung, SALT und so weiter, wo alles von glaubwürdiger Information und gegenseitigem Vertrauen abhängt, Gespräche führen?“

1000 Jugendliche und ein nasser Präsident

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Innerhalb einer Stunde hatte sich der Rasen im Park der Villa Hammerschmidt in Bonn in einen Sumpf verwandelt, als Bundespräsident Richard von Weizsäcker gestern hier an seinem Amtssitz tausend Jungen und Mädchen zum „Jugendempfang“ begrüßte. Es regnete ununterbrochen, während der Bundespräsident die in eiligst in großen Bundeswehr-Zelten untergebrachten etwa 70 Jugendgruppen, ihre Informationsstände und ihre elf Diskussionskreise besuchte.

Für die junge Türkin Kiymet Sayar aus Bergisch-Gladbach, die der „Arbeitskreis soziale Minderheiten“ mitgebracht hatte, war es ein „unglaubliches Glück“, daß Richard von Weizsäcker nach seiner Grußadresse ihr als erster Zeit für ein Gespräch gab. Das Problem des gut deutsch sprechenden Mädchens: Sie hat das Fachabitur gemacht und will ein Wirtschafts-Studium beginnen, wird aber von der Universität unter Hinweis auf eine 8-Prozent-Ausländerquote zurückgewiesen.

Während der Bundespräsident und seine Frau und als prominentester der anwesenden Politiker Bundestagspräsident Philipp Jenninger die sechsstündige Veranstaltung mit einer ausgedehnten Runde durch die Zelte begannen, wurde deutlich, daß man diesmal zu dem schon traditionellen Empfang besonders viele kleine und auch durchaus politisch auf anderer Schiene als die Bundesregierung fahrende Gruppen eingeladen hatte.

Die Themen „Frieden“ und „Arbeitslosigkeit“ spielten auch dort eine dominierende Rolle, wo der Ankündigung nach „Umweltschutz“ oder „Miteinander-Füreinander“ auf dem Tableau stand. Im übrigen konnten sich auch Gruppen präsentieren, die „Solidarität mit Gehörlosen“, „Wasserschutz“ oder „Liedermachen“ als Mittelpunkt ihres persönlichen Einsatzes empfinden. Für eine Laienspielschar stellte sich eine junge Dame dem Bundespräsidenten mit den Worten vor: „Ich heiße Dorothee Jacobi und ich bin halt 'ne freie Gruppe in Sprendlingen. Warum werden wir nie angeschrieben, wenn es irgendwo Preise gibt?“

Im Zelt „Kreativität im künstlerischen Bereich“ machte es den jungen Leuten großen Eindruck, daß der Bundespräsident bald genauso naß und verdreckt und genauso freundlich und aufgeschlossen wie sie herumlief. Das Protokoll war, schon während die „Big Swing Group“ der Musikschule Bonn zu Beginn spielte, abgeschafft. Ein Mädchen zum Staatsoberhaupt: „Also, ich heiße Laura und so und ich hab zuerst Lieder von Liebe gemacht, jetzt aber Aktuelles, und ich danke Ihnen, daß wir hierher kommen konnten, das ist ganz dufte.“

Zu den Politikern und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die sich den keineswegs ängstlichen Fragen der Mädchen und Jungen stellten, gehörten auch der Präsident der Deutschen Arbeitgeberverbände Otto Esser, der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, Professor Friedhelm Farthmann, Bundesfamilienminister Heiner Geißler, die Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen Liselotte Funcke, der Zivildienstbeauftragte der Bundesregierung, Pfarrer Peter Hintze, Bundestagsvizepräsidentin Annemarie Renger oder Bundesbildungsministerin Frau Dorothee Wilms.

In den meist dunklen Zelten gewöhnte sich Udo Lindenberg schnell daran, einmal nicht im absoluten Mittelpunkt des Interesses zu stehen. Rainer Kunze, aus der „DDR“ ausgezogener Schriftsteller, war im Zelt der Themengruppe „Berlin- und Deutschlandpolitik“ gefragt. Hier ermahnte der Bundespräsident seine jungen Zuhörer und Fragesteller, sich vor dem „stummen Maßstab“ der Leute im anderen Deutschland zu bewähren, die „in Nuancen darauf achten, wie wir uns hier auf sie einstellen“.

Romani Rose vom „Zentralrat Deutsche Sinti und Roma e.V.“ machte deutlich, daß „Zigeuner“ eine 600jährige Geschichte in Deutschland nachweisen können und daher nicht als „Ausländer“ zu betrachten seien. Die tausend Jugendlichen, am Nachmittag mit Bühnendarbietungen unterhalten, ehe die Sprecher der Arbeitsgruppen über den Verlauf der Diskussionen berichteten, hatten im Programm des Bundespräsidenten den Satz gelesen: „Es soll, so hoffe ich, ein guter Tag für uns alle werden.“ Mit Ausnahme des Wetters war es wohl auch einer geworden, meinten viele.

Kampf um Vormachtstellungen und Streit um Professionalisierung

Einsicht bei Grünen über Notwendigkeit von Struktur- und Programmkommissionen

STEFAN HEYDECK, Bonn

Die Parteistrategen der Grünen hätten mit relativer Gelassenheit ihrer außerordentlichen Bundesversammlung am 22. Juni in Hagen entgegensehen können: Nach dem teilweise chaotischen Parteitag im Dezember in Hamburg sollten vor allem zur Beruhigung der Basis dort nicht beratene Anträge erledigt werden. Aber in Hagen wird es keine Jubelveranstaltung geben, auf der der verpaßte Einzug in den Düsseldorfer Landtag als Risse verkleisternder Kitt hätte benutzt werden können.

Nach dem Absturz auf 2,5 Prozent im Saarland und dem 4,6-Prozent-Ergebnis in NRW wird jetzt die Gefahr gesehen, daß es in Hagen zur schwersten Zerreißprobe kommen kann. Dabei will der Bundesvorstand verhindern, daß nur über die Krise der Partei gestritten wird. Um mit Blick auf verlorene Wähler „inhaltlich“ wenigstens etwas vorlegen zu können, soll ein Programm gegen Tierversuche verabschiedet werden.

Rivalisierende Gruppen bereiten sich aber schon auf den Kampf um Vormachtstellungen vor. Verkündet wird zwar, weiter anders als bei den „Etablierten“ zu verfahren. Doch Taktik, Verfahrensweisen und Überlegungen zum Überleben könnten auch bei denen entwickelt werden. So wird vorsorglich versichert, daß es in erster Linie um „Solidarität“ und nur um die Beseitigung des Chaos gehe. Deshalb wird bisher auch kaum öffentlich der Rücktritt des Bundesvorstands wegen der Wahl-Pleiten verlangt. Das könnte zu einer Neuauflage der Aktion der Grünen-Frauen kommen, die im April 1984 handstreichartig die Führung der Bundestagsfraktion übernommen hatten. Nach einer „Drohung“ der früheren Abgeordneten Antje Vollmer könnte das auch mit der elfköpfigen Parteispitze geschehen. Einen Vorgeschmack auf den Parteitag wird der Bundeshauptausschuß liefern, der am 1. Juni in der ehemaligen Zentrale des aufgelösten Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) in Frankfurt geben.

Wegen der bedrohlichen Situation will der Vorstand Schwerpunkte neu setzen. Das vor allem auf den Feldern Ökologie, grüne Wirtschaftspolitik und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Außerdem soll ihre Friedens- und Anti-Raketen-Politik eine wichtige Rolle spielen.

Fast unumstritten ist als ein Ausfluß der Wahl-Schocks die Einsicht, daß die Grünen, genauso wie die anderen Parteien, Struktur-, Programm- und Wahlkampfkommissionen brauchen. Dagegen gibt es Differenzen über eine „Professionalisierung“ der Führung. Im Bundesvorstand wurden, auch nicht anders als bei den „Etablierten“, wegen der Finanzierung und der Frage, wie hauptamtliche Funktionäre später versorgt werden sollen, Vorbehalte angemeldet.

Nachdem sechs grüne Frauen ein „Überlebenskonzept“ erarbeitet haben, hat auch ein Gesprächskreis „Grüner Sonntag“ eine Vorlage angekündigt. Der Vorstoß der Frauen, deren „flügelübergreifenden“ Pläne zwar begrüßt wurden, stieß schon auf Kritik. Die frühere Fraktionssprecherin Waltraud Schoppe fühlt sich übergangen. Für Vorstandsmitglied Regina Michalik ist es „nicht damit getan“, ein „scheinbares Patentrezept“ der Presse zu präsentieren.

Gerichtspräsident per Ministerium

Scharfe Auseinandersetzung im Kieler Landtag / CDU in schwieriger Lage

GEORG BAUER, Kiel

Schleswig-Holsteins Justizminister Henning Schwarz bekam seinen Willen. Nach zum Teil heftigen Auseinandersetzungen, die sich über Monate hingezogen hatten, verabschiedete der Landtag des nördlichsten Bundeslandes ein Gesetz, wonach die 11 Gerichtspräsidenten und ihre Stellvertreter in Zukunft vom Justizminister ernannt werden. Bisher war die Besetzung der Position nach einem Gesetz, das die Christdemokraten vor 14 Jahren eingebracht hatten, einem Richterwahlausschuß vorbehalten gewesen. Der Ausschuß war – ebenso wie in den Ländern Berlin, Bremen, Hamburg und Baden-Württemberg – ins Leben gerufen worden, um den Einfluß der Justizverwaltung auf diese Berufsgruppe einzuschränken.

Was bleibt zurück: eine SPD, die aus der Debatte als Sieger hervorging, eine ob ihres Justizministers erboste CDU, die der Vorlage mit Hilfe der Fraktionsdisziplin über Hürden half, ein in seinem Image angekratzter Minister Schwarz und eine Richterschaft, die aus ihrer Verbitterung und ihrem Zorn keinen Hehl macht.

Bei der zweiten und letzten Lesung kam es denn auch zu der denkwürdigen Situation, daß der justizpolitische Sprecher der SPD, Uwe Jensen, die CDU-Initiative von einst verteidigte. Das Gesetz habe sich bewährt und gebe keinen Grund, es zu ändern.

Demgegenüber machte Schwarz verfassungsrechtliche Bedenken geltend. In der Begründung für die Novelle führte er aus, daß die „Mitentscheidungsbefugnis des Ausschusses auch bei der Ernennung von Richtern, die als Dienstvorgesetzte oder deren Ständige Vertreter Aufsicht über andere Richter und Beamte ausüben“, verfassungspolitisch fragwürdig erscheine aus der Sicht von Artikel 28 des Grundgesetzes. Bei ihnen stehe nicht das Richteramt im Vordergrund, sondern die weisungsgebundene Verantwortlichkeit im Bereich der Justizverwaltung gegenüber dem parlamentarisch verantwortlichen Minister. Hiergegen führte Jensen an, daß von den Präsidenten nur drei zu mehr als 50 Prozent mit Verwaltungstätigkeit beschäftigt seien und von den Vizepräsidenten nicht ein einziger.

In welchem Dilemma sich die CDU bei der nicht eben linksgesonnenen Richterschaft des Landes manövriert hat, zeigte auch die Bemerkung Jensens über die Qualität des Ausschusses. Weder von der Regierung, noch von der CDU-Fraktion sei behauptet worden, daß der Richterwahlausschuß sich bei seiner Arbeit nicht bewährt habe.

Das Verhältnis zwischen Richterverband und Minister ist gestört. Zurück bleibt auch ein Ministerpräsident Uwe Barschel, der über die leidige Geschichte alles andere als erfreut ist. Sein gepreßtes Ja bei der Abstimmung unterstrich, wie es um ihn und seinen Justizminister bestellt ist.

„DDR“ schirmt das Treffen der FDJ ab

WERNER KAHL, Berlin

Einheiten des „DDR“-Staatssicherheitsdienstes und zivile Polizeistreifen kontrollieren in dieser Woche nach Berichten aus Mitteldeutschland verschärft den Reiseverkehr von „DDR“-Bewohnern nach Ost-Berlin. Im weiten Umkreis um die Stadt eingesetzte Kontrolleure sollen während des sogenannten XII. Parlaments der Staatsjugendorganisation „FDJ“ in Ost-Berlin vor allem das vermutete Einsickern von Jugendlichen, die Reisefreiheit verlangen und eigene Friedensparolen verbreiten, verhindern. Im Berliner Sowjetsektor steht besonders der Alexanderplatz unter Beobachtung.

Die als präventive Maßnahmen gedachten Kontrollen werden seit einigen Monaten nach Lehrmodellen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) und des Innenministeriums in der „DDR“ praktiziert. Damit soll eine Konfrontation der Sicherheitsorgane auf der Straße mit Jugendlichen vermieden werden. Dieses Zusammenprallen will die SED-Führung gerade in dieser Woche während der Beratungen der „jungen Kampfgenossen im Blauhemd“ (Schlagzeile des Parteiorgans „Neues Deutschland“) verhindern. Die Funktionäre der Nachwuchsorganisation der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) vertreten etwa 70 Prozent der „DDR“-Jugendlichen im Alter zwischen 14 und 25 Jahren. Im Verband „Junge Pioniere“ sind weitere 1,6 Millionen Kinder organisiert.

Das subtile Vorgehen gegen Jugendliche und Erwachsene, die bei solchen und ähnlichen Großveranstaltungen in der Öffentlichkeit dem Regime unangenehme Forderungen stellen oder auf Menschenrechtsverletzungen aufmerksam machen, gehört zu dem Maßnahmenkatalog, den das SED-Politbüro im Vorjahr beschlossen hat. Für die Überwachung der Anordnungen ist seitens der SED-Führung die Abteilung „S“ (Sicherheit) im SED-Zentralkomitee zuständig. Der neue Abteilungsleiter Wolfgang Herger, ein Diplom-Philosoph, der 1985 den an einem unheilbaren Leiden erkrankten 70jährigen Generaloberst Herbert Scheibe ablöste, hat sich besonders bei der Auseinandersetzung gegen das Regime kritisch eingestellter Jugendlicher und Studenten in Jena dem Politbüro empfohlen.

Ortega verprellte selbst Freunde im Westen

Negative Bilanz einer Reise / Bonn fordert Erklärung

WERNER THOMAS, Miami

Nicaraguas Präsident Daniel Ortega zog eine positive Bilanz seiner 25tägigen Reise durch 13 Länder Ost- und Westeuropas. Er kehre nicht mit der frohen Botschaft eines „Überflusses" zurück, konzedierte der Comandante. Die versprochene Hilfe werde jedoch der Wirtschaft seines Landes die Möglichkeit geben, „zu überleben". Er hob die Solidaritätsgesten seiner Gastgeber hervor: „Keine Nation, die wir besuchten, wollte die (amerikanische Wirtschafts-)Blockade unterstützen, trotz der Telefonanrufe Präsident Reagans."

Unter dem Strich ergab sich ein anderes Ergebnis. „Diese Reise kann den Comandantes mehr geschadet als genützt haben", sagte ein westlicher Beobachter in Managua. Die meisten Oppositionspolitiker teilen diese Meinung.

Die Sandinisten verloren die Sympathien vieler demokratischer Kongreßabgeordneter in Washington, weil Ortega wenige Tage nach der Niederstimmung einer weiteren militärischen Hilfe für die Contra-Rebellen in Moskau auftauchte. Dieser Besuch sei lange zuvor geplant gewesen, erläuterte der Präsident. Und: „Wir sind ein souveränes Land, kein Satellit der Vereinigten Staaten." Die Reagan-Regierung möchte nun erneut über eine Unterstützung der antisandinistischen Partisanen abstimmen lassen.

Mahnung in Madrid

Spaniens Premierminister Felipe Gonzalez reagierte düpiert, als Ortega seinen amerikanischen Amtskollegen Reagan als „Faschisten" bezeichnete, der „wie Hitler Nicaragua in ein riesiges Konzentrationslager verwandeln möchte". Er empfahl seinem Gast „verbale Mäßigung" und betonte: „Wir erhalten unsere Solidarität mit Nicaragua aufrecht, wollen aber unsere freundschaftlichen Beziehungen mit den USA fortsetzen."

Der letzte Woche geplante Griechenland-Besuch Ortegas konnte nicht stattfinden, weil Regierungschef Andreas Papandreou negative Auswirkungen auf die Wahlen im Juni befürchtete. Ortega und seine Begleitung machten statt dessen einen Abstecher nach Finnland zu einem privaten Aufenthalt. In Rom warnte Premier Bettino Craxi den Comandante vor der Gefahr, daß der Mittelamerika-Konflikt zu einer Ost-West-Konfrontation eskaliere. Er empfahl zudem „Gesten der Mäßigung, um ein Klima des Vertrauens zu schaffen". Weder Spanien, noch Italien oder Frankreich wollen ihre Hilfe für Nicaragua erhöhen. Der französische Regierungssprecher Michel Vauzelle erklärte nach Ortegas Unterredung mit Mitterrand lediglich, die Handelsbeziehungen könnten „vielleicht ausgebaut" werden.

Nur Palme will helfen

Die einzigen konkreten Zusagen einer verstärkten Unterstützung gab Schwedens Premier Olof Palme: Nicaragua soll nächstes Jahr umgerechnet zehn Millionen Dollar statt den vorgesehenen 8,3 Millionen erhalten. Dagegen kamen für den Comandante schlechte Nachrichten aus Kanada, einem Land, das er nicht besuchte: Die Regierung will das amerikanische Handelsembargo nicht unterlaufen, versicherte Außenminister Joe Clark.

Die Ortega-Reise hatte schließlich zur Folge, daß das gespannte Verhältnis zwischen Bonn und Managua einer weiteren Belastung unterzogen wurde. Die in Ost-Berlin geäußerte Ansicht des nicaraguanischen Präsidenten, die Bundesrepublik helfe als „Komplize den USA bei der Ausrottung des nicaraguanischen Volkes", wird nicht so schnell vergessen sein. Das Auswärtige Amt in Bonn zitierte den Botschafter Managuas ins Ministerium. Eine Entschuldigung oder Erklärung von seiten Ortegas steht noch aus.

Daniel Ortega, der auf dem Weg nach Europa und zurück in Kuba Station machte, um Fidel Castro zu sprechen, wollte keine Einzelheiten über seine Vereinbarungen in Osteuropa nennen. „Statistiken sind im Augenblick nicht notwendig." Er erwähnte allerdings dieses Übereinkommen: Die Sowjetunion will in diesem Jahr 80 bis 90 Prozent des nicaraguanischen Ölbedarfs decken. Das bedeutet, daß Mexiko, das bisher besonders enge politische und wirtschaftliche Beziehungen zu Nicaragua unterhielt, kaum noch Öl liefert. (SAD)

Der Wahlkampf in Griechenland artet aus

E. ANTONAROS, Athen

„Wir brauchen jede einzelne Stimme. Jeder Bürger muß dafür sorgen, daß die Wiege der Demokratie demokratisch bleibt. Unter den Sozialisten wären alle Freiheiten akut gefährdet." Mit leidenschaftlich formulierten Slogans versucht Konstantin Mitsotakis, seit einigen Monaten amtierender Vorsitzender der liberalkonservativen Oppositionspartei „Neue Demokratie", möglichst viele Wählerstimmen auf sich zu vereinen.

Ähnliche Töne schlägt auch Griechenlands erster sozialistischer Ministerpräsident Andreas Papandreou an: „Einen Rückfall in die Hände der Rechten muß um jeden Preis verhindert werden. Sonst wird es mit den Bürgerrechten ein für allemal vorbei sein." Er ist zuversichtlich, daß ihm die Griechen die Treue halten werden. Er rechnet mit „mindestens 48 Prozent" der Stimmen – soviel hatte er 1981 und somit die absolute Parlamentsmehrheit erhalten. Beide Hauptgegner – Mitsotakis und Papandreou – geben sich betont siegessicher: am 3. Juni will jeder für sich die nächste Athener Regierung bilden. Wahlkämpfe in Griechenland zeichnen sich nicht gerade durch die Klarheit ihrer politischen Argumente aus. Aber noch nie zuvor ist eine Wahlschlacht so sehr von Beschimpfungen, und Schlägen unterhalb der Gürtellinie geprägt worden.

Einmal ist es der wegen des unsicheren Wahlergebnisses auf beiden Seiten vorherrschende Fanatismus, der zu Exzessen führt. Zum anderen spielt die persönliche Rivalität zwischen den Erzfeinden Papandreou und Mitsotakis eine entscheidende Rolle. Sie datiert aus den 60er Jahren, als beide im Kabinett des Vaters Papandreous dienten. Der heutige Premier hat es Mitsotakis nie verziehen, daß er im Sommer 1965 mit 40 anderen Abgeordneten die Partei verließ und die Regierung zum Rücktritt zwang. Eine öffentliche Diskussion, etwa im Fernsehen, über die Vorgänge vor 20 Jahren lehnt Papandreou jedoch ab. Er wolle Mitsotakis „nicht aufwerten". Im Gegenteil: Ihm geht es darum, seinen Rivalen zu diffamieren, ihn als einen „Verräter" hinzustellen. Es ist daher kein Zufall, daß der übelste Vorwurf dieser Schlammschlacht gegen Mitsotakis lanciert wurde: Ein den Sozialisten nahestehendes Blatt veröffentlichte ein Foto des aus Kreta stammenden Politikers, das ihn neben zwei deutschen in SS-Uniform zeigte. Ihm unterstellte die Zeitung, ein Kollaborateur der deutschen Besatzungsmacht gewesen zu sein, obwohl er von den Deutschen als Widerstandskämpfer zum Tode verurteilt worden war.

Mitsotakis konnte den unbegründeten Vorwurf entkräften. Zahlreiche angesehene Griechen sagten aus, er hätte den Widerstand auf Kreta mitorganisiert und mit den Deutschen über die Übergabe der 15 000 Soldaten auf der Insel verhandelt. Sogar einer der auf dem Foto abgebildeten Deutschen meldete sich freiwillig zu Wort und sagte, daß er mit Mitsotakis heimlich im Widerstand zusammengearbeitet habe. Dennoch: Papandreous Parteigenossen machten aus dem Foto ein Wahlkampfposter, das in ganz Griechenland verteilt wurde.

Im Gegenzug behaupten konservative Zeitungen, Papandreou hätte im Wahlkampf einen Hirnschlag erlitten und sei nicht mehr regierungsfähig. Ebenfalls lancierten sie das Gerücht, Papandreou hätte während der Militärdiktatur ein Gespräch mit dem damaligen Machthaber Pattakos geführt. Schließlich wird ihm immer wieder vorgehalten, ausgerechnet er, der Amerika-Kritiker, habe im Zweiten Weltkrieg nicht in der griechischen, sondern in der amerikanischen Armee gedient.

Nicht einmal die Fragen, mit denen Papandreou die vorzeitige Auflösung des Parlaments begründete, nämlich der Zypern-Konflikt und die geplante Beschneidung der Vollmachten des Staatspräsidenten, spielen im Wahlkampf eine Rolle. Beide Großparteien wollen genau das verhindern, was die bisherigen Meinungsumfragen, so bedingt zuverlässig sie auch sein mögen, bereits ahnen lassen: Möglicherweise kommt es zu einem Kopf-an-Kopf-Rennen. Eine Patt-Situation wäre die Folge. Keine Partei könnte allein regieren. In diesem Fall wären Griechenlands moskau-treue Kommunisten, die mit 10 Prozent der Stimmen rechnen dürfen, das entscheidende Zünglein an der Waage.

Seite 2: Eigentor in Athen?

Spaniens Opposition wittert eine Chance

Abhörskandale bringen die Regierung in Verlegenheit

ROLF GÖRTZ, Madrid

Ein Abhörskandal, in der die für die Sicherheit des Staates verantwortliche Polizeiabteilung verwickelt scheint, beunruhigt zur Zeit die spanische Öffentlichkeit. Vor dem Parlament beschuldigte Oppositionsführer Fraga Iribarne die Regierung der politischen Spionage. Sie habe geheime Informationen aus der Zentrale seiner Partei, der Alianza Popular, politisch mißbraucht. Das Wort Watergate von Madrid geht um.

Der schwere Vorwurf der Opposition richtet sich aber ausdrücklich nicht gegen den verantwortlichen Innenminister Barrio Nuevo, sondern namentlich gegen den stellvertretenden Regierungs- und Parteichef Alfonso Guerra. Der linke Flügelmann der Partei und das Enfant terrible der Regierung habe unter anderem mit dem Manuskript einer Oppositionsrede gewunken, noch bevor diese im Parlament gehalten wurde. Kann dieses Manuskript noch von einem eingeschleusten Spitzel stammen, dessen Namen die Alianza Popular noch bekanntgeben will, so können andere Informationen nur durch den polizeilichen Abhördienst nach außen gedrungen sein.

Erfundenes Liebesleben

Fast noch schwerwiegender scheint in diesem Zusammenhang der Presseskandal zu sein, der jüngst vor einem spanischen Gericht gewissermaßen im Nebeneffekt aufgedeckt, aber nicht weiter verfolgt wurde. Danach wollen Journalisten eines Nachrichtenmagazins „Informationen" über ein außereheliches Liebesleben des enteigneten Rumasa-Chefs, Ruiz Mateos, direkt aus dem Innenministerium erhalten haben. Die Verhandlung ergab, daß das Telefon von Ruiz Mateos auf Grund einer richterlichen Anordnung wegen Verdunkelungsgefahr abgehört wurde. Der Inhalt der Gespräche aber wurde den Journalisten gegenüber um eben jene Liebesgeschichte erweitert, die sich als nicht stichhaltig erwies. Offensichtlich brauchte man eine Anti-Mateos-Stimmung.

Abhörskandale dieser Art und die Bespitzelung von bürgerlichen Oppositionspolitikern sind schon seit langem bekannt. Aber erst jetzt sollen sie die Munition eines Frontalangriffes der bürgerlichen Koalition gegen die Regierung liefern. Wenn die AP bisher auf eine parlamentarische Breitseite gegen die Regierungsbank verzichtete, dann läßt das darauf schließen, daß sie sich erst jetzt Erfolgschancen ausrechnet.

Nicht daß etwa ein möglicher Mißtrauensantrag der Regierung gefährlich werden könnte. Es geht der Opposition lediglich darum, die Stellung der Sozialisten in der Regierung zu schwächen. Tatsächlich zeigen sich die Partei und die Regierung von Gonzalez angeschlagen, sonst würden sie die Wahlen auch nicht vorverlegen wollen. Die sichere Mehrheit, mit der die PSOE Ende 1982 die Regierung übernahm, läßt deutliche Korrosionserscheinungen erkennen.

22 Prozent arbeitslos

Außenpolitische Diskrepanzen, vor allem aber die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage brachten Gonzalez – seine Regierung und seine Partei – in Schwierigkeiten. Die steigenden Arbeitslosenziffern – kein Gedanke an den im Wahlkampf versprochenen Abbau des Arbeitslosenheeres um 800 000 Mann – erreichten bereits drei Millionen. Das sind 22 Prozent der aktiven Bevölkerung. Die Regierung versucht nun, über eine Steuererleichterung den Konsum anzuregen, um so die Investitionen zu fördern. Aber der Preis für diese an sich richtige Steuersenkung, eine Einsparung bei den Renten und der Sozialversicherung, liefert dem linken Parteiflügel vor allem aber der sozialistischen UGT-Gewerkschaft die Argumente für ihre täglich härter werdende Kritik an der „neokapitalistischen" Wirtschaftspolitik der Regierung. Die sozialistischen Gewerkschaftler fürchten die Konkurrenz der gleichstarken kommunistischen Gewerkschaft Comisiones Obreras.

Staatspolitische Verantwortung zwingt die bürgerliche Opposition, bei dem Abhörskandal die Person des Innenministers zu schonen. Minister Barrio Nuevo steht gerade im Abwehrkampf gegen eine Polizeigewerkschaft, von der man befürchtet, daß sie bereits kommunistisch unterwandert ist. Nur ein Mann wie Barrio Nuevo kann hier einen Riegel vorschieben. Die spanische Linke sähe es deshalb gewiß nicht ungern, wenn dieser Minister seinen Hut nehmen müßte. (SAD)

Husak als CSSR-Präsident bestätigt

AP, Prag

Der tschechoslowakische Staats- und Parteichef Gustav Husak ist gestern wie erwartet vom Parlament einstimmig für weitere fünf Jahre in seinem Staatsamt bestätigt worden. Der 72jährige Husak steht seit 1969, nach der Zerschlagung des „Prager Frühlings", an der Spitze der tschechoslowakischen KP. In das Amt des Staatspräsidenten war er 1975 zum ersten Mal gewählt worden. Ministerpräsident Lubomir Strougal sagte, Husak habe seine unerschütterliche Treue zum festen Bündnis mit der Sowjetunion besonders in der Zeit einer tiefen Krise der Partei und der Gesellschaft bewiesen. Nach der Wahl legte Husak im 500jährigen Krönungssaal der Prager Burg mit erregter Stimme in slowakischer Sprache den Eid auf die Verfassung ab.

Palästinenserlager wieder unter Beschuß

AP, Beirut

Einheiten der libanesischen Schiitenmiliz Amal haben gestern ihre Angriffe auf Palästinenserlager um Beirut fortgesetzt, obwohl in der Nacht vorher unter Vermittlung des schiitischen Geistlichen Mohammed Hussein Fadlallah ein Waffenstillstand ausgehandelt worden war. Unter der Deckung von Scharfschützen stürmten Amal-Kommandos das Flüchtlingslager Schatila im Westen der Stadt und warfen Granaten ab. Eine Einheit der vorwiegend aus Schiiten bestehenden 6. Brigade der libanesischen Armee in der Nähe des Lagereingangs machte keinen Versuch, die Angriffe zu unterbinden oder die seit drei Tagen andauernde Belagerung zu beenden.

Beobachter in Beirut sehen in dem Angriff der pro-syrischen Amal-Miliz den Versuch Syriens, zu verhindern, daß sich Palästinenserführer Arafat erneut Machtpositionen in Libanon aufbauen kann.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Nach einem erfüllten Leben und kurzer Krankheit entschlief heute mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater und Großvater

Hellmut Jork

* 17. 6. 1905 † 20. 5. 1985

In Liebe und Dankbarkeit

Margarethe Jork geb. Christensen
Hellmut Jork
und Renate geb. Diener
mit Hellmut, Walter, Christine
und Annette
Klaus Groht und Anne geb. Jork
mit Johannes und Volker
Peter Jork und Brigitte geb. Hesse
mit Petra und Carsten

2359 Kisdorferwohld, Ellernbrook 27

Die Trauerfeier findet am Freitag, dem 24. Mai 1985, um 15.00 Uhr in der Friedenskirche zu Kisdorf statt.

Ausführung: Bestattungsinstitut Heinrich Nagel, 2358 Kaltenkirchen, Kieler Str. 12

Im Alter von 40 Jahren verstarb – für uns alle völlig unerwartet und unfaßbar – am 16. Mai 1985 Herr

Dipl.-Betriebswirt

Dieter Flory

Direktor der Philips GmbH

In seiner Persönlichkeit verbanden sich hohe fachliche Qualifikation und Ideenreichtum mit der Gabe, sich für seine Aufgaben zu begeistern und diese Begeisterung auf seine Mitarbeiter zu übertragen.

Seine Fähigkeiten und seine Fröhlichkeit werden uns fehlen. Wir trauern um einen guten Freund.

Geschäftsführung, Gesamtbetriebsrat und Mitarbeiter der

Deutschen Philips GmbH

Während heimische Obstsorten immer seltener auf den Markt kommen, werden ausländische Produkte über weite Entfernungen herantransportiert. Bäuerliche Obstlandschaften sind nicht mehr „in". Verkehrs- und Agrarpolitik haben ihren Teil dazu beigetragen, daß sich der Anbau und die Ernte der Vitamin-C-Spender nicht mehr lohnen. Von der wichtigen ökologischen Bedeutung dieser Gebiete für die Tier- und Pflanzenwelt redet kaum jemand.

Wenn erst die Obstbäume abgeholzt werden, sind die Kulturlandschaften bald am Ende

Von H. de LA CHEVALLERIE

Im Hamburger Raum das Alte Land, die Obstplantagen in Werder bei Berlin, die Bergstraße in Hessen und viele tausend Hektar bäuerliche Obstfluren im süddeutschen Raum: sie alle prägen deutsche Landschaften in ganz besonderem Maße.

Besonders zur Obstbaumblüte im Mai, wenn ganze Fluren mit ihrer weißen Blütenpracht wie mit Schnee bedeckt sind, oder wenige Wochen später zur Zeit der Apfelblüte, wenn zum Blütenweiß das zarte Rosa hinzutritt, entfalten diese alten Kulturlandschaften ihren *außerordentlichen* Reiz.

Aber die bäuerlichen Obstlandschaften im europäischen Raum drohen auszusterben. Es ist ein „struktureller Anpassungsprozeß". So wie die Verkehrspolitik dazu geführt hat, daß zuerst die Obstbäume, die früher die Landstraßen säumten, reihenweise fallen mußten, so ist es nun die EG-Agrarpolitik, die nur Spezial-Obstbetriebe, also den „intensiven", nicht jedoch den extensiven Obstanbau fördert.

Immer mehr Obstbäume werden abgehackt. Das Landschaftsbild verarmt. Hinzu kommen Maßnahmen zur Flurbereinigung, die dazu beitragen, die Landschaft regelrecht „auszuräumen".

Das noch heute vielerorts vorhandene Bild trügt. Die meisten Obstfelder liegen brach, sie verkommen und sterben ab. Das Ernten lohnt nicht mehr. Junge Bäume werden nicht mehr nachgepflanzt. Ein Traditionselement alter Kulturlandschaften droht auf dem Altar des Fortschritts geopfert zu werden.

Die Erhaltung dieser „Streuobstwiesen", wie die Obstfluren genannt werden, wäre jedoch gleichermaßen ein landschaftsästhetisches wie ein ökologisches Anliegen. Denn Obst trägt wie kaum eine andere Ackerfrucht die Landschaft, und „eine gesunde, ökologisch funktionierende Landschaft ist in aller Regel auch eine ästhetisch schöne Landschaft".

Ökologie, auf den Menschen bezogen, umfaßt nun einmal nicht nur die Funktionen der Natur, sondern auch das ästhetische, seelische Bedürfnis nach Schönheit der Landschaft, der Natur.

Etwas merkwürdig klingt der Begriff Streuobstwiesen. Keiner vermag diese Wortschöpfung noch exakt zu erklären. Bezieht sich das Wort „Streu" auf die für den Viehstall genutzte Wiesenstreu? Oder, wie vielfach vermutet wird, auf die „verstreute" Anpflanzung der Bäume in der Landschaft? So wie uns die Begriffe entgleiten, so entgleiten uns die alten Kulturgüter.

Für die Erhaltung der Streuobstwiesen sprechen handfeste ökologische Gründe und auch Argumente, die den Menschen aus gesundheitlicher Sicht interessieren sollten. Der nicht oder nur wenig gespritzte Feldapfel kann zwar mit seinem aus der Hochzuchtplantage stammenden „Kollegen" in mancherlei Hinsicht nicht konkurrieren, aber er ist gesünder – nicht nur, was die Giftstoffe anbelangt, sondern auch, was den Vitamingehalt betrifft.

In den Ladenketten kann man die angebotenen Apfelsorten meist an einer Hand abzählen. Granny Smith, Golden Delicous, Morgenduft, Cox Orange und Boskop, das sind die gängigsten Sorten. Aber vor hundert Jahren gab es in Deutschland noch mehr als tausend Apfelsorten und mehrere hundert Birnensorten, viele davon mit exzellenten Eigenschaften hinsichtlich Geschmack, Vitamingehalt und Lagerfähigkeit.

So hat zum Beispiel die zitierte Sorte „Morgenduft" ärmliche vier Milligramm Vitamin C pro 100 Gramm, während es die alte Sorte „Weißer Winterkalvill" auf die achtfache Menge bringt.

Statt mit bewährten heimischen Sorten werden zwei Drittel des Marktes mit auswärtigen Sorten beliefert. Vielfach legt das Importobst gigantische Reisewege zurück, wenn es aus Chile, Argentinien, Südafrika oder gar Neuseeland bei uns eingeführt wird. Und wir können keineswegs sicher sein, daß die chemische Behandlung der Früchte und der Bäume, an denen sie gedeihen, auch immer und überall unseren strengen Anbauvorschriften entspricht.

Ganz abgesehen davon, müßte uns die ökologische Bedeutung der heimischen Obstwiesen wertvoll und teuer sein, denn sie bieten Lebensraum für viele Arten. Dazu zählen nicht nur Fledermäuse, andere Kleinsäuger und Insekten wie die allbekannte Honigbiene, die hier ihre Tracht findet, sondern auch typische *Obstgartenvögel wie der vom Aus*sterben bedrohte Steinkauz, der Wendehals, der Wiedehopf und Rotwürger, die in alten Obstbäumen nisten und dort auch ihre Nahrung finden.

Hier schließt sich der Kreis: Ökologischer Obstanbau, ein Angebot nicht gespritzter Früchte, ist nur dann ökonomisch vertretbar, wenn Feldfluren und alter Obstbestand erhalten bleiben. Denn nur so werden diese „Nützlinge" Lebensbedingungen vorfinden, unter denen sie den Schädlingen Paroli bieten können. Eine artenreiche, vielfältige Umwelt ist der beste Garant dafür, daß auch ohne Spritzungen Schädlinge nicht überhand nehmen.

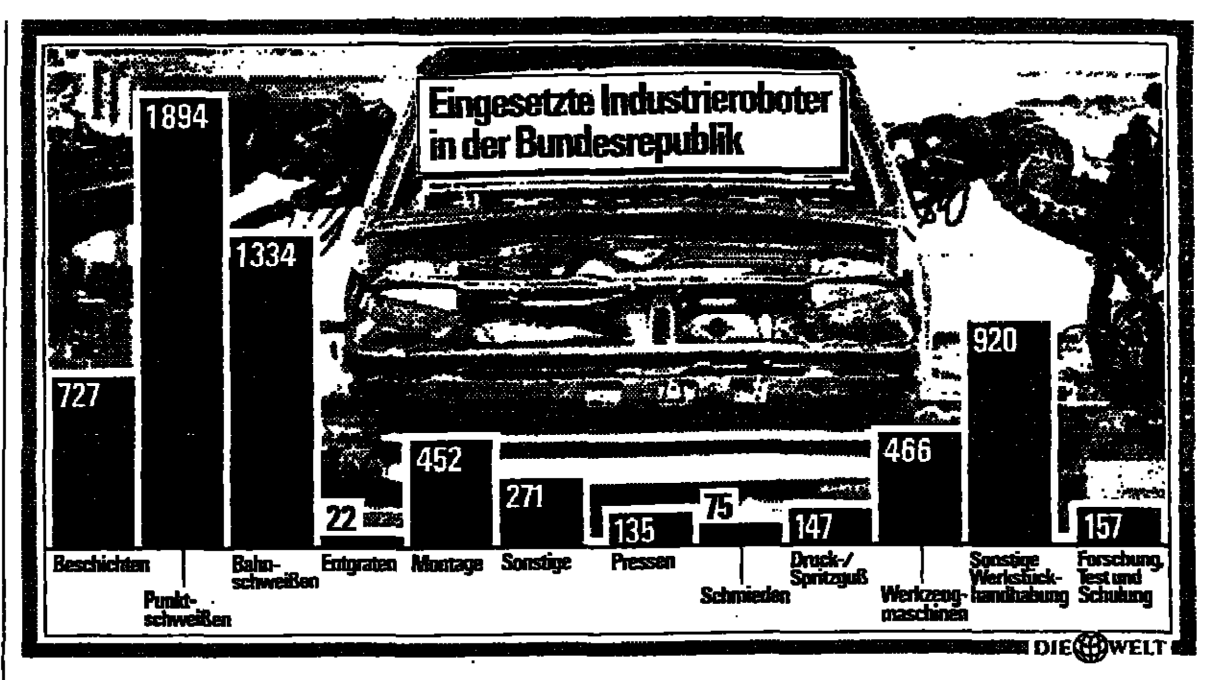
Aber vor den Rückgriff auf alte bewährte Obstsorten haben die Baumschulbestimmungen harte Prüfungen gesetzt. Ihnen müssen sich auch altberühmte Apfelsorten unterwerfen, ob sie nun Baumanns Renette, Landsberger Renette, Apfel aus Cronels oder Minister von Hammerstein heißen, oder ob es Birnen wie Gute Graue, Neue Poiteau, Forellenbirne oder Blumenbachs Butterbirne sind.

Vier Jahre lang werden sie in Baumschulen einem Test unterzogen, ob der veredelte Bestand denn auch virusfrei ist. Erst dann kann eine Nachzucht in großem Stil beginnen. Bis zur Anzucht eines Hochstamms vergehen weitere vier Jahre.

Gartenbaudirektor Hildebert de la Chevallerie ist Leiter des Grünflächenamtes der Stadt Wiesbaden.



Von reizvoller Kulturlandschaft ist keine Rede mehr: In Reih und Glied erleichtern Obstbäume die intensive Bewirtschaftung
FOTO: WERNER STUHLER



„Mit denen haben wir keine Probleme"

Bei der Automatisierung durch Roboter hat die Bundesrepublik noch Nachholbedarf

Von *DIETER THIERBACH*

Zwei Industrieroboter legen rotglühende, bis zu 60 Kilogramm schwere Blöcke in eine Schmiedepresse ein, nehmen das bearbeitete Werkstück heraus und reichen es weiter zum nächsten Arbeitsvorgang. Was noch Monate zuvor im 25-Sekunden-Rhythmus unter hoher Temperatur- und Lärmbelastung in drei Schichten täglich manuell ausgeführt werden mußte, kontrollieren jetzt zwei Personen unter wesentlich erleichterten Arbeitsbedingungen aus der Ferne. Sie überwachen und programmieren die problemlosen „eisernen Gesellen".

Der Aufwärtstrend des Einsatzes von Industrierobotern hält weiter an, auf zahlreichen Anwendungsgebieten überschlägt er sich geradezu. Wenn man bedenkt, daß relativ spät, 1971, der erste Fabrik-Roboter bei Daimler-Benz *installiert* wurde, waren Ende 1984 in der Bundesrepublik bereits 6600 Industrieroboter im Einsatz, ein Jahr zuvor waren es noch 4800.

Steigende Investitionen

Die Vergleichzahlen indes sprechen für sich: Japan führt mit 44 000 Maschinen, die USA schließen sich mit 13 000 an, von denen allein mehr als 500 im vergangenen Jahr installiert wurden. 3380 Roboter arbeiten in Frankreich, 2400 in Schweden. 55 *Prozent der in der Bundesrepublik* eingesetzten Geräte stammen aus deutscher Produktion. Aus europäischen Landen importiert wurden 23 Prozent, zwölf Prozent aus den USA und nur zehn Prozent aus Japan.

Mit einem Anteil von rund 40 Prozent der eingesetzten Industrie-Roboter ist die Automobilindustrie, allen voran VW/AUDI und BMW, noch immer der wichtigste innovative Schrittmacher und direkte Anwender der Roboter-Technologie, gefolgt von der Elektro-Branche.

Rasant entwickeln die US-Hersteller. Der dortige Roboter-Markt erlebt einen Boom wie nie zuvor. Seit 1983 sind auf dem inländischen Markt insgesamt mehr Roboter verkauft worden als in den vergangenen zwei Jahrzehnten. Und das Investitions-Barometer zeigt weiter steigende Tendenz.

Allein in den Produktionshallen von General Motors (GM) werden nach Prognosen bis zum Ende des Jahrzehnts voraussichtlich 14 000 Roboter aktiv sein. Expertengruppen arbeiten an Computer Integrated Manufacturing (CIM); seit 1983 ist die Anzahl der Roboter-Beschäftigten bei GM von 18 auf rund 300 gestiegen.

Mit dem Ziel, die Strukturanpassung der fertigungstechnischen Industrie zu stärken, fördert das Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) seit einem Jahr grundlegende Entwicklungsarbeiten bei der Entwicklung moderner Robo*tertechnologien. Bis 1987 steht ein* Fördervolumen von 610 Millionen Mark zur Verfügung.

Eine erste Zwischenbilanz konnte jetzt gezogen werden: Für die Entwicklung von Industrierobotern, Handhabungssystemen und zugehöriger intelligenter Peripherie sind 210 *Anträge eingegangen. Davon konn*ten bisher 131 mit rund 66 Millionen Mark bewilligt werden. Etwa 80 Prozent der Antragsteller kommen aus Klein- und Mittelunternehmen mit weniger als 500 Beschäftigten.

Qualifizierte Arbeitsplätze

Nach Expertenmeinung ersetzt ein Industrie-Roboter da, wo er installiert wird, ein bis sechs Arbeitskräfte. Zu einem Großteil wird dieser Verlust durch neue qualifizierte Arbeitsplätze bei der Herstellung, der Programmierung und Wartung der Roboter kompensiert.

Daten der über 70 Mitglieder umfassenden Fachgemeinschaft Montage-Handhabung-Industrieroboter (MHI) belegen dies: Danach sind in der Bundesrepublik zur Zeit etwa 100 Firmen mit klar erkennbaren Produktionslinien im Bereich der Montage- *und Handhabungstechnik tätig*. Der Umsatz dieser Industriebranche (18 000 Beschäftigte) wird für 1984 mit 2,4 Milliarden Mark beziffert. Mit dem Problemkreis „Industrieroboter" befassen sich an den Universitäten mehr als 250 Wissenschaftler.

Gefährliche Gemische

Kombination von Schadstoffen kann Wirkung verstärken

Beim Umgang mit Blei oder Lösungsmittelgemischen am Arbeitsplatz ist offenkundig besondere Vorsicht notwendig: Diese Stoffe können nach neuesten Erkenntnissen Nerven auch dann schädigen, wenn die zulässigen Konzentrationen nicht überschritten werden.

Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung von Gerhard Triebig vom Institut für Arbeits- und Sozialmedizin und Poliklinik für Berufskrankheiten der Friedrich-Alexander-Universität in Erlangen. Der Wissenschaftler hat insgesamt 377 Arbeitnehmer untersucht, die im Beruf mit industriell bedeutsamen, möglicherweise nervenschädigenden Substanzen aus den Gruppen Schwermetalle und halogenisierte Kohlenwasserstoffe in Berührung kommen.

Als besonders problematisch erwies sich dabei das Blei am Arbeitsplatz; von 133 untersuchten Männern war bei fast einem Viertel die als unbedenklich geltende Bleibelastung im Urin und bei elf Prozent im Blut überschritten. 7,5 Prozent klagten über Beschwerden – wie Gefühlsstörungen – in den Händen. Die Nervenleitgeschwindigkeit war im Vergleich zu einer Kontrollgruppe etwas geringer, jedoch ohne im krankhaften Bereich zu liegen.

Ähnlich problematisch erwies sich der Umgang mit Lösungsmittelgemischen, untersucht bei 112 Druckern. Obwohl auch hier wie bei den bleibelasteten Arbeitnehmern die zulässigen Höchstgrenzen nur in Einzelfällen überschritten wurden und auch nur bei fünf Personen eine überhöhte Belastung durch Lösungsmittelgemische festzustellen war, wurde bei 22 Prozent die normale Nervenleitgeschwindigkeit nicht mehr erreicht.

Dies war um so stärker ausgeprägt, je länger der Umgang mit den Gemischen bereits dauerte. Die Gefährdung liegt – so Gerhard Triebig – nicht in den einzelnen Substanzen, sondern im Umgang mit mehreren nebeneinander, deren mögliche Kombinationswirkung nahezu vollständig unklar ist.

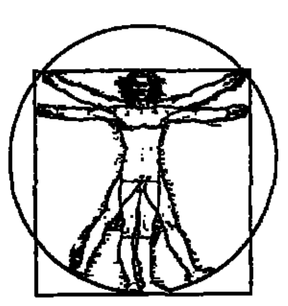
Risikobehaftet ist auch der Umgang mit dem Holzschutzmittel Pentachlorphenol (PCP). Zwar wurden die zulässigen Konzentrationen am Arbeitsplatz der untersuchten Arbeiter weit unterschritten, doch in deren Urin fand sich in jedem Fall mehr PCP, als gesundheitlich unbedenklich sein dürfte. In einem Fall wurde dieser kritische Wert um das 600fache überschritten.

DIETER SCHWAB

AUS LABORS UND INSTITUTEN

Interferon-Markt

Genf (I. Z.) – Der Patentstreit um das gegen bestimmte Krebsarten wirksame Leukozyten-Interferon ist beendet. Die Firmen Hoffmann-La Roche und Schering-Plough haben vertraglich auf gegenseitige Patentverletzungsklagen verzichtet. Damit dürften die beiden Chemiekonzerne den Markt für dieses sogenannte Al-



pha-Interferon weltweit allein beherrschen.

Schweinepest besiegt

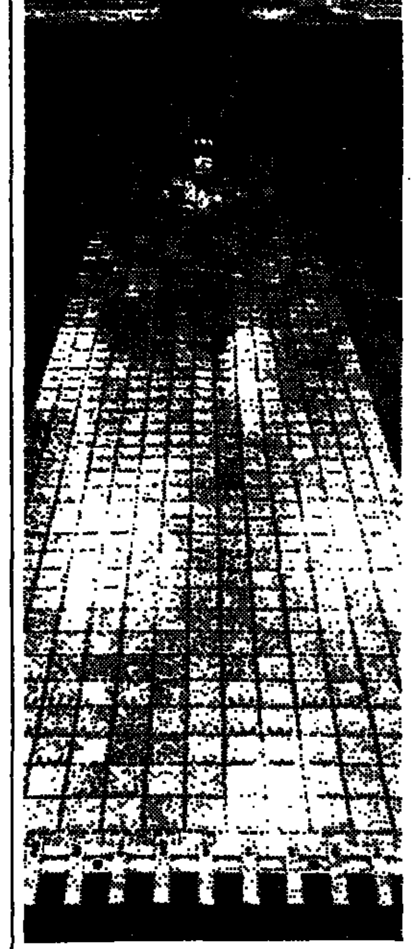
Münster (lnw) – Die Schweinepest im Münsterland ist offenbar besiegt. Die letzten Sperrbezirke wurden jetzt nach Auskunft des Regierungspräsidenten aufgehoben. Seit ihrem Ausbruch im Dezember *1982 hatten* im Regierungsbezirk Münster rund 134 000 Tiere getötet werden müssen. Die Schweinezüchter waren dafür mit 29 Millionen Mark entschädigt worden.

Ultraschall-Diagnose

Marburg (wm.) – Die Ultraschallverfahren in der Medizin sind heute so verbessert, daß sie in Verbindung mit der Endoskopie Erkrankungen und Verletzungen im Inneren des Körpers mit einer Genauigkeit von 90 Prozent lokalisieren können. Deshalb können die den Patienten wesentlich stärker belastenden Verfahren, vor allem in der Notfallchirurgie, abgebaut werden, wie jetzt bei einem Symposium der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie berichtet wurde.

Erkundung der Erdwärme

Bochum (lnw) – Eine Ultraschall-Meßsonde zur Erkundung heißer Gesteine in großer Tiefe wollen Geologen der Westfälischen Berggewerkschaftskasse (WBK) und der Los Alamos Laboratorien in den USA gemeinsam entwickeln. Die Sonde wird bis zu 7000 Meter in Bohrlöcher abgesenkt, tastet mit einem rotierenden Meßkopf die Wand ab und sendet millimetergenaue Daten über den *Schichtaufbau der bis* zu 300° C warmen Gesteine.



Solarzellen zur Stromversorgung von Satelliten FOTO: DIE WELT

Energie aus Katzengold

Pyrit ermöglicht preiswerte Herstellung von Solarzellen

Im Hahn-Meitner-Institut für Kernforschung in Berlin versucht man, neue *Halbleitermaterialien* zu entwickeln, mit denen kostengünstig Solarenergie in elektrische oder chemische Energie umgewandelt werden kann. Das Halbleitermaterial soll dabei aus häufig vorkommenden, preiswerten und umweltverträglichen Elementen bestehen.

Die bisher hauptsächlich verwendeten Halbleiter für Solarzellen sind Silizium, Cadmiumsulfid, Galliumarsenid, Kupferindiumselenid und Indiumphosphid. Halbleiter aus Silizium werden seit über drei Jahrzehnten entwickelt. Bekanntlich sind die *Herstellungskosten für eine breite* und wirtschaftliche Anwendung jedoch immer noch zu hoch.

Versuche haben nun gezeigt, daß sich das in der Natur vorkommende Pyrit (FeS_2-Schwefelkies), das auch Bestandteil im goldgelben, volkstümlich genannten „Katzengold" ist, als Halbleitermaterial für Solarzellen und optoelektronische Bauteile eignet. Sehr attraktiv erscheint der extrem hohe Absorptionskoeffizient von Pyrit für Licht, das innerhalb einer Schicht von nur einem 50tausendstel Millimeter absorbiert wird. Somit sind Dünnschicht-Solarzellen denkbar, für deren Herstellung keine extrem hohen Reinheitsanforderungen an das Material gestellt zu werden brauchen.

Pyrit als photoaktives Halbleitermaterial für Solarzellen bietet die Möglichkeit, nach angemessener Entwicklungszeit preiswerte Solarzellen herzustellen. Im Gegensatz zu dem bisher am weitesten verwendeten Halbleitermaterial Silizium ist der *Energiebedarf für die Herstellung* von Pyrit wesentlich geringer.

Natürlich vorkommendes Pyrit kann einer Materialbehandlung bei verhältnismäßig niedrigen Temperaturen unterzogen werden, um die Photoempfindlichkeit zu verbessern. Es kann auch einkristallines und polykristallines Pyrit hergestellt werden. Verschiedene, in Versuchen erprobte Verfahren sind inzwischen zum Patent angemeldet worden.

Pyrit entsteht auf bisher nicht hinreichend geklärtem Weg unter natürlichen Bedingungen durch geologisch-biologische Mechanismen. Eine sich daran orientierende Synthese wäre energiemäßig vorteilhaft. Pyrit und andere Verbindungen mit ähnlicher Elektronenstruktur zeigen gegenüber Korrosion und Photokorrosion sehr gute Stabilität. Das ermöglicht auch den Einsatz in einer photoelektrochemischen Solarzelle.

ARNO NÖLDECHEN

Versiert im Umgang mit Arzneien aller Art: Kinder und Tablettenkonsum

Pillen ebnen den Weg zum Erfolg

Über ein Drittel aller bundesdeutschen Eltern ist bereit, bei Schulschwierigkeiten mit der chemischen Keule zuzuschlagen. Das Ergebnis dieser Umfrage nahm die Dokumentarfilmerin Ute Wagner-Oswald zum Anlaß, ihre Kamera auf das unselige Triumvirat aus Eltern, Ärzten und Lehrern zu richten, das so bereitwillig „zum Wohle" des Kindes Störfaktoren auf dessen schulischer Erfolgsleiter wegdoktert.

Schüler einer 10. Gymnasialklasse in einer „gutbürgerlichen" Kleinstadt kreuzen auf dem Fragebogen an, welche Medikamente sie manchmal oder regelmäßig einnehmen. Die Kreuzchen häufen sich: 100 Prozent der befragten Schüler und Schülerinnen sind versiert im Umgang mit Schmerzmitteln.

Über die Hälfte findet ohne Schlaf- oder Beruhigungsmittel nicht die notwendige Nachtruhe. Und abermals über die Hälfte greifen – mit ärztlicher Verschreibung und elterlichen Billigung – zu Wachmachern und Konzentrationsförderern, um den Anforderungen in Schule und Elternhaus gerecht zu werden.

Ute Wagner betont, daß die Auswahl der Schule zufällig sei. Es sei ihr nicht um die Vorausverurteilung von Eltern gegangen, wie denen in ihrem ersten Fallbeispiel. Hier werden gegen bessere Einsicht weiterhin Medikamente verabreicht, weil die Eltern nicht wagen, die Hintergründe aufzudecken, die ihre achtjährige Tochter

Kinder Kinder – ZDF, 21.00 Uhr

so unruhig, so unkonzentriert, so aggressiv machen.

Eltern, die sich dazu durchringen, „der Pille für Kinder" den Kampf anzusagen, droht in der Tat ein zermürbender Kampf gegen die Windflügel der Unduldsamkeit und „Ja, aber-Argumention" von Lehrern und Kinderärzten, Therapeuten und nicht zuletzt den eigenen Verwandten und Freunden.

Ein schwieriges Kind, wenn irgend möglich, ohne chemische Krücken der Umwelt zuzumuten bleibt ein Wagnis, das auf die Solidarität der weniger schwierigen bauen muß.

Der neunjährige Junge im zweiten Fallbeispiel des Films ist von seinen Eltern nach langen Jahren der medizinischen Überbetreuung auf diesen Weg gebracht worden. Er kommt jetzt weitgehend ohne Tabletten aus, und er gedeiht. Seine soziale Integration macht Fortschritte.

Für die Eltern steht ein abendfüllendes Programm an. Endlose Gespräche mit eiligen Medizinern, mit ehrgeizigen Verwandten, die dem spärlichen Nachwuchs eigene Erfolgsträume aufbürden. Auch die Zusammenkünfte mit anderen betroffenen Familien kosten Zeit und Kraft. Sie sollen Einsicht vertiefen in die Problematik kleiner und großer Menschen, die einander, wenn auch „in bester Absicht", physisch und seelisch überfordern. Sie dienen damit Verhaltensnormen, die kritische Auswahl und Modifizierung nach eigenem Maß vertrügen.

Weitere Dokumentationen zur „Pillensache" sind geplant.

INGRID ZAHN

KRITIK

Süchtig nach Werbegeschenken

Wenn der Titel eines Fernsehspiels **Nebenwirkungen** lautet, denkt der Zuschauer gleich an Medikamente. Die Wirkungen der Pharmaprodukte waren aber nur Begleitmusik in dem Stück von Raimund Weber (ARD). Im Mittelpunkt der Handlung stand vielmehr das Schicksal eines Pharmareferenten, der zwischen der Ignoranz der Ärzte und den Verkaufsstrategien seiner Firma fast zerrieben wird.

Nun hat der Fernsehzuschauer ja schon gelernt, daß Fernsehspiele nicht unbedingt etwas mit der Wirklichkeit zu tun haben müssen. Wenn er also auf der Mattscheibe sieht, wie süchtig die deutschen Ärzte nach Werbegeschenken sind, wie nachlässig die Pharmaindustrie mit der Gesundheit der Patienten umgeht, wie Medikamente zu Schleuderpreisen ins Ausland verschoben werden, während sie im Inland mit Hinweis auf die Forschungskosten teuer verkauft werden, dann weiß er solche „künstlerischen Überhöhungen" natürlich realistisch einzuschätzen. Oder vielleicht doch nicht?

Bei dem Pharma-Drama wollte sich jedenfalls nicht so recht der Eindruck einstellen, daß dies ein Abbild der deutschen Wirklichkeit sein könnte. Aber wer will schon Wirklichkeit? Vielleicht präsentieren uns die Fernsehmacher demnächst den Pharma-Alltag als Abenteuerfilm.

LUDWIG KÜRTEN

Ein Fest für den Autor

Ich wurde geprägt von einer Umwelt, die das Hauptgewicht immer nur auf das Kollektive legt – trotz guter Erfahrungen geht einem das eines Tages auf den Geist." So schilderte der „DDR"-Drehbuchautor und Schriftsteller Ulrich Plenzdorf im **Autor-Scooter** (NDR/SFB III) die Motivation, seinen an Goethe anknüpfenden Roman „Die neuen Leiden des jungen W." zu schreiben.

Den Fragen des Literaturkritikers Hellmuth Karasek, der anwesenden Schulklassen und des Redakteurs Jürgen Tomm namens des per Telefon eingeschalteten Fernsehpublikums begegnete Plenzdorf zurückhaltend. Es wurde jedoch deutlich, daß erst die Ablehnung des jugendlichen Aussteigerstoffs als Drehbuch ihn zur Vorlage der „neuen Leiden" in Buchform trieb: „Wenn mir ein Teil des Filmpublikums verwehrt wird, versuche ich, ein Prosapublikum zu gewinnen."

Plenzdorf versteht seine Arbeiten als Kritik des übersteigerten Leistungsprinzips „hüben wie drüben" sowie der Spießigkeit („eine alte deutsche Tradition"). Er verwahrte sich denn auch dagegen, seine Arbeiten „nur als DDR-Text" zu sehen. Sein feinfühlig formuliertes Ziel, mit der Umwelt zurechtzukommen, „ohne aussteigen zu müssen", wird drüben offenbar verstanden. Lesungen in Bibliotheken oder Jugendklubs seien immer wieder, so Plenzdorf, „Literaturfeste".

HERMANN SCHMIDTENDORF





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.03 Verworrene Bilanzen
Fernsehfilm von Peter Stripp
11.50 Umschau
12.10 Kennzeichen D
Moderation: Dirk Sager
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Mummenschanz Special
16.55 Denkste!?
Gehversuche
Die 13jährige Toni macht erste Gehversuche in die Welt der Erwachsenen – hier wird sie bewundert. In der Klasse hat sie dagegen Schwierigkeiten.
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschl. Der 7. Sinn
20.18 Pro und Contra
Verfassungstag als Nationalfeiertag
Könnte der Verfassungstag am 23. Mai für eine Entspannung zwischen beiden deutschen Staaten sorgen, für einen Neuanfang in den deutsch-deutschen Beziehungen? Zu dieser Frage äußern sich Klaus von Dohnanyi (SPD), Klaus Baum (FDP), Heinrich Windelen (CDU) und Wolfgang W. Schütz (Kuratorium Unteilbares Deutschland)
Leitung: Emil Obermann
21.00 Die Krimistunde
22.00 Titel, Thesen, Temperamente
Die Welt der Etrusker – Große Schau der Archäologen in der Toscana / Gesünder mit Musik? – Chancen der Musiktherapie
22.30 Tagesthemen
23.00 Gespräch mit Julius Nyerere
23.30 Variation
Fernsehfilm von Michael Haneke
Mit Elfriede Irrall, Suzanne Geyer, Hilmar Thate u. a.
1.10 Tagesschau

ZDF

15.20 Tennis World Team Cup
Übertragung vom Rochusclub Düsseldorf
16.00 heute
16.04 Immer dieses Fernsehen ...
5. Folge: Freizeitstreß
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Pinnwand extra
Jugend beim Bundespräsidenten
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Als Gäste vorgesehen: Die „Slowenischen Sieben"
17.50 Der rosarote Panther
Zu Gast bei Paulchens Trickverwandten
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Dick und Doof
Der Prinz im Fahrstuhlschacht
19.00 heute
19.30 Dalli-Dalli
Mit Hans Rosenthal
21.00 Kinder Kinder
Pillen für Kinder. Von Ute Wagner-Oswald
Moderation: Rainer Haake
21.45 heute-journal
22.05 Bürger fragen ...
Bundespräsident Richard von Weizsäcker
Live aus dem Ballhaus in Berlin-Kreuzberg
Gesprächsleitung: Reinhard Appel
Anschl. Tennis World Team Cup
Anschl. Gute-Nacht-Musik
Franz Schubert: Menuett aus dem Streichquartett B-Dur op. 168 Nr. 8, mit dem Mannheimer Streichquartett
Anschl. heute



Der alte Mann (Paul Dahlke) führt einen Besucher (Jochen Striebeck) durch sein „Unglücksmuseum" (Krimistunde – ARD, 21.00 Uhr) FOTO: TELEBUNK

III.

WEST

19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Frau in Notwehr
Amerikanischer Spielfilm (1948)
21.50 Landesspiegel
Planung aus der Vogelperspektive
22.20 Deutschland, Deutschland ... (5)
23.05 Das große Thema
Kulturkampf Nord-Süd: Zerbricht die Unesco?
0.20 Letzte Nachrichten

NORD

19.15 Das Verhalten der Tiere
20.00 Tagesschau
20.15 American Graffiti
Amerikanischer Spielfilm (1973)
22.00 Kultur aktuell
22.50 Jazz-Fest Berlin 1984
Buddy Rich and The Buddy Rich Orchestra
23.50 Nachrichten

HESSEN

19.05 Autoreport
19.20 Hübscher als die Polizei erlaubt
Französischer Spielfilm (1962)
20.45 Kulturkalender
21.20 Bild der Woche
21.30 Drei aktuell
21.45 Feuersturm über Australien
22.30 Hilf mir träumen
23.20 Bußschweigen
Zur Auseinandersetzung um den brasilianischen Befreiungstheologen Leonardo Boff

SÜDWEST

19.25 Nachrichten
19.30 Nächtlicher Regen in den Bergen von Sichuan
Chinesischer Fernsehfilm (1980)
20.50 Gebrüder Grimm
Magazin über die Germanisten, Märchenforscher und politischen Wissenschaftler
Nur für Baden-Württemberg:
21.45 „Nur dem Gewissen unterworfen ..."
Wie bleibt der Landtag bürgernah?
22.45 Die weiße Frau und andere Gespenstergeschichten
23.20 Bußschweigen
Leonardo Boff
0.20 Nachrichten
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.45 Eine Uni denkt für die Wirtschaft
22.30 Landtag aktuell
22.50 Landesspiegel extra
2000 Jahre Autun
23.20 Bußschweigen
Nur für das Saarland:
21.45 TV-Club Saar 3

BAYERN

18.45 Rundschau
19.00 Dorf ohne Pfarrer
19.30 Wiener Festwochen 1985
Leonard Bernstein dirigiert Richard Wagner („Die Walküre", „Siegfried")
(In der Pause gegen 20.10 Z. E. N und 20.15 Rundschau)
22.05 Rundschau
22.10 Ein Affe im Winter
Französischer Spielfilm (1962)
Regie: Henri Verneuil
23.50 Rundschau
23.55 Actualités

SAT 1

13.30 Solid Gold
14.00 Die Chronik der Familie Rius
15.00 Slebstel
15.30 Musicbox
16.30 Scooby-Doo
17.00 Simon Templar
S. T. und das Wochenende in Paris
18.00 Fauna Iberica
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Davon träumen alle Mädchen
Deutscher Spielfilm (1961)
Mit Marion Michael, Harald Juhnke, Ursula Herking u. a.
Regie: Thomas Engel
20.30 Holiday-Island – Die Trauminsel
Neue Serie in 13 Folgen
21.20 Der Frauenarzt von Bischofsbrück
Der Radiohit aus Stuttgart
Zum ersten Mal im Fernsehen
Die geistigen Väter dieser mit viel Herz und Gefühl geschriebenen Geschichte sind Alfred Marquard und Herbert Berlinghaus. Die Art, wie sie schreiben, erinnert sehr stark an die Romane von Hedwig Courths-Mahler.
21.50 APF blick:
News, Show, Sport
22.15 Das Rätsel des silbernen Halbmondes
Deutsch-Ital. Spielfilm (1972)
Mit Uschi Glas, Antonio Sabato, Marisa Mell u. a.
Regie: Umberto Lenzi
Ein junges Mädchen, offensichtlich Vertreterin des leichten Gewerbes, wurde in Rom grauenhaft ermordet. Immer mehr Morde treten auf, und jedesmal wurde bei den Leichen der gleiche silberne Halbmond zurückgelassen.
23.45 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

16.00 Tennis-World-Team-Cup
Live aus Düsseldorf / Nachlese vom 2. UEFA-Pokal-Finale
18.00 Bilder aus Deutschland
Wittenberg
Alltag in der Lutherstadt
19.00 heute
19.30 Derrick
Das Superding
20.30 Rundschau
Politik und Wirtschaft – aus Schweizer Sicht
21.15 Ferdinand von Saar – Chronist des alten Österreichs
21.45 Österreich – Trachteninsel Europas
Trachtenmoden einst und heute – in Stadt und Land
Dokumentation von Helga Rostosky
Tracht ist Bekenntniskleidung. Bekenntnis zu vielerlei: zu Herkunft und Stand, zur engeren Heimat, zu Althergebrachtem.
22.30 Goya
oder Der Beginn der modernen Malerei
Film von Heinz Dieckmann
23.15 3SAT-Nachrichten

NACHRICHTEN

Brasilien geschlagen

Santiago de Chile (dpa) – In der letzten Vorbereitungsphase auf die Qualifikationsspiele zur Fußball-Weltmeisterschaft 1986 in Mexiko mußte sich Brasilien erneut geschlagen geben. Nur sechs Tage nach dem 0:1 in Bogotá gegen Kolumbien unterlagen die Brasilianer in Santiago de Chile gegen Chile mit 1:2.

Hrubesch wird Trainer

Hamm (dpa) – Der 21malige Fußball-Nationalspieler Horst Hrubesch wird sein Gastspiel bei Standard Lüttich beenden und zum 1. Juli das Training des A-Klassen-Vereins (5. Amateurklasse) FC Pelkum übernehmen. Noch ist nicht entschieden, ob Hrubesch seine Karriere als Spieler bei Borussia Dortmund fortsetzt.

Hamburg Turniersieger

Nizza (sid) – Durch einen 7:3-Erfolg über den englischen Erstligaklub Queens Park Rangers gewann der Hamburger SV ein Hallenturnier in Nizza. Der Fußball-Bundesligaklub erhielt neben einem Goldpokal eine Gage in Höhe von 100 000 Mark.

Stielike in die Schweiz?

Genf (dpa) – Der deutsche Fußball-Nationalspieler Uli Stielike wird vermutlich zum Saisonende von Real Madrid zum Schweizer Klub Xamax Neuenburg wechseln. Das behauptet Gilbert Facchinetti, Präsident von Xamax.

Beckenbauer glänzte

Innsbruck (sid) – An der Seite von Harald Schumacher und Karl-Heinz Förster sowie Paul Breitner zeigte Teamchef Franz Beckenbauer noch einmal sein Können. Beckenbauer zählte in Innsbruck zu den auffälligsten Spielern beim 4:3-Erfolg einer Europa-Auswahl über eine Kombination Österreich/VfB Stuttgart zum Abschied des ehemaligen Stuttgarters Roland Hattenberger.

Bremen gibt auf

Bremen (sid) – TuS Vahr Bremen zieht sich aus finanziellen Gründen in der nächsten Saison aus der Tischtennis-Bundesliga zurück. Im Zusammenhang mit dem Rückzug steht der Wechsel des schwedischen Spitzenspielers Erik Lindh zum TTC Jülich. Vom Rückzug der Bremer wird der eigentliche Absteiger TTBC Bayreuth profitieren.

Holmes denkt an Rücktritt

Reno (sid) – Box-Weltmeister Larry Holmes spricht wieder einmal vom Rücktritt. Von seinem hart erkämpften Punktsieg über seinen amerikanischen Landsmann Carl Williams in Reno will sich der Weltmeister aller Klassen bei seiner Familie in Easton erholen und über seine sportliche Zukunft nachdenken.

Scharmann wird operiert

Hamburg (sid) – Claudia Scharmann aus Wattenscheid, deutsche Vize-Meisterin in der Rhythmischen Sportgymnastik, muß sich wegen eines Knorpelschadens in der nächsten Woche einer Knieoperation unterziehen. An den deutschen Meisterschaften Anfang Juni in Dahn wird sie deshalb nicht teilnehmen können.

ZAHLEN

FUSSBALL

Bundesliga, Nachholspiel: Kaiserslautern – Bochum 5:2. – Vorgezogenes Spiel vom 32. Spieltag: Karlsruhe – Bayern München 0:4.

Junioren-EM (U 16), Endrunde in Ungarn, Gruppe A: UdSSR – Portugal 2:0, Ungarn – Deutschland 0:1.

DIE TABELLE

1.UdSSR	3	3	0	0	6:1	6:0
2.Deutschland	3	1	1	1	3:3	3:3
3 Ungarn	3	1	0	2	2:3	2:4
4 Portugal	3	0	1	2	1:5	1:5

Gruppe B: Italien – Schweden 2:5, Jugoslawien – Spanien 0:0. – Gruppe C: Bulgarien – Holland 4:2, Norwegen „DDR" 0:0. – Gruppe D: Island – Griechenland 0:4, Schottland – Frankreich 0:3. – Im Halbfinale spielen: Spanien – Griechenland, UdSSR – „DDR".

TENNIS

Team-Weltcup der Herren (500 000 Dollar) in Düsseldorf: Rote Gruppe: CSSR – Schweden 3:0. – Lendl – Wilander 6:4, 6:3, Mecir – Jarryd 2:6, 6:3, 7:5, Lendl/Smid – Wilander/Jarryd 3:6, 6:3, 6:4. – **Internationale Meisterschaften der Schweiz in Lugano** (100 000 Dollar), Damen-Einzel, erste Runde: Skuherska (CSSR) – Schropp (Deutschland) 4:6, 6:3, 6:2, Jauch-Delhees (Schweiz) – Gildemeister-Arraya (Peru) 3:6, 6:3, 6:2. – **Internationales Turnier der Herren in Florenz** (80 000 Dollar), erste Runde: Elter (Deutschland) – Limberger (Australien) 6:4, 6:1, Arias (USA) – Allan (Australien) 6:2, 7:6, Krickstein (USA) – Rivas (Argentinien) 6:2, 5:7, 6:3, Bergoches (Argentinien) – Gerulaitis (USA) 6:3, 7:6.

RADSPORT

Giro d'Italia, 5. Etappe, Selva di Val Gardena–Vittorio Veneto (225 Kilometer): 1. Bombini 5:24:40 Stunden (0:20 Minuten Zeitgutschrift), 2. Pagnin (0:10), 3. Amadori (alle Italien, 0:10) 0:02 Minuten zurück, 4. Freuler (Schweiz, 0:05) 0:06, Hoste (Belgien), 6. Glaus (Schweiz), 7. Milani (Italien), 8. Mutter (Schweiz), 9. Van der Velde (Holland) 10. Phinney (USA) alle gleiche Zeit. – Gesamtwertung: 1. Visentini (Italien) 24:35:06 Stunden, 2. Hinault (Frankreich) 0:48 Minuten zurück, 3. Lejarreta (Spanien) 1:30, 4. Mutter (Schweiz) 1:45, 5. Moser (Italien) 1:51, 6. Seiz (Schweiz) 2:24, 7. Lemond (USA) 2:29, 8. Contini (Italien) 2:48, 9. Baronchelli (Italien) 2:54, 10. Maier (Österreich) 3:09, ... 116. Matt 27:42, . . . 128. Braun 33:53, 174. Hofeditz (alle Deutschland) 47:54.

TENNIS / McEnroe wieder der große Rüpel

Wilander verlor klar, jetzt will er sein Spiel auf Offensive umstellen

sid/dpa, **Düsseldorf**

Das Siegeld von 600 000 Mark hängt beim Ambre-Solaire-Weltcup in Düsseldorf auch für die Tennisstars aus den USA etwas höher, als sie es sich selbst wohl vorgestellt haben. Im ersten Spiel der USA gegen Spanien konnten John McEnroe und Jimmy Connors die Partie in den Einzeln nicht entscheiden. Während Wimbledonsieger McEnroe gegen Juan Aguilera mit 6:7, 6:4, 6:4 gewann, unterlag Connors mit 6:2, 6:7, 1:6 gegen José Higueras. Damit mußte die Partie, die am Vortag wegen Regens mehrmals unterbrochen worden war, im Doppel entschieden werden (Ergebnis stand bei Redaktionsschluß nicht fest).

McEnroe, der sich wiederholt im Anmeckern des Schiedsrichters gefiel und dafür auch einen Strafpunkt zudiktiert bekam, hatte den kleinen leichtfüßigen Aguilera unterschätzt. Der Spanier, im letzten Jahr in Hamburg Internationaler Deutscher Meister, spielte sein Pensum ruhig herunter, ließ sich durch die Maulereien des Weltranglistenersten nicht irritieren und holte sich so bereits vor der Regenpause am Dienstag den ersten Satz im Tiebreak – unter lang anhaltendem Beifall der rund 7000 Zuschauer. Im letzten Satz lag er bereits mit 0:3 zurück, holte auf, mußte sich aber doch dem größeren Können des Amerikaners geschlagen geben.

Das Spiel Connors gegen Higueras, ein Duell der 32jährigen, kippte zugunsten des Spaniers erst am Ende um, als der Amerikaner viel zu viel riskierte, bei einem Rückstand von 1:4 wohl immer noch glaubte, er läge in Führung, zu oft nach vorne stürmte und eiskalt gekontert wurde.

Am zweiten Tag des Weltcups stand erst nach Mitternacht, nach zwölf Stunden Wartezeit, ein Sieger fest. Die Mannschaft der CSSR bezwang Schweden. Gespielt wurde dabei nicht etwa unter Flutlicht, sondern auf einem Sandplatz, der eigens in der Düsseldorfer Eishalle verlegt worden war. Um genau 1.15 Uhr war das 3:0 komplett. Den letzten Punkt hatte das Doppel Ivan Lendl/Tomas Smid mit 3:6, 6:4, 6:4 gegen Wilander/Jarryd herausgespielt. Noch immer jubelten zu diesem Zeitpunkt etwa 1000 Zuschauer in der Halle. Für den Platz gab es zusätzlich ein Lob von Mats Wilander: „Daß wir verloren haben, lag sicher nicht an diesem Provisorium in der Halle. Der Platz war einfach Klasse." Wilander hatte gegen Ivan Lendl mit 4:6, 3:6 eine Lehrstunde erhalten.

Aber: Die Tenniswelt soll bald einen neuen Mats Wilander erleben. Der Schwede, der als Prototyp des langweiligen Grundlinienspielers gilt, will in Zukunft mehr angreifen. Offensive heißt seine Devise. „Ich muß gegen jeden Spieler mehr ans Netz gehen", lautet sein Motto.

Auch bei seiner klaren Niederlage war in Ansätzen schon der „neue" Wilander zu erkennen. Der 20jährige ging häufiger zum Netz und suchte frühzeitiger die Entscheidung. Am liebsten wäre es dem Weltranglistenvierten, wenn sich die Umstellung schon nächste Woche in Paris bemerkbar machen würde. „Ich glaube, daß es sich erst in den nächsten Jahren auszahlen wird", schätzt Wilander die Situation selbst realistisch ein. In Paris war er vor drei Jahren kometenhaft in die Weltelite aufgestiegen, hatte mit 17 Jahren als jüngster Spieler aller Zeiten ein Grand-Slam-Turnier gewonnen. Damals galt er noch als der „neue Borg", eine nahezu exakte Kopie seines Vorbildes.

Inzwischen aber sieht er ein, daß der fünfmalige Wimbledon-Gewinner Borg nicht zu kopieren ist. Und um an die drei in der Weltrangliste vor ihm liegenden McEnroe, Lendl und Connors heranzukommen oder gar an ihnen vorbeizuziehen, muß er sich umstellen, um auch auf schnellen Belägen eine Chance zu haben.

Verblüffend seine eigene Begründung: „Ich habe nicht mehr soviel Geduld wie früher." Außerdem findet er es „interessanter, wenn ich mein Spiel ändere". Sicher werden viele Zuschauer ihm beipflichten. Zu oft hatten sie den Eindruck, sie könnten in Ruhe eine Tasse Kaffee trinken gehen, ohne etwas Wesentliches in seinen Spielen zu verpassen. Mit seiner Entscheidung geht er aber auch ein Risiko ein. Und dessen ist er sich bewußt: „Mir ist klar, daß ich in der Umstellungsphase eher einmal ein Spiel gegen vermeintlich schwächere Gegner verliere, aber das muß ich in Kauf nehmen."

Erregte Gesten, ein beleidigtes Gesicht – so ist es immer bei John McEnroe, wenn er glaubt, unbedingt auffallen zu müssen. FOTO: DPA

Diskussionen mit Schiedsrichter

John McEnroe bezog mit seiner Freundin, dem Filmsternchen Tatum O'Neal, im Düsseldorfer Hilton eine Suite im 12. Stock. Außer dem Panoramablick über Stadt und Rhein sind im Preis von 1500 Mark täglich auch eine Flasche Champagner und eine Baccara-Rose für das Badezimmer enthalten.

Der Weltranglistenerste wohnt fürstlich – und benimmt sich auf dem Platz wieder einmal wie ein Rüpel. Sechs Minuten lang diskutierte er mit dem Schiedsrichter, nachdem sein Gegner Aguilera ein Aufschlagsas geschlagen hatte, McEnroe aber der Meinung war, er selbst sei noch nicht in der richtigen Position gewesen. Der Spanier mußte dem unwürdigen Schauspiel ein Ende machen, indem er sich bereit erklärte, seinen Aufschlag zu wiederholen.

Als dann der zweite Satz beginnen sollte, brauchte McEnroe zwei Aufforderungen und einen Strafpunkt, ehe er sich bequemte, auf dem Platz zu erscheinen. Seine Leistung war dann aber einmal mehr eindrucksvoll.



Abschied von einem großen Vorbild: Desmond Douglas aus Birmingham. FOTO: PIRENYI

TISCHTENNIS / Desmond Douglas verläßt die Bundesliga und Düsseldorf

Müde vom Hin- und Herreisen nach acht Jahren sportlicher Gastarbeit

Morgen in Duisburg und am 2. Juni in Saarlouis wird in zwei Spielen zwischen Borussia Düsseldorf und Titelverteidiger ATSV Saarbrücken die deutsche Meisterschaft im Tischtennis entschieden. Zum letzten Mal für Düsseldorf dabei: der Engländer Desmond Douglas.

ULLA HOLTHOFF, **Düsseldorf**

Es war lange nach Mitternacht, als Karl sich endlich ein Herz faßte. Zögernd erhob er sich, wankte ans Ende der Theke und atmete noch einmal tief durch. Dann war er soweit: „Des, alter Junge, machst du wirklich Schluß? Schade. Warst 'n feiner Kerl." Jetzt war's raus.

Gespannt wartete Karl auf eine Reaktion. Doch Desmond Douglas (28), Engländer, erster und einziger farbiger Tischtennis-Spieler in der Bundesliga, seit acht Jahren die Nummer eins bei Borussia Düsseldorf, lächelte nur. Er lächelte freundlich-höflich – aber er schwieg. Also setzte Karl noch einmal an: „Ich will ja nichts sagen. Keine großen Worte oder so. Weißt du, ich komme aus Reutlingen und guck mir seit Jahren alle Spiele an. Eins ist klar, Des: Wenn du nicht gewesen wärst, dann wären wir mit Reutlingen öfter Meister geworden. Dann hätten wir auch heute abend gewonnen. Aber laß gut sein. Du warst Klasse. Ich hab' dich immer gern gesehen. So einen wie dich kriegen wir in der Bundesliga nicht wieder."

Im Verlauf seiner Laudatio hatte Karl mit beiden Händen Desmond Douglas' rechte Hand ergriffen und schüttelte sie pausenlos. Weil er keine Anstalten machte, sie wieder loszulassen, und weil er insgesamt einen mitleiderregenden Eindruck machte, gab Desmond Douglas seine Zurückhaltung auf. „Ich bin müde", sagte er. „Es war schön, hier zu spielen. Aber jetzt bin ich müde. Es sind zu viele Reisen. Es ist Zeit, zu gehen."

Desmond Douglas antwortete auf deutsch. Er versteht die Sprache und er kann sie sprechen. Aber er praktiziert es nur in Ausnahmefällen. Das Gespräch mit Karl war eine Ausnahme. Wenige Stunden zuvor hatte Douglas noch wesentlich dazu beigetragen, den SSV Reutlingen aus dem Rennen um die Deutsche Meisterschaft zu werfen – jetzt überschüttete ihn ein Anhänger des Gegners trotz der eigenen Enttäuschung geradezu mit Freundlichkeiten. Diese ungewöhnliche Situation erforderte eine ungewöhnliche Reaktion. Also sprach der Engländer deutsch. Ganz gegen seine Gewohnheit.

Seit acht Jahren ist Desmond Douglas bei Borussia Düsseldorf als Tischtennis-Spieler beschäftigt. Als er 1977 kam, war er einer der ersten ausländischen Profis in der Bundesliga. Kein anderer Ausländer blieb so lange wie er. Mit ihm und wegen seiner feierte Borussia Düsseldorf die größten Triumphe der Vereinsgeschichte. Doch das Land seiner Mitspieler ist ihm stets fremd geblieben. Er blieb ein sportlicher Gastarbeiter in des Wortes ursprünglichster Bedeutung: Acht Jahre lang kam er nur zu den Spielen aus Birmingham geflogen, übernachtete bei Mannschaftskamerad Ralf Wosik und flog wieder zurück. In Deutschland hatte er den sportlichen Erfolg, der ihm in England zum sozialen Aufstieg verhalf.

Doch zu einem Umzug nach Düsseldorf konnte er sich nie entschließen, weil er die anfängliche Scheu nie überwinden konnte: „Ich hatte zu Anfang große Probleme mit der deutschen Sprache und der deutschen Mentalität." Die Sprache ist ihm mittlerweile vertraut. Doch die Mentalität schüchtert ihn noch immer ein: „Sicher, die Menschen hier waren alle immer sehr nett zu mir. Jeder versuchte, mir zu helfen. Aber die Deutschen haben so eine animalische Mentalität. Ich hatte oft den Eindruck, sie wollen Blut sehen. Das kannte ich vorher nicht. Außerdem erschienen sie mir arrogant. Sie wußten immer alles besser."

Das habe ihn an Herrschaftsdenken und Zwei-Klassen-System erinnert, an das System von oben und unten, an den Gegensatz von gesellschaftlicher Anerkennung und Außenseitertum. Und da reagierte Desmond Douglas noch immer sensibel. Denn als schwarzer Jugendlicher in der Arbeiterstadt Birmingham hat er die Auswirkungen englischer Rassenprobleme hautnah beobachten können. Obwohl er selbst nie Schwierigkeiten hatte, weil er schon früh gelernt hatte, daß eigene Freundlichkeit und Anpassung von der Umwelt wohlwollend honoriert wurden. Der nette Junge Desmond Douglas wurde in England stets zuvorkommend behandelt, deshalb ist er noch immer überzeugt: „Die Engländer sind ein sehr faires Volk." Er selbst machte die Fairneß zu seinem obersten Lebensprinzip. Noch im April wurde er bei den Weltmeisterschaften in Birmingham mit der Fairneß-Trophäe ausgezeichnet. Und auch in der Bundesliga galt er stets als unerreichtes Vorbild.

„Er ist ein großer Verlust für Düsseldorf. Nicht unbedingt wegen seiner sportlichen Leistung, dafür gibt es wohl Ersatz. Aber wegen des Menschen Desmond Douglas", bedauert Sportwart Eberhard Schöler den Weggang des Spitzenspielers. „Man hörte nie ein schlechtes Wort von ihm, er ist freundlich, hilfsbereit, immer sachlich, pünktlich, und man merkt ihm an, daß er voll hinter der Sache steht. Wenn er sich etwas mehr engagiert hätte, zum Beispiel im Training, dann hätte er als Spieler vielleicht noch besser sein können – als Mensch ist er immer Vorbild gewesen. Er war vielleicht sogar immer ein bißchen zu lieb, deshalb ist ihm als Einzelspieler nie der ganz große Erfolg gelungen."

Doch Desmond Douglas ist auch so zufrieden. Der dritte Platz bei den Europameisterschaften 1978, Sieger des Deutschland-Prix 1983, jahrelang unbesiegter Spitzenspieler der Bundesliga, ein Jahreseinkommen von über 100 000 Mark – das sind Ergebnisse, die ihn den Wechsel nach Deutschland nie bereuen ließen. „Es war damals eine große Entscheidung für mich. Ich liebte meinen Job, hatte meine Freunde in Birmingham und kannte nicht die Stärke der Bundesliga. Ich habe lange überlegt, aber schließlich habe ich mir gesagt: Du mußt deine Chance ergreifen, solange du jung bist. Später gibt es zu viele Ausreden. Dann gibt es Familie und Kinder, und es fällt dir immer schwerer, wegzugehen." Jetzt verläßt er Düsseldorf. Er wird weiter für England in der Europaliga B spielen. Und er will Trainingscamps einrichten, um Jugendliche zu trainieren. Das paßt zu Desmond Douglas.

Ein Profi wird abgeschoben – Ende der Illusionen

Fußball-Profi – ein Traumberuf für junge Männer, die glauben, Talent zu haben, und auch endlich einen Vertrag erhalten? Im Schatten der großen Stars mit den riesigen Gagen leben besonders in der zweiten Liga viele Spieler am Rande des Existenzminimums mit zerstörten Illusionen und Hoffnungen. Ein Beispiel von vielen: Thomas Esche von Fortuna Köln.

ALFRED WEINZIERL, **Köln**

Die Ungewißheit frißt an den Nerven. „Meine Frau und ich", sagt Thomas Esche, „reden seit Wochen über nichts anderes mehr." Vom Frühstücksei bis zu den Spätnachrichten. Thomas Esche (23) ist seit drei Jahren Fußballspieler von Beruf und ab 1. Juli arbeitslos.

Das hat er seit zwei Wochen schriftlich. Da flatterten Esche und weiteren 14 Spielern des Zweitligaklubs Fortuna Köln die Kündigungen ins Haus. Am gleichen Abend lud Hans Löring (50), Präsident und alleiniger Mäzen des Vereins, seine Profis samt Frauen zum zweistündigen Dinner und verkündete nach der Henkersmahlzeit (frischer Spargel und neue Kartoffeln), daß er den Klub-Haushalt kürzen und an den Spielergehältern sparen müsse. Außerdem seien die Spieler künftig am Risiko beteiligt, das heißt, daß sie an den Zuschauereinnahmen beteiligt würden. Die Einsatzprämie, „Aktivität" genannt, werde ersetzt durch eine Abhängigkeit der Prämie von den Zuschauerzahlen. Eine absurde Rechnung angesichts der Tatsache, daß sich seit Jahren selten mehr als 1000 Zuschauer pro Spiel ins Kölner Stadion verirren.

Esche kann gleichgültig sein, wie viele Zuschauer in der nächsten Saison Fortuna Köln sehen wollen. Er wird abgeschoben. Eine Erkenntnis, die für ihn weder überraschend noch so ganz ungelegen kommt, weil er an seinem Beruf zweifelt. Seitdem die erste Euphorie über seinen ersten Vertrag vorüber ist (sie führte zur Vernachlässigung seines Studiums an der Sporthochschule), hat Esche über Sinn und Unsinn, über Aufwand und Ertrag dieses Berufes nachgedacht. Jetzt steht für ihn fest, daß er ins Amateurlager zurückkehren und eine Berufsausbildung beginnen will.

Hier könnte die Geschichte enden. Der Name Esche könnte in den Personalstatistiken mit dem Vermerk „Ziel unbekannt" abgehakt werden. Doch der Name Esche ist auch ein Beispiel für die Problematik des Berufsfußballs im allgemeinen und der zweiten Liga im besonderen.

Rückblende: Im Frühjahr 1982 sitzt Esche keine halbe Stunde nach dem Probetraining vor dem Antik-Schreibtisch von Vereinspatron Löring. Vor ihm liegt ein Vertrag über drei Jahre: 2500 Mark brutto Grundgehalt plus 500 Mark pro 90-Minuten-Einsatz plus Siegprämien (in der Höhe vom Tabellenplatz der Mannschaft abhängig). Für einen Zwanzigjährigen, der nach dem Abitur ein Jahr in einer Metallwarenfabrik gearbeitet hatte, war das viel. Esche: „Da waren viel Enthusiasmus und Illusionen im Spiel."

Die Hoffnungen platzten schnell. Trainer Martin Luppen attestierte Esche zwar „höchsten Trainingseifer", setzte ihn aber samstags auf die Tribüne. Esches Pech: Fortuna Köln spielte um den Aufstieg und zog ins DFB-Pokalfinale ein. Da war kein Platz für Experimente mit einem Neuling. „Am härtesten war es, wenn ich die Auswärtsspiele im Radio verfolgte", sagt er. Und am Monatsende, wenn sich die Differenz zwischen Brutto und Netto offenbarte. Denn Einsatz- und Siegprämien gab es für Esche, den Trainingsbesten, nicht. Dabei hatte er Frau und zwei Kinder zu versorgen und war „nicht einmal, sondern zwanzigmal dran, das Handtuch zu werfen".

Esche kämpfte weiter. Neue Saison, neuer Trainer, neues Glück. Auf Luppen folgte Horst Heese, der versprach: „Du bist mein Mann." Doch Heeses Mann erlitt am zehnten Tag des Trainingslagers einen Bänderriß im rechten Fuß. Die Hinrunde war für ihn beendet, noch ehe der erste Spieltag angepfiffen war.

Im Januar 1984 war Esche wieder fit, er spielte so, daß die Zeitungen ihn als „einzigen Lichtblick bei der Fortuna" sahen. Das erste öffentliche Lob nach eineinhalb Jahren als Profi.

Dennoch: Als Löring Wochen später ankündigte, sich von einigen Spielern zu trennen, „fühlte ich mich angesprochen". Die zweite Liga, das hatte Esche schon zu diesem Zeitpunkt erkannt, „kann nur eine Durchgangsstation zur Bundesliga sein". Und: „Zehn Jahre in der zweiten Liga rumkrebsen, das ist vielleicht etwas für Junggesellen ohne hohe Ansprüche, aber nichts für einen Familienvater."

Da aber der neue Fortuna-Trainer Hannes Linßen die Jetzt-oder-nie-Parole vom Aufstieg ausgab, folgte auch Esche ins „Jahr der Entscheidung". Er wurde Stammspieler, doch die Mannschaft geriet in Abstiegsnot. Ende Januar 1985 gab es auch für Esche erstmals schlechte Kritiken. Im Februar zog er sich eine Bänderverletzung zu. Vom 10. März bis 17. April wurde sein linkes Bein in Gips gelegt. Damit konnte er nicht nur die Rückrunde, sondern das „Jahr der Entscheidung" abhaken.

„Ich habe nichts im Rücken und nichts vorm Bauch", sagt Esche und macht sich Sorgen um die Zukunft. Vor einer Woche bekam Ehefrau Iris (25) ihr drittes Kind, Tochter Laura, das erste gemeinsame.

Jetzt steht er vor dem freien Fall. Ab 1. Juli ist er arbeitslos. Die Illusion, ein hochdotierter Fußball-Profi zu werden, hat er aufgegeben. Und: „Ich kann noch nicht mal sagen, ich spiele im nächsten Jahr in der Amateurliga." Denn da Löring Esche ein Angebot (50 Prozent der bisherigen Bezüge, also 1250 Mark) gemacht hat, kostet er auch für einen Amateurverein Ablöse. Wird die nicht gezahlt, kann Löring Esche für zwölf Monate sperren lassen. Diese Ablöse, so hat Esche erfahren, soll 30 000 Mark betragen. „Die zahlt kein Klub", weiß er, „nicht in der heutigen Zeit."

Die Zeiten sind härter geworden für Fußballprofis. Sogar für jene, die wieder Amateur werden wollen. Thomas Esche, Ex-Fußballprofi, Abiturient, Familienvater, träumt von einer sicheren Zukunft: „In der gehobenen Beamtenlaufbahn bei der Stadt." Er hat sich erkundigt: der nächste Einstellungstermin ist im Herbst 1986.

STAND ● PUNKT

Rangelei um Sicherheit im Fechten

Die Zielsetzung war selbstverständlich. Drei Todesfälle seit 1982 hatten neue Vorschriften dringend notwendig gemacht. Doch was die 66. Generalversammlung des internationalen Fechtsport-Verbandes (FIE) am letzten Wochenende in Paris verabschiedete, hat wenig mit dem Willen zu mehr Sicherheit im Fechten zu tun, der im Vorfeld nach intensiver Forschungs- und Entwicklungsarbeit bekundet worden war. Technische „Minimalanforderungen" für Klingen, Masken und Kleidung der Fechter seien beschlossen worden, hieß es von offizieller Seite. „Wir sind enttäuscht – konkrete Beschlüsse sind nicht gefaßt worden", kommentierte Wilfried Wolfgarten aus Bonn, Mitglied der medizinischen Kommission der FIE, den Kongreß-Verlauf.

Weiterhin sind Klingen in Training und Wettkampf erlaubt, deren Stahl nachweislich leichter bricht als ein mittlerweile in Tests bewährter, hochwertiger Stahl, ein für den Fechtsport entdecktes Material aus der deutschen Luft- und Raumfahrt-Industrie. Diese neuartigen, allerdings erheblich teureren Klingen sollen nun zwar international getestet werden – die Teilnahme der verschiedenen nationalen Verbände bleibt aber zunächst freiwillig. Bei der Kleidung der Fechter wurde zwar ein Wert für die notwendige Widerstandskraft des Gewebes definiert – doch konnte sich der Kongreß nur zu einer schwammigen Empfehlung durchringen. Lediglich für die Fecht-Maske gibt es in Zukunft verbindliche technische Vorgaben.

Sind es nur die hohen Kosten für höhere Sicherheit, die konkrete Ergebnisse derart hinauszögern? „Mir scheint es eher die fehlende Kommunikation innerhalb des Kongresses zu sein", meint Wilfried Wolfgarten. Der Konsens sei da – doch niemand habe den Mut, Verantwortung zu übernehmen. Wird weiterhin Zeit verschenkt?

Der Deutsche Fechterbund – ohnehin der Vorreiter auf dem Gebiet Sicherheit – will jetzt Nägel mit Köpfen machen. „Wir wollten den Kongreß noch abwarten", so Wolfgarten – doch nun strebe man eben national verbindliche Richtlinien an.

JÖRG STRATMANN

FUSSBALL

16. Tor von Matthäus

DW. **Bonn**

Für Bayern München war es „ein riesiger Schritt in Richtung Titel" (Trainer Udo Lattek) und eine gelungene Generalprobe für das deutsche Pokalfinale am Pfingstsonntag in Berlin gegen Bayer Uerdingen. Karlsruhe mußte bei der 0:4-Niederlage gegen den FC Bayern im vorgezogenen Spiel der Fußball-Bundesliga auch die letzten theoretischen Hoffnungen aufgeben, den Abstieg doch noch vermeiden zu können. Für den 1. FC Kaiserslautern bedeutete der 5:2-Erfolg im Nachholspiel gegen den VfL Bochum die Bewältigung der ärgsten Abstiegsnöte.

Kaiserslautern mußte aber gleichzeitig erkennen, daß der Verein einer düsteren Zukunft entgegensehen muß. Nur 9587 Zuschauer sahen das Spiel gegen Bochum – der schwächste Besuch seit neun Jahren. Damit sank der Besucher-Durchschnitt mit 17 585 unter die vor der Saison kalkulierten 18 000, und der Verein hat rund 5,3 Millionen Mark Schulden. Das ist auch ein Grund dafür, daß der neue Präsident Jürgen Friedrich dagegen protestiert, am nächsten Mittwoch gegen den Pokalfinalisten Bayer Uerdingen antreten zu müssen. Der Deutsche Fußball-Bund hat diesen Termin festgesetzt, obwohl an diesem Tag zur gleichen Zeit das Finale im Europapokal der Landesmeister zwischen dem FC Liverpool und Juventus Turin original im Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF) aus Brüssel übertragen wird. Friedrich: „Wir würden am Mittwoch unter Ausschluß der Öffentlichkeit spielen, und wir brauchen jede Mark." Eine Verlegung auf Donnerstag würde mit größter Wahrscheinlichkeit bei Werder Bremen auf Proteste stoßen, weil Kaiserslautern am Samstag, nur zwei Tage später, bei Bayern München antreten muß.

Münchens Trainer Udo Lattek wertete den Sieg in Karlsruhe auch als wichtige Station auf dem Weg zum Pokalsieg: „Das 4:0 war für das Finale in Berlin sehr wichtig. Wenn wir verloren oder einen Punkt abgegeben hätten, wäre bei uns die große Nervosität eingetreten." Glanzstück in Karlsruhe war erneut das Mittelfeld-Duo Matthäus/Lerby. Beide erzielten einen Treffer, Matthäus ist jetzt mit 16 Toren der erfolgreichste Schütze des FC Bayern in dieser Saison. Ludwig Kögl erzielte in der 46. Minute seinen ersten Bundesliga-Treffer (das 4:0 schoß Michael Rummenigge). Mit diesen vier Toren haben die Münchner Werder Bremen auch wieder in der Tordifferenz überholt.

Dürfen ältere Offiziere nun in den Ruhestand?

Koalition findet Kompromiß / Kritik aus München

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Wegen des Plans der Bundesregierung, die Personalstruktur bei den Truppenoffizieren der Bundeswehr zu verbessern und zu diesem Zweck 1500 Offiziere aus dem normalen „Stellenkegel" herauszunehmen, sind die Differenzen zwischen Bonn und der bayerischen Staatsregierung erneut aufgebrochen. Der gestern vom Verteidigungsausschuß des Bundestages mit der Mehrheit der Koalition verabschiedete Kompromiß zur Lösung des Verwendungsstaus wurde in München mit großer Zurückhaltung aufgenommen. Der Chef der Staatskanzlei, Edmund Stoiber, sagte der WELT: „Ich sehe noch keine Zustimmung der bayerischen Staatsregierung auf dieser Basis, wobei aber anzuerkennen ist, daß man unsere Bedenken wenigstens teilweise berücksichtigt hat."

Der für den Gesetzentwurf der Bundesregierung federführende Verteidigungsausschuß veränderte gestern auf der Grundlage von Abstimmungsgesprächen, die am Tage vorher auf höchster Ebene in der Koalition geführt worden waren, den Entwurf folgendermaßen: Die Zahl der Offiziere, die über einen Zeitraum von fünf Jahren auf freiwilliger Basis vorzeitig in den Ruhestand entlassen werden sollen, wurde von 1500 auf 1200 gekürzt. Aber auch die verbleibenden 300 Soldaten sollen in den Genuß des vorgezogenen Ruhestands kommen können. 250 zusätzliche Planstellen wurden im militärischen Teil der Bundeswehr geschaffen. Sie sollen mit dem Erreichen der Altersgrenze der Posteninhaber wieder wegfallen (kw-Stellen). Weitere Stellen sollen im zivilen Teil der Bundeswehrverwaltung geschaffen werden.

Mit der Kürzung des Anteils der „Frühpensionäre" um 300 ermäßigen sich die Kosten für das Projekt zur Lösung der Personalprobleme im Offizierskorps von den ursprünglich 652 auf 560 Millionen Mark. Die Kosten für 250 zusätzliche kw-Stellen muß das Bundesverteidigungsministerium durch Umschichtungen im eigenen Haushalt der kommenden Jahre erwirtschaften. Durch die Versetzungen von 50 Offizieren in die Bundeswehrverwaltung entstehen keine zusätzlichen Kosten. Allerdings verringern sich dadurch die Beförderungschancen für die Beamten in der Bundeswehr.

Für die Koalition haben nicht nur der CDU-Abgeordnete Francke (Hamburg) und der Wehrexperte der FDP-Bundestagsfraktion, Ronneburger, den Kompromiß begrüßt, sondern auch der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, der CSU-Abgeordnete Biehle. Sie erklärten, die vorzeitige Pensionierung von Offizieren sei im Hinblick auf die hohe Arbeitslosigkeit zwar nicht populär, aber notwendig, um der Bundeswehr eine „organische Personalstruktur" zu geben. Dadurch würde sich ihre Schlagkraft erhöhen.

Dieser Beurteilung schloß sich – im Gegensatz zu Stoiber – auch der Vorsitzende der Bonner CSU-Landesgruppe, Theo Waigel, an. Er sagte: „Mit diesem Kompromiß wurde eine Lösung gefunden, die geeignet ist, die Akzeptanz des Vorhabens bei den Bürgern zu erhöhen." Nur die Opposition lehnt den Kompromiß ab. Der SPD-Abgeordnete Jungmann sprach davon, der geänderte Gesetzentwurf sei „gesellschafts- und sozialpolitisch unverträglich".

Biehle rechnet damit, daß der Gesetzentwurf schon in wenigen Wochen vom Bundestag verabschiedet wird und auch den Bundesrat passieren kann. Biehles Optimismus wird jedoch durch die Äußerungen Stoibers gedämpft. Zwar habe das „Nachhaken" der CSU-Landesgruppe schon einiges bewirkt, doch seien 50 Versetzungen in die zivile Verwaltung zuwenig. München werde auf eine weitere „positive Nachbesserung" dringen und das Thema in der Ministerpräsidentenkonferenz am 14. Juni aufgreifen.

Die Lebenserwartung ist gestiegen

Gesundheitswesen „modern und leistungsfähig" / Kostendämpfung über ambulante Versorgung

DW. Bonn

Das Gesundheitswesen der Bundesrepublik Deutschland hat sich nach Ansicht der Bundesregierung als „modern und leistungsfähig" erwiesen. Allerdings sei es bisher „nur kurzfristig und teilweise unausgewogen" gelungen, den Ausgabenanstieg zu dämpfen, heißt es in der Antwort der Regierung auf eine Große Anfrage von CDU/CSU und FDP zur Leistungsfähigkeit und Qualität des Gesundheitswesens. Dringend verbesserungsbedürftig seien die Versorgung psychisch Kranker und Behinderter sowie die Absicherung des Pflegefallrisikos.

Die gesundheitliche Situation habe sich insgesamt gebessert, sagte Bundesgesundheitsminister Heiner Geißler (CDU) gestern vor der Presse in Bonn zu dem rund 400 Seiten starken Regierungsbericht, dem umfangreichsten seit 1971. „Die Menschen leben heute wesentlich länger und fühlen sich im Alter auch gesünder und aktiver als früher." Die mittlere Lebenserwartung sei angestiegen, die Sterbeziffern bezogen auf Altersgruppen seien rückläufig. Besonders die medizinische Wissenschaft habe in den letzten Jahren große Fortschritte ermöglicht. Auch die Säuglingssterblichkeit sei von 33,8 pro tausend Lebendgeburten 1960 auf 9,6 im Jahre 1984 zurückgegangen. Als Grund nannte er mehr Entbindungen in Kliniken und die Verbesserung der ambulanten Entbindungen.

Das Kernstück der Kostendämpfung ist nach den Worten von Geißler eine stärkere Betonung der ambulanten Versorgung. Die verfügbaren Finanzmittel der gesetzlichen Krankenversicherung in Höhe von 100 Milliarden Mark jährlich müßten wirtschaftlicher eingesetzt und auf das Ziel konzentriert werden, Krankheiten zu verhüten.

In der schriftlichen Antwort der Bundesregierung heißt es, insbesondere in der Zahnmedizin und bei Arzneimitteln gingen die Ausgaben über das medizinisch Notwendige hinaus. Kritisch diskutiert werden müsse auch die Wirtschaftlichkeit in den Krankenhäusern und der medizinische Nutzen einer Zunahme von Einzelleistungen in der ambulanten ärztlichen Versorgung. Defizite gebe es dagegen in der Prävention, der häuslichen Krankenpflege und der Psychiatrie. Verbesserungen bei der Bekämpfung von Zivilistionskrankheiten wie Krebs und Herz-Kreislauf-Erkrankungen seien „notwendig und möglich". Auch die Bekämpfung der „Volkskrankheit" Rheuma sei eine gesundheitspolitisch und volkswirtschaftlich vorrangige Aufgabe.

Eine Selbstbeteiligung der Patienten an den Kosten einzelner Leistungen hält die Bundesregierung nur dann für sinnvoll und politisch vertretbar, wenn dies zu einer Senkung der Gesundheitsausgaben insgesamt und damit zu einer Entlastung der Beitragszahler führe. Dabei müsse sichergestellt werden, daß die erstrebte Entlastung nicht durch Entscheidungen der Leistungserbringer, also der Ärzte, Krankenhäuser und Arzneimittelhersteller, überlagert werden kann. Der Ausbau der Eigenverantwortung mit Hilfe der Selbstbeteiligung sei vor allem dort möglich und sinnvoll, wo der Versicherte die Menge der verordneten oder veranlaßten Leistungen beeinflussen könne. Die Bundesregierung lobte die Arbeit der Transparenz-Kommission, deren Vergleichslisten den Arzneimittelmarkt für die Ärzte überschaubar machten. Geißler kündigte an, daß die Arbeit der Kommission auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werde.

NATO sieht Fähigkeit Moskaus zum „Blitzkrieg"

Verteidigungsminister der Bündnis-Staaten beraten in Brüssel

DW. Brüssel

Die NATO-Verteidigungsminister sind gestern zu einer zweitägigen Konferenz des Ausschusses für Verteidigungsplanung in Brüssel zusammengetreten, um über die Verstärkung der konventionellen Verteidigung zu beraten. Sie bekräftigten erneut das bisher nur von einigen Ländern erreichte Ziel eines realen Zuwachses der Verteidigungsausgaben von jährlich drei Prozent.

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Die Stabschefs der NATO-Staaten und die militärischen Oberbefehlshaber der Allianz haben die Verteidigungsminister warnend davon in Kenntnis gesetzt, daß die Sowjetunion in den nächsten 15 Jahren die Fähigkeit erlangen könnte, den Westen ohne umfangreiche Vorbereitungen „aus dem Stand" anzugreifen. Bisher geht die Allianz davon aus, daß die Sowjetunion einen solchen Angriff ohne Vorbereitungen nicht führen kann. Deshalb könne die NATO sich noch auf eine mindestens 48stündige Warnzeit verlassen.

Die Warnung der Stabschefs ist in einer Ausarbeitung des internationalen Militärstabes des NATO-Hauptquartiers enthalten, die sich unter dem Titel „Militärisches Rahmenkonzept" mit der zukünftigen Entwicklung bis über das Jahr 2000 hinaus beschäftigt. Damit will die NATO die Grundlagen ihres Denkens und ihre Reaktionen auf die voraussichtliche Entwicklung der Streitkräfte des potentiellen Gegners festlegen. Die umfangreiche Studie ist geheim und wurde von den Stabschefs gebilligt. Danach gelangte sie auf den Tisch der NATO-Verteidigungsminister, die sie auf ihrer Brüsseler Frühjahrstagung zur Kenntnis nahmen.

Die Beurteilung der militärischen Fähigkeiten der Sowjetunion ist das Ergebnis einer von allen NATO-Staaten getragenen Erhebung, die davon ausgeht, daß die Sowjetunion in ihren Planungen in Schritten von jeweils 20 Jahren vorangeht. Das „Militärische Rahmenkonzept" beschäftigt sich mit den Notwendigkeiten der NATO-Planung, insbesondere mit den konventionellen Fähigkeiten der Allianz.

Die NATO-Oberbefehlshaber, beispielsweise General Bernard Rogers für Europa und General Wesley McDonald für den Atlantik, werden auf der Grundlage dieses Gesamtrahmens ihre eigenen ins einzelne gehenden militärischen Planungen vorlegen. Rogers hat bereits den Entwurf seiner Planung vorgelegt.

Wichtigste Aussage des Rahmenkonzepts ist, daß alle Überlegungen auf der NATO-Strategie der „flexiblen Reaktion" beruhen. Es sei nicht Ziel der Allianz, bei einem militärischen Konflikt den Gegner zu besiegen und sein Territorium zu erhalten. Vielmehr orientiere sich das Rahmenwerk an dem Begriff Abschreckung. Dazu gehöre die militärische Fähigkeit des Westens, nach Beginn eines Konflikts die Abschreckung wiederherstellen zu können. Voraussetzung sind entsprechend starke und geführte westliche Streitkräfte.

Als in Zukunft verbindliche Planungsgrundlage aller NATO-Staaten betont das Rahmenkonzept die Prioritäten bei der Ausstattung der Bündnisstreitkräfte. Die von den Bündnisstaaten akzeptierten Pläne Rogers' für den Angriff auf die Zweite Strategische Staffel des Warschauer Pakts, bei der NATO unter dem Begriff „Follow-on Forces Attack" bekannt, spielen darin eine bedeutende Rolle. Als Priorität aber wird die Fähigkeit der NATO genannt, die erste Angriffswelle des Gegners brechen zu können.

Die NATO will mit „Follow-on Forces Attack" – ihrem Gegenangriff – nichts weiter tun, als konventionelles Feuer ins tiefe Hinterland des Gegners wirken zu lassen, so daß dieser einen ersten Angriffserfolg nicht aus der Tiefe nähren kann. Damit ist keine neue NATO-Doktrin verbunden. Diesen Angriff sollten die NATO-Luftstreitkräfte schon immer führen. Neu ist lediglich, daß die technische Entwicklung es auch dem Heer in Zukunft ermöglicht, an einem derartigen Gegenangriff in die Tiefe des Gefechtsfeldes teilzunehmen.

Anwälte künftig mit Fachgebieten

hey, Bonn

Der Weg zu einem Anwalt mit möglichst hoher Sachkompetenz wird leichter: Nach einem gestern vom Bundeskabinett verabschiedeten Gesetzesentwurf können Rechts- und Patentanwälte sowie Notare zusätzlich zur Berufsangabe bis zu zwei Fachgebietsbezeichnungen wie Steuer-, Verwaltungs-, Arbeits- oder Sozialrecht führen. Über die Berechtigung entscheiden die Anwaltskammern. Anders als bei Fachärzten gibt es keine Beschränkung auf Fachgebiete.

Außerdem soll die Niederlassung in den EG-Staaten erleichtert werden. Die Zulassungsverfahren vor den Berufsgerichten und Verwaltungsbehörden werden praxisnäher gestaltet.

Südwesten bleibt RAF-Schwerpunkt

xhk. Stuttgart

Baden-Württemberg bleibt ein „Schwerpunkt als Rekrutierungs- und Aktionsgebiet" für die illegalen Kommandos der „Rote Armee Fraktion" (RAF). Zu diesem Schluß kommt das Landeskriminalamt (LKA) in Stuttgart aufgrund der neuesten Statistiken, die gestern bekanntgegeben wurden. Politisch motivierte Straftaten haben danach im Südwesten der Bundesrepublik Deutschland im vergangenen Jahr um drei Prozent zugenommen und die Zahl von 1699 Fällen erreicht. 21 Sprengstoff- und Brandanschläge wurden hier registriert, gegen 17 Personen wurde wegen des Verdachts der Unterstützung terroristischer Vereinigungen ermittelt.

Armenier im Lager gestorben

igfm, Frankfurt

Der armenische Bürgerrechtler Ischchan Mkrtschjan, der im April zu einer Freiheitsstrafe von insgesamt 16 Jahren verurteilt worden war, ist in einem Straflager im Ural gestorben. Das erfuhr jetzt die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGfM). Der Maschinenbauer war wegen antisowjetischer Agitation und Propaganda zu zwölf Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden. Die Todesursache Mkrtschjans ist bisher unbekannt. Nach Berichten aus der Sowjetunion hat der 28jährige Gefangene an keiner Krankheit gelitten. Mkrtschjan ist bereits der zweite armenische Häftling in der UdSSR, der im Laufe weniger Monate umgekommen ist.



‚SDI – die große Chance zur Abrüstung'

WELT-Gespräch mit dem abrüstungspolitischen Sprecher der CDU, Jürgen Todenhöfer

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Der abrüstungspolitische Sprecher der CDU/CSU, Jürgen Todenhöfer, sieht in der Strategischen Initiative zur Verteidigung aus dem Weltraum (SDI) „eine große Chance zur Abrüstung". Hier eröffne sich „erstmals die Möglichkeit, jene Waffen auf den Schrottplatz der Geschichte zu werfen, die die Krisenanfälligkeit des gegenwärtigen Gleichgewichts ausmachen: die Nuklearraketen mit interkontinentaler und mittlerer Reichweite". Seit zwanzig Jahren führe man Verhandlungen mit nur mäßigem Erfolg, um die Gefahr eines nuklearen Angriffskrieges zu bannen, sagte Todenhöfer in einem Gespräch mit der WELT. „Mit SDI wäre ein Entwaffnungsschlag nicht mehr möglich. Die Überraschungsgefahr durch ballistische Raketen, die teilweise in weniger als zehn Minuten nach dem Abschuß ins Ziel treffen können, wäre neutralisiert, weil diese Raketen im Weltraum abgefangen werden könnten. Die Überraschung durch plötzliche Entwaffnung aber ist das Hauptelement der sowjetischen Angriffsstrategie."

Todenhöfer wundert sich über „jene Europäer, die diese Chance nicht sehen". Das, was sich zur Zeit in verschiedenen Gremien Westeuropas abspiele, sei „kein kluges und besonnenes Abwägen, sondern kleinkrämerische Ängstlichkeit". Die Weltraum-Rede des amerikanischen Präsidenten Reagan sei mehr als zwei Jahre alt. Aber erst seit einigen Monaten sei SDI in Europa ein politisches Thema. „Dankenswerterweise hat der Bundeskanzler eine klare Position bezogen", meint Todenhöfer. Das zaghafte Verhalten europäischer Politiker sei um so weniger verständlich, als es sich vorerst nur um eine Beteiligung an der Forschung handele Todenhöfer: „Angst zu haben vor der Forschung, das ist schon eine seltsame politische Einstellung. Zumal diese Beteiligung den Steuerzahler nichts kostet. An der Forschung verdienen wir nur. Bisher liegt kein Finanzierungswunsch aus den USA vor." Deutsche Firmen bekämen Aufträge von amerikanischen Firmen. Ihre Investitionen würden durch die Nachfrage gedeckt. Auch das französische Projekt einer zivilen europäischen Weltraumforschungsagentur (Eureka) überfordere die deutsche Wirtschaft nicht. „Die Sorge, daß wir zuviel Aufträge und Arbeit bekommen könnten, ist mir völlig neu. Ich vertraue auf die Tatkraft und Tüchtigkeit der deutschen Firmen. Beide Projekte, SDI und Eureka, bieten die große Chance, positive beschäftigungspolitische Wirkungen mit einer Verbesserung der Kriegsverhinderung zu verbinden. Sie schließen sich nicht aus."

Die Informationspolitik der europäischen Regierungen über SDI bezeichnet Todenhöfer als „völlig unzulänglich". Man trete den Begriffen aus dem Wortschatz der sowjetischen Desinformation zum Beispiel „Militarisierung des Weltraums" nicht entschieden entgegen. Es handele sich bei SDI um einen Schutzschild, also ein System, das überhaupt nicht offensiv verwendet werden kann. Im übrigen seien die Sowjets „die ersten gewesen, die Waffen im Weltraum eingesetzt haben und dies auch weiterhin tun, Stichwort Killersatelliten". Auch hätten die Sowjets es meisterhaft verstanden, ihre seit Jahren laufenden Forschungen in diesem Bereich zu verheimlichen. Sie hätten in der Laserforschung bisher dreimal soviel wie der Westen investiert und in die Flugzeug- und Raketenabwehr das zehn bis fünfzehnfache. Die Notwendigkeit einer Beteiligung an der SDI-Forschung ergebe sich „aus dem einfachen Grund, daß sowohl die USA als auch die Sowjetunion mit großer Wahrscheinlichkeit dieses System einführen werden." Das atlantische Bündnis werde dadurch „eine Qualitätsänderung erfahren, zum Guten, wenn wir dabei sind, wahrscheinlich zum Schlechten für Europa und insbesondere die Deutschen, wenn wir uns verweigern". Freilich müsse um die Bedingungen der Mitwirkung gerungen werden. Aber zwischen der deutschen und der amerikanischen Position „ist Platz für Kompromisse".

Es sei nur logisch, daß Frankreich sich „zur Zeit" offiziell noch nicht an der SDI-Forschung beteilige. Ein weltraumgestütztes Abwehrsystem mache auch die französischen Fernraketen zu einer stumpfen Waffe. „Ich verstehe die französische Haltung. Aber ich bin Abrüstungspolitiker und daran interessiert, daß endlich abgerüstet und mehr Sicherheit produziert wird." Die Force de Frappe sei deshalb keine Fehlinvestition. Außerdem habe die jetzige Abschreckungsstrategie noch für wenigstens zwanzig Jahre Gültigkeit. Wenn SDI sich wider alles Erwarten als technisch nicht machbar erweisen sollte, werde die Abschreckungsstrategie mit ballistischen Raketen beibehalten. Wenn SDI aber praktikabel wird, dann „wird auch Frankreich denselben Weg gehen wie die USA und die Sowjetunion und sich auf den Bereich konzentrieren, in dem die Abschreckung auch weiterhin funktionieren muß, nämlich unterhalb der Weltraumschwelle, das heißt, auf Flugzeuge und Marschflugkörper." Todenhöfer: „Das ist eine positive Entwicklung. Denn Flugzeuge und Marschflugkörper sind im Vergleich zu Raketen langsame Waffen, sie brauchen Stunden bis zu ihrem Bestimmungsort. Ein überraschender Entwaffnungsschlag ist mit ihnen nicht möglich. Und das ist gut so."

Saar-Etat noch ohne Stahlhilfe

dpa, Saarbrücken

Der saarländische Landtag hat gestern gegen die Stimmen der Oppositionsparteien CDU und FDP einen ersten Nachtragshaushalt für dieses Jahr über 2,26 Millionen Mark verabschiedet. Noch nicht enthalten sind in dem Etat neue Hilfen für das wirtschaftlich angeschlagene Unternehmen Arbed Saarstahl.

Finanzminister Hans Kasper (SPD) verwies in der Haushaltsdebatte darauf, daß die neue Landesregierung mit einer „Erblast" von rund sieben Milliarden Mark Schulden nicht in der Lage sei, die neuen notwendigen finanziellen Hilfen für Arbed Saarstahl allein aufzubringen. Der haushaltspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Edmund Hein, meinte, wenn man schon die Finanzlage so dramatisiere, solle man sich nicht noch „auf Pump" ein neues Ministerium für Bundesratsangelegenheiten einrichten.

Kam an der Mauer „DDR"-Soldat um?

W. K. Berlin

Bei dem mutmaßlichen Fluchtopfer an der Berliner Mauer könnte es sich um einen „DDR"-Soldaten gehandelt haben, der versucht hatte, nach West-Berlin zu flüchten. Dies wurde im Zusammenhang mit den Ereignissen von Sonntag nacht von Sicherheitsstellen geäußert, die ihre Vermutung jedoch nicht näher begründeten. Fotos britischer Wachposten vom Schauplatz, bei dem „DDR"-Grenzbeamte mit einem Wagen und einer Plane die Sicht versperrten, geben keinen Aufschluß über das Geschehen.

Auf der Menschenrechtskonferenz in Ottawa hatte „DDR"-Delegationschef Kiesewetter offenbar in Unkenntnis der späteren Jagdszenen-Version seiner Regierung auf den Protest des Bonner Vertreters sofort reagiert, als habe es sich um einen vereitelten Fluchtversuch gehandelt.

Klage gegen Bildungsurlaub

AP, Frankfurt

Die hessischen Unternehmer haben gestern dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe die Verfassungsbeschwerde gegen das hessische Bildungsurlaubsgesetz zugeleitet. Die Klage wird nach Angaben des Verbandssprechers Henning von Vieregge von „27 hessischen Betrieben verschiedener Branchen und Größen sowie durch die Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VHU) und dem Arbeitgeberverband der hessischen Metallindustrie" getragen. In der Stellungnahme der Arbeitgeber hieß es, die Vorschriften des neuen Gesetzes, das jedem Arbeitnehmer in Hessen fünf Tage Bildungsurlaub einräumt, verstießen „gegen das Grundgesetz und bürden den Unternehmen eine Sonderlast in Form der Lohn- und Gehaltsfortzahlung auf". Dies sei „mit den Grundsätzen der staatsbürgerlichen Lastengleichheit unvereinbar".

Hammer für die Kohle

Bm. – Natürlich ist formaljuristisch nichts dagegen einzuwenden, wenn die achte Beschlußabteilung des Bundeskartellamtes sich sorgt, die VEW in Dortmund könnte mit einer Beteiligung an der Ruhrkohle AG über 25 Prozent einen beherrschenden Einfluß gewinnen. Aber kaum eine Abmahnung aus Berlin hat soviel Praxisferne gezeigt wie in diesem Fall.

So ist die Beschlußabteilung besorgt, daß VEW darauf bestehen könnte, die Ruhrkohle müsse ihr Bezugsrechte auf Steinkohle „gewähren". Dieses Argument stellt den Markt auf den Kopf, denn die Ruhrkohle hat gar nichts zu gewähren, sie ist vielmehr dabei, ihre Förderung weiter einzuschränken. Ebenso weltfremd ist das Argument, die VEW versuche Zugriff auf den Steag-Strom zu bekommen, die zum Ruhrkohlekonzern gehört. Heute schon liefert die Steag ihren Strom zu 85 Prozent an RWE und VEW. Steag ist brennend daran interessiert, daß das so bleibt.

Dann fürchten die Wettbewerbshüter, daß VEW Einfluß auf den Kohlepreis (nach unten) nehmen könnte. Kein Praktiker kann sich einen solchen Fall vorstellen und niemandem ist es bisher gelungen. Aber wenn es wirklich so wäre, so würden alle Kohleverbraucher jubeln – allen voran die Ruhrkohle, weil sie dann eher in den Wärmemarkt zurückkommen könnte. Richtig, sagt da das Kartellamt, aber wegen der großen Mengen, die VEW beziehe, hätten die Dortmunder „spezifisch höhere Vorteile". Hier werden deutlich theoretisch Haare gespalten, denn wie „spezifisch" sind wohl die Vorteile der Verbraucher von Importkohle, von Braunkohle und vor allem von Kernenergie?

Beiräte

Py. – Im Geschäftsbericht 1984 der Westdeutschen Landesbank, jenes Jahres, in dem das öffentlich-rechtliche Institut eine Milliarde DM Gesamtbetriebsergebnis in die Risikovorsorge für notleidende Kreditengagements versenkt, werden zwölf von 150 Seiten mit Namenslisten sechs bankeigener Gremien gefüllt. Neben Vorstand und Verwaltungsrat (beide selbstverständlich) werden eine Gewährträgerversammlung mit 18, ein Wirtschaftsbeirat mit 64 (!), ein Beirat öffentliche Verwaltung mit 56 (!) und ein Sparkassen-Beirat mit 15, insgesamt 193 Herren und einer Dame, ausgewiesen. Läßt man die Bank-Fehlleistungen der letzten Jahre und die Reihe der im Gefolge in Frühpension gesandten Vorstandsmitglieder Revue passieren, fragt man sich nach dem Sinn solcher Gremien und deren Effizienz. So viele Kredit-Sorgenkinder oder gar Pleiten und so wenig Frühwarnungen aus Sparkassen und Industrie? Sie heißen doch Bei-„Räte" und nicht nur Bei-„Sitzer".

EXPORTPREISPRÜFUNGEN / Bundesregierung beantwortet Parlaments-Anfrage

„Bonner Alleingang liegt nicht im Interesse der deutschen Wirtschaft"

HANS-JÜRGEN MAHNKE, **Bonn**

Die Bundesregierung will gegenwärtig keine neuen Schritte gegen die Exportpreis-Prüfung im Auftrag fremder Staaten auf deutschem Boden unternehmen. Dies geht aus einer Antwort des Staatssekretärs im Bundeswirtschaftsministerium, Dieter von Würzen, auf eine parlamentarische Anfrage hervor. Der Präses der Handelskammer Hamburg, Carl-Heinz Illies, hatte diese Maßnahme erst kürzlich noch als Eingriff in die Marktwirtschaft gekennzeichnet. Auch die Spitzenverbände der Wirtschaft hatten wiederholt gegen die Preisprüfungen protestiert.

Der Hamburger Bundestagsabgeordnete Gunnar Uldall hat jetzt die Bundesregierung gefragt, wie sie die Tatsache beurteilt, daß Tochterunternehmen von Firmen aus der Schweiz und Frankreich im Auftrag von 13 afrikanischen und vier lateinamerikanischen Staaten alle deutschen Exporte nach diesen Ländern einer bürokratischen Preisprüfung unterwerfen und damit die freie Preisbildung behindern. Der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Dieter von Würzen, betont nun, die Bundesregierung stehe der Preisprüfung ebenfalls kritisch gegenüber.

Nach den gesetzlichen Vorschriften der ausländischen Staaten dürfe jedoch ein dort ansässiger Importeur seinen Zahlungsverpflichtungen devisenrechtlich erst nachkommen, „wenn die Importe einer Prüfung hinsichtlich der Menge, der Qualität und des Preises unterzogen sind und die Bescheinigung über deren Ordnungsmäßigkeit vorliegt". Die Prüfung der Waren erfolge in aller Regel vor der Versendung im Exportland. Hierbei bedienten sich die Staaten privater Prüfungsgesellschaften.

Die Bundesregierung hatte, nachdem sich die Auseinandersetzungen zwischen Exporteuren und Prüfungsgesellschaften häuften und immer mehr Staaten zu diesem Instrument griffen, im Juni 1983 ein Genehmigungserfordernis für Exportpreis-Prüfungen eingeführt. Nach Angaben von Würzens werden die Genehmigungen mit Auflagen versehen, welche die bis dahin aufgetretenen Hauptstreitpunkte – Definition der Exportpreise, Weitergabe von Geschäftsgeheimnissen an die Prüfer, Verfahren bei divergierender Auffassung von Exporteur und Prüfer – durch die Vorgabe von Prüfkriterien auf ein Minimum reduzieren.

Von diesem „dirigistischen Instrument", das die Tagesgeschäfte der Unternehmen nach Meinung des Hamburger Kammer-Präses Illies „auf geradezu absurde Weise" erschwere, ist nicht nur die deutsche Exportwirtschaft betroffen, sondern auch die anderer Industriestaaten. Eine Initiative der Bundesregierung, im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft eine gemeinsame Haltung gegen das System der Preisprüfung aufzubauen, ist nach Angaben von Würzens mangels Interesse der anderen Mitgliedsstaaten bisher erfolglos geblieben.

„Ein deutscher Alleingang, etwa ein Verbot preisprüfender Tätigkeit innerhalb des Wirtschaftsgebietes überhaupt, ist nicht im Interesse der deutschen Exportwirtschaft." Von Würzen weist darauf hin, daß ohne positives Gutachten des Preisprüfers Lieferungen in das Auftraggeberland nicht möglich seien.

Von Würzen weiter: „Die Bundesregierung wird bemüht bleiben, die Preisprüfungstätigkeit anhand der erteilten Auflagen in einem erträglichen Rahmen zu halten. Sie wird weiter Ansatzpunkte für ein Zusammenwirken mit Regierungen anderer Exportländer suchen, um eine Ausdehnung der Preisprüfungen auf andere Länder zu vermeiden oder das schon bestehende System einzuschränken."

Die Handelskammer Hamburg hat darauf hingewiesen, daß durch die Preisprüfung sich kein Marktpreis mehr bilden könne. Überdies werde tief in die Strukturen eingegriffen. Handelsstufen würden ausgeschaltet. Risikovorsorge könne nicht in wünschenswertem Umfang betrieben werden. Spezifische Wettbewerbsinstrumente verlören ihre Wirksamkeit. Befürchtet wird, daß weitere Staaten zu diesem Instrument greifen könnten. Angefangen hat es mit Nigeria. Hier zeigt sich nach Ansicht der Kammer aber auch deutlich, daß über die Preisprüfung die Kapitalflucht nicht verhindert werden kann.

LEBENSMITTEL-EINZELHANDEL

Minus im ersten Quartal trübt die Zuversicht nicht

HANNA GIESKES, **Bonn**

Der deutsche Lebensmittelhandel lebt zur Zeit vorwiegend von der Hoffnung: Johann A. Pernice, Geschäftsführer im Hauptverband des Deutschen Lebensmittel-Einzelhandels (HVL), rechnet 1985 mit einem „etwas besseren" Ergebnis für seine Branche, obwohl ihr das erste Quartal ein reales Minus von 0,4 Prozent beschert hat. Pernice begründete seine Zuversicht gestern in Bonn mit „günstigen Prognosen zur Konjunkturentwicklung".

Im Vorjahr ist es der Branche allerdings nicht gelungen, sich an die gesamtwirtschaftliche Belebung zu hängen: Mit einem Umsatz von rund 138 Mrd. DM wurde zwar das 83er Ergebnis nominal um 2,4 Prozent übertroffen, so daß ein bescheidenes reales Plus von 0,6 Prozent übrigbleibt, aber der Anteil des Lebensmittelhandels am Bruttosozialprodukt sei auf acht Prozent gesunken, klagt der HVL-Geschäftsführer. Obwohl die reale Kaufkraft der Haushalte gestiegen sei, hätten Arbeitslosigkeit und Streiks höhere Zuwachsraten verhindert.

So gehe auch das Laden-Sterben weiter; rund 3000 Lebensmittelgeschäfte seien im vergangenen Jahr vom Markt verschwunden, „und ein Ende ist nicht in Sicht". Den Grund dafür sucht die Branche jedoch weniger im gesamtwirtschaftlichen Umfeld als vielmehr im „sich verstärkenden Preiswettbewerb und in der Tendenz zu wachsender Unternehmenskonzentration". Inzwischen würden die filialisierten Handelsunternehmen rund 75 Prozent des Umsatzes mit Nahrungs- und Genußmitteln auf sich vereinigen, „obwohl nur 24 Prozent aller Lebensmittel-Geschäfte dieser Kategorie zuzuordnen sind".

Pernice bedauert, daß die Monopolkommission in ihrem Sondergutachten allen Bemühungen der Wirtschaft um Selbsthilfe „den Boden entzogen hat". Auf diese „erschreckende Realitätsferne" will der Hauptverband mit der Forderung nach einem „wirksamen kartellrechtlichen Verfahren gegen Konditionendiskriminierung" antworten. Pernice räumt zwar ein, daß dies „etwas weit in die Zukunft gedacht" sei, aber er sieht in der Einräumung von Vorzugskonditionen für die Großen des Handels durch die Lieferanten aus der Industrie die Wurzel des Verdrängungswettbewerbs.

Von der im Oktober anstehenden Anuga 1985 – Weltmarkt für Ernährung – erhofft sich der Lebensmittelhandel neue Impulse und neue Sortimente. Nach Ansicht der HVL-Geschäftsführung muß beides vor allem von den Herstellern kommen. Pernice denkt hier besonders an Lebensmittel „mit eingebauter Dienstleistung", wie sie beipielsweise die Anbieter von Tiefkühlkost offerierten. Solche Bequemlichkeit honoriere der Verbraucher. Werde er hingegen „lediglich auf den Preis gepolt, dann ist der Ertragsverfall in unserer Branche nicht aufzuhalten".

Roms Wünsche

Von GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die bisherigen Gespäche zwischen den Regierungen der Industrienationen über die Reform des Außenhandels- und Währungssystems haben in Italien Enttäuschung hervorgerufen, besonders, daß die Partner nicht bereit erscheinen, die bisher von den USA ausgeübte „Lokomotivfunktion" zu übernehmen.

Die Italiener stehen mit dieser Vorstellung allein; verlassen nicht nur von der Bundesrepublik, die von Anfang an jede künstliche Ankurbelung der Nachfrage abgelehnt hatte, sondern auch von der französischen Regierung, die offensichtlich nicht bereit ist, ihre Stabilisierungspolitik auf dem Altar italienischer Wachstumsbedürfnisse zu opfern.

Um dieses Wachstum ist Rom verzweifelt bemüht, um wenigstens das Mindestmaß an Wirtschaftsentwicklung aufrechterhalten zu können, das Italien braucht, um seine Beschäftigungsprobleme einigermaßen unter Kontrolle zu halten. Im vergangenen Jahr erzielte die italienische Wirtschaft vor allem dank der Expansion des US-Marktes und der eigenen öffentlichen Haushalte ein respektables Wachstum von beinahe drei Prozent, das die strukturellen Defekte noch einmal verdeckte.

Ganz anders könnten sich die Dinge entwickeln, wenn die US-Wirtschaft und mit ihr ein Teil der Entwicklungsländer an Dynamik einbüßen und die europäischen „Lokomotiven" nicht die gleiche Zugkraft entwickeln wie die Kunden in Übersee.

Nicht umsonst hat Schatzminister Giovanni Goria mit seiner Kritik an „Ländern wie der Bundesrepublik Deutschland und Japan, den einzigen, die an die Stelle der USA treten könnten", die Hoffnung verbunden, daß sich der US-Dollar „nicht zu schnell nach unten" bewegen möge.

Rom ist sich dabei bewußt, daß ähnliche wirtschafts- und handelspolitische Konstellationen wie im vergangenen Jahr sich in nächster Zeit schwerlich wiederholen dürften. Wirtschaftspolitisch betrifft dies vor allem die Tatsache, daß die autonomen Bemühungen der Regierung Craxi, die steigende Exportnachfrage zusätzlich noch mit einer expansiven Haushaltspolitik zu unterstützen, so wie bisher nicht mehr aufrechtzuerhalten sind. Das signalisiert nicht nur der Stillstand, der seit sechs Monaten in der Abnahme der Inflation eingetreten ist, sondern auch die Verschlechterung der außenwirtschaftlichen Daten.

Daß die italienische Wirtschaft wie schon mehrmals in der Vergangenheit an ihre durch den Zahlungs- und Kapitalverkehr mit dem Ausland gezogenen Grenzen zu stoßen beginnt, zeigt vor allem die Leistungsbilanz, die neuerdings zu wesentlich höheren Defiziten neigt als erwartet.

Unter diesen Umständen verengt sich der Spielraum der bisherigen Haushaltspolitik immer mehr und mit ihm die Möglichkeit, etwaige Nachfrageverminderungen auf den Auslandsmärkten auszugleichen. Wie sehr die italienische Regierung in dieser Hinsicht die ihr gebotenen Möglichkeiten bereits ausgeschöpft hat, demonstriert der letzte OECD-Bericht über Italien. Dieser liefert im Nachgang zu dem nicht erfreulichen Bericht des Internationalen Währungsfonds den Beweis dafür, daß unter den großen Industrienationen Italien es am wenigsten verstanden hat, wirtschaftliches Wachstum mit Stabilität zu verbinden.

Als Herd großer Gefahren betrachten die OECD-Experten in diesem Zusammenhang insbesondere den hohen Anteil des Staatsdefizits am Bruttoinlandsprodukt. Sie bemängeln, daß der Zinsendienst für die Staatsschuld inzwischen bereits neun Prozent des Bruttoinlandsprodukts erreicht hat, doppelt soviel wie im Durchschnitt der übrigen OECD-Länder, und der Staat 80 Prozent der Ersparnisse aufsaugt gegenüber nur 40 Prozent bei den anderen.

Angesichts solcher Ungleichgewichte und des Zwanges, Ordnung in die Etatpolitik zu bringen, ist die italienische Regierung natürlich daran interessiert, daß ihr andere den Tritt auf das Gaspedal abnehmen. Selbst wenn die Partner Rom zugute halten, mit Strukturproblemen wie der Unterentwicklung Süditaliens zu tun zu haben, mit denen die anderen nicht belastet sind, wirft man der italienischen Regierung vor, das Reinemachen im eigenen Haus zu langsam und zu zögernd zu betreiben. Niemand verlangt von Italien, auf die Bremse zu treten. Etwas mehr Mut zur Strukturbereinigung glauben die Partner Rom aber doch zumuten zu können.

AUF EIN WORT

„Der Bundesbürger wird nach Gesetzen besteuert, die er nicht mehr versteht. Unsere Steuerwirklichkeit sieht mittlerweile so aus, daß selbst die Steuern weiter versteuert werden."

Dr. Armin Feit, Präsident des Bundes der Steuerzahler

FOTO: JÜRGEN PEPERHOWE

ZENTRALBANKRAT

Eine Senkung der Leitzinsen gilt als unwahrscheinlich

CLAUS DERTINGER, **Frankfurt**

Für mehr als unwahrscheinlich halten es informierte Beobachter in Frankfurt, daß der Zentralbankrat heute den Lombardsatz oder den Diskontsatz senkt. Einige Spekulationen auf eine Leitzinssenkung waren dieser Tage im Anschluß an die Diskontsenkung in den USA aufgekommen.

Alle Äußerungen aus der Bundesbank sprechen gegen derartige Spekulationen. Es ist bekannt, daß die Frankfurter Währungshüter nicht das geringste Interesse daran haben, mit einem Zinssenkungssignal möglicherweise dazu beizutragen, daß sich der Wechselkurs der D-Mark gegenüber dem Dollar und anderen Währungen abschwächt. Im übrigen verfolgt die Bundesbank seit einigen Monaten erfolgreich das Ziel, mit offenmarktpolitischen Operationen die Zinsen am Geldmarkt flexibel so zu steuern, daß sie unterhalb des Lombardsatzes (sechs Prozent) liegen. So hat die Notenbank dem Kreditgewerbe zuletzt über ein Wertpapierpensionsgeschäft Zentralbankgeld zum Zins von 5,55 Prozent zur Verfügung gestellt. Leicht unter dieser Marke bewegt sich am Bankengeldmarkt auch der Zins für Tagesgeld.

In Bankkreisen erwartet man allerdings, daß sich die Bundesbank einer vom Markt ausgehenden Zinssenkungstendenz nicht entgegenstemmen wird. So hält man es für denkbar, daß das nächste Wertpapierpensionsgeschäft zu einem niedrigeren Zins angeboten wird und daß die Bundesbank gleichzeitig den Schatzwechselverkaufzins (5,3 Prozent) senkt, der bei reichlicher Liquidität als Zinssenkungsbremse wirkt.

US-Konjunktur belastet nicht

Py. **Düsseldorf**

Eine Konjunkturabschwächung in den USA, die mit einem Zins- und Dollarkursrückgang verbunden wäre, stellt nach Ansicht des Vorstandsvorsitzenden der Westdeutschen Landesbank (WestLB), Düsseldorf, Friedel Neuber, keine wesentliche Belastung für die Weltwirtschaft dar. Im Gegenteil: Neuber sieht in einem solchen Fall die Möglichkeit, die Binnennachfrage in den übrigen OECD-Ländern ohne inflationäre Risiken zu stärken. Im Ergebnis könnte sich eine gleichmäßige und stabilere Aufwärtsbewegung der Weltkonjunktur einstellen, als dies in der ersten Phase dieses Zyklus seit Herbst 1982 der Fall war. Für die Bundesrepublik erwartet Neuber im Rahmen eines solchen Szenarios eine baldige Überwindung der aktuellen Konjunkturschwäche.

MAKLERTAG

Umsätze mit Immobilien haben sich etwas belebt

INGE ADHAM, **Frankfurt**

Anlaß zu vorsichtigem Optimismus sieht Rudolf Hübentahl, Vorsitzender des Ring Deutscher Makler (RDM), Hamburg, aufgrund einer wachsenden Zahl von Kaufinteressenten für Immobilien. Auf dem 50. Maklertag in Frankfurt hielt Hübentahl fest, daß die Mitglieder des Verbandes seit etwa zwei Monaten ein allmähliches Anziehen der Umsätze registieren, diese Impulse am lange Zeit darniederliegenden Immobilienmarkt gehen vor allem vom Markt der Einfamilienhäuser aus.

Ein neuer *Inflationsschub* in Sachen Immobilien sei jedoch nicht zu erwarten, da nicht mit einem Nachfrageboom gerechnet werden könne. Allerdings zeichne sich ein deutlich langsamer gewordener Preisrückgang für Häuser mit gutem Wohnwert ab, sie sind im Durchschnitt nur noch um etwa ein Prozent billiger zu haben als vor einem Jahr. Im Durchschnitt aller angebotenen Einfamilienhäuser beziffert der RDM den Preisrückgang im bisherigen Jahresverlauf jedoch auf knapp sechs Prozent, Indiz für die durchgreifenden Änderungen am Immobilienmarkt, der sich nach einer Phase heftiger Preissteigerungen bis 1983 deutlich von einem Verkäufer- in einen Käufermarkt gewandelt hat.

Sorgen äußert der RDM auch hinsichtlich einer wachsenden Konkurrenz durch Banken und Bausparkassen, die neben Immobilienfinanzierung immer häufiger auch Immobilienvermittlung anbieten. Etwa 70 Prozent der Besitzwechsel bei Immobilien werden Schätzungen des RDM zufolge privat abgewickelt, besonders zu schaffen machen aber die Konkurrenz kapitalkräftiger Bankinstitute, heißt es. Im Durchschnitt wird die Makler-Provision mit vier bis sechs Prozent vom Kaufpreis angegeben.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Aussichten der Industrie sind wieder günstiger

München (AP) – Die Geschäftsaussichten in der Industrie der Bundesrepublik Deutschland sind nach dem gestern in München veröffentlichten Konjunkturtest des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung wieder günstiger. Auch in den Geschäftserwartungen sei für die kommenden sechs Monate eine positivere Einstellung erkennbar. Die Bestellungen insgesamt hätten zugenommen. Weniger optimistisch würden allerdings die Exportchancen eingeschätzt.

Weniger Kredite

Frankfurt (cd.) – Die Kreditgewährung der Banken an die Wirtschaft hat sich nach der kräftigen Expansion im ersten Quartal nach Mitteilung der Bundesbank im April bei Zunahme der längerfristigen Kredite und einem stärker als saisonüblichen Rückgang der kurzfristigen Kredite abgeschwächt. Vermutlich war das auf liquidisierende Kassentransaktionen der öffentlichen Hand und den Zufluß von Auslandsgeldern zurückzuführen. Die Zentralbankgeldmenge übertraf im April ihren Stand vom vierten Quartal 1984 mit einer Jahresrate von 4,5 Prozent; sie lag damit im oberen Teil des Geldmengenzielkorridors von drei bis fünf Prozent.

Gegen Energiefusion

Berlin (Wz.) – Das Bundeskartellamt hat die Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens für die Gasversorgung in Teilgebieten von Baden-Württemberg abgelehnt. Als Partner waren die Badenwerk AG, Karlsruhe, und die Energie- und Wasserwerke Rhein-Neckar AG, Mannheim, vorgesehen. Die Verfügung des Kartellamtes ist noch nicht rechtskräftig. Während die Wettbewerbshüter davon ausgehen, daß der Zusammenschluß die marktbeherrschende Stellung der beiden Unternehmen verstärken könnte, versichern diese, die Gasversorgung dieser Region sei durch ein Unternehmen allein wirtschaftlich nicht möglich.

Kürzungen am EG-Etat

Brüssel (Ha.) – Hunderte von zusätzlichen Ausgabewünschen hatte das Europaparlament auch in diesem Jahr angemeldet und damit den vom Ministerrat vorgelegten zweiten Etatentwurf für 1985 um rund 860 Mill. Mark aufgestockt. Der Rat bemühte sich gestern, die Mehransätze wieder zu kürzen. Umstritten waren vor allem die von den Straßburger Abgeordneten verlangten zusätzlichen Ausgaben für die sogenannten Integrierten Mittelmeerprogramme und für die Nahrungsmittelhilfe der Gemeinschaft.

KfW senkt Zinsen

Frankfurt (cd.) – Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) hat die Zinsen für Kredite aus ihren Mittelstandsprogrammen von sieben auf 6,75 Prozent und für Umweltschutzfinanzierungen von 6,5 auf 6,25 Prozent gesenkt. Gleichzeitig wurden die Auszahlungskurse von 95 auf 96 Prozent verbessert. Die Nachfrage nach den Mittelstandskrediten ist so lebhaft, daß der ursprünglich vorgesehene Rahmen von etwa drei Mrd. DM erweitert werden soll. Verbilligt hat auch die Lastenausgleichsbank die Kredite aus ihren Ergänzungsprogrammen I und III sowie für den Umweltschutz.

Bausparen für Ausländer

Bonn (Mk.) – Zurückkehrende Ausländer können einen in der Bundesrepublik abgeschlossenen Bausparvertrag künftig auch zum Bau und Erwerb von Wohneigentum in ihrem Heimatland verwenden. Einen entsprechenden Gesetzentwurf hat gestern das Bundeskabinett verabschiedet. Damit soll sowohl den Rückkehrern als auch den Heimatländern bei der Lösung der Wiedereingliederungsprobleme geholfen werden.

Muß auch Müller gehen?

Mainz (der.) – Ein zweites Opfer hat offenbar die Affäre um die in Schwierigkeiten geratene Deutsche Anlagen Leasing (DAL) bei der an dem Unternehmen mit über 26 Prozent beteiligten Landesbank Rheinland-Pfalz in Mainz gefordert. Nach dem bereits ausgeschiedenen Vorstandsvorsitzenden Erwin Sinwell hat nun auch Vorstandsmitglied Manfred Müller der Gewährträgerversammlung der Bank seinen Rücktritt angeboten. Dieser Schritt war durch den jetzt vorliegenden unabhängigen Prüfungsbericht über die Geschäfte der DAL ausgelöst worden. Der Anteil der Mainzer Landesbank an den DAL-Verlusten wird auf rund 470 Mill. Mark geschätzt. Die Bank hofft, ihn aus eigener Kraft aufbringen zu können.

Handel hart betroffen

Hamburg (dpa/VWD) – Die mittelständischen Mineralölunternehmen sind nach Ansicht ihres Verbandes vom schrumpfenden Mineralölmarkt am stärksten betroffen, weil ihre Produktpalette die engste ist. Die Preiskämpfe an den Tankstellen und die Einführung des bleifreien Benzins machen ihnen deshalb besonders zu schaffen, sagte Joachim Eller, Vorsitzender des Bundesverbandes. Die großen internationalen Ölgesellschaften könnten ihre Verluste im Mineralölgeschäft mit Gewinnen aus der Rohöl- und Erdgasförderung nicht nur ausgleichen, sondern auch überkompensieren können. Diese Möglichkeit habe der traditionelle Mineralölhandel nicht. Dem Verband gehören 216 (1983: 229) Mitgliedsfirmen an.

200-Mill.-DM-Anleihe

Düsseldorf (Py.) – Die Hydro Quebec, Montreal, beabsichtigt, eine 200-Mill.-DM-Anleihe auf den Markt zu bringen. Die Anleihe soll eine Festlaufzeit von zehn Jahren haben und mit einem Zinssatz von 7⅛ Prozent sowie einem Ausgabekurs von 100 Prozent ausgestattet sein. Die Effektivverzinsung beträgt somit 7⅛ Prozent. Die Anleihe wird von einem internationalen Konsortium unter Federführung der Westdeutschen Landesbank plaziert.

Wochenausweis

	15.5.	7.5.	15.4.
Netto-Währungsreserve (Mrd.DM)	59.2	59,1	58,6
Kredite an Banken	98.9	101,7	101,5
Wertpapiere	4.0	4,1	4,1
Bargeldumlauf	107,2	107,6	106,6
Einl. v. Banken	51,2	53,0	51,3
Einlagen v. öffentl. Haushalten	3,6	1.5	4,6

RUHRKOHLE AG

Kartellamt mahnt VEW ab, Beteiligung zu erhöhen

HANS BAUMANN, **Essen**

Das Bundeskartellamt, Berlin, hat die Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG (VEW), Dortmund, abgemahnt, ihre Beteiligung an der Ruhrkohle AG, Essen, von derzeit 22 Prozent um die Anteile der Société Nouvelle Sidéchar S. A. Paris von 8,25 Prozent auf gut 30 Prozent aufzustocken. Die Abmachung wird im wesentlichen mit einem übermäßigen Einfluß von VEW auf die Ruhrkohle AG begründet.

Wie VEW-Vorstandsvorsitzender Prof. Klaus Knizia in Dortmund erklärte, wird sein Haus in der vorgeschriebenen Einspruchsfrist von drei Wochen ihren Standpunkt noch einmal darlegen. Sollte dann das Kartellamt immer noch auf einer Ablehnung beharren, so werde man eine Ministerentscheidung anstreben, das Kammergericht in Berlin anrufen und notfalls auch den Bundesgerichtshof.

Knizia erinnert daran, daß die Idee, die Anteile der Ruhrkohle vom Stahl abzuziehen und sie bei den neuen Großkohleverbrauchern zu konzentrieren, schließlich vom Wirtschaftsminister des Landes Nordrhein-Westfalen ausgegangen ist. Die VEW, so Knizia, seien einer der größten Verbraucher von heimischer Steinkohle.

Im September vorigen Jahres haben die VEW bereits die Ruhrkohleanteile der Salzgitter AG (10,86 Prozent), der Krupp Stahl AG (6,16 Prozent) und der Harpener AG (4,77 Prozent) übernommen. Zu diesen 21,79 Prozent kommen weitere 0,22 Prozent, die VEW bereits über die Gewerkschaft Alte Haase hielt. Die gesamten Anteile von 22,01 Prozent an der Ruhrkohle entsprechen einem Nennwert von 116,2 Mill. Mark.

AUMA / Deutliche Warnung an die Messegesellschaften – Industrie ist überfordert

Kein Bedarf für neue Veranstaltungen

HANNA GIESKES, **Köln**

„Für neue Messeveranstaltungen sehe ich keinen zusätzlichen Bedarf." Alfred Selbach, Vorsitzender des Ausstellungs- und Messe-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft (Auma), wandte sich gestern in Köln gegen eine Zersplitterung der Messen in „viele kleine Themenveranstaltungen", wie es derzeit in der Büroelektronik vorexerziert werde. Dies treibe die Gesamtkosten für Messerepräsentationen in die Höhe, „und die Industrie ist völlig überfordert".

Zur Begründung verwies Selbach auf Erfahrungen der letzten fünf Jahre: Von insgesamt 164 neu angekündigten Veranstaltungen seien nur eine Handvoll übriggeblieben, „die überregional waren und deshalb den Markt sowohl auf der Aussteller- als auch auf der Besucherseite repräsentierten". Lediglich fünf seien darum in den Auma-Kalender „Messeplatz Deutschland" aufgenommen worden.

Diese deutliche Warnung an die Adresse der Messegesellschaften ist im Zusammenhang mit der Diskussion um die Verfahrensordnung des Auma zu sehen, die vor kurzem wegen angeblicher Beeinträchtigung des Wettbewerbs zwischen den Messeveranstaltern unter die Lupe des Bundeskartellamts geraten war. Dabei ging es vor allem darum, wieweit dieser Zusammenschluß von Veranstaltern, Messegesellschaften und Verbänden zwecks Koordinierung der Messetermine in die Politik der einzelnen Messegesellschaften eingreifen kann. Laut Selbach ist das Amt jedoch „nach wie vor von der Richtigkeit der Verfahrensordnung überzeugt".

Das Wachstum der Ausstellungsflächen – eine der Ursachen für die Verschärfung des Wettbewerbs – wird sich nach Auskunft des Auma-Vorsitzenden in den kommenden fünf Jahren nur sehr gebremst fortsetzen. Im Jahresdurchschnitt werde der Zuwachs nur mehr 0,6 Prozent betragen; dafür müßten die Gesellschaften insgesamt rund 800 Mill. DM investieren.

Eine beträchtliche Zunahme sei bei den Auslandsmessen zu beobachten, wobei die Qualität der Veranstaltungen zum Teil „bemerkenswert gestiegen ist". Als „etwas beängstigend" empfindet man im Auma jedoch die Entwicklung in China, „wo an vielen Orten Messen geradezu aus dem Boden schießen" – 1984 waren es 100, in diesem Jahr sollen es 150 sein.

Das Messejahr 1984 verlief laut Selbach „ohne Überraschungen". An insgesamt 102 im Auma-Kalender verzeichneten Messen beteiligten sich 86 611 Aussteller, sechs Prozent mehr als 1983. Die Regionalausstellungen haben sich mit einem Aussteller-Zuwachs um zwölf Prozent „bemerkenswert erholt".

ENGLAND

Konjunktur-Tempo bleibt schnell

WILHELM FURLER, London

Das Bruttosozialprodukt auf Produktionsbasis ist in Großbritannien im ersten Quartal dieses Jahres bereinigt um 3 Prozent auf Jahresbasis gewachsen. Diese offizielle Statistik bestätigt die jüngsten Umfragen des britischen Industrieverbandes CBI bei seinen Mitgliedsunternehmen in der verarbeitenden Industrie, die außerordentlich optimistisch ausgefallen sind.

Widerlegt werden damit auch frühere Befürchtungen des Statistischen Amtes in London, wonach sich der Aufschwung in der britischen Konjunktur in diesem Frühjahr verlangsamen würde. So erreichte der Produktionsindex im ersten Quartal dieses Jahres 107,7 Punkte (1980 = 100). Damit liegt er um 2,3 Prozent über dem vor zwölf Monaten. Unter Berücksichtigung der immer noch anhaltenden Auswirkungen des einjährigen Kohlestreiks ergibt sich jedoch ein Wachstum von drei Prozent.

Die gegenwärtige Konjunkturerholungsphase in Großbritannien ist die längste seit dem Krieg. So liegt das Wirtschaftswachstum inzwischen um 10,3 Prozent über dem im ersten Quartal 1981. Daraus ergibt sich eine jährliche Wachstumsrate um durchschnittlich 2,5 Prozent. Gegenüber 1979, dem letzten Höhepunkt im britischen Konjunkturzyklus ist die Wirtschaft auf Produktionsbasis um 4,5 Prozent gewachsen.

Klammert man die Öl- und Gasproduktion aus der britischen Nordsee sichtbar aus, ergibt sich für die übrige Wirtschaft allerdings ein Wachstum während der letzten vier Jahre um nur 8,6 Prozent bzw. einen jährlicher Durchschnitt von 2,1 Prozent. In der gleichen Zeit hat die Förderung von Nordseeöl und -gas um 46 Prozent zugenommen.

Den letzen Umfragen des Industrieverbandes zufolge hat sich die Auftragslage in der britschen Wirtschaft in jüngster Zeit rapide verbessert. Dabei ist nicht nur eine binnenländische Nachfrageverbesserung festzustellen, sondern auch die Auftragsbücher für Exporte sind gut gefüllt. Die Fertigungskapazitäten in der verarbeitenden Industrie waren seit 1974 nicht mehr so stark ausgelastet wie derzeit, und die Investitionen werden während der nächsten zwölf Monate stetig weiter steigen.

KHD / Günstige Ertragsentwicklung auch im laufenden Jahr – Von der Konsolidierungs- zur Expansionsphase

Zwei Milliarden Umsatz werden nun zugekauft

JOACHIM GEHLHOFF, Köln

Die jahrelange Phase der Konsolidierung sei zu Ende, die Expansionsphase habe begonnen. Bodo Liebe, Vorstandsvorsitzender des Kölner Maschinen- und Anlagenbaukonzerns Klöckner-Humboldt-Deutz AG (KHD), hat mehrerlei Anlaß, bei der Vorlage des guten 1984er Abschlusses so Zukunftsfrohes zu verkünden. Er tut es auch gleich schon mit einem Teil von Dividendenprognose für die 23 000 Streubesitzer, die neben der Klöckner-Familiengruppe knapp die Hälfte des im Januar 1985 mit 250 Prozent Agio auf 318 (265) Mill. DM erhöhten Aktienkapitals halten.

Denn die für 1984 vorgeschlagene Dividendenerhöhung auf 9 (8) DM (Hauptversammlung am 26. Juni) solle nicht nur die Aktionäre „angemessen" am Ertragsfortschritt beteiligen. Man habe sie „natürlich" in der Erwartung gemacht, daß dieser Dividendensatz auch nach der Kapitalerhöhung Bestand haben werde. In ihren drei Unternehmensbereichen hatte die KHD-AG 1984 wegen der für das Seriengeschäft immer noch insgesamt schwachen Marktverfassung nur noch 1,71 (1,8) Mrd. DM Umsatz bei „Antrieben" und 1,22 (1,27) Mrd. DM bei „Landtechnik", dagegen durch Abrechnung von zwei Großaufträgen einen auf 1,68 (0,7) Mrd. DM gesprungenen „Industrieanlagen"-Umsatz. Umgekehrt sieht es im laufenden Jahr aus, in dem sich das Seriengeschäft erholt, das Industrieanlagengeschäft aber nur noch etwa 0,4 Mrd. DM Abrechnungserlös bringen und damit auch den gesamten AG-Umsatz um etwa 1 Mrd. DM drücken wird.

Dies aber mit dem von Liebe auch für 1985 klar prophezeiten Resultat einer „weiteren Stärkung der Ertragskraft". Was da 1984 erreicht wurde, kommt im leicht gesunkenen DVFA-Nettoergebnis nicht zum Ausdruck, weil die Analystenformel den (natürlich nicht nur im Berichtsjahr erwirtschafteten) Ertrag aus Großauftragsabrechnung (zwei Zementfabriken für Saudi-Arabien und Irak) außer Betracht läßt.

Verdaut wurde andererseits 1984 (mit Auflösung von in den Vorjahren gebildeten Rückstellungen von 145 Mill. DM) der Entwicklungsaufwand für einen neuen Kompaktmotor bei der KHD Canada Inc., mit dem die nun auf eine reine Vertriebs- und Servicegesellschaft umgestellte Firma („aus politischen Gründen") bei erhofften US-Militäraufträgen nicht zum Erfolg kam. Prognose des KHD-Chefs: Aus nun laufenden Verhandlungen für Lizenzproduktion in etlichen Ländern nebst daraus folgender Komponentenlieferung könnte dieser hohe Aufwand in den nächsten Jahren als Ertrag für KHD zurückkehren.

Auf Expansionskurs liegt KHD 1985 nicht nur mit den für die AG auf 140 bis 150 Mill. DM geplanten Sachinvestitionen. Ein Jahresumsatz von 2 Mrd. DM wird nun mit zwei Groß-Aquisitionen hinzugekauft. Einerseits mit dem nur noch vom Kartellamtssegen abhängigen Erwerb von „weit über 75 Prozent" Anteil an der Motorenwerke Mannheim AG (0,5 Mrd. DM Umsatz), die im KHD-Verbund hohe Synergieeffekte zumal aus der Konzentration wassergekühlter Mittel- und Großmotorenfertigung in Mannheim bringen soll.

Andererseits und vor allem mit dem nun praktisch perfekten Erwerb wesentlicher Teile des Landtechnikbereichs der Allis Chalmers Corp., Milwaukee/USA, insbesondere die Mähdrescherfertigung, das Ersatzteilwesen, die gesamte Vertriebsorganisation, die Fertigungsrechte für Traktoren und Motoren sowie die Absatzkreditbank. Das soll in wenigen Jahren einen Umsatz von „mindestens" 0,5 Mrd. Dollar mit bis zu 400 Mill. DM Zulieferungen aus deutscher Fertigung bringen.

Den (verschwiegenen) Kaufpreis für die Motorenwerke Mannheim und den insgesamt 107 Mill. Dollar teuren (und „währungskongruent" fremdfinanzierten) Erwerb der AG-Landtechnik kann KHD, wie Liebe versicherte, bestreiten, ohne den seit Jahren bei einer Holland-Tochter geparkten, nie genannten, inzwischen aber sicherlich auf 0,8 Mrd. DM zu schätzenden Verkaufserlös aus den Iveco-Anteilen einzusetzen. Der steht für weitere Aquisitionen zur Verfügung. Auch die werden noch kommen. Denn ein vorwiegend auf Auslandsmärkten arbeitender Konzern, meint Liebe, müsse auch so groß wie die große Konkurrenz aus USA und Japan werden.

KHD-Gruppe	1984	±%
Umsatz (Mill. DM)	5 715	+ 18,7
Auslandsanteil (%)	77,1	(69,2)
Beschäftigte	24 906	- 3,7
dav. im Ausland	3 262	+ 0,5
KHD-AG		
Umsatz	4 613	+ 22,5
Gesamtinvestitionen	132	- 10,3
Sachinvestitionen	96	- 22,0
Netto-Cash-flow [1])	175	+ 7,4
Nettoergebnis [2])	106	- 2,8
Jahresüberschuß	57,7	+ 10,1
Ausschüttung	47,7	+ 13,3

[1]) Vorstandsangabe ohne EEV-Steuern und Dividende; [2]) Nach DVFA 19,94 (20,55) DM je Aktie.

SINN / Umsatzzuwachs über Durchschnitt – Hoffnung auf Dividenden-Kontinuität

Mit „kühler Sinnlichkeit" auf Brautschau

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Verläßlich wie gewohnt, ragte die Kölner Textil-Einzelhandelsfirma Sinn AG auch 1984 mit einem flächenbereinigten Umsatzplus von knapp 5 (9) Prozent aus dem seit Jahren von Stagnation geplagten Durchschnitt ihrer Branche heraus. Durch pachtweise Übernahme der drei Filialen der Familie Weiser per 1. Juli 1984 schafft die Firma im vollen Jahr mit 20 (17) Filialen, 65 067 (51 043) Quadratmeter Verkaufsfläche und 2715 (2177) „Vollbeschäftigten" eine Umsatzsteigerung um 15 (9,2) Prozent auf 482 Mill. DM.

Der konstant ausgewiesene Jahresüberschuß von 5,6 Mill. DM hielt zwar mit diesem Wachstum nicht Schritt. Aber erstens erklärt das der Vorstand mit hohen „Normleistungen" für die Eingliederung der Weiser-Filialen in den Sinn-Verbund, die sich ab 1985 bezahlt machen sollen. Und zweitens reichte der Gewinnausweis bequem aus, um auf das alte Aktienkaptial von 23,6 Mill. DM die Vorjahresdividende von 6 DM je Aktie zu zahlen und auch die Rücklagen mit abermals 2,8 Mill. DM zu dotieren (Hauptversammlung am 28. Juni).

Drittens zeigte schon 1984 mit Verbesserungen je Aktie im DFVA-Nettoergebnis auf 17,95 (15,95) DM und im Netto-Cash-flow (Sinn-Konzern) auf 37,73 (31,39) DM einen immerhin beträchtlichen Ertragsfortschritt. Der gibt dem Vorstand die Zuversicht, bei einigermaßen normalem Verlauf die 6 DM Dividende auch für 1985 zu erwarten, dann erstmals auf das im letzten Herbst durch Publikumsemission von 6,4 Mill. DM jungen Aktien (mit 200 Prozent Agio) auf 30 Mill. DM erhöhte Aktienkapital.

Der „Börsenneuling" wird auch nicht dadurch irritiert, daß die im ersten Tertial 1985 sehr hoch ausgefallene Umsatzsteigerung von 24,3 Prozent (Weiser-Effekt) flächenbereinigt nur knapp über 3 Prozent lag. Denn die Ertragsentwicklung liege über Vorjahresniveau. Und Lust zu Wachstum durch Verkaufsflächen-Akquisition habe man weiterhin. Allerdings wandle man da „mit kühler Sinnlichkeit" auf Freiersfüßen, wie in Köln hübsch formuliert wird.

Finanzpotential für externes wie auch für internes Wachstum (die Sachinvestitionen sollen 1985 von 7,5 auf 17 Mill. DM steigen) hat der Sinn-Konzern nach der Kapitalerhöhung allemal. Den 69,6 (47,1) Mill. DM Eigenmitteln mit 38 (32,4) Prozent Bilanzanteil stehen bei nur 10 (10,2) Mill. DM langfristigen Schulden nun 67,3 (41,3) Mill. DM flüssige Mittel gegenüber. Einschließlich der eigenen Einkaufsgesellschaft hatte der Sinn-Konzern im Berichtsjahr einen Außenumsatz von 565 (495) Mill. DM.

RENAULT / „Pragmatische" Sanierung angestrebt

10 000 Planstellen weniger

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der staatliche französische Renault-Konzern, der 1984 einen Rekordverlust von 12,5 Mrd. Franc verbucht hat, soll durch einen umfassenden Gesundschrumpfungsprozeß saniert werden. Die Verwaltung will dabei, wie sie jetzt vor dem Betriebsrat andeutete, pragmatisch vorgehen. Insbesondere die unrentablen Nebenbetriebe außerhalb der eigentlichen Automobilproduktion würden schrittweise aufgegeben. Die Pkw-Produktion selbst werde man den begrenzten Absatzverhältnissen anpassen.

Geplant ist, die Belegschaft im Automobilbereich, die 1984 um 4500 Mitarbeiter reduziert worden war, bis Ende dieses Jahres um weitere 10 000 auf 88 000 abzubauen. Im Unterschied zu den Belegschaftskürzungen bei dem privaten Automobilkonzern Peugeot soll aber auf Entlassungen verzichtet werden.

Ursprünglich war die Rede davon, daß Renault etwa 25 000 Arbeitskräfte freisetzen müßte, um wieder auf einen grünen Zweig zu kommen. Die Verwaltung selbst hatte darauf hingewiesen, daß die Lohnkosten der Gesellschaft je produziertem Auto im Durchschnitt von 11 900 Franc 1979 auf 15 500 Franc 1984 gestiegen waren, während sie gleichzeitig bei Ford von 13 400 auf 11 900 Franc und bei General Motors von 18 500 auf 13 800 Franc gesenkt werden konnten.

Die Entwicklung der französischen Automobilkonjunktur schätzt Renault sehr zurückhaltend ein. Die Pkw-Zulassungen dürften sich nach ihrem Einbruch auf 1,87 Mill. Franc 1984 bis 1987 auf lediglich 1,95 Mill. Franc erhöhen. Daran könnte Renault mit etwa 31 Prozent beteiligt sein, gegenüber mehr als einem Drittel in den letzten Jahren, aber nur 25 Prozent im April 1985.

NAMEN

Dr. Klaus Dohrn, von 1961 bis 1972 Geschäftsinhaber der BHF-Bank, Berlin/Frankfurt, und danach Vorsitzender ihres Verwaltungsrats, vollendet heute das 80. Lebensjahr.

Dr. **Manfred Mücke**, Vorstandsmitglied beim Deutschen Lloyd, München, wechselt am 1. Juli 1985 in den Vorstand des Haftpflichtverbandes der Deutschen Industrie V.a.G., Hannover.

Dr. **Eckart van Hooven**, Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bank AG, Frankfurt, hat den Vorsitz im Aufsichtsrat der Deutsche Kreditbank für Baufinanzierung AG (DKB), Köln, übernommen. Er ist Nachfolger von Dr. **Robert Ehret**, der aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden ist. Neu in den Aufsichtsrat der DKB gewählt und zum stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden berufen wurde **Georg Krupp**, stellvertretendes Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bank AG, Frankfurt.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Zehn Mark Dividende

Mannheim (dpa/VWD) – Die Bilfinger + Berger Bau-AG, Mannheim, schlägt für das Geschäftsjahr 1984 unverändert 10 DM Dividende je Aktie auf 70 Mill. DM Grundkapital vor. Hauptversammlung ist am 5. Juli.

Wieder 18 Prozent

Heidelberg (dpa/VWD) – Die Heidelberger Druckmaschinen AG, Heidelberg, schlägt für 1984 wieder 18 Prozent Dividende auf das im vergangenen Jahr auf 120 (nach 100) Mill. DM erhöhte Grundkapital vor. Mehrheitsaktionär ist über die Rheinelektra AG, Mannheim, die Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG (RWE). (HV am 3. Juli).

DG-Bank hilft China

Frankfurt (cd.) – Die DG-Bank, Spitzeninstitut der genossenschaftlichen Bankengruppe, hat mit der Agricultural Bank of China, die mit 138 Mrd. DM Bilanzsumme und 26 000 Außenstellen die Funktion einer Entwicklungsbank hat, eine Kooperation vereinbart, die sich auf die Projektfinanzierung im Agrarsektor sowie vor- und nachgelagerten Bereiche konzentrieren soll. Die DG-Bank will sich vor allem um die Suche deutscher Partner für den Aufbau einer chinesischen Agrarindustrie bemühen. Zur Zeit werden rund 40 Projekte geprüft.

Entlassungen in Peine

Hannover (dos) – Die Peiner Maschinen- und Schraubenwerke AG, ein Unternehmen der Salzgitter-Gruppe, wird bis Ende 1985 ihre Belegschaft um 300 auf dann rund 1000 Mitarbeiter abbauen. Diese Entscheidung, die Salzgitter-Vorstandschef Ernst Pieper bereits angekündigt hatte, ist jetzt vom Aufsichtsrat gefaßt worden. Davon betroffen ist der Produktbereich Bautechnik der Peiner AG, die künftig nur noch große Krane herstellen wird.

Repräsentanz in Frankfurt

Frankfurt (cd.) – Eine Repräsentanz in Frankfurt hat die Commonwealth Bank of Australia eröffnet. Das Institut ist mit einer konsolidierten Bilanzsumme von umgerechnet 65 Mrd. DM die größte Bank des Landes und gehört, weil sie keine Problemkreditengagements in zahlungsgestörten Ländern hat, zur kleinen Gruppe von acht Banken aus der ganzen Welt mit dem begehrten Bonitätsrating AAA. Die Repräsentanz ist auch für Geschäftsverbindungen mit Österreich, der Schweiz und Norditalien zuständig.



TRIUMPH-ADLER / Mutter Volkswagen stärker zur Kasse gebeten als je zuvor

Gewinnzone noch nicht in Sicht

DANKWARD SEITZ, Nürnberg

Ein ausgeglichenes Ergebnis nach vier verlustreichen Jahren für 1984 hatte noch vor Jahresfrist der alte Vorstandsvorsitzende der Nürnberger VW-Sorgentochter Triumph-Adler AG für Büro- und Informationstechnik (TA), Peter Niedner, angekündigt. Doch nur sechs Monate später mußte sein Nachfolger Wolfram Nadebusch die Mutter in Wolfsburg stärker denn je zur Kasse bitten. Einen Verlust von 348 Mill. DM – nach 50 und 100 (142) Mill. DM in den Vorjahren – mußte sie nun übernehmen, um die Bilanz ihrer Tochter bei einem schon bestehenden Verlustvortrag von 284 Mill. DM einigermaßen im Lot zu halten.

Und soviel ist jetzt schon sicher: Auch für 1985 wird TA nicht ohne finanziellen Beistand auskommen. „Es wäre unseriös", so Nadebusch, „für dieses Jahr ein ausgeglichenes Ergebnis in Aussicht zu stellen." Ein „eher zwei- als dreistelliger Millionenbetrag" dürfte sicherlich anfallen. Ob dann die Verlustzone verlassen werden kann, darauf will er sich jetzt noch nicht festlegen. VW habe ihm jedenfalls, wie er andeutete, keine Vorgabe gemacht, wann die Gewinnschwelle erreicht werden muß, doch habe er sich selbst bei seinem Amtsantritt nicht sehr viel Zeit gegeben.

Dabei ist für TA das Jahr 1985 überraschend gut angelaufen. Allein das erste Quartal brachte gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit ein Umsatzplus von 25 Prozent. Vor allem die Nachfrage nach den Mitte 1984 eingeführten neuen elektronischen Schreibmaschinen war so nachhaltig, daß der sonst im Frühjahr übliche Umsatzrückgang nicht eingetreten ist. Doch, so Nadebusch, wird dieses Niveau nicht durchzuhalten sein, so daß am Jahresende ein Plus von 15 Prozent herauskommen dürfte.

Nach wie vor Verluste bringen wird der Computerbereich, auch wenn, wie Nadebusch meinte, „alle wesentlichen Indikatoren dafür sprechen, daß wir unsere Position hier bereits 1985 erheblich verbessern können. Ergebnisbelastend wird sich zudem die jetzt angekündigte organisatorische Straffung des Vertriebs auswirken. So soll die Struktur des Computervertriebs völlig neu geschaffen werden, indem in allen wichtigen Ballungsgebieten der Bundesrepublik ein Netz von TA-Centren errichtet wird.

Wie notwendig umfassende Restrukturierungen bei TA sind, verdeutlicht schon das Jahr 1984. Einer konsequenten Umstellung und Rationalisierung in der Produktion und einer teilweisen vollkommenen Erneuerung der Produktpalette war es, so Nadebusch, zu verdanken, daß die Triumph-Adler AG erstmals seit 1981 wieder ein Umsatzplus von neun Prozent auf 895 Mill. DM erreicht hat. Der Exportanteil betrug wie im Vorjahr 57 Prozent.

Wachstumsträger waren die Schreibmaschinen mit 495 Mill. DM, *wovon 450 Mill. DM auf die elektronischen* Modelle entfielen. Insgesamt wurden 531 000 (395 000) elektronische Schreibmaschinen 1984 bei TA hergestellt. 25 Prozent des Umsatzes entfielen auf Kopierer und Computer; der Rest auf Drucker, Kundendienst und Zubehör. Etwa ein Viertel des Gesamtumsatzes ist Handelsware. Der Gruppenumsatz erhöhte sich 1984 auf 2,29 (2,03) Mrd. DM.

Ganz entscheidend belastet wurde die Ertragsrechnung durch Verlustübernahmen in Höhe von 28,3 (19,9) Mill. DM für die italienische und französische Tochter. Den größten Brokken allerdings erforderte mit knapp 100 Mill. DM die US-Holding Triumph Adler North America (Umsatz: 1,5 nach 1,2 Mrd. DM). Zum Jahresanfang 1985 wurde sie an die VW of North America verkauft. Den eigenen operativen Verlust bezifferte Nadebusch auf etwa 150 Mill. DM. Verantwortlich hierfür machte er neben der Umstrukturierung die enormen Preissteigerungen bei Bauelementen, den Druck auf die Verkaufspreise angesichts des harten Wettbewerbs und die Produktionsausfälle wegen des Metallerstreiks.

WESTDEUTSCHE LANDESBANK / Eigene Zerobonds geplant – DAL soll 1985 kein Problem mehr sein

Gesamtergebnis in die Risikovorsorge gesteckt

HARALD POSNY, Düsseldorf

So rechte Freude mag im Vorstand der Westdeutschen Landesbank Girozentrale (WestLB), Düsseldorf, nicht aufkommen. Das kaum veränderte Teilbetriebsergebnis, auch das bisher *höchste Gesamtbetriebsergebnis von* mehr als 1 Mrd. DM, versinkt in gleicher Höhe in der Risikovorsorge für Kredit- und Beteiligungsgeschäfte, zum geringsten Teil in den Niederstwertabschreibungen auf Wertpapiere. Vorstandsvorsitzender Friedel Neuber betont denn auch, daß nur rund 50 (100) Mill. DM effektive Abschreibungen im Kreditgeschäft waren. Der übermächtige Rest falle unter den Begriff „Risikovorsorge".

Das 35-Prozent-Engagement an der Deutschen Anlagen-Leasing (DAL), 1983 bei der Vorsorge nicht ausreichend berücksichtigt, wird das Ergebnis 1985 nicht mehr belasten. Neuber: „Ich glaube nicht mehr, mich korrigieren zu müssen." Freilich: 1984 steckte die DAL noch in der Risikovorsorge-Milliarde, von der 70 Prozent auf Inlands- und 30 Prozent auf Auslandsrisiken entfallen. Insgesamt habe man für DAL „etwas mehr als 600 Mill. DM" reservieren müssen. Ein installiertes Frühwarnsystem werde künftig ähnliches verhindern. Länderrisiken belasten aber weiter.

Zwar erwarte die WestLB für 1985 sicher wieder das Vorjahresergebnis, doch zu einer Aussage über eine Gewinnausschüttung an die Bankeigner (Land NRW 43,2 Prozent, die jeweils zwei Sparkassen- und Landschaftsverbände jeweils 16,7 und 11,7 Prozent) wollte sich Neuber im Mai noch nicht verleiten lassen.

Einstweilen, wie in den Vorjahren, geht der Jahresüberschuß in die Rücklagen, gibt Wachstumsspielraum für die neuen KWG-Anforderungen und stärkt die Eigenkapitalbasis. Stärkung kann die Bank auch gebrauchen, zumal Neuber „in vollem Einverständnis mit allen Eigentümern" nicht an Rückzug aus dem Ausland denkt, sondern mit Ausbau der Auslandsaktivitäten liebäugelt. Denn der erhöhte Steuerausweis ist im wesentlichen auf die Ertragsverbesserung bei den Auslandsniederlassungen zurückzuführen.

Im Konzern wurde ein Teilbetriebsergebnis von 940 (949) Mill. DM und ein Gesamtergebnis von 1,32 (1,41) Mrd. DM erzielt. Daraus wurden Abschreibungen und Wertberichtigungen von 1,1 (1,2) Mrd. DM vorgenommen. Nach Steuern und Rücklagendotierung verblieb ein Konzerngewinn von 17 (10) *Mill. DM.* Den entscheidenden Beitrag zum Teilbetriebsergebnis in Bank und Konzern brachte bei einer Zinsspanne von 1,28 (1,30) Prozent der Zinsüberschuß aus dem leicht erhöhten Durchschnittsgeschäftsvolumen.

Der Anstieg der Bilanzsumme um 6 Mrd. DM stammt teilweise aus Währungsentwicklungen, mit 1,3 Mrd. DM speziell des Dollars. Den überwiegenden Beitrag zum Bilanzsummenwachstum steuerte die Ausweitung des Interbank-Geschäfts bei. Erst im Spätherbst 1984 hat sich die Kreditnachfrage im Zuge des Zinsrückgangs für langfristige Festzinsfinanzierungen belebt. Daneben profitierte die Bank vom Exportboom vor allem in Teilen des kommerziellen Auslandsgeschäfts. Leicht rückläufig war das Kommunaldarlehensgeschäft, noch schwieriger verlief der Baufinanzierungsmarkt. Bei der Refinanzierung des Kreditgeschäfts dominierte mit 45 Prozent wieder der Absatz eigener Emissionen.

An neuen DM-Emissionen begibt die Bank als Daueremittent für ihre eigene Refinanzierung seit Anfang des Jahres ein Aufzinsungspapier, sogenannte Akku-Anleihen. In den nächsten Tagen werden zwei Emissionen inländischer Null-Kupon-Anleihen als Daueremission aufgelegt, jeweils 250 Mill. DM über 10 und 15 Jahre.

Das erste Quartal 1985 hat sich, so Neuber, gut entwickelt. Erfreulich war dabei der Anstieg langfristiger Firmenkredite. Auf verstärktes Interesse stoßen auch Baufinanzierungen und Kommunalkredite. Selbst „bei Zugrundelegen vorsichtiger Zins- und Konjunkturprognosen" erwartet Neuber ein „wieder gutes", dem der letzten zwei Jahre nahekommendes Betriebsergebnis. Das Konzernbetriebsergebnis lag im ersten Vierteljahr 1985 mit 314 Mill. DM um 10 *Prozent über dem schon guten Vorjahreswert.*

WestLB [1]	1984	± %
Forderungen an		
Sparkassen (Mill. DM)	6 400	– 9,4
Banken	29 342	+ 24,9
Kunden	63 159	– 1,5
Kreditvolumen	108 930	– 1,8
FEstverz. Wertpapiere	12 181	+ 16,7
Beteiligungen	1 514	– 5,1
Gelder von		
Sparkassen	10 629	+ 15,0
Banken	20 461	+ 2,4
Kunden	19 196	+ 12,5
Begeb. Schuldverschr.	60 052	– 3,2
Bilanzsumme	132 576	+ 4,6
Geschäftsvolumen [2]	175 794	+ 4,4
Konzern-Bilanzsumme [3]	141 494	+ 4,2
Zinsuberschuß	1 582	– 3,1
Provisionsüberschuß	144	– 5,9
Verwaltungsaufwand	886	+ 4,9
Betriebsergebnis [4]	840	– 4,9
Ergebnis v. Steuern	157	+ 36,5
Steuern	127	+ 49,4
Jahresüberschuß	30	–
Eigenkapital	3 910	+ 0,6
in % d. Bilanzsumme	2,95	(2,93)

[1] samtl. Angaben einschl. Landes-Bausparkasse (LBS); [2] einschl. Verwaltungs- und Auftragsgeschäft; [3] erstmals mit LBS konsolidiert; [4] aus lfd. GEschäft oh. Handel: Zins- und Provisionsuberschuß minus Personal- und Sachaufwand sowie sonst. Steuern und AfA (ohne 6b).

BREMER VULKAN / Strukturmaßnahmen greifen

In diesem Jahr vollbeschäftigt

JAN BRECH, Hamburg

Nach schwierigen Jahren der Umstrukturierung hat die Bremer Vulkan AG 1984 wieder einen Überschuß von 1,2 Mill. DM erzielt. Wie es im Geschäftsbericht heißt, sei das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der Werft, die durch die zähen Verhandlungen über eine Zusammenführung der Bremer Schiffbau-Betriebe stark gelitten habe, wieder gestärkt worden. Die verbesserte Auftragssituation vor allem in der zweiten Jahreshälfte habe es ermöglicht, die Kurzarbeit wesentlich abzubauen. Im Jahr 1985 werde der Vulkan vollbeschäftigt sein.

Abgeschlossen sind bei der Werft eine Reihe von betriebsübergreifender Strukturmaßnahmen. Dazu gehören unter anderem Kapitalmaßnahmen und die Zusammenführung des Vulkan mit der ehemaligen Hapag-Lloyd Werft GmbH in Bremerhaven. Die Verluste dieses Betriebs sind bei einem Umsatz von 122 Mill. DM auf 2,9 Mill. DM reduziert worden.

Der Jahresumsatz der Werft wird mit 2,7 Mrd. DM ausgewiesen, wobei die 1984 erfolgte Abrechnung des Fregattenprogramms mit fast 2,5 Mrd. DM durchschlägt. Für aus diesem Riesenauftrag noch zu erwartende Kosten hat der Vulkan erhebliche Rückstellungen gebildet. Die Gesamtleistung des Vulkan ist im Vergleich zum Vorjahr um 2,5 Prozent auf 559 Mill. DM zurückgegangen.

Die weitere Entwicklung der Werft wird entscheidend von dem jetzt angelaufenen Investitionsprogramm bestimmt, mit dem die Produktivität erheblich gestärkt werden soll. Für rund 50 Mill. DM, deren Finanzierung durch eine Landesbürgschaft abgesichert ist, sollen die Betriebsstätten um das vorhandene, moderne Baudock konzentriert werden. Die Belegschaft wird sich auf den Stand des Jahres 1984 mit 3400 einpendeln.

„Katastrophales Ergebnis" bei G+H

dpa/VWD, Ludwigshafen

Nach einem „katastrophalen Ergebnis 1984" sieht sich die Grünzweig + Hartmann und Glasfaser AG (G+H), Ludwigshafen, mit einem Marktanteil von 50 Prozent führender Dämmstoffhersteller in der Bundesrepublik, zu einschneidenden Anpassungsmaßnahmen gezwungen. Nachdem 1984 die Schrumpfung am deutschen Dämmstoffmarkt um 8 Prozent auf 14,8 Mill. Kubikmeter (ohne Einfuhren) noch durch Kurzarbeit und in diesem Jahr durch Übergang auf den 5-Tage-Betrieb abgefangen werden konnte, steht nach Angaben des Vorstandsvorsitzenden Joseph Kartaun die Stillegung einer weiteren Produktionslinie im Werk Bergisch Gladbach zum 1. Juni zur Diskussion.

Damit würde sich die Kapazität in Bergisch Gladbach seit 1983 um zwei Drittel auf 20 000 Tonnen und einschließlich des moderneren, voll arbeitenden Werkes Speyer von 120 000 *auf 80 000 Tonnen Glasfaser-Dämmstoffe* verringern. Betroffen wären 110 Mitarbeiter, deren Gesamtzahl sich auf unter 2000 verringert hat.

1984 ergab sich bei dem zum staatlichen französischen Saint-Gobain-Konzern gehörenden Unternehmen – bei einem Gruppenumsatz von 1,18 (1,16) Mrd. DM – ein Umsatzrückgang von 5,8 Prozent auf 441,1 Mill. DM. Angesichts des Preisverfalls um etwa 10 Prozent habe sich auch G + H zu erheblichen Preiszugeständnissen gezwungen gesehen. Der hohe Verlust im Dämmstoffbereich wurde durch das positive Ergebnis der G + H Montage GmbH leicht gemildert, die bei einem Umsatzplus von 4 Prozent auf 647,9 Mill. DM 7,5 (5,5) Mill. DM Gewinn an die Mutter abführte.

Unter dem Strich verblieb dennoch ein Jahresfehlbetrag von 34,7 Mill. DM nach einem Überschuß von 12,2 Mill. DM 1983. Eine Dividende, zuletzt 2 DM, wird nicht gezahlt. Für 1985 rechnet G + H bei einem unveränderten Umsatz und einem ausgeglichenen Betriebsergebnis (1984: minus 10 Mill. DM) nochmals mit einem – wenn auch geringeren – Verlust.

MANAGEMENT-GESPRÄCH ST. GALLEN / Zielerfüllung und Mut zu guten Ideen

Wird das „Made in" bald nebensächlich?

FLORIAN NEHM, St. Gallen

Von „Leadership" als der Versessenheit auf Information, Zielerfüllung und Mut zu guten Ideen war auf dem 15. Internationalen Management-Gespräch an der Hochschule St. Gallen die Rede.

Für Kenichi Ohmae, McKinsey-Direktor Japan und Buchautor, sollten führende Unternehmen ihre Hauptquartiere nach Alaska verlegen, wo sie den 600 Millionen Verbrauchern der „Triade" Japan, USA und Europa am nächsten sind. Innerhalb dieser Triade ähnelten sich Produkte immer mehr.

Ihr Ursprungsland sei für Laien nur noch selten erkennbar. Gucci-Handtaschen, Sony-Walkmans oder McDonalds-Ketten seien in den Straßen Tokios, Londons, New Yorks und Berlins gleichermaßen heimisch. Käufer wollten vor allem ein gutes Produkt zu günstigem Preis. Das „Made in" werde nebensächlich.

Über die „Leadership"-Frage, ob der Führung eines Familienunternehmens auch Sprößlinge der Eigentümerfamilie angehören sollen, sprach Hans-Georg Willers, Vorstandsvorsitzender der Franz Haniel & Co., Düsseldorf. Für Väter sei nichts verlokkkender, als daß der Sohn in seine Fußstapfen tritt. Man dürfe die Zukunft eines Unternehmens aber nicht vom Zufall der Begabung abhängig machen. Eigentum sei noch lange kein Qualifikationsnachweis.

Ein Beispiel für „Leadership" lieferte Fritz Leutwiler zum Auftakt des St. Galler Symposiums. Der ehemalige Präsident der Schweizerischen Nationalbank appellierte an die „Interessengruppen der Welt", sich protektionistischen Versuchungen zu widersetzen.

Er stellte den 700 zuhörenden Unternehmern, Studenten und Politikern seine im Auftrag des Gatt erarbeiteten Empfehlungen für „eine bessere Weltwirtschaftspolitik" vor. Da Politiker aus Unkenntnis oder Schwäche nicht genug Mut zur Verteidigung des freien Welthandels aufbrächten, will Leutwiler jetzt im Volk über die protektionistische Gefahr „missionieren".

Gerüchte um Conti und Semperit

VWD, Hannover

In Hannover verdichteten sich Gerüchte, wonach die Continental Gummi-Werke AG den österreichischen Reifen-Hersteller Semperit AG übernehmen will. Conti-Vorstandschef Helmut Werner hatte kürzlich bestätigt, daß mit Semperit immer wieder und seit Jahren gesprochen werde. Akut stehe aber nichts an. In Branchenkreisen wird jedoch auf die Hauptversammlung im Juli verwiesen, wo die Schaffung eines bedingten und genehmigten Kapitals von 105 Mill. DM auf der Tagesordnung steht. Bei Conti-Gummi heißt es, eine Übernahme sei „zum gegenwärtigen Zeitpunkt kein Thema". Aus Wien werden die Gespräche mit Conti zwar bestätigt; man sei aber höchstens an einer Kooperation interessiert.

NECKARWERKE / Investitionsbuckel überschritten

Ertrag wurde geschmälert

WERNER NEITZEL, Esslingen

Hauptsächlich die Aufwendungen für den Umweltschutz seien es gewesen, die bei der Neckarwerke Elektrizitätsversorgungs-AG, Esslingen, nach Angaben ihres Vorstandsvorsitzenden David Beichter das Ergebnis des Jahresabschlusses 1984 schmälerten. Einen Hinweis für die Verringerung geben die um etwa 28 Prozent auf 38,3 Mill. DM ermäßigten Ertragssteuern. Es wird ein Jahresüberschuß von 23,2 (25,8) Mill. DM ausgewiesen, aus dem eine Dividende von unverändert 14 Prozent gezahlt wird. Dabei werden die 30,3 Mill. DM jungen Aktien aus der Kapitalerhöhung in 1984 auf nunmehr 180,6 Mill. DM mit dem halben Satz bedient. Eine Stärkung der Rücklagen (Vorjahr: um 4,7 Mill. DM) entfällt diesmal.

Im Berichtsjahr 1984 haben die Neckarwerke nach Beichters Worten einen „Investitionsbuckel" erreicht. Insgesamt wurden 805 (443) Mill. DM investiert. Im laufenden und im kommenden Jahr zeigt der Trend der Investitionen – jeweils rund 700 Mill. DM – wieder etwas nach unten. Allein für Umweltschutzeinrichtungen werden bis 1988 mehr als 400 Mill. DM aufgewendet werden, wovon 160 Mill. DM auf die Nachrüstung des Kohlekraftwerks Walheim entfallen.

Der Netto-Cash-flow belief sich im Berichtsjahr auf 384 (354) Mill. DM. Die Investitionen der kommenden beiden Jahre werden voraussichtlich je zur Hälfte aus der Innenfinanzierung bestritten, jeweils etwa 300 Mill. DM müssen am Kapitalmark aufgenommen werden. Für das laufende Jahr prognostiziert Beichter einen Anstieg der Stromabgabe um 4 bis 5 Prozent. Die Strompreise sollen stabil bleiben. 1984 war die nutzbare Stromabgabe um 3,2 Prozent auf 6,03 Mrd. kWh angestiegen.

BOEHRINGER INGELHEIM / Familienunternehmen präsentiert erste Weltbilanz

Jubiläum in gesunder Verfassung

INGE ADHAM, Frankfurt

In gesunder Verfassung präsentiert sich am Ende ihres 100. Geschäftsjahres das Familienunternehmen Boehringer Ingelheim, das mit der Vorlage einer ersten Weltbilanz, in der auch die Auslandsaktivitäten konsolidiert sind und – im Vorgriff auf die zu erwartenden Bilanzrichtlinien – einer Gewinn- und Verlustrechnung einen „Markstein" in seiner Geschichte setzt. Gefeiert wird in der zum drittgrößten deutschen Pharmaunternehmen – weltweit auf Platz neun – aufgerückten Familiengruppe freilich erst am 31. Juli, der hundertsten Wiederkehr des Gründungstages, durch ein Rumpfgeschäftsjahr in der Vergangenheit war bei der Zahl der Geschäftsjahre die runde Zahl früher erreicht.

Das vergangene Jahr war für Boehringer Ingelheim ein erfolgreiches Jahr, sagte Hubertus Liebrecht, Vorsitzender der Zentral-Geschäftsleitung und einer der fünf geschäftsführenden Gesellschafter bei der Vorlage des Geschäftsberichts. In der Tat ist Boehringer im vergangenen Jahr besser vorangekommen als erwartet: Der Weltumsatz stieg um 12 Prozent auf 4126 (i. V. 3686) Mill. DM (jeweils ohne Celmerck, die als 50-Prozent-Beteiligung nicht in den Konsolidierungskreis aufgenommen wurde (Umsatz 337 Mill. DM).

Ursache für das starke Wachstum war vor allem ein glänzendes Auslandsgeschäft (plus 16 Prozent) gefördert durch Dollarkurs- und Yen-Kursentwicklung, so daß jetzt 78 (i. V. 76) Prozent des Weltumsatzes auf das Ausland entfallen. Herausragend war dabei die Entwicklung in den USA. *Mit gut 700 Mill.* DM Jahresumsatz überrundete der nordamerikanische Markt (in Dollar plus 30 Prozent) den heimischen deutschen Markt von Boehringer, auf Platz drei steht Japan. Insgesamt entfallen 3515 Mill. DM auf Arzneimittel – ein Plus von 13 (5) Prozent gegenüber dem Vorjahr, wobei im Inland nur ein Plus von 4 Prozent, im Ausland aber von 15 Prozent erzielt wurde.

Für Forschung und Entwicklung hat die Unternehmensgruppe im vergangenen Jahr 561 (540) Mill. DM aufgewendet, davon 552 Mill. DM für die Pharmaforschung, was 16 Prozent des entsprechenden Umsatzes entspricht. Investiert wurden in Sachanlagen 283 (236) Mill. DM, bei Abschreibungen von 226 (164) Mill. DM. Beide Positionen sollen in diesem Jahr kräftig aufgestockt werden: Liebrecht rechnet mit rund 350 Mill. DM Sachinvestitionen und Aufwendungen für Forschung und Entwicklung in einer Größenordnung von 650 Mill. DM.

Mit dieser starken Betonung der Forschung, für die 3140 der weltweit 21 880 Mitarbeiter tätig sind, antwortet das Unternehmen auch auf die Entwicklung in der Bundesrepublik und im übrigen Europa, wo eine Vielzahl administrativer Maßnahmen die Wachstumsraten im Geschäft hat kleiner werden lassen. Gleichwohl sieht Liebrecht Forschungsintensität als eine der Voraussetzungen für ein weiteres dauerhaftes Bestehen und Vorankommen des Unternehmens an, vorerst auch Forschung in der Bundesrepublik. Einer der Schwerpunkte ist die Gentechnologie, was auch in der fünfprozentigen Beteiligung an Genentech Inc. zum Ausdruck kommt.

Möglich ist dieser hohe zukunftsorientierte Aufwand, weil seit Jahren die Gesellschafter den Gewinn im Unternehmen stehen lassen, was für eine Eigenkapitalquote von 39 Prozent gesorgt hat. Auch die 121 (109) Mill. DM Jahresüberschuß *nach* Steuern des Jahres 1984 bleiben im Unternehmen, das damit eine Nettorendite von 2,9 Prozent und eine Kapitalrendite von acht Prozent ausweist.

In diesem Jahr ist es bisher weiter aufwärts gegangen. Der Weltumsatz nahm in den ersten vier Monaten um 16 Prozent zu, bereinigt um Währungsverschiebungen bleibt immerhin ein Plus von zehn Prozent; für das ganze Jahr wird ein Plus von rund 13Prozent erwartet, und damit auch ein „günstiges Ergebnis".

Deutsche Bank über 500

Aktien zogen unter hohen Umsätzen weiter an

DW. – Wenn die Kurse am Aktienmarkt nur vergleichsweise langsam stiegen, lag dies an der wachsenden Neigung auf dem jetzt erreichten Niveau, Kursgewinne zu realisieren. Deshalb blieben Überhitzungserscheinungen weitgehend aus. Eine ausgesprochene Verknappung gab es lediglich zeitweise bei den Aktien der Deutschen Bank, die erstmals über 500 DM hinauskletterten. Die Ursache dürfte ein größerer Kaufauftrag auf amerikanische Rechnung gewesen sein, der über mehrere Banken abgewickelt worden ist.

Den Anstoß für die neue Kaufwelle hat die vorangegangene feste Tendenz an der Wall Street gegeben. Von der Zinsseite kamen diesmal kaum Anregungen. Gleichwohl fanden zinssensitive Aktien weiterhin besondere Beachtung. Abgesehen von VW, wo es Glattstellungen gab, setzten die Autoaktien mit Tagesgewinnen bis zu 15 DM (Daimler) ihren Anstieg fort. Inländische Anleger kümmerten sich verstärkt um ihrer Ansicht nach zurückgebliebene Papiere und stoßen dabei wie schon so oft auf die Aktien der Maschinenbauer, die sich nur partiell verbesserten. Großchemiewerte, die vorübergehend etwas gedrückt waren, schlossen in etwa auf Vortagsniveau.

Frankfurt: Veith Pirelli erhöhten um 10 DM, Wella um 12 DM und PWA stockten um 5 DM auf. Enka gaben um 8 DM nach. Conc. Chemie verbesserten sich um 15 DM. Kupferberg stiegen um 10 DM und Binding VA auch um 10 DM.

Düsseldorf: Balcke Dürr verloren 3 DM, Alexander und Verseidag je 4 DM. Um je 5 DM ermäßigten sich Hein. Lehmann und Leffers. Hagen Batterie stocktne um 3,50 DM und VDN um 4 DM auf. Allianz Vers. gaben um 10 DM und Agrippina um 40 DM nach.

Hamburg: Beiersdorf gaben um 2 DM und Reichelt um 1 DM nach. HEW stockten um 0,50 DM und NWK-Vz. um 0,40 DM auf. Hapag Lloyd verminderten um 1 DM. Triton wurden mit 119 DM (plus 2 DM) gehandelt.

Berlin: Berliner Bank verbesserten sich um 2,80 DM, Bekula legten 1 DM zu. Herlitz St. gewannen 4,50 DM und Herlitz Vz. 1,80 DM. DeTeWe stiegen um 4 DM, dagegen büßten Schering 4 DM ein. Orenstein gaben um 3 DM nach. Dt. Hypo Berlin kletterten um 4,50 DM.

München: Aigner verbesserten sich um 2 DM. Deckel AG um 4 DM und leonische Draht um 5 DM. Süd Chemie erhöhten um 6 DM und Zahnräder Renk stockten um 4 DM auf. Nachgegeben haben Bay. Lloyd und Audi AG um je 20 DM. Energie Ostbayern verloren 4,50 DM und Patrizier 4 DM.

Stuttgart: Porsche stockten um 31 DM auf. Mercedes legten 7 DM zu. Audi kletterten um 25 DM und Württembergische Cattun um 44 DM. Salamander zogen um 4 DM an. Gehe gingen 4 DM höher aus dem Markt. Heidleberger Zement waren um 3 DM nachgebend.

Nachbörse: knapp behauptet

WELT-Aktienindex: 186,7 (186,7)
WELT-Umsatzindex: 4440 (5178)

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 22. Mai folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1430,00	1812,60
10 US-Dollar (Indian)**)	1245,00	1508,70
5 US-Dollar (Liberty)	525,00	668,75
1 £ Sovereign alt	223,50	277,02
1 £ Sovereign Elizabeth II.	222,25	276,17
20 belgische Franken	172,75	225,44
10 Rubel Tscherwonez	233,75	293,84
2 südafrikanische Rand	218,50	270,75
Krüger Rand, neu	987,75	1165,94
Maple Leaf	988,75	1167,08
Platin Noble Man	885,50	1026,00

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	232,75	293,84
20 schweiz. Franken „Vreneli"	175,25	228,29
20 franz. Franken „Napoléon"	175,25	228,29
100 österr. Kronen (Neuprägung)	912,25	1103,81
20 österr. Kronen (Neuprägung)	181,50	229,71
10 österr. Kronen (Neuprägung)	94,50	124,83
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	424,50	518,30
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	99,75	136,52

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 22. 5. 85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	[illegible]	[illegible]	[illegible]
3 Monate	[illegible]	[illegible]	[illegible]
6 Monate	[illegible]	[illegible]	[illegible]
12 Monate	[illegible]	[illegible]	[illegible]

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Devisen und Sorten

22. 5. 85	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Ankfz.-Kurs[4]	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankauf	Verkauf
New York[3]	3,0680	3,0760	3,0513	3,01	3,11
London[1]	3,891	3,905	3,830	3,83	3,98
Dublin[1]	3,125	3,139	3,060	3,05	3,20
Montreal[3]	2,2390	2,2470	2,2193	2,19	2,29
Amsterd.	88,480	88,680	88,190	87,75	89,50
Zürich	118,870	119,070	118,935	117,25	120,00
Brüssel	4,959	4,979	4,924	4,85	5,05
Paris	32,690	32,850	32,390	32,00	33,75
Kopenh.	27,780	27,900	27,560	27,00	28,75
Oslo	34,680	34,780	34,080	33,75	34,50
Stockh.**)	34,430	34,590	33,840	33,75	34,50
Mailand[2]**)	1,5610	1,5710	1,5380	1,52	1,62
Wien	14,203	14,243	14,176	14,13	14,35
Madrid**)	1,767	1,777	1,741	1,73	1,85
Lissabon**)	1,760	1,770	1,672	1,45	2,25
Tokio	1,2255	1,2285	–	1,19	1,25
Helsinki	47,940	48,140	47,085	47,00	49,00
Buen. Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen*)**)	2,238	2,292	–	1,80	2,60
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,113	2,132	–	2,06	2,16
Johannesbg.*)	1,541	1,56	–	1,22	1,47

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Der US-Dollar-Kurs konnte sein hohes Vortagsschlußniveu mit Kursen um 3,0950 nicht ganz behaupten und er pendelte in einem ausgesprochen ruhigem Marktgeschehen zwischen 3,0825 und 3,0765. Die amtliche Notiz stellte sich am 22. 5. auf 3,0720. Kein Einfluß hatte der einprozentige Anstieg der Bestellungen für langlebige Wirtschaftsgüter in den USA. Die übrigen amtlich notierten Währungen veränderten sich nur minimal, wobei wie am Vortag leichte Kurseinbußen der D-Mark überwogen, mit einem Tagesgewinn von 5,3 Promille auf 1,2270 konnte er japanische Yen den /Kursverlust zu Beginn der Woche ausgleichen. US-Dollar in: Amsterdam 3,4700; Brüssel 61,85; Paris 9,3750; Mailand 1962,90; Wien 21,5940; Zürich 2,5822; Ir. Pfund/DM 3,132; Pfund/Dollar 1,2689; Pfund/DM 3,898.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 21. Mai: In D-Mark 2,24130 (Parität 2,24184); in Dollar 0,740190 (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 21. 5. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,75; Verkauf 21,75 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Dollar-Depots notierten am 22. Mai bei unveränderten Zinsgegebenheiten auf Vortagsniveau.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,65/0,55	1,95/1,85	4,05/3,85
Pfund/Dollar	0,53/0,51	1,48/1,44	2,47/2,42
Pfund/DM	3,1/1,7	7,5/6,1	12,4/11,0
FF/DM	21/5	46/32	83/67

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 22. 5.: Tagesgeld 5,50–5,55 Prozent; Monatsgeld 5,60–5,75 Prozent; Dreimonatsgeld 5,65–5,80 Prozent.

Privatdiskontsätze am 22. 5.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 22. 5.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 6 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 16. April 1985 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/5 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,50 (7,00) – 7,00 (7,50) – 7,25 (8,00) – 7,50 (8,25) – 8,50 (8,50). Ausgabe 1985/6 (Typ B) 5,00 (5,00) – 5,73 (5,97) – 6,13 (6,45) – 6,28 (6,90) – 6,58 (7,05) – 6,84 (7,25). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,45, 2 Jahre 6,10. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,75, Kurs 99,60, Rendite 6,85.

Pause am Rentenmarkt

Der Renditerückgang in den letzten Wochen führte an der Mittwochbörse am Rentenmarkt zu einer Konsolidierungspause. Bei nachlassenden Umsätzen schwankten die Kurse öffentlicher Anleihen um 0,10 Prozentpunkte. Noch läßt sich nicht übersehen, wie der Markt auf die Rückkehr zum siebenprozentigen Nominalzins reagieren wird. An der Postanleihe scheint besonders die 12jährige Laufzeit zu stören. Für die Placierung der siebenjährigen siebenprozentigen China-Anleihe sieht man keine Schwierigkeiten.

Bundesanleihen

			22.5.	21.5.
F	7½ Bund 79 I	7/85	100,3	100,3G
F	8 dgl. 76 IV	10/85	100,75	100,75G
F	5½ dgl. 78 II	3/86	99,8	99,8
F	5¾ dgl. 78	5/86	99,5	99,5bG
F	7¼ dgl. 76 I	12/86	101,8	101,9
F	6½ dgl. 79	1/87	101,6G	101,6G
F	7¼ dgl. 76 II	1/87	100,45	100,45G
F	6¾ dgl. 77	4/87	100,85	100,9
F	6½ dgl. 77	7/87	100,4	100,4
F	6 dgl. 77	10/87	99,6	99,65
F	6 dgl. 78 I	1/88	99,45	99,45
F	6½ dgl. 78 I	9/88	100,75	100,8G
F	6¾ dgl. 78 II	12/88	100,4	100,4
F	6¾ dgl. 79	1/89	100,45	100,45
F	7¼ dgl. 79 I	4/89	102,5	102,5
F	10 dgl. 81 I	4/89	110,7G	110,7
F	7½ dgl. 79 I	6/89	105	105,1
F	8 dgl. 79 I	7/89	104,25	104,25
F	8 dgl. 79 II	8/89	104,2	104,35
F	7¾ dgl. 79 II	9/89	102,95	102,95
F	7¾ dgl. 79 II	11/89	105,75	105,85
F	7¾ dgl. 80	1/90	103,8	103,8
F	10 dgl. 80	4/90	112,6	112,6
F	5¾ dgl. 78	5/90	96,45	96,4
F	8¼ dgl. 80 I	7/90	105,5	105,5
F	8¼ dgl. 80 II	11/90	105,7G	105,7
F	7¾ dgl. 82 I	11/90	103,85	103,8
F	9 dgl. 81	2/91	108,55	108,5
F	7½ dgl. 83 III	6/91	102,95	102,85
F	10¼ dgl. 81	7/91	115	115
F	10¾ dgl. 81	9/91	117,7	117,7G
F	10 dgl. 81 II	12/91	114,45	114,45
F	9¾ dgl. 82 I	1/92	113,15G	113,15
F	9¾ dgl. 82 II	5/92	113,25	113,25
F	9½ dgl. 82	4/92	112,85	112,85G
F	9 dgl. 82 I	5/92	109,55G	109,55bG
F	6½ dgl. 77	5/89	99,75	99,7
F	8 dgl. 79 I	7/89	104,25G	104,25
F	6 dgl. 78 I	2/90	96,85	96,8
F	8 dgl. 80 II	7/90	104,45	104,45
F	9 dgl. 81	3/91	108,85	108,85
F	10½ dgl. 81	9/91	116,3G	116,5
F	10¾ dgl. 81	11/91	115,45G	115,45G
F	8 dgl. 80 I	2/92	104,45	104,45G
F	10 dgl. 82	2/92	114,45G	114,45
F	9¾ dgl. 82	7/92	112,3	112,3G
F	8 dgl. 82	11/92	104,6	104,8
F	7¾ dgl. 83	1/93	103,3	103,4
F	8¼ dgl. 83	10/93	106,5	106,5
F	8¼ dgl. 84	6/94	106,6G	106,6
F	7¼ dgl. 84	10/94	101,15	101,15
F	7½ dgl. 85	1/95	100,25	100,2

Bundespost

			22.5.	21.5.
F	6½ Bdpost 68	6/88	100G	100
F	8 dgl. 72 I	9/87	102,75G	102,9
F	6 dgl. 80	3/90	104,45	104,45
F	7¾ dgl. 80	9/90	105,5	105,6
F	8¾ dgl. 80	12/90	107,85	107,85
F	10 dgl. 81	3/89	110,55	110,55
F	10¼ dgl. 81	6/89	111,8	111,8bG
F	10¼ dgl. 81	10/91	116,55	116,55
F	9¾ dgl. 82	2/92	113,1G	113,1G
F	8¾ dgl. 82	6/92	108,3G	108,3bG
F	8½ dgl. 82	10/92	107G	107bG
F	7¾ dgl. 83	2/93	105,5	105,65
F	8½ dgl. 83	9/93	107,6	107,6bG
F	8¼ dgl. 84	2/94	106,5	106,5
F	8 dgl. 84	9/94	105,1	105,15

Länder – Städte

			22.5.	21.5.
S	6¾ Bd.-Württ.76	86	100G	100G

		22.5.	21.5.
M	7 dgl. Pf 28	100,5G	100,25G
B	5 Berl.Pfandb. Pf 7	102,5G	102,5G
B	7 dgl. Pf 31	100,6G	100,5G
B	6 dgl. Pf 34	98,25G	98,25G
B	6½ dgl. Pf 37	99,5G	99,5G
Hn	5 Brhlens. Hypo. Pf 1	118G	118G
Hn	7 dgl. Pf 80	96,25G	96,25G
Hn	7½ dgl. Pf 87	101,5G	101,5G
Hn	6 dgl. KS 29	87,5G	87,5G
Hn	7 dgl. KS 30	101,15G	101,15G
D	5 Dt.Cenbod. Pf 44	120,5G	120,5G
D	5 dgl. Pf 54	116bG	116G

		22.5.	21.5.
D	6 dgl. Pf 28	98G	98G
D	6½ dgl. Pf 67	90G	90G
D	5½ dgl. KO J+E	126G	126G
D	7½ dgl. KO 77	100G	100G
S	5 Rhhyp.Mannh.Pf59	110G	110G
S	5½ dgl. Pf 109	76,25G	76,25G
S	7 dgl. Pf 125	101G	101G
S	7 dgl. Pf 128	96G	96G
S	8 dgl. Pf 177	101,6G	101,6G
S	6 dgl. KS 77	85G	86G
Br	5 St.Kr.Ol-Br Pf17	124,25G	124,25G
Br	5½ dgl. Pf 24	107,75G	107,75G
Br	5 dgl. Pf 36	–	–
Br	5½ dgl. Pf 43	90,25G	90,25G

		22.5.	21.5.
F	7½ Karstadt 71	100,25	100,4G
F	7½ Kaufhof 71	100,25	100,3bG
F	7¾ dgl. 71	100,5T	100,5T
F	7½ dgl. 76	100,5G	100,25
F	7½ Klöckner W. 71	100,25bG	100,25G
F	8 dgl. 72	100,75G	101T
F	6 NWK 61	99,8G	99,8G
F	6 dgl. 62	98,65G	98,65
F	6 Ob.Don.Krwk. 64	98,6T	98,5T
F	6 Rh.Braw. 63	97,75G	97,75bG
F	6 dgl. 65	97,1G	97,5bG
F	6 RWE 63	100T	100,25T
F	6 dgl. 66	97,6T	97,6G
F	7¾ dgl. 71	100,25	100,25bG

Bankschuldverschr.

Bundesbahn

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

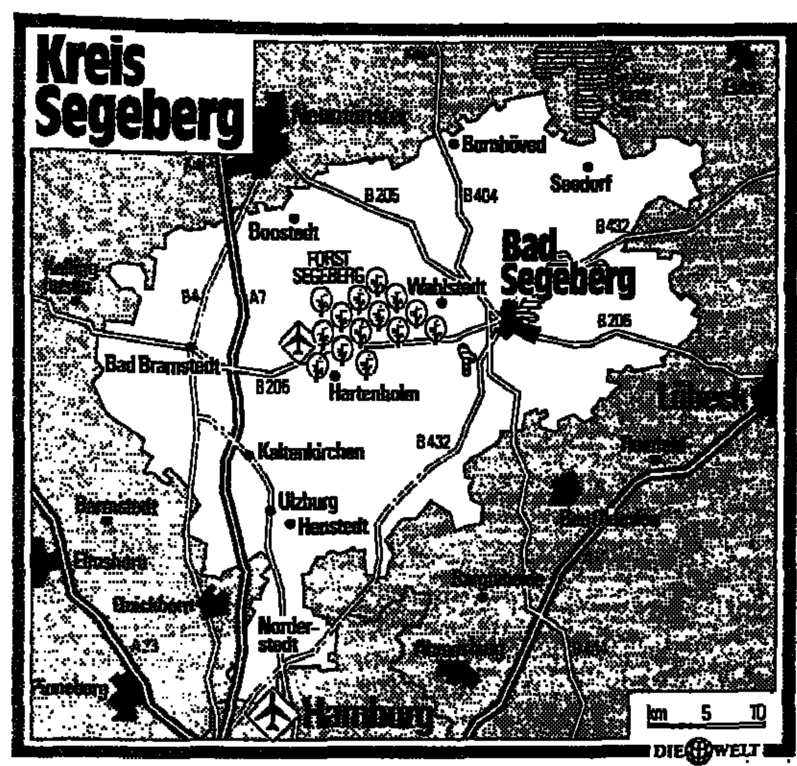
Währungsanleihen

Wandelanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Ausländische Aktien in DM



Gezielte Wirtschaftsförderung soll Strukturprobleme beseitigen

Ruhig, gelassen und einigermaßen zufrieden gibt sich der Landrat des Kreises, wenn er auf sein Terrain zu sprechen kommt: „Der, der hier lebt und Arbeit hat, für den gibt es keine Probleme", meint Anton Graf Schwerin von Krosigk. Seit 20 Jahren „regiert" der Jurist, dessen Beruf ihn einst nach Bonn ins Innenministerium und nach Kiel zur Landesregierung führte, vor den Toren der Metropole Hamburg. Dorthin aber würde er nie ziehen, obwohl er die verlockenden Seiten einer Großstadt kennt. Graf Schwerin von Krosigk nämlich ist in Berlin aufgewachsen.

Allzu sehr aber reizt ihn, wie auch seine Familie, die Landschaft mit Wäldern und Seen. In ihr findet er die Entspannung des Landlebens, fern genug der städtischen Hektik, um das Leben zu genießen, doch dicht genug, um Stadtluft schnuppern zu können, wenn sein Befinden ihn dazu treibt. Er sei eben, so meint der Landrat, jederzeit in der Lage, in kurzer Zeit seine Freunde und Bekannten in der Hansestadt oder der Landeshauptstadt Kiel zu erreichen. „Meine Kontakte zu meinen Freunden kann ich jederzeit pflegen", antwortet er auf die Frage, ob das Leben für einen ausgesprochenen Stadtmenschen in Bad Segeberg und Umgebung nicht allzu ruhig dahinplätschert. Die Bevölkerung seines Kreises übrigens muß sich dennoch allmählich mit dem Gedanken an das Ende der gräflichen Amtszeit vertraut machen.

„Kreis der kurzen Wege" mit solidem Haushalt

„Wir sind ein Kreis der kurzen Wege", führt der Graf weiter aus und verweist damit auf die günstigen Bedingungen, die dieser Raum um Hamburg für Unternehmen zu bieten hat, die sich mit dem Gedanken der Umsiedlung oder Neuansiedlung in der Nähe der Großstadt tragen.

Tatsächlich weist der Kreis – nicht nur was die Bevölkerungszahl betrifft – in seiner wirtschaftlichen Entwicklung eine durchaus positive Tendenz auf. So wuchs etwa die Einwohnerzahl in der Zeit von 1970 bis 1984 um mehr als 50 000 auf etwa 214 000 Menschen.

Aufstrebende Städte sind vor allem Norderstedt und Kaltenkirchen, die in ihrer Neuansiedlungspolitik auf stattliche Zuwachsraten verweisen können. Als einen der Gründe nennt der Landrat die niedrigen Quadratmeterpreise, die um 20 Mark liegen. Weniger glücklich verlief – trotz Zonenrandförderung – die Entwicklung im Osten des Raumes. Hier ist weiterhin, wie vor dem Zweiten Weltkrieg, die Landwirtschaft vorherrschend.

Hoffnungen setzt von Krosigk dabei auf den Ausbau der Bundesstraße 404, die das Gebiet um Bad Segeberg parallel zur Autobahn 7 Hamburg – Flensburg/Kiel durchschneidet und die Kreisstadt mit ihrer Umgebung so unmittelbar an die Landshauptstadt Kiel und die Hafenstadt Hamburg anschließen würde. Diese Trasse und die Zonenrandförderung sind seiner Meinung nach ein nicht zu unterschätzender Vorteil für die Region.

Daß hier noch einiges im argen liegt, gibt von Krosigk offen zu. Die Arbeitslosigkeit beträgt bis zu 16 Prozent. Die Folge: Die Kaufkraft ist gesunken, ein Problem, daß sich – einmal abgesehen von den Betroffenen und ihren Familien – auch in den Geschäften auswirkt.

Wie seine Kollegen in der Bundesrepublik klagt auch der Verwaltungschef des Kreises Segeberg über die steigenden Soziallasten. Gleichzeitig – nicht ohne eine gute Portion Stolz – schränkt er ein, daß sämtliche Gemeinden auf gesunden finanziellen Füßen stehen. Aufgrund sparsamer Wirtschaftsführung habe man nicht 200 Millionen Mark Schulden, wie etwa einige Kreise in Hessen, sondern nur zehn Millionen, die so gut wie nicht ins Gewicht fielen.

Mag die finanzielle Situation des Raumes auch keine Sorge bereiten, so ist es um die Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz weniger gut bestellt. Schließlich sucht die Deutsche Bundesbahn (DB) ihr Defizit auch im Kreis Segeberg über Streckenstillegungen abzubauen. Er sei in dieser Hinsicht zwar noch von Optimismus beseelt, so erklärt von Krosigk, doch rechne er damit, daß beispielsweise der Strecke Bad Segeberg–Bad Oldesloe nur noch eine Gnadenfrist eingeräumt werde.

Voraussetzung für die weitere Existenz der Strecken sei freilich die Annahme durch die Bevölkerung. Viele würden lieber mit dem Auto fahren. Beweis dafür sei die Tatsache, daß der Kreis im Vergleich die höchste Anzahl von Personenwagen, gemessen an der Einwohnerzahl, habe. Problemlos hingegen sei die Anbindung der Schulen. Sämtliche Gemeinden seien in den Schulbusverkehr einbezogen. Auf die Attraktivität als Wohnort angesprochen, führt der Landrat aus, daß heute alle zentralen Orte neue Schulen hätten. Ebenso positiv sei das Bild bei den Krankenhäusern und den Sportstätten. Auch die Abwasserklärung, die über Jahre Kopfzerbrechen und viel Geld kostete, sei nun im Griff.

Peinlich achtet der Kreis auch darauf, so jedenfalls betont es der Landrat, daß bei der Neuansiedlung von Unternehmen die Verschmutzung der Umwelt vermieden werde. Aufgrund der Größe des Kreises und des Anteils der ausgewiesenen Flächen für Gewerbe und Industrie, die sich auf verschiedene Orte konzentrierten, sei mit Belastungen nicht zu rechnen.

Flughafen-Stopp findet nicht überall Zustimmung

Mit einem lachenden und einem weinenden Auge hat der Landrat auch die zwischen Hamburg und der schleswig-holsteinischen Landesregierung getroffene Entscheidung hingenommen, den Großflughafen Kaltenkirchen zumindest nicht in absehbarer Zeit zu bauen. Sicherlich habe sich der Kreis mit Blick auf die damit verbundenen Arbeitsplätze und die bedeutende Entwicklungschance des Raumes vor dem endgültigen Nein für das Projekt ausgesprochen. Viele Bewohner jedoch seien auch erleichtert gewesen, als das Vorhaben gekippt wurde. Welche Entscheidung nun richtig gewesen wäre – von Krosigk weiß es nicht. Hier Arbeitsplätze – hier Landschaft – Positionen, die selten einen Nenner kennen.

Mag der Flughafen mit all seinen Auswirkungen auf die Landschaft auch gestoppt worden sein, die Schwierigkeiten der Mülldeponie bleiben. Der Kreis Segeberg, der Deponieflächen für Hamburger Müll bereitstellen soll, ist hierzu bereit, doch als Voraussetzung müsse die Mülldeponie erweitert werden. Schließlich soll der Kreis, so meint der Landrat, nichts von seiner reizvollen landschaftlichen Attraktivität einbüßen.

HANS WILHELM

Eine Landregion lebt vom Pulsschlag Hamburgs

Der Kreis Segeberg, rund 1400 Quadratkilometer groß, liegt im südholsteinischen Raum zwischen Hamburg, Neumünster und Lübeck. Diese Lage blieb nicht ohne Wirkung auf die jüngere Entwicklung des Kreises. Besonders in der Südwest- und Westregion des Kreises mit den Städten und Gemeinden Norderstedt, Henstedt-Ulzburg, Kaltenkirchen, Bad Bramstadt und Ellerau, die sich im unmittelbaren Einzugsbereich Hamburgs befinden, haben sich in den beiden zurückliegenden Jahrzehnten bedeutsame Wirtschaftsschwerpunkte entwickelt.

Der Mittel-, Nord- und Ostteil des Kreises Segeberg hingegen ist überwiegend landwirtschaftlich geprägt und hat seine Wirtschafts- und Siedlungsschwerpunkte in der Kreisstadt Bad Segeberg, der Stadt Wahlstedt sowie den Gemeinden Bornhöved und Trappenkamp. Der Kreis Segeberg gehört zum Zonenrandgebiet und ist außerdem als Fördergebiet der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur, Aktionsprogramm Holstein" ausgewiesen. Die Bevölkerung hat sich von 1970 mit 165 000 Einwohnern auf rund 214 000 Bewohner entwickelt (Stichtag 31. Dezember 1983). Bevölkerungsschwerpunkt ist, den wirtschaftlichen Gegebenheiten entsprechend, der Raum um die Entwicklungsachse Hamburg – Kaltenkirchen.

Die Wirtschaft des Kreises Segeberg wird überwiegend durch Industrie und Handel bestimmt. Einzel- und Großhandel erreichen zusammen einen Umsatz von rund 4,1 Milliarden Mark, wobei Norderstedt mit rund 8800 Industriebeschäftigten weit vor Wahlstedt (1600) oder Kaltenkirchen (1400) den ersten Platz einnimmt.

geo.

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG / Know-how gefragt

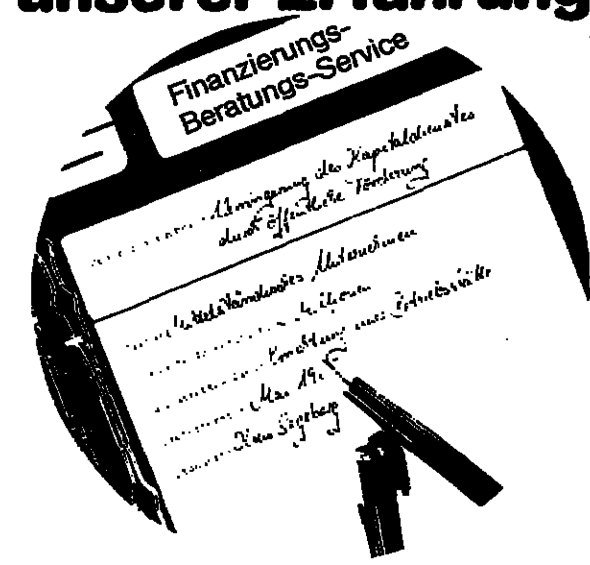
Startgeld kommt vom Kreis

Intensiv bemüht sich das Amt für Wirtschaftsförderung und Fremdenverkehrsförderung um ansiedlungsinteressierte Firmen, kreisansässige Firmen und Existenzgründer. Vergleichende Standortanalysen und Liquiditätsberechnungen gehören dabei zum Standardangebot. Schwerpunkt der Bemühungen sind Vortragsveranstaltungen, Anhörungen zur Wirtschaftsförderung und Gesprächsabende zwischen Vertretern der Wirtschaft, der Verwaltung und der Politik zu unterschiedlichen Themenkreisen. Zur Kontaktpflege gehören auch regelmäßige Gespräche mit Vertretern der Abteilung Gewerbliche Wirtschaft des Wirtschaftsministeriums in der Landeshauptstadt Kiel, der Banken und Sparkassen, der Industrie- und Handelskammer, der Kreishandwerkerschaft sowie der Handwerkskammer.

Als neue Angebotsformen entwickelte der Kreis Gewerbezentren und Gewerbehöfe weiter, die von privaten Gesellschaften in eigener Verantwortung für die gewerbliche Wirtschaft bereitgestellt werden und auch jungen oder neugegründeten Unternehmen als Standort zur Verfügung stehen. Kleine und mittlere Firmen sollen im übrigen nach den Vorstellungen des Kreises dabei stärker in die Trägerschaft eines qualifizierten wirtschaftlichen Wachstums einbezogen werden. Das besondere Interesse gilt dabei den Firmen, die sich auf Forschung und Entwicklung konzentrieren.

Wie lukrativ der Kreis Segeberg mit einer Förderungspräferenz von bis zu 15 Prozent – steuerfreie zehnprozentige Investitionszulage, zinsgünstiger Darlehen und Zinszuschüsse – für Unternehmer sein kann, unterstreicht der Vergleich eines mittelständischen Unternehmens in einem Förderungsschwerpunktort und in einem Gebiet ohne steuerliche Vergünstigungen und öffentliche Finanzierungshilfen. Bei gleichem Investitionsvolumen, gleichen Umsatzerlösen, Material- und Personalkosten ergibt sich bei einer Investition in Höhe von zwei Millionen Mark nach einem Zeitraum von zehn Jahren ein Reingewinn, der bei einem Unternehmen in einem Förderungsgebiet um rund 30 Prozent über dem Reingewinn eines Unternehmens in einem Standort ohne Förderung liegt. Die geförderte Firma muß statt der 600 000 Mark Eigenkapital nur 200 000 Mark aufbringen.

H.W.



BAD BRAMSTEDT / Kurzentrum in Großstadtnähe

Die Klinik ist Stolz der Stadt

Bram kommt aus dem Niederdeutschen und bedeutet soviel wie Ginster. Bad Bramstedt als „Ginsterstätte" verdankt also seinen Namen dieser Pflanze. Der Ort besteht bereits mehr als 1000 Jahre, die Stadtrechte erhielt er aber erst 1910.

Der Roland, Sinnbild der Marktgerechtigkeit, steht auf dem Bleeck, einem Platz, auf dem früher Ochsen per *Handschlag ge-* und verkauft wurden. Daneben befindet sich das Schloß, welches der Dänen-König Christian IV. im Jahre 1633 seiner Geliebten schenkte. Wenige Jahrzehnte später, 1681, wurde die Heilquelle entdeckt. Erst seit 75 Jahren jedoch nutzt Bramstedt das Naturgeschenk und nennt sich Kur- und Rheuma-Bad.

Heute besitzt die Stadt eines der größten Rheuma-Krankenhäuser Deutschlands. Hier werden Gelenk- und Wirbelsäulenerkrankungen aller Grade mit Medikamenten, bewegungstherapeutisch und operativ behandelt. Die natürlichen Heilkräfte der Moore und Solebäder sollen helfen, die Schmerzen der Patienten zu lindern. Das Krankenhaus mit einer Beschäftigtenzahl von 624 Mitarbeitern wurde im vergangenen Jahrzehnt für 70 Millionen Mark modernisiert. Die *Forschungsabteilung* kooperiert mit den medizinischen Fakultäten benachbarter Universitäten zusammen. Im Kurbereich der Klinik stehen 590 Betten zur Verfügung. Die Wartezeit auf eines der 206 Betten in der Chirurgischen Abteilung beträgt *zur Zeit 18 Monate.*

Außerhalb der Klinik bietet Bad Bramstedt 650 Betten in Hotels und 160 in Pensionen an; hinzu kommen noch 40 Privatvermieter. Rund um die Stadt liegen Wald, Heide und Moor. Die Auentäler und viele kleine Seen machen den Reiz der Landschaft in der Umgebung Bad Bramstedts aus. Rad- und Kanuwandern ist ebenso möglich wie auf Schusters Rappen auf einem der vielen markierten Wanderwege. Zum Reitsport bestehen alle Möglichkeiten einschließlich des Unterrichts. Ein beheiztes Freibad ergänzt das umfangreiche Freizeit-Angebot. (Information: Stadt Bad Bramstedt, Bleeck 17, 2357 Bad Bramstedt.) des

SEGEBERG UND WAHLSTEDT / Günstige Preise

Industriepark mit Reserven

In den zurückliegenden Jahrzehnten entwickelte sich Bad Segeberg *zum dynamischen Herzen des Kreises*, ohne daß die landschaftlichen Schönheiten und Reize des staatlich anerkannten Kurortes ins Hintertreffen gerieten. Sichtbarstes Zeichen für die Attraktivität ist die Rehabilitationsklinik für Herz- und Kreislauferkrankungen, die einen hervorragenden medizinischen Ruf genießt.

Bundesweit bekannt wurde Bad Segeberg aber auch durch seine Karl-May-Spiele und Open-Air-Veranstaltungen im Kalkberg-Naturtheater. Diese Festivals bringen Jahr für Jahr mehr als 100 000 Besucher in die Stadt. Sie ist jedoch nicht nur beliebtes Ziel des Fremdenverkehrs, sondern gilt auch als kultiviertes, zum Einkaufsbummel einladendes Wohngebiet.

Mag Segeberg *das administrative* Zentrum für etwa 50 000 Menschen sein, so ist Wahlstedt in unmittelbarer Nachbarschaft zur Kreisstadt das industrielle Herz des Raumes um Bad Segeberg. Beide zusammen bilden das Mittelzentrum des Kreises. Wahlstedt stellt zur Zeit mit rund 3400 Arbeitsplätzen im gewerblichen Bereich, davon 2500 im produzierenden Gewerbe, einen beachtlichen Wirtschaftsfaktor der Region dar. Der Ort verfügt als einer der wenigen Orte Schleswig-Holsteins über ein uneingeschränkt nutzbares Industriegebiet mit einer Größe von mehreren hunderttausend Quadratmetern. Allein das Gebiet „Industriepark Kieler Straße" umfaßt eine Fläche von 320 000 Quadratmetern. Die Stadt bietet die Fläche zu einem Grundstückspreis von 20 Mark pro Quadratmeter an. Die Autobahnen 1 und 7 befinden sich in nicht allzu großer Entfernung.

Die Infrastuktur des Ortes wird durch Schwimmbäder, Sporthallen, Tennisplätze, Theater, Grund-, Haupt- und Realschulen sowie durch ein modernes *Stadtzentrum, das mit* Hilfe des Bundes und des Landes geschaffen wurde, abgerundet. (Auskunft: Stadtverwaltung Segeberg, Lübecker Straße 9, 2360 Bad Segeberg; Stadtverwaltung Wahlstedt, Markt 3, 2362 Wahlstedt). H. W.

KALTENKIRCHEN / Standortvorteil durch Autobahn

Priorität im Aktionsplan

Kaltenkirchen ist „äußerer Schwerpunkt auf der Entwicklungsachse Hamburg–Kaltenkirchen" und „Unterzentrum mit Teilfunktionen eines Mittelzentrums", wie es so umständlich im Amtsdeutsch heißt. Doch dokumentieren diese Bezeichnungen, daß das frühere Kirchspiel mit seinen heute etwa 12 000 Einwohnern als Wohnsitz ebenso interessant ist wie als Standort für Gewerbebetriebe.

Durch den Verkauf voll erschlossener *Einzelhausgrundstücke* bemüht sich die Gemeinde vor allem um mehr Einwohner. Als Vorteil erweist sich dabei, daß Kaltenkirchen über Grund-, Haupt- und Realschulen sowie mit Sonderschulen für Lernbehinderte, einer Landwirtschaftsschule und einem Gymnasium verfügt.

Längerfristig strebt Kaltenkirchen 16 500 als Einwohnerzahl an. Der Ehrgeiz der Stadt zeigt sich an den Sport- und Erholungseinrichtungen. Ein beheiztes Freibad ist ebenso vorhanden wie Sport- und Tennisplätze, Tennishallen, Reitbahnen, Schießsportanlagen, Golfplatz, Erholungspark oder der nahe Sportflugplatz Hartenholm. Wirtschaftliche Erfolge verbuchte die Stadt vor allem durch das Aktionsprogramm Holstein, in dem Kaltenkirchen mit einer maximalen Förderung von 15 Prozent eingestuft ist. Dieser Standortvorteil in Verbindung mit Sonderabschreibungen gemäß Paragraph 3 des Zonenrandförderungsgesetzes führte zu wesentlichen Ansiedlungserfolgen im gewerblich-industriellen Sektor. Die Gemeinde bietet daher Flächen ihres an die Bundesautobahn Hamburg– Kiel/Flensburg angeschlossenes Gewerbegebiet mit einer Größe von rund 115 000 Quadratmetern zu einem Quadratmeterpreis von rund 30 Mark an.

Die wichtigsten Industriegruppen *in* Kaltenkirchen sind die Nahrungs- und Genußmittelbranche, die Eisen- und Nichteisenmetallerzeugung, der Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau, Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik, Holz, Papier und Druck. (Auskunft: Stadtverwaltung Kaltenkirchen, Am Markt, 2358 Kaltenkirchen.) H. W.



Kommunalfinanzen mit Faust und Pulverdampf: Karl May – fester Haushaltsposten Segebergs. FOTO: ANDREAS LAIBLE

Applaus für Old Shatterhand im Stadtrat

Auf dem Rücken ihrer Pferde kämpfen sie edel für die gute, hinterlistig für die böse Sache. Die Helden gewinnen immer, trotz vieler Opfer, die ihnen abverlangt werden. Denn so steht es bei Karl May, dem großen Meister, der den Festspielen in Bad Segeberg den Namen gab, geschrieben. Hunderttausend Besucher aus allen Kontinenten zieht es jedes Jahr in das Städtchen an der Trave. Die Kalksteinfelsen bei Bad Segeberg bilden die großartige Kulisse des Spektakels, in dem geliebt und gehaßt, getötet und gerettet wird. Die Festspiele, die regelmäßig im Juli und im August stattfinden, sind ein traditioneller Bestandteil des Segeberger Lebens.

Der Wilde Westen hat in Deutschland trotz „Dallas" und „Denver" immer noch Konjunktur. Und nach Bad Segeberg kommen nicht nur diejenigen, deren Amerikabild noch aus Zeiten geprägt ist, in denen in den deutschen Wohnzimmern „Bonanza" über die TV-Scheibe flimmerte. Der Trend, die Figuren des Karl May einmal „live" und unter freiem Himmel zu erleben, ist ungebrochen. Das zeigt sich auch an regnerischen Tagen, an denen die Zuschauer im „Ostfriesennerz" bis zum glücklichen Ende der Vorstellung auf ihren Plätzen verharren. Schließlich will sich keiner entgehen lassen, wie Old Shatterhand nach Jahren eine einsame Tanne in Arizona wiederfindet und dort auf seinen Freund Winnetou vom Stamme der Apachen trifft. Schreibt die Regie strahlenden Sonnenschein vor, indessen es aber in Strömen regnet, so wird an die Phantasie der Zuschauer appelliert.

Mit gutem Grund, denn auch Karl May schrieb seine Storys aus reiner Phantasie (daß sie phantastisch sind, muß kaum erwähnt werden). Karl May war, als er seine berühmten Geschichten schrieb, noch nie in Amerika gewesen. Erst als seine Romane Weltruhm erlangt hatten, besuchte er die Vereinigten Staaten von Amerika zweimal – als Tourist.

Die natürliche Kulisse der Festspiele, der Segeberger Kalkberg, ist die nördlichste Gesteinsformation dieser Art in Deutschland. An dem 91 Meter hohen Felsen wurde über 800 Jahre lang Gips abgebaut. 1913 entdeckten drei Schüler aus Segeberg einen Eingang, der in das Innere des Berges führte. In der Kalksteinhöhle, die von April bis Oktober auch Besuchern zugänglich ist, herrscht unabhängig von der Außentemperatur eine Wärme von acht bis neun Grad Celsius und eine Luftfeuchtigkeit von konstant 100 Prozent. Diese Bedingungen sind ideal zur Heilung von Keuchhusten und Bronchialbeschwerden. Das Höhlensystem zieht sich im Halbkreis von etwa einem Kilometer Länge unter dem Berg hin. Etwa zwei Drittel der Höhle können durchwandert werden. Sie ist beleuchtet und zudem noch gut ausgeschildert, so daß kein Besucher Gefahr läuft, sich zu verirren.

Das Land um Bad Segeberg ist vorwiegend agrarisch strukturiert. Aber überall finden sich Spuren vorgeschichtlicher Besiedelung, steinzeitliche Wohnstätten und Grabhügel. Bei Groß Rönnau stehen Dolmen auf einem Feld, bei Wensin erhebt sich ein urzeitliches Hünengrab. Aus historischer Zeit sind eine Fülle von steinernen Zeugen der Vergangenheit erhalten geblieben. Sachsen, Dänen, Franken, die slawischen Obodriten, später die Schweden und Franzosen, Russen, Preußen und Österreicher haben ihre Spuren hinterlassen. Die russische Zarin Katharina II. hat den Ort Großenaspe besucht; die dortige Kirche ist nach ihr benannt worden.

Gut erhalten geblieben ist die Feldsteinkirche Pronstorf aus dem Jahr 1198 *und das Torhaus des Gutes* Seedorf aus dem Jahre 1583. Das Torhaus dient heute der Verwaltung als Amtssitz. Als Beispiele für die Baukultur der Gutsherren in diesem Raum können die kunsthistorisch bedeutsamen Herrenhäuser in Borstel und Wensin gelten.

Der Segeberger Kreis bemüht sich zunehmend um Sommerfrischler. Alles, was beim „Urlaub auf dem Lande" interessant ist, wird fast überall angeboten. Sei es die dörfliche Idylle, die in den kleinen Orten lockt, sei es der *allerdings in den vergangenen* Jahren etwas aus der Mode gekommene, für Familien mit Kindern aber immer noch attraktive „Urlaub auf dem Bauernhof".

Überall finden sich Gelegenheiten, Pferde zu mieten oder Reitunterricht zu nehmen; Tennis, Schwimmbäder, Rad- und Wanderwege erweitern die touristische Infrastruktur. So führen zum Beispiel durch den Segeberger Forst, das mit 4000 Hektar größte zusammenhängende Waldgebiet Schleswig-Holsteins, zahlreiche Rad- und Wanderwege. Um Bad Segeberg herum gibt es mehr als zehn größere und kleinere Badeseen. Für Feriengäste, die lieber in offener See schwimmen wollen, ist der Weg zur Ostsee nicht weit – zur Neustädter Bucht sind es keine 30 Kilometer.

DIETER SALZMANN



Kopfsteinpflaster und historische Häuser: *Die Altstadt Bad Segebergs* vermittelt Erinnerungen an vergangene Zeiten. FOTO: GÜNTHER HORMANN

Norderstedt – Stadt mit zahlreichen Trümpfen

Norderstedt vor den Toren Hamburgs hat sich eines Mottos bemächtigt, dessen sich nur wenige Städte in dem landwirtschaftlich geprägten Bundesland Schleswig-Holstein rühmen können: „Wir sind die junge, aufstrebende Stadt."

Norderstedt weiß viele Trümpfe in seiner Hand:

- unmittelbare Nähe zu Hamburg;
- hervorragende Verkehrs-, Nachrichten- und Versorgungs-Infrastruktur;
- kurze Wege zum Hamburger Hafengebiet, zum Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel und relative Nähe zum Güterbahnhof Hamburg-Maschen;
- Anbindung an das Hamburger Post- und Telefon-Netz;
- Zonenrandförderung und Städtebauförderung sowie
- Schwerpunktstandort der Achse Hamburg–Kaltenkirchen.

Als weitere Pluspunkte verweist die Stadt, deren Einwohnerzahl von 1970 bis 1982 um rund 11 000 auf 66 000 Einwohner stieg, auf die großräumigen, voll erschlossenen und gut frequentierten Gewerbegebiete. So bietet Norderstedt, das in seiner Planung von Anfang an weitflächige Räume für das Gewerbe freihielt, neben der Auffüllung der vorhandenen Bauflächen für die weitere wirtschaftliche Entwicklung rund 65 Hektar Bauland an.

Insgesamt prognostiziert die fünftgrößte Stadt des nördlichsten Bundeslandes, die ihren industriellen Schwerpunkt in Chemie, Maschinenbau und Elektronik hat, einen Anstieg der Arbeitsplätze auf 34 000 im Jahre 1990. Und noch einen weiteren Vorteil zieht die „grüne Stadt", wie sie sich mit Blick auf ihre insgesamt 3700 Hektar große Grünfläche plus landwirtschaftliche Nutzfläche und Wald gerne selbst nennt, aus ihrer unmittelbaren Vorortlage zu Hamburg.

Den direkten Anschluß an die Hansestadt sichert neben den Autobahnen von Hamburg nach Kiel und Flensburg sowie in Richtung Hannover und Bremen für Bahnreisende die U-Bahn. Sie fährt bequem im Zwanzig-Minuten-Takt. (Auskunft: Entwicklungsgesellschaft Norderstedt mbH, Langenharmer Weg 35, 2000 Norderstedt.) H. W.

HENSTEDT-ULZBURG

Werben mit freier Kapazität

Die Gemeinde Henstedt-Ulzburg will nicht nur Schlafstadt für das im Süden gelegene Hamburg sein, sondern auf eigenen Füßen stehen. Der 20 000 Einwohner zählende Ort hat daher ausreichende Industrie- und Gewerbeflächen ausgewiesen.

Das Industriegebiet umfaßt eine *Fläche von 33 Hektar*, von der bisher nur 13 Hektar bebaut oder vergeben sind. Weitere sieben Hektar sind bereits erschlossen und stehen ebenfalls zur Verfügung. 13 Hektar hält die Gemeinde für den Bedarfsfall noch als Reserve zurück. Das Gewerbegebiet *ist mit 76 Hektar mehr* als doppelt so groß. Auch von dieser Fläche sind bisher nur 13 Hektar vergeben. Außerdem stehen weitere 13 Hektar, teilweise erschlossen, zur Gewerbeansiedlung bereit. Zusätzlich sind 50 Hektar kurzfristig verfügbar.

Bis zur Hamburger City sind es nur 30 Kilometer. Steht das Auto einmal nicht zur Verfügung, so ist dennoch die Fahrt in die City kein Problem: Mit der Nahverkehrsbahn AKN kann man auf zwei verschiedenen Wegen schnell nach Hamburg oder in die ebenfalls südlich gelegene Nachbargemeinde Norderstedt gelangen. Auch liegt Henstedt-Ulzburg verkehrsgünstig. Bis zur Autobahn Hamburg–Kiel/Flensburg sind es nur sechs Kilometer. Durch den Ort führt die Bundesstraße 433, die bei Lenthförden auf die von Nord nach Süd verlaufende Bundesstraße 4 stößt. Die schleswig-holsteinische Landeshauptstadt Kiel ist 65 Kilometer entfernt und nach Lübeck sind es nur zehn Kilometer mehr. Telefonisch liegt die Gemeinde im Nahbereich Hamburgs. Große Kosten für Ferngespräche fallen bei den meisten Bürgern daher nicht an. Die Gemeinde beherbergt alle Schultypen, Kindergärten und Jugendfreizeiteinrichtungen. Im Ort liegt ebenfalls ein Krankenhaus mit 220 Betten.

Henstedt-Ulzburg entstand im Jahr 1970 durch den Zusammenschluß der Gemeinden Götzberg, Henstedt, Ulzburg. Der Ort verzeichnete in den letzten Jahren eine überdurchschnittliche Bevölkerungsentwicklung, die auch anhalten wird. (Auskunft: Gemeindeverwaltung, Beckersbergstraße 1, 2359 Henstedt-Ulzburg.) des

Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Dienstag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Während Kaffee zumeist kräftige Verluste hinnehmen mußte, fielen die Abschläge bei Kakao weniger drastisch aus. Hier konnte sich der Kassa-Monat sogar verbessern.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	21. 5.	20. 5.
Mai	322,00	329,75
Juli	315,75	318,00
Sept.	317,50	318,25

Weizen Winnipeg (can. S/t) Wheat Board cif.	21. 5.	20. 5.
St. Lawrence 1 CW	geschl.	geschl.
Amber Durum	geschl.	geschl.

Roggen Winnipeg (can. S/t)		
Mai	121,00	geschl.
Juli	120,60	geschl.
Okt.	116,50	geschl.

Hafer Winnipeg (can. S/t)		
Mai	125,30	geschl.
Juli	128,00	geschl.
Okt.	133,50	geschl.

Hafer Chicago (c/bush)	21. 5.	20. 5.
Mai	160,50	160,00
Juli	154,50	155,00
Sept.	153,75	159,00

Mais Chicago (c/bush)		
Mai	282,75	280,50
Juli	275,25	275,75
Sept.	280,50	283,00

Gerste Winnipeg (can. S/t)	21. 5.	20. 5.
Mai	139,60	geschl.
Juli	129,70	geschl.
Okt.	120,50	geschl.

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	21. 5.	20. 5.
Terminkontr. Mai	143,50	145,50
Juli	145,50	145,50
Sept.	146,00	146,00

Kakao New York (S/t)	21. 5.	20. 5.
Terminkontr. Juli	2072	2061
Sept.	2062	2070
Dez.	2030	2048
Umsatz	2178	–

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Juli	3,09	3,13
Sept.	3,21	3,25
Okt.	3,37	3,38
Jan.	3,73	4,19
März	4,23	4,37
Umsatz	15 050	–

	21. 5.	20. 5.
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	2,81	2,75

Kaffee London (£/t) Robusta-	21. 5.	20. 5.
Kontrakt Mai	2026–2027	2006–2010
Juli	2076–2077	2053–2057
Sept.	2116–2119	2099–2102
Umsatz	2492	2509

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Mai	1735–1748	1744–1745
Juli	1781–1782	1772–1772
Sept.	1772–1773	1764–1765
Umsatz	–	2885

Zucker London (S/t), Nr. 6		
Aug.	97,00–97,40	98,60–98,80
Okt.	100,20–100,40	99,60–99,80
Dez.	105,60–106,00	105,60–106,60
Umsatz	972	2187

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	21. 5.	20. 5.
schw. Sarawak spez.	725,00	715,00
weißer Sarawak	860,00	855,00
weißer Muntok	870,00	865,00

Orangensaft New York (c/lb)	21. 5.	20. 5.
Mai	148,80	150,50
Juli	146,80	150,70
Sept.	145,00	148,50
Nov.	144,50	147,45
Jan.	144,30	146,05
Umsatz	350	500

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	21. 5.	20. 5.
Südstaaten fob Werk	45,00	45,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	30,75	–

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Mai	32,85	33,05
Juli	30,40	31,03
Aug.	29,25	29,85
Sept.	28,32	27,05
Okt.	27,30	–
Dez.	26,45	–
Jan.	26,10	–

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal fob Werk	31,75	31,75

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	19,50	20,00
Choice white hog 4% fr. F.	18,00	18,25

Talg New York (c/lb)		
top white	18,35	19,00
fancy	18,25	18,50
bleichfähig	18,75	17,00
yellow max. 10% fr. F.	15,25	15,50

Schweine Chicago (c/lb)		
Juni	47,60	47,70
Juli	50,17	50,20
Aug.	50,17	50,20

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Mai	64,45	64,60
Juli	65,70	65,85
Aug.	65,15	64,50

Häute Chicago (c/lb)	21. 5.	20. 5.
Ochsen einh. schwere River Northern	58,00	58,00
Kühe einh. schwere River Northern	42,00	42,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Mai	566,00	579,75
Juli	568,50	575,00
Aug.	569,00	576,50
Sept.	568,00	583,00
Nov.	576,00	–
Jan.	586,25	–
März	597,00	–

Sojaschrot Chicago (S/sht)		
Mai	118,70	118,80
Juli	122,90	122,50
Aug.	125,70	125,80
Sept.	128,50	131,30
Okt.	131,00	–
Dez.	136,50	–
Jan.	139,50	–

Leinsaat Winnip. (can. S/t)	21. 5.	20. 5.
Mai	362,00	geschl.
Juli	365,00	geschl.
Okt.	367,40	geschl.

Kokosöl New York (c/lb)	21. 5.	20. 5.
Westküste fob Werk	38,00	38,00

Erdnußöl Rotterdam (S/t)	22. 5.	21. 5.
jegl. Herk. cif	1035,00	1030,00

Leinöl Rotterdam (S/t)		
jegl. Herk. ex Tank	745,00	745,00

Palmöl Rotterdam (S/lgt)		
Sumatra cif	800,00	805,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	223,00	221,00

Kokosöl Rotterdam (S/lgt)		
Philippinen cif	660,00	570,00

Leinsaat Rotterdam (S/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	300,00	298,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	21. 5.	20. 5.
Juli	65,32	65,10
Okt.	63,70	63,90
Dez.	63,70	63,81
März	64,75	64,85
Mai	65,35	–
Juli	65,70	–

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS–1:	40,75	40,75

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	21. 5.	20. 5.
Mai	505	–
Aug.	532–534	532,00–536,00
Okt.	532–534	532,00–536,00
Umsatz	23	25

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	21. 5.	20. 5.
Mai	55,10	55,00
Juli	55,50	55,40
Okt.	55,60	55,50
Dez.	55,80	55,50
Umsatz	0	0
Tendenz: stetig		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	21. 5.	20. 5.
Mai	615,00–630,00	622,00–625,00
Juli	–	632,00–636,00
Okt.	–	622,00–623,00
Umsatz	6	4

Sisal London (S/t) cif eur. Haupthäfen	21. 5.	20. 5.
East African 3 long	580,00	580,00
undergraded	570,00	570,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	21. 5.	20. 5.
Mai	12 049	12 070
Juni	12 100	12 130

Kautschuk London (p/kg)	21. 5.	20. 5.
Nr. 1 RSS loco	83,00–88,00	83,00–88,00
Juni	69,00–71,50	69,00–71,50
Juli	70,00–72,50	70,00–72,50
Aug.	71,00–73,50	71,00–73,50
		Tendenz: ruhig

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	21. 5.	20. 5.
Juni	190,50–191,00	unerh.
Juli	191,50–192,50	unerh.
Nr. 2 RSS Juni	190,50–191,50	unerh.
Nr. 3 RSS Juni	188,00–189,00	unerh.
Nr. 4 RSS Juni	182,50–183,50	unerh.
Tendenz: ruhig		

Jute London (£/lgt)	21. 5.	20. 5.
BWC	905,00	905,00
BWD	885,00	885,00
BTC	905,00	905,00
BTD	885,00	885,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	22. 5.	21. 5.
Aluminium: Bas. London		
laufend. Monat	341,30–341,49	340,34–340,54
drittfolg. Monat	349,69–349,89	348,93–349,32
Blei: Basis London		
laufend. Monat	115,59–115,78	112,80–113,19
drittfolg. Monat	115,98–116,17	115,33–115,53
Nickel: Basis London		
laufend. Monat	1745,44–1751,39	1738,79–1740,74
drittfolg. Monat	1726,01–1727,98	1712,32–1721,22
Zink: Basis London		
laufend. Monat	250,70–251,09	248,23–248,62
drittfolg. Monat	253,44–253,83	252,53–252,92
Produz.-Preis	295,30	293,47
Feinzinn 99,9%	4011–4051	3961–4000

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	22. 5.	21. 5.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	482,66–485,98	467,58–470,89
Blei in Kabeln	123,25–124,25	120,50–121,50
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	456,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–484,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreis durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	22. 5.	21. 4.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	431–443	426–433
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	479–483	474–480
MS 63	483–489	476–483

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt	21. 5.	20. 5.
(Ring./kg)	29,26	29,32

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	22. 5.	21. 5.
Leg. 225	376–385	376–390
Leg. 226	380–387	380–392
Leg. 231	410–420	410–425
Leg. 233	420–430	420–435

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	22. 5.	21. 5.
Platin (DM je g)	29,758	29,458
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	31 770	31 450
Rücknahmepr.	31 020	30 700
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	32 030	31 690
Rücknahmepr.	31 220	30 890
verarbeitet	33 600B	33 240B
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	31 360	31 070
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	828,50	828,10
Rücknahmepr.	810,00	807,70
verarbeitet	856,10B	853,60B

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze)	22. 5.	21. 5.
London 10.30	317,50	316,50
15.00	316,25	314,90
Zürich mittags	317,75–318,25	316,00–316,50
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	95 400	94 650
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	488,50	486,50
3 Monate	503,00	501,55
6 Monate	518,15	516,30
12 Monate	545,40	543,10

Platin (£-Feinunze)	21. 5.	20. 5.
London fr. Markt	216,05	219,95
Palladium (£-Feinunze)		
London 1. Händlerpr.	84,00	86,45

New Yorker Preise	21. 5.	20. 5.
Gold H & H Ankauf	314,18	322,75
Silber H & H Ankauf	617,00	651,00
Platin fr. Händlerpr.	276,00–278,00	278,00–279,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	109,00–110,00	110,50–111,50
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze)		
Mai	621,20	620,0
Juni	623,00	624,5
Juli	625,00	633,00
Sept.	635,00	645,00
Dez.	648,00	655,00
Jan.	652,20	–
März	661,30	–
Umsatz	24 000	–

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	21. 5.	20. 5.
Mai	63,60	64,00
Juni	63,70	64,05
Juli	64,05	64,70
Sept.	64,80	65,60
Dez.	65,60	66,00
Jan.	63,95	–
März	66,60	–
Umsatz	8000	–

Londoner Metallbörse

	22. 5.	21. 5.
Aluminium (£/t) Kasse	874,00–874,50	873,00–874,00
3 Monate	895,50–896,00	895,00–895,50
Blei (£/t) Kasse	296,00–296,50	282,00–283,00
3 Monate	297,00–297,50	297,00–298,00
Kupfer Highgrade (£/t)		
mittags Kasse	1215,0–1216,0	1177,0–1178,0
3 Monate	1204,0–1205,0	1185,0–1186,0
abends Kasse	–	1173,0–1175,0
3 Monate	–	1177,0–1178,0
(Kupfer-Standard) Kasse	1194,0–1197,0	1162,0–1164,0
3 Monate	1194,0–1197,0	1165,0–1167,0
Zink (£/t) Kasse	642,00–643,00	635,00–636,00
3 Monate	649,00–650,00	645,00–646,50
Zinn (£/t) Kasse	9555–9558	9530–9540
3 Monate	9518–9520	9495–9500
Quecksilber $/Fl.)	–	280–290
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	85–88

FINANZANZEIGEN

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden† Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns, (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Klage-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marla Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Klage-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheika (stellv.), WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanns Giesken, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje

Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Rainer Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29-31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 40.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

Wie war der Vorname?

H. B. – Mit der Londoner BBC ist sein mediterraner Ableger, die GBC (Gibraltar Broadcasting Company), nun wirklich nicht zu vergleichen. Sobald abgeschaltet wird, was die Ätherwellen direkt von der Themse anliefern, wabert elektronischer Provinzialismus über den berühmten Felsen und die benachbarten Küsten Spaniens und Marokkos.

An den hohen Gedenktagen des Empire balancieren hier noch immer Blumenbeete auf den Hüten der älteren Ladies wie zu den glanzvollen Zeiten des Cecil Rhodes. Doch imperialistischer Stolz treibt die Gibralteser an, es mit lokalen Mitteln den unterhaltsamen Wettbewerben nachzutun, mit denen die Telestars des BBC bei Ratespielen ihre angelsächsische Schlagfertigkeit beweisen.

Alter britischer Kolonialgeist formiert da muntere Teams von „Boys" und „Girls", drei Ingenieure von der Flotte hier, drei Ladies vom Roten Kreuz dort, ein würdiger Obrist a. D. als humoriger Schiedsrichter, um Tante Mabel und Onkel Christopher wie auch dem Teekränzchen *und* dem Cricket-Klub vorzuführen, daß wir hier in der imperialen Restprovinz auch nicht unwissend und überhaupt nicht so ohne sind.

Manchmal allerdings öffnet sich jählings ein Loch im Sack der historischen, geographischen und sonstigen Kenntnisse. So als kürzlich die reizende Elaine, die sonst in der Main Street hinter dem Ladentisch der Apotheke steht, nach Hitlers Vornamen gefragt wurde. Längeres Nachdenken. Betretenes Schweigen, ratlose Gesichter. Der Sekundenzeiger tickt unaufhaltsam. Endlich der erlösende Einfall. Hitlers Vorname? Aber natürlich doch: „Heil".

Schreck, laß nach! Genau besehen hat so etwas vielleicht auch sein Gutes. Ist es nicht eine irgendwie beruhigende Antwort in einer Zeit, die sich nicht schlüssig werden kann, ob 40 Jahre für das Vergessen zuviel oder zuwenig sind?

Vom allzu läßlichen Umgang mit Fakten – Bernd C. Wesslings Furtwängler-Biographie ist eine Zumutung für die Forschung

Kein Blauer Express zwischen Berlin und Paris

Eine neue Furtwängler-Biographie wäre längst fällig. Das Werkbild dieses großen Dirigenten hat sich, statt im Lauf der über dreißig Jahre, die seit seinem Tod vergangen sind, zu verblassen, auf einem von musikalischen Reizen überfluteten Markt uneingetrübt bewahrt und wird sich zweifellos noch leuchtender aus der allgemeinen interpretatorischen Durchschnittlichkeit herausheben, wenn die alten Aufnahmen erst einmal auf Compact Discs überspielt sein werden.

Leider ist es mit einem bloßen Überspielen von Lebensfakten nicht getan, wenn man eine Biographie schreiben will, und noch dazu die eines derart widersprüchlichen Menschen, wie es Wilhelm Furtwängler offenbar war, in dem die einen die Integrität in Person verehrten, die anderen einen von Eitelkeit verblendeten politischen Mitläufer sahen, der angeblich Reichsparteitage aus Tönen erbaute.

Wie kein anderer deutscher Musiker von Weltrang hatte Furtwängler in ihren Augen mit dem Teufel paktiert. Er hatte die höchsten musikalischen Positionen des Reiches innegehabt. Er hatte sie ostentativ niedergelegt, als es hart auf hart kam im Fall Hindemith, für den Furtwängler mutig und rückhaltlos eintrat. Doch nach wenigen Monaten meldete er sich schon wieder aus der Kulisse zurück – wenn auch nicht in den alten Positionen, so doch am alten Pult: in Berlin, Wien, in den großdeutschen Konzertsälen wie Opernhäusern.

Schon 1941 hatte Friedrich Herzfeld eine erste Furtwängler-Biographie vorgelegt, zu diesem Zeitpunkt ein halsbrecherisches Unternehmen, das jedoch durchaus mit Anstand gemeistert wurde. Natürlich mußte es aus zeitbedingten Gründen unzulänglich bleiben, ebenso wie das 1953 erschienene Buch von Curt Riess „Furtwängler – Macht und Politik". Seitdem setzte es, allenfalls von den Devotionslämpchen der Karla Höcker liebenswürdig durchwärmt, um Furtwängler wachsende Dunkelheit, die auch Elisabeth Furtwänglers Bericht „Über Furtwängler" nur an den Rändern aufzuhellen vermochte.

Nun aber steckt der Tausendsassa Berndt W. Wessling dem Wissen über Furtwängler endlich ein neues Licht auf, für 48 Mark bei der Deutschen Verlagsanstalt in Stuttgart. Sein Furtwängler-Buch, 480 Seiten stark, nennt sich anspruchsvoll „eine kritische Biographie" und wendet sich demnach wohl auch und vor allem an den kritischen Leser. Aber dieser kommt aus dem Staunen nicht heraus. Denn was hier passiert ist, kann man allenfalls als einen Anschlag auf die Furtwänglerforschung bezeichnen. Von den versprochenen „gründlichen Recherchen" kann überhaupt keine Rede sein. Das bisher schon Ungeklärte an Furtwängler bleibt nach wie vor ungeklärt, wird nur in verschiedenen Lesarten mitgeteilt. Das Buch stützt sich in schon unstatthafter Weise auf Zitate. Es übt sich im Kompilieren und Abschreiben, und das ist sogar noch das Beste an ihm. Denn überall dort, wo das im Klappentext versprochene eigene „Temperament" des Autors auftaucht, wird es nur noch peinlich.



Sein Genie behauptet sich auch heute noch ungebrochen: Wilhelm Furtwängler (1886–1954) FOTO: ULLSTEIN

Furtwängler wird immer wieder launig als „Dr. Wilhelm" apostrophiert, sein angeblicher Gegenspieler, der „Glücksritter aus Salzburg", ist – ei, wie witzig! – ein gewisser „Herbert von". Ganz arg ergeht es Arthur Nikisch. Über ihn schreibt Wessling: „Nikisch ist die erste Zentrifuge, faßt alles zusammen, was seine Vorgänger und Zeitgenossen zuwege gebracht haben, und strömt im Überfluß wieder aus." Und mehr noch: Nikisch ist nicht nur eine Zentrifuge, sondern auch ein „Purgatorium", in dem „die Schlacken der Überpathetik von gestern auf dem Sieb, das die ‚moderne' Psychologie zwischenschiebt", zurückzubleiben.

Schlimmer noch als dieser „temperamentvolle" Stil wirkt der Faktenwirrwarr, in den man von Wessling gestürzt wird, obwohl man ja von dem Toscanini-Biographen Harvey Sachs, was seinen läßlichen Umgang mit Fakten betrifft, vorgewarnt worden ist. Sachs hatte seinerzeit in Wesslings Bändchen „Toscanini in Bayreuth" Seltsamkeiten in Fülle gefunden: „Da werden Interviews zitiert, die nie stattgefunden haben, Briefe, die nie geschrieben worden sind, da gibt es unauffindbare mündliche Mitteilungen, nicht existente Stellen in Büchern ..."

An solchen Schrecknissen mangelt es auch der Furtwängler-Biographie nicht. Man darf in Wesslings Buch buchstäblich nichts für bare Münze nehmen, selbst die Abschriften nicht. Denn Wessling exzerpiert auch unkorrekt. Ein typisches Beispiel: Wenn es von „Amanulla" (gemeint ist Aman Ullah von Afghanistan) heißt, er habe zur Kaiserzeit Berlin besucht, tappt Wessling voll daneben und vergibt, daß der exotische Herrscher der erste Staatsgast der Republik von Weimar war.

Wessling zitiert Memoiren des Pianisten Vladimir Horowitz, die dieser nie geschrieben hat; gemeint ist offenbar Glenn Plaskins Horowitz-Biographie. Der Wiener Schauspielerin Louise Schwarz, später die „Königin Louise" des Berliner Musikbetriebs als Witwe des Konzertunternehmers Hermann Wolff, sagt Wessling (nicht existierende) verwandtschaftliche Beziehungen zu Scherl und Ullstein nach. Dafür ist es ihm nicht gelungen, den Geiger Hugo Kolberg „näher zu identifizieren", der Furtwänglers d-Moll Violinsonate uraufgeführt hat. Kolberg, geb. Warschau 29. 8. 1898, gest. Hampstead, USA, 27. 2. 1979, war von 1934 bis 38 und wieder von 1958 bis 63 Konzertmeister der Berliner Philharmoniker, ist also weiß Gott nicht schwer auszumachen.

Wenn es bei Wessling heißt, während der Hindemith-Krise und Furtwänglers Rücktritt seien Sir Thomas Beecham, de Sabata u. a. am philharmonischen Pult eingesprungen, so ist das schlichte Irreführung. Beecham hatte am 5. 11. 1934 in Berlin dirigiert. Furtwängler war am 5. 12. zurückgetreten, jedoch bereits am 25. 4. 1935, wieder versöhnt, ans Pult der Philharmoniker zurückgekehrt. Beecham ließ sich dort mit den genannten anderen Gastdirigenten erst in der folgenden Spielzeit blicken.

Auch davon, daß „durch Tietjens Machenschaften" die Berliner Krolloper geschlossen worden sei, kann überhaupt keine Rede sein. Alles darüber ist in Peter Heyworths vorbildlicher, monumentaler Klemperer-Biographie nachzulesen. Klemperer war es auch, der Furtwänglers Wiedergabe der Orchestervariationen Schönbergs „eine sehr gute Aufführung" nannte, und Schönberg hatte Furtwängler das Werk (Brief vom 21. 9. 1928) „mit großem Vergnügen" zur Uraufführung überlassen. Schönberg wie Klemperer widersprechen damit deutlich dem Versagen Furtwänglers vor der Moderne.

Aber genug davon. Höchstens noch dies: In den „Fabrikhallen von Borsig" hat Furtwängler 1944 keineswegs dirigiert, wie Wessling, „konkret" zitierend, behauptet. Auch verbindet der „Trainbleu" nicht Berlin mit Paris. Doch bei Wessling werden ohnehin so viele Weichen falsch gestellt, daß seine Biographie am Ende einfach entgleisen *muß*. Auf der Strecke bleiben leider Furtwängler und alle Freunde seines Schaffens.

KLAUS GEITEL

JOURNAL

Kritische Ausgabe der Werke A. Schönbergs

dpa, Berlin

Eine Revision des Schönberg-Bildes erwarten die Musikwissenschaftler der Freien Universität Berlin, die unter der Leitung von Rudolf Stephan eine kritische Gesamtausgabe der Werke des Komponisten erarbeiten. Die Ausgabe, die ein deutscher und ein österreichischer Verlag edieren, ist auf 60 Bände angelegt.

Gegen Werbespots in Fellinis Filmen

AFP, Rom

Federico Fellini will vor Gericht gegen „Canal 5", einen der größten privaten Fernsehsender Italiens, durchsetzen, daß seine Filme im Fernsehen nicht mehr durch Werbespots unterbrochen werden. Der Sender hat vor kurzem Fellinis Film „8 1/2" ausgestrahlt. Über die Klage hat das Zivilgericht von Rom zu entscheiden, das vor rund einem Jahr dem Regisseur Pietro Germi rechtgab, als er gegen die häufige Unterbrechung seines Films „Seraphin" durch Reklamesendungen klagte.

Proteste zugunsten von Prof. Geremek

J. G. G. Warschau

Der polnische Hochschulminister und das ZK erhalten eine Fülle von Protestbriefen aus allen Bevölkerungskreisen, die sich gegen die fristlose Entlassung des bekannten Historikers und Walesa-Beraters Prof. Dr. Bronislaw Geremek aus der Polnischen Akademie der Wissenschaften wenden. Der Sprecher der Warschauer Universität bestätigte, daß zahlreiche wissenschaftliche Mitarbeiter sowie der Universitätssenat selbst beim Hochschulminister gegen diese Entlassung nach 36jähriger Tätigkeit protestiert haben. Regierungssprecher Urban erklärte, dies sei wegen Geremeks Kritik an der UdSSR geschehen.

Tage für Neue Musik mit Helmut Lachenmann

Reg. Stuttgart

Der Komponist Helmut Lachenmann steht im Mittelpunkt der Tage für Neue Musik, die vom 14. bis zum 17. Juni in Stuttgart veranstaltet werden. Bei dem Festival sollen aber nicht nur seine Werke aufgeführt werden, Novitäten von Nikolaus A. Huber, Elena Kats Chernin, Andràs Hamary und Paul Baudouin Michel sind ebenso vorgesehen wie Stücke von Schönberg, Boulez, Xenakis – und Franz Schubert.

Ausstellung von Boris Zaborow

R. K.-B. Darmstadt

Ihrem Kunstpreisträger 1982, Boris Zaborow, hat die Stadt Darmstadt jetzt auf der Mathildenhöhe eine große Ausstellung eingerichtet. Der Maler, in der Sowjetunion akademisch ausgebildet, lebt seit 1980 in Paris. Dort hat er sich zart getönten verwischten Porträts zugewandt, die wie Daguerreotypien aussehen und tatsächlich von solchen Vorlagen ausgehen. Die vorbereitenden Grafiken sind pointierter. Daneben gibt es, ebenfalls in verwischter Manier, bjelorussische Bauernhäuser und Scheunen. Die Ausstellung ist bis zum 2. Juni zu sehen. Der Katalog kostet 30 Mark.

„Merlin – der kleine Verleger"

DW. Lübeck

Es ist schon fast ein halbes Jahr her, daß Andreas Meyer und seinem Merlin Verlag (in Gifkendorf 3) der Zeit-Preis für kleinere Verlage zugesprochen wurde. Um aber einmal vorzuzeigen, was auch ein Kleinverleger leisten kann, zeigt die Buchhandlung Langenkamp in Lübeck bis zum 15. Juni nun eine Übersicht über 27 Jahre Jahre Verlagsarbeit, genannt „Merlin – le petit editeur". Ausgestellt sind vor allem die bibliophilen Ausgaben und Künstlereditionen sowie die wichtigen Buchausgaben.

Artie Shaw 75

War er nun Tanz- oder Jazzmusiker? Eine Frage, an der sich immer wieder die Geister schieden. Einen „kleineren Benny Goodman" hat ihn Joachim E. Berendt einmal genannt, und ein wenig im Schatten dieses hervorragenden „King of Swing" hat er denn auch stets gestanden: der Klarinettist Arthur Arshawsky, der als Artie Shaw in den dreißiger und vierziger Jahren einer der beliebtesten Bandleader war. Seine Vorliebe für Streicherarrangements waren nicht gerade das, was Jazzfans bevorzugten – aber für die tanzwütigen Paare war seine Musik genau das Richtige. Dem „King of Swing" jedenfalls war er immer dicht auf den Spuren, ohne ihm den Thron streitig machen zu können. Dennoch hat er, auf andere Weise, der Jazzmusik wichtige Wege geebnet, indem er sich kühn über jegliche Rassendiskriminierung hinwegsetzte und Billie Holiday für seine weiße Band engagierte. Heute feiert der gebürtige New Yorker seinen 75. Geburtstag. no

ZEITSCHRIFTENKRITIK: „Merkur" zum Ende des Zweiten Weltkrieges

Die stereotype Moral der Besiegten

Der Mai, der sonst inmitten hellen Grüns sein blaues Band flattern ließ, kam dieses Jahr ganz braun und aschfarben zu uns. Der Kapitulationsgedenktag zog auch die politisch-kulturellen Zeitschriften in seinen Bann. Barst die Mai-Nummer von „Sowjetunion heute" vor Siegerstolz (Titelbild: Die rote Fahne wird auf dem Reichstagsgebäude gehißt, die Fahnen der geschlagenen deutschen Armee werden in Moskau in den Staub gestoßen), übten sich am anderen Ende der Skala die „Deutschen Monatshefte" (Titelbild: Velasquez' Übergabe von Breda) in nicht minder entschlossenem Besiegtentrotz.

Gibt es zwischen solchen Polen eine Mitte? Besondere Aufmerksamkeit gebührt dem „Merkur", der nunmehr im 39. Jahrgang unbeirrt am strengen Typus der klassischen Kulturzeitschrift festhält, zumindest was die äußere Aufmachung betrifft. Denn der Inhalt flackert teils etabliert, teils alternativ hin und her, seit bekannte Autoren seltener und die ideologischen Gewürze schärfer geworden sind.

Manfred Henningsens Beitrag „Zur Symbolik des Zweiten Weltkriegs heute" stellt die Mai-Nummer in die Gedenktagsproblematik. Symbole gehören zur sozialen Realität. Sie halten eine Gesellschaft zusammen und lassen den einzelnen an einem Ganzen teilhaben, das über seine gesonderte Existenz hinausweist. Der Zweite Weltkrieg hat im Symbolhaushalt der Russen und Amerikaner einen festen Platz. Er brachte den Russen den Aufstieg von der isolierten und gefährdeten Großmacht zur Supermacht und wird noch heute zur Legitimation der historischen Rolle der Sowjetunion herangezogen. Bezüglich der USA hält sich Henningsen an Studs Terkels Buch „The Good War".

Der Zweite Weltkrieg bestätigte als „guter Krieg ein kollektives amerikanisches Existenzgefühl, das zwar gelegentlich durch widrige Umstände gefährdet wird, sich aber meist in naiver Frische wiederherstellt". Das symbolische Selbstverständnis der japanischen und deutschen Gesellschaft sei dementgegen vom Ausgang des Zweiten Weltkriegs nicht geformt worden. Was Henningsen traurig stimmt.

„Im Ostblock" sieht sich Michael O. E. Kröher um und kommt zu einer drastischen Völkerpsychologie: „Wollte man Parallelen aufstellen, so haben die Tschechoslowaken im Ostblock ein ähnliches Image wie die Skandinavier unter den Westeuropäern – allein wegen ihrer latenten Trunksucht. Die Bulgaren sehen aus wie bessere Türken; sie essen viel Joghurt. Die Polen zeigen eine ähnliche Melancholie, ein ähnliches fatalistisches Phlegma, auch eine ähnlich chronische Armut wie die Portugiesen ... Die Russen sprengen die Skala: Sie sind so unzivilisiert wie eine Mischung aus Belgiern, Eskimos und Cowboys aus Oklahoma."

Doch der „Merkur" kann sich auch offiziös geben, wenn Martin Broszat, Leiter des „Instituts für Zeitgeschichte", für die „Historisierung des Nationalsozialismus" plädiert. „Als Negativ-Maßstab der politischen Erziehung, als Gegenmodell von Recht, Freiheit und Friedensordnung" scheine er „unverzichtbar für die Orientierung und Begriffswelt der Gegenwart" zu sein. Der Nationalsozialismus ist entgegen Henningsen also anscheinend doch unser zentrales Symbol. Doch sei die „Moralität der Betroffenheit von der NS-Vergangenheit" inzwischen stereotyp geworden und bedürfe einer „Entschlackung". Broszats Rezept: Hitlers falsche Antwort auf die Fragen der Zeit dürfe „keinerlei Revision durch geschichtliches Verstehen zugänglich" sein, die in den Nationalsozialismus einmündenden „fehlgeleiteten Motive, Veränderungsbedürfnisse und Problemlösungsanstrengungen" seien jedoch aus der „pauschalen moralischen Absperrung der Hitler-Zeit" herauszunehmen. Ergebnisse werden sicher bereits am 50. Jahrestag der Kapitulation vorliegen. Und ein neues Heft des „Merkur".

C. VON SCHRENCK-NOTZING

Schwierigkeiten beim Organisieren einer „DDR"-Filmwoche in Tübingen

Karte, Paß und keine müde Mark

Am Anfang war die Idee. Und – glücklicherweise – das Nicht-Wissen. Hätte Michael Lautenbach gewußt, was auf ihn zukam, er wäre weiter damit zufrieden gewesen, im Kommunalen Kino Tübingen Filme und ihre Autoren oder Regisseure mit Publikum zusammenzubringen. Doch seit ihn auf den Oberhausener Kurzfilmtagen 1984 ein Film der Ost-Berlinerin Petra Tschörtner fasziniert hatte, spukte in seinem Kopf ein Projekt herum: eine „DDR"-Filmwoche. Die erste privat organisierte. Die erste in der Provinz.

Durch seine Arbeit beim autonomen Medienzentrum Berlin hatte Lautenbach Freunde im Osten der Stadt bei der DEFA. Die brachten ihn mit Petra Tschörtner zusammen. Er lernte Ronald Trisch, den Leiter des Leipziger Kurzfilmfestivals, kennen und traf in Leipzig junge Regisseure. Allesamt fanden sie die Idee ausgezeichnet – nur weiterhelfen konnten sie ihm nicht. Ob ein Film eingesetzt, ein Regisseur in den Westen gelassen wird, das ist in der „DDR" eine politische Entscheidung.

Einen Rat erhielt Lautenbach allerdings immer wieder unterderhand: Er solle den Amtsweg, sprich die Ständigen Vertretungen, tunlichst vermeiden, wenn ein Projekt in absehbarer Zeit zustande kommen solle. So suchte und fand er eine inoffizielle Schiene: den Unidoc-Filmverleih. Zwischen dem DKP-orientierten Dortmunder Unternehmen und dem Ostberliner Kulturministerium besteht jenes kumpanenhafte Vertrauensverhältnis, das die äußerst mißtrauischen „DDR"-Funktionäre bei Westkontakten offenbar benötigen.

Michael Lautenbach war ein unbeschriebenes Blatt, das zwar empfangen wurde, dem man aber keine Versprechungen machte, nicht einmal Telefonnummern gab. Der DEFA-Außenhandel exportiert Filme, aber keine Adressen. Die DEFA-Freunde wurden plötzlich zu schweigsamen Angestellten, als Lautenbach um Telefonnummern bat. Also rechnete er, was das Schicksal der Filmwoche und seinen Wunschzettel betraf, ganz mit dem Verbindungspotential von Unidoc.

Verleihchef Joachim Winderlich brachte vom DEFA-Außenhandel eine etwas reduzierte Liste zurück. Es fehlten drei der umstrittensten Produktionen der letzten Jahre: Tschörtners „Hinter den Fenstern", in der drei Paare in ungewohnter Offenheit über Eheprobleme sprechen; Tetzlaffs „Erinnerungen an eine Landschaft", wo Dörfer dem Braunkohleabbau weichen müssen, und Dziubas „Erscheinen Pflicht", die sich mit Funktionärsprivilegien befaßt.

Damit hatte das „DDR"-Kulturministerium (zuständig Horst Penert) 21 Filmen sein Plazet gegeben – immer vorausgesetzt, daß man der Filmwoche generell zustimmen würde. Aber diese Entscheidung ließ wieder Monate auf sich warten.

Ende März, immer noch ohne Nachricht aus Ost-Berlin, machte Lautenbach die „bevorstehende" Filmwoche einfach publik und setzte die DEFA per Telex von der Ankündigung in Kenntnis. Dieses Mal ließ die Antwort nicht lange auf sich warten. Sie traf bei Unidoc ein – in Form von mehreren Dutzend Filmrollen.

Als er dann soweit war, stiegen drei Regisseure in Tübingen aus dem Zug: Gitta Nickel, die Präsentierfrau des „DDR"-Dokumentarfilms, Langzeitbeobachter Volker Koepp und das „Enfant terrible" Jürgen Böttcher. Lautenbach hatte die Namen der Gäste Wochen zuvor von Unidoc erfahren; die Gäste selbst waren von ihrer Studioleitung zwei Tage vor Reiseantritt über ihre Reisepläne informiert worden. Zwei Wunschkandidaten Lautenbachs mußten jedoch zu Hause bleiben: Petra Tschörtner und Helke Misselwitz. Ihre Filme waren nicht freigegeben worden.

An mangelnden Valuta kann es kaum gelegen haben. Außer Paß und Fahrkarte hatte die Leitung den Westreisenden nämlich nichts mitgegeben. Taschengeld – 78 Westmark pro Tag und Person – spendierte das innerdeutsche Ministerium in Bonn.

HANNS-GEORG RODEK



Dem Israel-Museum geschenkt: „David und Jonathan" von Ferdinand Bol (1616–1680) FOTO: YAAKOV HARLAP

Das Israel-Museum in Jerusalem präsentiert drei Monate lang „Versprochene Gaben" aus aller Welt

Auch Picasso kam zum zwanzigsten Geburtstag

Kunstgegenstände, die eigentlich erst im 21. Jahrhundert ausgestellt werden sollten, sind schon jetzt im erweiterten Israel-Museum bis Ende August zu sehen. Es handelt sich – so der Titel – um „Versprochene Gaben", etwa 200 Objekte von 115 Spendern aus der ganzen Welt. Die Übersicht umfaßt archäologische Gegenstände der prähistorischen Periode ebenso wie Gemälde, Zeichnungen und Skulpturen aus verschiedenen Epochen bis in unsere Zeit. Die Besitzer haben sie dem Museum für die Zukunft oder als Vermächtnisse versprochen. Zum zwanzigsten Geburtstag, den das Museum jetzt feiert, liehen sie sie jedoch schon einmal für drei Monate aus.

Unter den zugesagten Spenden befinden sich „Jerusalem vom Ölberg" von William Turner, „Zwei Stehende Frauen" sowie der „Akt – 1965" von Willem de Koening, das „Bouquet", „Die Armen", die „Köpfe", der „Faun" von Picasso, der „Rabbi", „Sukkot" und das „Drama des Frühlings" von Chagall. Von Pissarro und Matisse sind mehre Werke zu sehen, und die israelische Kunst ist u. a. mit Yaacov Agam und Mordechai Ardon vertreten. Zum ersten Mal wird hierzulande ein Bild von Max Beckmann („Variété") gezeigt.

„In diesen Jahren haben wir mehr erreicht, als wir träumten. Es ist wie das, was wir uns in unserer Phantasie vorgestellt haben, jedoch mehr davon an Quantität und vor allem an Qualität," sagte Jerusalems Bürgermeister Teddy Kollek am Vorabend der Eröffnung der Geburtstagsfeierlichkeiten des Museums. „Wir verfügen über Kunstwerke, die für die jüdische Welt und für die Weltkunst repräsentativ sind," fügte er hinzu. Kollek gilt als der „Vater des Museums." Er kämpfte für eine großzügige Heimstätte der Kunst bereits zu einer Zeit, als die Regierung meinte, daß die Nation vordringlichere Aufgaben habe. Und bis heute amtiert Kollek als Vorsitzender des Museums.

Anläßlich des Geburtstages wird noch in diesem Jahr ein neues zweistökkckiges Gebäude, der Ayala Zacks Abramov Pavillon, eingeweiht werden. Es soll dann etwa 400 Werke von israelischen Künstlern aus der Sammlung des Museums aufnehmen, u. a. Bilder und Plastiken von Boris Schatz, Reuben Rubin, Nachum Guttmann, Lea Nikel und Mosche Kupferman.

Fertiggestellt und bereits eingerichtet ist inzwischen eine der größten neuen Galerien, der Irene-und-Davide-Sala-Ethnographie-Flügel. Auf 850 Quadratmeter Ausstellungsfläche werden hier die Lebensverhältnisse und der Alltag der untergegangenen jüdischen Gemeinden dargestellt.

So sieht man die Figur einer Bnei-Israel-Braut aus Indien, die ihre Finger mit Henna färbt, oder eine jüdische Braut aus Afghanistan in ihrem prachtvoll geschmückten Kleid. Außerdem umfaßt diese Sammlung zahlreiche osteuropäische Haushaltsgegenstände. In einem Raum wurde der Salon einer deutsch-jüdischen Familie rekonstruiert, deren Möbel während der Nazi-Zeit von nichtjüdischen Nachbarn in Bad Reichenhall bewahrt und nach dem Kriege den Besitzern zurückerstattet worden waren. Und schließlich besitzt dieser Teil des Museums mehr als 300 Objekte von Israelis kurdischen Ursprungs, die sie in ihr neues Heimatland mitgebracht hatten.

In der benachbarten Selma-Picciotto-Galerie wird eine der umfassendsten und mannigfaltigsten Sammlungen asiatischer Kunst auf dem asiatischen Kontinent gezeigt. Mehr als die Hälfte der Objekte stammt aus China. Sie umfassen drei Jahrtausende, angefangen bei rituellen Bronzegefäßen des 13. Jahrhundert vor der Zeitrechnung bis hin zu Exportporzellanen des 18. Jahrhunderts. Darunter sind so ungewöhnliche Gegenstände wie dekorierte Ohrwärmer oder die winzigen Schuhe für die eingeschnürten Füße erwachsener Frauen.

Und schließlich werden zum ersten Mal vierzehn Werke alter Meister in der neuen Aaron-und-Blima-Shikmann-Galerie des Museums präsentiert. Unter den sechs Bildern über biblische Themen sind ein Apostel von Rembrandt sowie Gemälde von zweien seiner Schüler: „David und Jonathan" von Ferdinand Bol und „Esther bereitet sich auf ihr Treffen mit Ahasverus vor" von Aert de Gelder.

Das Israel-Museum gewinnt damit weitere Attraktivität. Schon jetzt ist es, wie Martin Weyl, sein Direktor, anmerkte, nach der Klagemauer der von Touristen am meisten besuchte Ort in Jerusalem. Und er führte weiter aus: „Dies ist ein Museum mit jugendlichem Geist, nicht wie einige andere eine ‚Heilige Stätte', wo man immer ruhig sein muß. Unser Haus ist eine vitale, wachsende, sich ständig wandelnde Institution."

LILI EYLON

Tat geplant: Doppelmord aus Hunger?

PETER SCHMALZ, München

Ein Angestellter in Planegg bei München stutzte, als er in der TV-Regionalsendung „Abendschau aktuell" einen Fahndungsbericht über den Doppelmord an dem Itzehoer Rentner Werner Scharlemann (63) und seiner Frau Inge (53) sah. Die beiden Männer, die als die mutmaßlichen Mörder gesucht wurden, hatte er nachmittags als Zeitschriftenwerber in einem Nachbarort gesehen. Er rief die Polizei an, die sofort eine Großfahndung auslöste und bereits 45 Minuten später die beiden Männer in einer S-Bahn-Station verhaftete.

Im Polizeiverhör gestanden Bernd Kretzschmar (35) und sein Komplize Andreas Morawin (25), das Ehepaar auf einem Alpen-Wanderweg bei Grainau mit Holzknüppeln erschlagen und beraubt zu haben. Als Motiv der Tat gaben die beiden an, sie hätten seit Tagen nichts mehr zu essen gehabt und deshalb beschlossen, bei einem Überfall Geld zu rauben.

Die Aufklärung der Bluttat wurde den Beamten der Sonderkommission nicht schwer gemacht. Nachdem die beiden Leichen am Samstag, einen Tag nach der Tat, in einem Gebüsch am Rande des Weldweges gefunden



Bernd Kretzschmar

worden waren, entdeckte ein Polizeihund nur 500 Meter davon entfernt ein provisorisches Zeltlager aus Ästen und Plastiktüten. Neben einer erloschenen Feuerstelle lag die leere Geldbörse des Ermordeten.

Verstreute Papierschnitzel führten die Polizei schließlich auf die heiße Spur: Zusammengesetzt ergaben sie ein Formular des Arbeitsamtes, ausgestellt für den ehemaligen Fremdenlegionär Bernd Kretzschmar. Morawin stammt aus Zwickau in der „DDR" und lebt erst seit einigen Jahren im Westen. Beide sind vorbestraft. In der letzten Zeit hatten sie bei einer Werbekolonne gearbeitet, die sie aber vor etwa einer Woche überraschend verlassen haben. Seither campierten sie in einem Waldstück nahe der Zugspitze. Im Verhör gaben sie an, sich für den geplanten Überfall



Andreas Morawin

Buchenknüppel abgeschnitten zu haben. Als ihnen zufällig das Kurgastehepaar entgegenkam, hätten sie die Knüppel hinter dem Rücken versteckt und zugeschlagen, als das Paar an ihnen vorübergegangen war. Die Geldbörsen der Urlauber, eine Brieftasche und eine Armbanduhr hatten sie in einer Felsspalte versteckt.

Inzwischen wurde erneut ein Urlauberehepaar in Oberbayern überfallen und beraubt. Als der 31jährige Fahrer aus Nordrhein-Westfalen auf einem Parkplatz der Autobahn München-Garmisch nach einer kurzen Rast seiner Frau das Steuer überlassen wollte, stürmten zwei maskierte Männer aus dem Gebüsch, bedrohten das Paar und dessen vierjährigen Sohn mit einer Pistole und raubten Bargeld im Wert von 689 Mark. Die Täter flüchteten zu Fuß und konnten bisher nicht gefaßt werden.

Dürrekatastrophe in Zentralindien / Fast alle Brunnen versiegt / Erste Todesopfer gemeldet

Suche nach einem Schluck Wasser

PETER DIENEMANN, Neu-Delhi

„Es ist die schlimmste Dürre dieses Jahrhunderts", meinte Eisenbahnminister Madhavrao Scindia. In etwa 7000 überwiegend von armen Stämmen bewohnten Dörfern des indischen Bundesstaates Madhya Pradesh herrscht akuter Trinkwassermangel, in über 300 Städten sind die Wasserleitungen trocken, und es soll nach dem Urteil von Experten noch schlimmer werden. Wie gestern bekannt wurde, sind erste Todesopfer zu beklagen. Mindestens vier Menschen starben, nachdem sie verschmutztes Wasser aus Tiertränken getrunken hatten.

Jeden Tag trocknen Hunderte von Brunnen aus, obwohl viele Flüsse des Landes noch Wasser führen. Zehn Kilometer von ihnen entfernt stehen Dorfbewohner stundenlang Schlange vor Ziehbrunnen und Handpumpen, um einen halben Eimer Wasser ergattern zu können. Die um Hilfe gebetene Zentralregierung weiß kaum Rat. „Warten bis zum Monsun im Juli", heißt es, nachdem neu gebohrte Brunnen nach einigen Tagen wieder versiegen. Doch es könnte noch schlimmer kommen: Meteorologen erwarten nach dem außerordentlich heißen Sommer auch einen ungewöhnlich starken Monsun. „Der Trockenheit wird eine Flut folgen", prophezeien sie.

Bheema, ein kräftiger junger Mann aus einem Dorf im Distrikt Niuniwas, der am schlimmsten vom Wassermangel betroffen ist, muß jeden Tag vier Kilometer laufen, um den gefüllten Tonkrug für den Tagesbedarf in seine Lehmhütte zu tragen. Vier Brunnen gibt es in seinem Dorf – einer liefert noch Wasser, allerdings nur 30 Minuten, dann ist er für 20 Stunden trocken. Dorf für Dorf entlang der Straße von Mandla nach Bilaspur das gleiche: weniger als ein Glas Wasser pro Tag pro Person – bei Temperaturen von über 40 Grad.

Die Regierung versucht zu helfen, wo es geht. In den von Trockenheit betroffenen Gebieten bohren Bautrupps rund um die Uhr Brunnen bis zur Tiefe von 100 Metern, doch nur wenige Tage spenden diese Wasser, dann sind auch sie ausgetrocknet. 85 817 Tiefbrunnen gibt es in Madhya Pradesh, von denen 73 425 im März 1984 noch ausreichend Trinkwasser in erstklassiger Qualität lieferten. Jetzt sind nur mehr ein paar hundert Brunnen wasserführend.

„Immerhin", meint ein Beamter vom indischen Gesundheitsdienst, „jetzt gibt es noch Wasser, wenn auch wenig. Wie soll es aber in ein paar Wochen aussehen?" Denn Reserven gibt es keine. Im Monsun des Jahres 1984 fiel zwar ausreichend Regen, doch die sonst üblichen Niederschläge im Winter blieben aus. Experten haben herausgefunden, daß die wasserführenden und -lagernden Bodenschichten in vielen Distrikten des Landes immer dünner werden. Denn immer mehr Bauern in Madhya Pradesh benutzen Diesel-Wasserpumpen, um aus selbstgebohrten Brunnen Wasser zur Bewässerung auf ihre Felder zu pumpen. Der Wasservorrat im unterirdischen „Speicher" schwindet.

In erster Linie aber ist der jetzige Wassermangel eine ernste Konsequenz der Entwaldung vieler Gegenden des Staates. Das Ökosystem Madhya Pradeshs ist in Unordnung geraten. Wertvoller Ackerboden wird abgeschwemmt in die Flüsse, die allmählich verschlammen. Als Folge tritt bei Hochwasser mehr Wasser über die Flußufer als früher, was zu einer höheren Verdunstung führt.

Dies ist nicht nur den Wissenschaftlern, sondern auch der Regierung des Staates bekannt. Die tut aber herzlich wenig, um den Holzdieben, die lastwagenweise Stammholz aus geschützten Gebieten abfahren, das Handwerk zu legen. Die Behörden selbst lassen in Madhya Pradesh kräftig abholzen, ohne ausreichend aufzuforsten. Erst vor drei Jahren wurde mit einer Wiederaufforstung im großen Stil begonnen – den Nutzen wird das Land aber erst in frühestens fünf Jahren haben.



Verzweifelt: eine Frau in Madhya Pradesh FOTO: TH. HÖPKER

Symbol für den Willen zur Freiheit

WALTER H. RUEB, Bonn

Mit Tränen in den Augen nahm der 22jährige Afghane Abdul Quahir Abschied von Deutschland und den Menschen, die ihm halfen, seine Gesundheit wiederzuerlangen. Vor 14 Monaten war der Freiheitskämpfer schwer verwundet, halb verbrannt und dem Tode nahe in unser Land gekommen, jetzt kehrte der schwarzhaarige Mann nach Pakistan zurück.

Abdul Quahir wird wohl ein Leben lang auf Krücken angewiesen sein. Dennoch ist es ein medizinisches Wunder, was ihm in unserem Land widerfuhr: In Spezialkliniken wurde Abdul achtmal operiert, bei schwierigen Hauttransplantationen wurde sein von einer sowjetischen Bombe halbverbrannter Körper buchstäblich zusammengeflickt.

„Abdul Quahir ist ein Symbol für den Erhaltungstrieb und den Lebenswillen des afghanischen Volkes", sagte der CDU-Bundestagsabgeordnete Jürgen Todenhöfer bei einer kleinen Abschiedsfeier im Kreise von Journalisten, die im Februar 1984 im pakistanischen Peschawar zusammen mit dem Abgeordneten erschüttert am Krankenbett des todgeweihten Afghanen gestanden hatten. „Seine Rettung ist aber auch der Beweis dafür, daß der Freiheitskampf der Afghanen gegen die sowjetische Aggression nicht vergessen ist."

In der Tat dokumentiert sich in der wundersamen Rettung von Abdul Quahir der Wille einer Mehrheit in unserem Lande, Afghanistan zu helfen. Auf Betreiben von Todenhöfer flog die deutsche Rettungsflugwacht den Afghanen im März 1984 fast kostenlos in die Bundesrepublik Deutschland. Professoren der Unfallklinik sowie der Berufsgenossenschaftlichen Unfallklinik von Tübingen nahmen sich des Schwerverletzten an, setzten sich mit ihrem ganzen ärztlichen Können für ihn ein.

In den ersten Monaten lag Abdul auf der Intensivstation, später in einem gut abgeschirmten Zimmer der Chirurgischen Abteilung. Er bekam Besuch von Afghanen, CDU und Junge Union erkundigten sich nach Möglichkeiten der Hilfe, die CDU-Frauenvereinigung besorgte ihm einen Fernsehapparat, die SPD sandte Grüße und gute Wünsche. Eine Welle der Sympathie schlug dem Kranken entgegen: Fremde Menschen schrieben ihm Karten, eine alte Dame gar fünf Dutzend Briefe, und in einem Sanatorium von Überlingen sammelten Personal und Patienten Geld für den jungen Mann, der bei ihnen einen Monat der Erholung verbrachte.

Abdul kann sich mittlerweile ganz gut auf deutsch verständigen. „Mein Lebenswille und mein Glaube an Gott halfen mir alles ertragen", sagte er. „Gott wird mich auch künftig nicht verlassen..." Hilfe wird Abdul brauchen: Er beabsichtigt, in Pakistan in einem Lager für afghanische Waisen als Lehrer zu arbeiten.



An die Grenzen der Heimat zurückgekehrt: Abdul Quahir FOTO: R. SCHULZE-VORBERG

Spionierten Vater und Sohn für die Sowjetunion?

hav. Haifa

An Bord des amerikanischen Flugzeugträgers „Nimitz", der zur Zeit im Hafen von Haifa liegt, wurde gestern der Marine-Leutnant Michael Walker wegen Verdacht des Hochverrats verhaftet. Zwei Tage zuvor war sein Vater, John Walker, ebenfalls wegen Spionageverdachts in Washington festgenommen worden. Der pensionierte Offizier der US-Marine soll den Sowjets 18 Jahre lang Geheim-Informationen über die amerikanische Marine geliefert haben, die er teilweise durch seinen Sohn erhalten haben soll. Der Verrat wurde entdeckt, als FBI-Fahnder in einem Baum in Rockwell bei Washington Nylonsäckchen mit 159 Geheimdokumenten über Aufstellungspläne der US-Marine im Mittelmeer fanden. Sie hatten gesehen, wie John Walker die Säckchen dort versteckte. Vorher war ein Angehöriger der sowjetischen Botschaft in Washington in der Nähe des Baumes gesehen worden. Eine Durchsicht der Dokumente ergab, daß ein Teil davon von der „Nimitz" stammen mußte.

Brille half der Polizei

dpa, Perpignan

Die französische Polizei hat die bei den meistgesuchten Verbrecher des Landes, den 30jährigen Michel Fernandez und seinen gleichaltrigen Komplizen Antoine Gimeno, am Dienstag abend nach einem Schußwechsel bei einem Dorf in der Nähe von Perpignan festgenommen. Die Gangster wollten dort, vermutlich auf dem Weg nach Spanien, bei der Freundin von Fernandez eine Ersatzbrille für den kurzsichtigen Verbrecher holen. Fernandez hatte seine Brille am Sonntag in einer Diskothek in Chartres verloren, als er mit Gimeno einen jungen Besucher erschossen und sieben andere Gäste verletzt hatte. Das Gangster-Duo hatte Anfang Mai einen Zollbeamten getötet.

Explosion in Café

AP, Granada

Bei der Explosion eines Butangasbehälters in einem Café in der südspanischen Stadt Granada sind gestern über 60 Menschen verletzt worden. Die meisten der 200 Gäste erlitten leichte Verletzungen. Bereits am Dienstag hatte eine Butangasexplosion in einem Hotel im Küstenort Almeria elf Verletzte gefordert.

Alkohol-Warngerät

AP, Wellington

Der amerikanische Automobilkonzern General Motors bietet als Extraausstattung für seine in Neuseeland produzierten Fahrzeuge jetzt ein Alkohol-Warngerät an, das den Motor automatisch abstellt, wenn der Fahrer betrunken ist. Der in Neuseeland entwickelte Sensor, der umgerechnet 400 Mark kosten soll, analysiert den Atem des Fahrers und unterbricht die Stromversorgung des Motors.

Riesenhai im Netz

SAD, Rom

Einen sechs Meter langen, zwei Tonnen schweren Hai fing jetzt ein jugoslawischer Fischer in Volosca bei Fiume. Der Riesenhai gehört zu einer Art, die sonst nur im Roten Meer und Indischen Ozean vorkommt. Er soll im Museum ausgestellt werden.

Baguettes für die Chinesen

AFP, Peking

Nach einem „Maxime's"-Restaurant hat der französische Modeschöpfer und Industrielle Pierre Cardin in Peking eine Bäckerei eröffnet, in der Baguettes, Hörnchen und andere französische Backspezialitäten angeboten werden. In Kürze soll eine Café-Konditorei hinzukommen. Cardin plant außerdem die Eröffnung neuer Textilwerkstätten in Peking und Shanghai.

Haft für Fußball-Rowdies

AFP, London

Der Rädelsführer einer Bande englischer Fußball-Rowdies ist vorgestern in London zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden. Leslie Muranyi (25) und sein Komplize Steven Robinson (24), der vier Jahre Haft erhielt, hatten im Februar bei einem Fußballspiel in Cambridge eine Massenschlägerei ausgelöst, bei der über 40 Personen verletzt wurden.

„Hamburger"-Museum

SAD, Des Plaines

In Des Plaines nördlich von Chicago, wo vor dreißig Jahren der erste McDonald-Hamburger gebraten und verkauft wurde, ist jetzt ein McDonald's-Museum zur Erinnerung an die Anfänge des Milliarden-Unternehmens eingeweiht worden. Firmengründer Kroc, der 1984 verstarb, kümmerte sich noch persönlich um die Gestaltung des Museums, das im Stil der 50er Jahre eingerichtet ist.

ZU GUTER LETZT

„Der oft rücksichtslose Mißbrauch von motorisierten Kraftfahrzeugen stellt eine erhebliche Belastung der Allgemeinheit dar." Es stand in der WELT.

Sieben auf einen Streich

Mehrfachgeburten nach Hormongabe immer seltener

KÜ./DW. Los Angeles/Bonn

In „ernstem, aber unverändertem Zustand" befanden sich gestern nach Angaben der Ärzte die überlebenden sechs der sieben Babys, die am Dienstag in der kalifornischen Stadt Orange zur Welt gekommen waren. Eines der Kinder, deren Mutter Patricia Frustaci (30) sich einer Hormonbehandlung unterzogen hatte, war tot zur Welt gekommen. Die übrigen Kinder wogen bei der Geburt zwischen 480 und 820 Gramm. Sie werden künstlich beatmet und ernährt. Vier der winzigen Babys mußten Bluttransfusionen erhalten. Die Niederkunft konnte bis zur 29. Woche hinausgezögert werden, so daß die Embryos weiter entwickelt waren, als es bei Mehrlingsgeburten gewöhnlich der Fall ist.

Bei empfängnisfördernden Mitteln, wie sie die Frau eingenommen hat, handelt es sich um sogenannte Gonadotropine. Diese Hormone werden von der Hirnanhangdrüse (Hypophyse) ausgeschüttet. Die Patientinnen werden dabei vor allem mit dem sogenannten Follikel-stimulierenden Hormon sowie dem Luteinisierenden Hormon behandelt, die für die Steuerung der Eierstöcke verantwortlich sind. Durch diese Hormongabe wird die Reifung der Eizellen angeregt. Die Hormone gewinnt man aus dem Urin von Frauen, die die Wechseljahre überschritten haben.

In einigen Fällen führt die Behandlung allerdings dazu, daß nicht nur eine einzelne Eizelle heranreift, sondern zwei oder mehrere. Wenn diese alle befruchtet werden, bahnt sich eine Mehrlingsgeburt an. Dies geschieht jedoch nur bei 25 Prozent der Frauen, die sich einer solchen Behandlung unterziehen. Die Wahrscheinlichkeit, daß dabei mehr als Zwillinge oder Drillinge entstehen, ist sogar extrem gering.

Inzwischen sind die Ärzte im Umgang mit den Hormonen auch so erfahren, daß sie Mehrlingsgeburten als unerwünschte „Nebenwirkung" einer empfängnisfördernden Behandlung in den meisten Fällen verhindern können. Nach Auskunft von Professor Wilhelm Brändle von der Universitäts-Frauenklinik in Hamburg-Eppendorf ist dies vor allem der intensiven Überwachung der Frauen während der Hormonbehandlung zu verdanken. Dabei wird, z.B. per Ultraschall, die Reifung der Eizellen in den Eierstöcken sorgfältig überwacht und so die Antwort des Körpers auf die Hormone laufend überprüft.

Werden aber dennoch mehrere Eizellen befruchtet, so entsteht für den Organismus der Frau eine starke Belastung. Die Einnistung in die Gebärmutter erfolgt problemlos, sie ist sogar bei Mehrfach-Befruchtungen erleichtert. Wenn jedoch die Feten heranwachsen, ist die „Tragfähigkeit" der Gebärmutter bald überschritten, und die Wehen setzen ein. Bei Drillingen oder Vierlingen beginnen sie oft schon in der 25. Woche. Diese Komplikationen treten um so früher auf, je mehr Feten ausgetragen werden.

Meistens müssen die Kinder frühzeitig durch Kaiserschnitt zur Welt gebracht und im Brutschrank aufgezogen werden. Ihre Überlebenschance ist dabei um so größer, je länger sie von der Mutter ausgetragen werden konnten. Oft zögern die Ärzte durch Medikamente die Wehen hinaus. Sie verwenden dazu Mittel, die entspannend auf die Muskulatur wirken.

Kaltschnäuziger Überfall

Diamanten im Millionen-Wert aus Postzug geraubt

HELMUT HETZEL, Antwerpen

„Ich stoppte vor dem Haltesignal, als plötzlich ein Mann aus dem hinteren Waggon hereinstürmte. Mit einem Gewehr im Anschlag rief er etwas in französisch. Ich begriff nicht, was er wollte. Dann wurde ich gefesselt." So schilderte Lokführer Hendrik Marien – er ist Flame – den spektakulären Überfall auf seinen Zug. „Anschließend durchsuchten drei Männer 18 Säcke. Es dauerte nicht lange, bis sie hatten, was sie suchten."

Sie fanden es in 21 eingeschriebenen Postpaketen. Ihr Inhalt waren Diamanten, die, so berichtet die Brüsseler Zeitung „Het Laatste Nieuws" gestern, einen Wert von 30 Millionen belgischen Franc (rund 1,5 Millionen Mark) haben sollen. Es passierte Montag abend um 23.52 Uhr. Der Zug Nummer E 5218 hatte erst vor wenigen Minuten Antwerpen, die flämische Diamantenmetropole, in Richtung Brüssel verlassen und war zu diesem Zeitpunkt zwischen den Orten Kontich und Duffel unterwegs, als ihn die Täter durch Schaltung eines Haltesignals auf Rot mit geradezu professioneller Art zum Stehen gebracht hatten.

Es war ein beinahe „klassischer" Zugüberfall im Stil der legendären englischen Posträuber. Sie hatten leichtes Spiel. Außer dem Lokführer war lediglich ein junger Postbeamter im Zug. Denn in diesen Tagen schützte fast die Hälfte der belgischen Polizisten und Sicherheitsbeamten den Papst auf seiner Reise durch Belgien.

Doch dies war nicht der einzige, wohl aber der spektakulärste Überfall an diesem Montag. Auch anderswo im Land, bei sechs verschiedenen Postämtern, schlugen „clevere" Diebe zu und nutzten die für sie günstige Situation der Papst-Visite rücksichtslos aus. Sie erbeuteten zusammen eine Summe von rund 1,5 Millionen belgischer Franc.

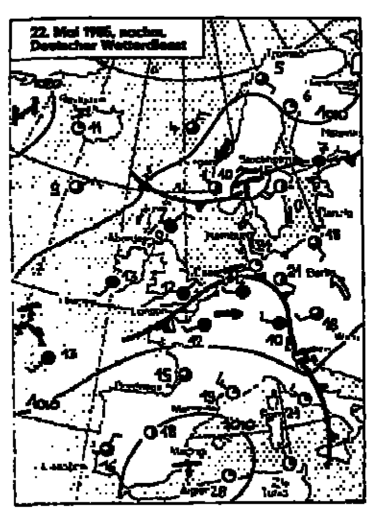
„Es war ein schwarzer Montag", urteilte der belgische Postminister Herman de Croo, als er von diesen Überfällen hörte. De Croo hat allen Grund zur Sorge, denn die Überfälle auf Belgiens Postämter – es gibt 1777 – nahmen in den letzten Jahren immer mehr überhand. Der Grund: Die belgischen Postämter zahlen die Renten nach wie vor bar aus und haben daher immer große Bargeldvorräte. Wurden 1980 „nur" 50 Postämter überfallen und eine Summe von 39 Millionen belgischen Franc erbeutet, so schlugen die Diebe 1983 bereits 189mal zu und raubten 100 Millionen Franc.

Die Aufklärungsquote der Polizei bei diesen Delikten ist nach wie vor äußerst gering. Über den jüngsten Diamantendiebstahl hüllt sich die belgische Polizei bisher in Schweigen. Fest steht allerdings, daß die Täter über beste Informationsquellen verfügt haben müssen. Sie wußten offensichtlich nicht nur wann, wo, womit und wohin die Diamanten verschickt werden sollten, sondern scheinen sogar die einzelnen Postsäcke gekannt zu haben, in denen sich die Pakete mit den edlen Steinchen befanden.

Die offenbar perfekt geplante Aktion läßt außerdem darauf schließen, daß noch mindestens vier weitere Täter daran beteiligt gewesen sein müssen. Und in der belgischen Öffentlichkeit fragt man sich sogar schon mit Sorge, ob nicht die Terror-Organisation „Kämpfende Kommunistische Zellen" dahintertstecken könnte.

WETTER: Im Norden kühler

Wetterlage: In Norddeutschland lenkt eine schwache Kaltfront von Norden her merklich kühlere Luft heran. Das übrige Vorhersagegebiet verbleibt im Bereich der mäßig warmen Luft.



Vorhersage für Donnerstag:

Im Norden überwiegend stark bewölkt und zeitweise Regen. Temperaturen um 15 Grad. Im Süden anfangs bedeckt und Regen, im Tagesverlauf wechselnde Bewölkung mit einzelnen Schauern. Temperaturen um 16 Grad. Sonst bei wechselnder, überwiegend starker Bewölkung ein zelne Schauer. Temperaturen bis 17 Grad.

Weitere Aussichten:

Von Westen erneut Eintrübung, im Süden heiter, im Norden wolkig und kühl.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	21°	Kairo	31°
Bonn	13°	Kopenh.	16°
Dresden	17°	Las Palmas	21°
Essen	12°	London	12°
Frankfurt	14°	Madrid	18°
Hamburg	21°	Mailand	18°
List/Sylt	18°	Mallorca	20°
München	10°	Moskau	8°
Stuttgart	12°	Nizza	19°
Algier	28°	Oslo	16°
Amsterdam	10°	Paris	12°
Athen	28°	Prag	15°
Barcelona	18°	Rom	21°
Brüssel	14°	Stockholm	15°
Budapest	18°	Tel Aviv	30°
Bukarest	27°	Tunis	24°
Helsinki	7°	Wien	18°
Istanbul	25°	Zürich	10°

Sonnenaufgang* am Freitag: 5.19 Uhr, Untergang: 21.19 Uhr; **Mondaufgang:** 8.26 Uhr, Untergang: 1.15 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Der bombensichere Umgang mit den Blindgängern

SABINE KOBES, Saarbrücken

Friedlich ist es im Neunkirchener Staatsforst. Durch Fichten und Buchenkronen fällt wärmende Maisonne. Laub und Nadeln dämpfen Horst Pohls Schritte. Aus seinem Arbeitskoffer nimmt er eine Aluschiene heraus, 15 Zentimeter lang, modelliert eine gelbe Masse hinein. Sie sieht aus wie Marzipan, „schmeckt auch so", ist aber hochexplosives Penta-Eritrit-Tetra-Nitrat.

In der „kleinen Sprengkammer", einem drei mal vier Meter großen Unterstand, schräg in eine kleine Anhöhe hineingebaut, wartet schon die Granate. Zwölf Millimeter Wandstärke, „ein Amerikaner, Kaliber 76 Millimeter". Fingerfertig arrangiert Horst Pohl die Aluschiene darauf. Elektrischen Zünder anlegen. Kabel ausrollen und in 50 Meter Distanz in Deckung gehen. Drei kräftige Kurbelumdrehungen. Dann der Knall. Kurz. Trocken. Das Trommelfell rebelliert. Aus dem Betonverschlag steigen graue Schwaden auf, verlieren sich langsam in der klaren Waldluft.

Horst Pohl prüft sein Werk: Ziel erreicht. Nicht splittern sollte die Granate, sondern in wenige große Stücke bersten. Der Knall war diesmal übrigens „kaum der Rede wert", lächelt der Bombenexperte unter seinem rotblonden Schnäuzer hervor.

Die Waldesruhe 30 Kilometer von Saarbrücken einen Explosionsmoment lang zu stören, das ist das Alltagsgeschäft des Horst Pohl. Hier im Neunkirchener Forst hortet er als Feuerwerker des Saarlandes Blindgänger aus beiden Weltkriegen. Seine „Schatzkammer" ist ein kalter Munitionsstollen mit nassen Wänden und rostigen Wasserlachen. Wie Holzscheite vorm Kamin sind in dem Gewölbe explosive Erinnerungen gestapelt. Der Sprengstoff, mit dem die noch scharfen Bomben und Granaten gefüllt sind, kann in Tonnen gewogen werden.

Warum überhaupt wird solch „saugefährliche" Fracht von Fundstellen irgendwo im Saarland zu diesem Sammelplatz transportiert? Nicht jedes Geschoß ist vom Feuerwerker und seiner Mannschaft vom Kampfmittelräumdienst vor Ort zu entschärfen. Die Standardzünder kann Horst Pohl nach elf Dienstjahren zwar „singen", manches Unbekannte erschließt ihm die „Zünderliteratur" auf Mikrofilm im multifunktionalen Einsatzfahrzeug. Überraschungen in Sachen Bombenzünder tauchen aber immer wieder auf. Ist sich der Feuerwerker nicht 100prozentig sicher, wird „das Zeug" ins Zwischenlager gebracht. Einen Teil der Munition ergeht es dann so wie der amerikanischen Granate, der Rest, „größere Stücke" wie Fünf-Zentner-Bomben, endet alljährlich auf einem weitläufigen Truppenübungsplatz.

Horst Pohl ist wie seine Kollegen aus den anderen Bundesländern (allein der Freistaat Bayern beschäftigt keinen Feuerwerker) sieben Tage pro Woche im Einsatz. Gerade samstags und sonntags laufen Bombenmeldungen von Spaziergängern oder Hobbysuchern ein, die mit der „Hundert-Mark-Sonde aus dem Versandhauskatalog" unterwegs sind. Ein „Munitionskenner", der erst sein Monogramm im Fundstück einschweißen wollte, kam nicht mehr dazu, es zu melden...

Der Zufall ist der größte Feind der „Déminage"-Crew. Mancher Bauer, der mit seinen Großmaschinen munter eggt und pflügt, stößt plötzlich auf Eisen in der Scholle. Und wenn der Baggerzahn auf einem Baugelände sich ins Erdreich wühlt und mit dreihundert PS auf einen Zünder trifft, „dann geht selbst die gutmütigste Bombe hoch".

Im Saarland versucht der Kampfmittelräumdienst seit einigen Jahren dem Zufall vorzubeugen. Mit breitspurigen Magnetsonden, die auf Reize bis in vier Meter Tiefe reagieren, werden anfällige Areale systematisch durchkämmt. Grundlage sind amerikanische Luftaufnahmen aus dem Zweiten Weltkrieg, seit kurzem auch englische mit günstigerem, weil größerem Maßstab. Auf Karten, an denen das Saarbrücker Vermessungsamt noch bis Ende 1986 arbeitet, ist jeder Bombentrichter, jeder Panzergraben, jede Höckerlinie zu erkennen. Rückschlüsse auf Blindgängervorkommen werden so möglich – jede zehnte Bombe oder Granate ist nicht hochgegangen.

Ganz neu sind vorsorgliches Absuchen und „systematische Räumung" nicht. In den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg durchstreiften Menschenkordons gefährdete Gebiete, in jeder Hand eine Eisenstange. Bis 1950 waren die Minenräumer rund 26 000mal fündig. Für 47 von ihnen wurde die Suchaktion zum Himmelfahrtskommando.